



Als

Zeichen der Zufriedenheit

seiner Lehrer

erhielt dieses Buch

zur Erinnerung an die Feier des Reformationsfestes

der Obertertianer

Walter Fischer.

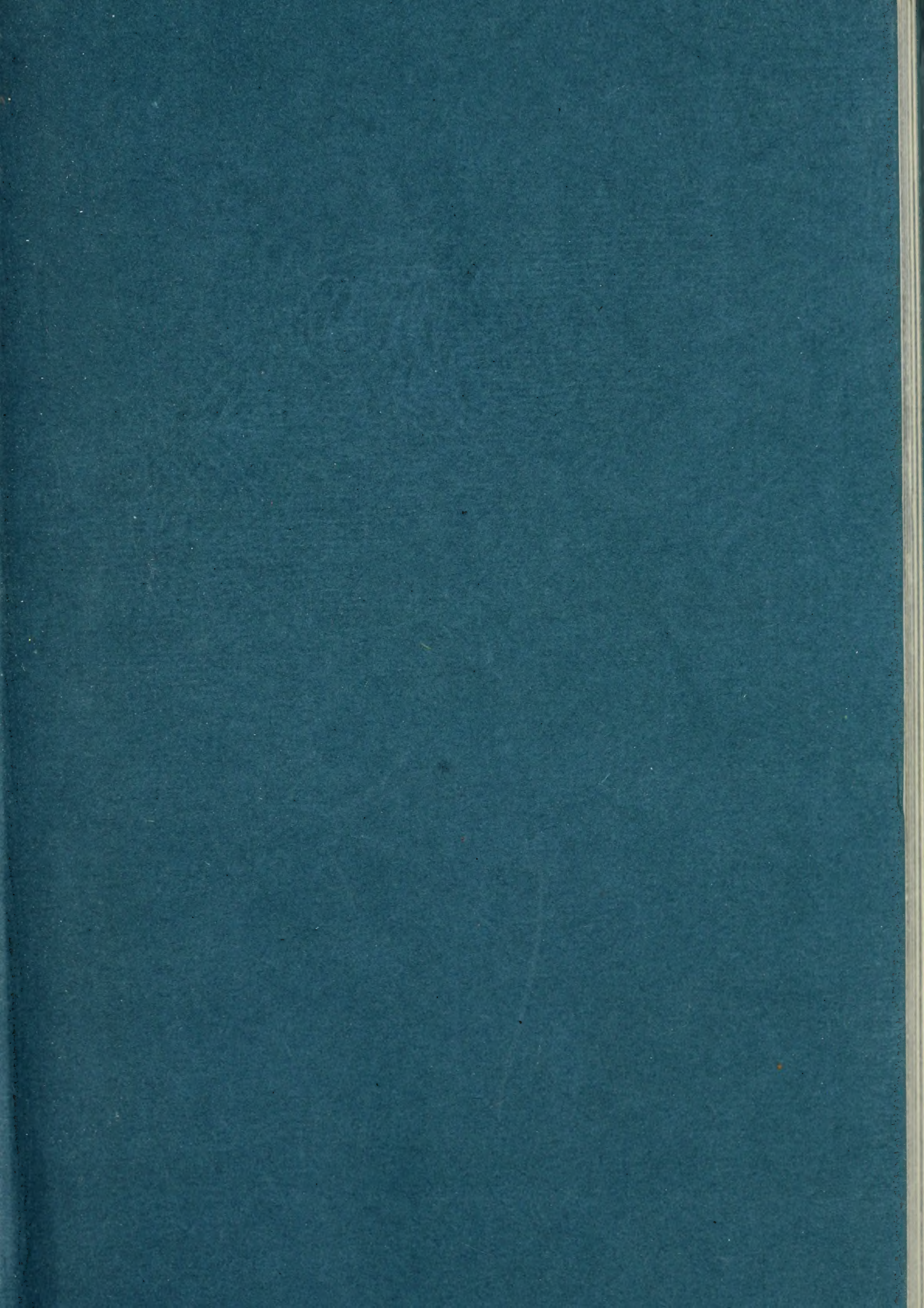
Berlin, den 2. November 1904.

Das Lehrer-Kollegium des Friedrichs-Werderschen Gymnasiums.

D. R. Lange,

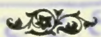
Direktor.






UNIVERSITY OF TORONTO
VELUT ARBOR ÆVO

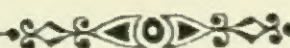
Gründung des Deutschen Reiches
1859—1871

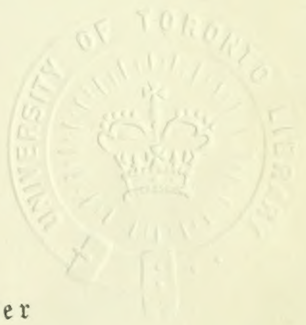


Von

Wilhelm Maurenbrecher

—— Dritte durchgesehene Auflage ——





Leipzig
Verlag von C. E. M. Pfeffer
1903



Meinen Söhnen

zur Belehrung — zur Erhebung — zur Nachachtung

Aus dem Vorwort des Verfassers zur 1. Auflage.

Auf den folgenden Blättern versuche ich eine historische Erzählung zu bieten, welche ein Stück der Geschichte der eigenen selbsterlebten Zeit einschließt. Als aufmerksamer Zuschauer und Beobachter, der dem praktischen politischen Handeln einer bestimmten Partei sich grundsätzlich fernzuhalten bemüht gewesen ist, habe ich den großen Gang der Zeitereignisse, welche unser heutiges Geschlecht zu erleben gewürdigt worden, mit dem Blicke des Historikers zu begleiten gestrebt. Mein Bericht über die Geschichte unserer Zeit will als das Ergebnis ernstgemeinter, langjähriger und möglichst umfassender Quellenstudien gelten. Ist eine rein historische Behandlung der jüngst verflossenen Zeit überhaupt möglich? Jedenfalls stehen ihr große Schwierigkeiten im Wege.

Zunächst darf es doch wohl als kaum möglich gelten, bei der Beurteilung der jüngsten Vergangenheit den subjektiven Standpunkt der persönlichen Meinung völlig und gründlich zu verlassen, alle und jede persönliche Zuneigung und Abneigung von sich abzustreifen. Es muß genügen, wenn ein ehrliches Streben nach Parteilosigkeit und Selbständigkeit des Urteiles versichert und wahrgenommen werden darf.

Außerdem bleibt aber in der Geschichte der Gegenwart trotz aller Öffentlichkeit des Lebens, der wir uns rühmen, noch sehr vieles den Zeitgenossen unbekannt oder unverständlich. Wir sehen wohl die äußeren Ereignisse und Tatsachen vor unseren zuschauenden Blicken sich abspielen; aber der innere Zusammenhang

der Tatsachen, das Verhältnis von Ursache und Wirkung in ihnen, insbesondere die Motive und Absichten der handelnden Personen, sie sind meist für den zeitgenössischen Beobachter mit einem Schleier umhüllt, welchen nur hier und da einmal der spähende Blick des Historikers zu durchdringen vermag.

Es liegt im allgemeinen Interesse, daß von Zeit zu Zeit der Historiker, dessen Beruf und Gewohnheit die Durchforschung der Vergangenheit ist, auch einmal der jüngsten Vergangenheit seine Arbeit widmet und nicht ausschließlich den Tagespolitikern und Tagesschriftstellern, welche vorwiegend politische Absichten und Zwecke verfolgen, die Geschichte der jüngsten Zeit überläßt.

Auf unseren Universitäten pflegt neuerdings der akademische Vortrag auch auf dies Thema sich zu erstrecken. Ich habe es nicht verschmäht, mit dem Fortgang der Zeiten auch die Endgrenze meiner Vorlesungen schrittweise auszudehnen. Lange Zeit machte das Kolleg über Neueste Geschichte bei den Ausläufern der Bewegung von 1848 Halt, indem man höchstens nur noch in sehr kurzer Übersicht die Ereignisse nach 1850 zusammendrängte. Solcher Gewohnheit habe ich z. B. noch in meinem letzten Semester in Bonn (Sommer 1884) mich angeschlossen; auch in Leipzig bin ich zunächst von dem gewohnten Pfade noch nicht abgewichen (weder im Winter 1884/1885, noch im Winter 1886/1887). Erst in der letzten Zeit — sowohl Winter 1888/1889 als Winter 1891/1892 — habe ich vor den Studierenden die große Zeit 1862—1871 eingehend und ausführlich behandelt, jedesmal soweit der Umfang meines Wissens es zuließ.

Zuletzt habe ich im Februar und März dieses Jahres in dem hiesigen Kaufmännischen Verein eine Anzahl von Vorträgen über Deutsche Geschichte 1858—1871 gehalten, die sich eines ganz außergewöhnlichen Besuches und einer sehr lebhaften Teilnahme zu erfreuen gehabt. Aus dem Inhalt dieser Vorträge ist dies kleine Buch erwachsen; aus dem Kreise meiner Zuhörer ist mir die erste Anregung zu dieser Veröffentlichung gegeben. Der deutschen Jugend, welche jene Zeit noch nicht mit Bewußtsein erlebt, der akademischen sowohl als der außerakademischen, sei die folgende Darstellung dargebracht und zugeeignet.

Es gibt kaum einen historischen Stoff, aus dem soviel Belehrung politischer und historisch-politischer Art geschöpft werden

kann, als grade die Zeit der Begründung und Schöpfung des Deutschen Reiches, in dem wir atmen und uns bewegen. Die neuerdings so oft verlautete Forderung, daß bei der Heranbildung der zukünftigen Geschlechter die Geschichte in dem Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen müsse, ist nach allen Seiten hin wohl begründet; nichts aber wird dabei dringender verlangt, als Kenntnis der jüngsten Vergangenheit, Klarheit über die letzten Vorgänge der eigenen Zeit. Und politische sowohl als sittliche und patriotische Erhebung des Geistes und Gemütes entströmt kaum an irgend einer Stelle der nationalen deutschen Vergangenheit in so reichem Maße und in so heller Durchsichtigkeit, als grade aus der Betrachtung dessen, was der Gründer des Deutschen Reiches geschaffen, und der Art und Weise, wie er seine Schöpfung ins Leben gerufen und durchgeführt hat. Zur Nachachtung und Nachfolge mahnt den strebenden deutschen Jüngling das Vorbild des leitenden Staatsmannes. Nicht als ob jeder Deutsche den Vorsatz fassen könnte, zu einer staatsmännischen Größe, wie sie Bismarck eignet, sich ausbilden zu wollen; nein, was jeder kann und jeder können muß, ist etwas anderes: jeder kann aus der deutschen Geschichte dieser zwölf Jahre lernen, wie er den allgemeinen Aufgaben und Interessen seine persönlichen Wünsche und Gefühle unterordnen, wie er den allen gemeinsamen vaterländischen Staat der Partei voranzustellen habe. Die Sache des Vaterlandes muß alle anderen Rücksichten und Aussichten überwiegen!

Denjenigen Lesern meiner Erzählung aber, welche als Altersgenossen die erzählten Dinge schon kennen, möchte ich die Versicherung erteilen, daß mein fester Vorsatz ist, als Historiker und nicht als Mitglied einer politischen Partei oder auch einer Gruppe verbundener Parteien die Zeitgeschichte darzustellen. Es kann nicht ausbleiben, daß ich bei manchem Leser Widerspruch erwecke oder gegen liebgewonnene Überzeugungen anstoße. Manches Ereignis und manche Person sieht schon nach dem Verlauf weniger Jahre ganz anders aus, als im ersten Augenblick, in dem sie erschienen. Die Urteile, die ich hier ausspreche, sind jedenfalls nach wiederholter Erwägung und Überlegung aller in Betracht kommenden Umstände gefaßt. Der Maßstab des Urteiles aber ist nicht von dem Interesse einer Partei hergenommen; vielmehr ist es nur das Wohl des gesamten deutschen Vaterlandes, von

dem jede Einzelheit abhängen soll: das Verhältnis, in dem der einzelne Mensch zum Wohl und Gedeihen des Ganzen steht, bestimmt seinen Platz in der historischen Wertschätzung und in dem Urteile der Nachwelt.

Leipzig, Ende April 1892.

W. M.

Vorwort zur dritten Auflage.

Nachdem die zweite, in unverändertem Abdruck nach des Verfassers Tod erschienene Auflage vergriffen war, machte sich für eine neue Herausgabe das Bedürfnis einer sorgfältigen Durchsicht des Textes geltend. Dafür wurde der Grundsatz aufgestellt, daß sich diese Durchsicht streng an sachliche Korrekturen zu halten habe, dagegen Auffassung und Urteil, von kleinen und nebensächlichen Eingriffen abgesehen, unangetastet zu lassen seien. Bei der Fülle des im letzten Jahrzehnt neu hinzugekommenen Quellenmaterials und der zahlreichen wissenschaftlichen Bearbeitungen des ganzen Stoffs oder einzelner Fragen mußten auch innerhalb der gezogenen Grenzen sachliche Änderungen in großer Zahl vorgenommen, einzelne kleinere Abschnitte ganz umgearbeitet werden. Daneben galt es, stilistische Unebenheiten und einzelne Wiederholungen zu beseitigen, deren Vorhandensein sich leicht erklärt, da der Text auf einer stenographischen Niederschrift nach mündlichen Vorträgen beruhte. Besonders maßgebend blieb überall der Wunsch, den volkstümlichen Charakter des Buches zu erhalten. Nach diesen Grundsätzen ist die Durcharbeitung auf Wunsch der Familie und der unterzeichneten Verlagshandlung von befreundeter fachmännischer Hand unternommen worden, immer unter dem Gesichtspunkt, daß das Buch des Autors Werk bleiben und auch nur seinen Namen tragen soll.

Leipzig, November 1902.

C. E. M. Pfeffer.

Inhaltsverzeichnis.

Erstes Kapitel. Seite

Einleitender Rückblick. — Die Lage im Herbst 1858 1

Zweites Kapitel.

Die neue Ära in Preußen 26

Drittes Kapitel.

Versuche deutscher Bundesreform 1859—1862 44

Viertes Kapitel.

Heeresreform und Konflikt in Preußen 1859—1862 58

Fünftes Kapitel.

Das erste Jahr des Ministerium Bismarck 83

Sechstes Kapitel.

Die schleswig-holsteinische Frage und der dänische Krieg 1864 . . . 106

Siebentes Kapitel.

Diplomatische Verhandlungen 1864—1866 131

Achtes Kapitel.

Der österreichische Krieg 1866 153

Neuntes Kapitel.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes. 1867 180

Zehntes Kapitel.

Norden und Süden von Deutschland 1867—1870 194

Elftes Kapitel.

Der französische Krieg 1870,1871 214

Zwölftes Kapitel.

Kaiser und Reich 240

Erstes Kapitel.

Einleitender Rückblick. — Die Lage im Herbst 1858.

Die zwölf Jahre 1859—1871 bedeuten einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte; sie stellen die Wetterscheide dar, an welcher sich zwei Zeitalter trennen. Hier schließt die Periode deutscher Zerrissenheit, die Zeit des politischen Chaos; hier beginnt ein neues Deutsches Reich, auf der Grundlage nationaler Einheit erbaut, das allen seinen Gliedern und Teilen volle Bewegungsfreiheit gestattet.

Wie um die Mitte des neunten Jahrhunderts die Auflösung des Karolingischen Weltreiches den Grund zum deutschen Kaiserreich des Mittelalters geschaffen hat, wie um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts das sogenannte Zwischenreich (Interregnum) die Zersplitterung und Zerklüftung der Nation in eine ausgedehnte Anzahl kleiner Staatskörperchen herbeigeführt hat, wie der Westfälische Friedenskongreß 1648 fast vollständig den Zusammenhang aller Einzelatome durchgeschnitten hat: so gebührt jener Epoche, deren Höhepunkt durch die Jahre 1866 und 1870 bezeichnet werden, der bleibende Ruhm, aufs neue eine politische Einheit Deutschlands ins Leben gerufen zu haben.

843 und 1250 und 1648 und 1866 sind die vier welthistorischen Jahresdaten, nach denen die Periodisierung unserer Volksgeschichte abgemessen werden muß.

Überblickt man die deutsche Entwickelung der letzten Jahrhunderte, so zeigt sich bekanntlich die vollständige politische Zerrissenheit und Auflösung des deutschen Volkes. Eine Einheit des Geistes- und Kulturlebens war wohl vorhanden, aber politisch herrschte eine fast unbeschränkte Spaltung. Der Form

nach stand das habsburgische Haus in der Kaiserwürde an der Spitze; aber es war nur eine Form. Eine wirkliche Leitung Deutschlands, sei es durch den Kaiser oder durch das dem Kaiser gehörige Österreich, gab es schon längst nicht mehr. Jenes Österreich selbst war eine Anhäufung aus verschiedenen nationalen Elementen, ein sehr buntscheckiges Völkergemisch: ein solches Chaos, wie Österreich seit dem 17. Jahrhundert war, eine Zusammensetzung von Deutschen und Tschechen und Ungarn und Südslaven, deren Verbindung allein durch die Dynastie geschah, war unfähig zur Leitung Deutschlands geworden. Österreichs Stellung zu Deutschland bedeutete nur noch Hemmung und Hindernis gegenüber etwaigen Anläufen nationaler Neubildung in Deutschland: eine positive Leistung Österreichs für Deutschland nach dieser Richtung war nicht mehr vorhanden.

Gleichzeitig aber hatte sich innerhalb Deutschlands ein neuer Kern angesetzt. Aus der Reihe der norddeutschen Territorialstaaten war einer zu größerer Macht und Bedeutung herausgewachsen: Brandenburg-Preußen seit den Tagen des Großen Kurfürsten; er überholte nach und nach die rivalisierenden Nachbarländer, wuchs an Umfang und erstarkte innerlich an staatlicher Kraft; unter König Friedrich II. errang er in gewaltigen Kriegsstürmen (1740—1763) Stellung und Anerkennung einer europäischen Großmacht. Damit war innerhalb Deutschlands neben Österreich im Königreich Preußen ein lebenskräftiger Nebenbuhler hingetreten.

Seit der Zeit war Deutschland ein Körper, der in seiner Erscheinung ganz unförmlich aussah, ein Körper mit zwei Köpfen oder mit zwei Mittelpunkten. Der deutsche Dualismus war seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die entscheidende Tatsache, welche alle Lebensverhältnisse der Nation beherrschte.

Es war eine Lage, welche verschiedene Wendungen oder verschiedene Ausgänge haben konnte. Möglich war die völlige Verdrängung des einen Kopfes oder Mittelpunktes durch den anderen: es konnte Österreich sich aufraffen, in seiner Gegenstellung gegen Preußen auf seine Macht als deutsches Kaisertum sich besinnen und Preußen in die frühere Unterordnung zurückzwingen; oder Preußen konnte durch gewaltigen Aufschwung seiner eigenen Macht Österreich auf die Seite drängen und sich selbst in die leitende Stellung hineinschieben. Beides waren

mögliche Lösungen. Daneben aber mußte einem politischen Kopfe auch eine Teilung Deutschlands zwischen Österreich und Preußen als möglich erscheinen, etwa so, daß der Süden unter die Führung Österreichs, der Norden unter die Preußens gestellt würde.

Im Laufe des Jahrhunderts 1763—1866 sind die drei verschiedenen Ausgänge aus dem Dualismus, einer nach dem andern, versucht worden. Schließlich ist das, was anfangs das Schwierigste und Unwahrscheinlichste schien, das Ende geworden, bei dem die deutsche Geschichte in unseren Tagen ausmündete: daß nämlich Preußen als Haupt an die Spitze des neu geeinigten Deutschen Reiches trat.

Zunächst hat Kaiser Josef II. den Versuch unternommen, noch einmal eine wirkliche Macht für den deutschen Kaiser aufzurichten oder zu verstärken. Der Versuch ist an dem Widerstande Preußens, an dem deutschen Fürstenbund Friedrichs des Großen gescheitert. Nachher, nach 1815, hat Metternich sich begnügt, Österreichs politischen Einfluß auf die deutschen Länder zu erhöhen; er verfolgte nicht die Absicht, ein neues Deutsches Reich zu schaffen — vom Standpunkt der österreichischen Interessen aus wäre man vielleicht berechtigt, darin einen Fehler Metternichs zu sehen. Metternich verlangte nur, Deutschland und Italien unter Österreichs Einfluß zu beugen, eine organische Reichsschöpfung lag hier wie dort seinem Denken fern. Ebenso wie er in der inneren Einrichtung der Länder, welche den österreichischen Kaiserstaat zusammensetzten, eine organische Ordnung des staatlichen Lebens zu begründen verschmähte, ebenso war sein Ehrgeiz durch die Halbheit des Deutschen Bundes zufriedengestellt, ihm genügte die politische Beeinflussung der deutschen Einzelländer. Vielleicht hielt ihn die Rücksicht auf die nationalen Verschiedenheiten unter den Völkern Österreichs zurück, vielleicht war Metternich überhaupt nicht ein organischer Kopf. Metternichs deutsche Politik beschränkte sich darauf, das Chaos aufrecht zu erhalten, Deutschland vornehmlich als geographischen Begriff fortdauern zu lassen. In einzelnen Fällen, in denen es Österreichs Interessen dienlich, bemühte er sich Österreichs Macht zu zeigen; vor allem aber war sein Augenmerk darauf gerichtet, jedem Versuch einer organischen Neuschöpfung Deutschlands rechtzeitig in den Weg zu treten, jede Machterweiterung Preußens zu verhindern.

Wohl war, wie schon erwähnt, die Teilung Deutschlands unter österreichischen und preußischen Einfluß zur Frage gekommen: in den Jahren, die dem Baseler Frieden von 1795 folgten, wiederum 1806 und 1807; nachher taten sich während der Jahre 1812 bis 1815 derartige Gelüste an einzelnen Stellen kund. Auch in Preußen gab es Politiker, welche eine solche Wendung für Preußen vorteilhaft ansahen, welche Preußens Machtbereich über ganz Norddeutschland erstrecken wollten unter Preisgebung des Südens an Österreich. Es war ein Gedanke, der vielleicht aus der jedesmaligen Lage des Augenblickes sich rechtfertigen ließ, der manche Schwierigkeiten zu beseitigen geeignet schien, aber zur Ausführung gelangte dies Teilungsprojekt niemals. Ein gütiges Geschick hat unser Volk während der Freiheitskriege und auf dem europäischen Friedenskongreß vor jener Idee geschützt, aus welcher, wenn sie 1815 ausgeführt wäre, zweifellos eine dauernde Spaltung Deutschlands sich herausgestellt hätte. Nein, der Wiener Kongreß schuf 1815 eine Einrichtung für Deutschland, den Deutschen Bund, mit sehr unbefriedigendem Charakter, aber doch so beschaffen, daß in der Zukunft eine nationale Entwicklung nicht völlig unmöglich gemacht wurde. Dem Deutschen Bunde eignete vielmehr ein provisorischer Charakter: jede eindringende Zergliederung und Beleuchtung seiner Verfassung und seiner Einrichtungen stellt dies in immer helleres Licht.

Der Deutsche Bund hat vor allem den Dualismus in Deutschland unversehrt aufrecht erhalten. Formell blieb dem Kaiser von Österreich die Ehrenleitung des Bundes, faktisch besaß er wenig oder gar keine Macht. Den Kaisertitel führte er seit dem Ende des alten Reiches nur als Herrscher von Österreich, in dessen buntem Völkergemisch der deutsch-nationale Charakter gegenüber den nationalen Bestrebungen der anderen Völker stark ins Gedränge geraten war. Faktisch war im Deutschen Bunde das kräftigste Mitglied das Königreich Preußen, das aber nach Bundesrecht auf gleichem Fuß mit Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg stand. Preußen war nur eine gleichberechtigte Macht unter gleichen Genossen, Österreich nahm als Präsidialmacht des Bundes wenigstens die Stellung des Ersten unter sonst Gleichen ein, und doch lag das Schwergewicht staatlicher Leistungskraft vornehmlich bei Preußen. Dieser Deutsche Bund war nur

in Zeiten allgemeinen Friedens, nur in einer längeren Periode europäischer Erschütterungslosigkeit im stande sein Leben zu fristen, jede ernstliche Verwicklung bedrohte sofort sein Dasein selbst.

Anfangs war in der Zeit nach 1815 an manchen Stellen ein Gefühl oder Streben dafür vorhanden, die Machtstellung Preußens in Deutschland zu erhöhen, hier und da regte man die Ausdehnung des preußischen Einflusses über seine Nachbarn an; das waren meistens Einfälle einiger Demagogen, vielleicht von ihnen selbst nicht ernstlich gemeint, die Politik der preußischen Staatsregierung ging in dieser Zeit Hand in Hand mit Metternich, wobei man sich mit Bescheidenheit in die gegebene Lage fügte.

Erst allmählich bildete sich in einzelnen Köpfen die neue Ansicht von dem historischen Berufe Preußens, der Preußen die Stellung an der Spitze des Deutschen Bundes oder eines neu zu schaffenden Deutschen Reiches zuwies. Allmählich reifte diese Einsicht zu immer festerer Überzeugung heran und gewann sich immer zahlreichere Anhänger. Während man immer deutlicher die Unmöglichkeit einer wirklichen Leitung Deutschlands durch Österreich erkannte, mußte man sich der Gefahr der ganzen Lage bei der Fortdauer des Dualismus bewußt werden: der Gedanke der preußischen Hegemonie empfing daraus eine zusehends wachsende Verstärkung.

Einen großen Schritt vorwärts tat auf diesem Wege die preußische Regierung, als sie den Zollverein ins Leben rief. Der Zollverein legte eiserne Klammern um die einzelnen Teile des deutschen Volkes. Ganz unmöglich war es an eine Zollvereinigung mit Österreich zu denken, da alle wirtschaftlichen Interessen mit Entschiedenheit auseinander strebten, so daß sich wie von selbst auf dem materiellen Gebiet die Trennung zwischen Österreich und Deutschland ergab; andrerseits wuchsen die wirtschaftlichen Interessen zwischen Preußen und den übrigen deutschen Ländern von Tag zu Tage immer fester ineinander. Diese materielle Einigung war die Vorstufe der politischen, der Zollverein war die wirksamste und beste Vorbereitung für den Deutschen Bundesstaat oder das Deutsche Reich späterer Tage.

Nach der Julirevolution war zuerst in der Öffentlichkeit das Programm deutscher Einigung unter preußischer Führung verkündet worden; als im Februar 1848 der zündende Funke der Revolution aus Frankreich in die Massen Deutschlands ge-

schleudert wurde, brach allenthalben in deutschen Gauen eine mächtige Bewegung hervor, welche der nationalen Einheit zustrebte. Nicht allein in den Einzelstaaten verlangte das Volk liberale Verfassungen von den bisherigen Machthabern zu erzwingen, nein, auch Gesamtdeutschland wurde von der revolutionären Neuerung erfaßt.

In hoher Begeisterung hofften die Deutschen 1848 das nationale Deutsche Reich zu schaffen, im Fluge träumten sie dies Ziel zu erreichen, jugendfrisch, stürmisch, von edelstem Feuer beseelt. Und doch war das Ende ein klägliches, denn von allen den herrlichen Idealen wurde keines verwirklicht und alle begeisterten Anläufe blieben vergeblich.

Es gilt die Ursachen des nationalen Mißlingens zu verstehen und über die Gründe so völligen Scheiterns Aufklärung zu schaffen.

Die Idee der deutschen Einheit, die man zu verwirklichen hoffte, war edel und schön, aber in der weitesten Ausdehnung herrschte die größte Unklarheit über Mittel und Wege, über welche man zur Verwirklichung dieser Idee verfügen konnte. Die Vielgestaltigkeit der Pläne für Deutschlands Zukunft erschwerte natürlich die Versuche der Ausführung. Zwar hing die Mehrheit keineswegs republikanischen Zukunftsbildern nach, aber es gab doch immerhin genug Republikaner, um den anders gerichteten Parteien wiederholt die Wege zu durchkreuzen. Und demokratische Gelüste und Stimmungen waren an allen Ecken und Enden vorhanden, welche dem ruhigen Fortgang der eingeleiteten liberalen Bewegung in jedem Augenblick Hindernisse zu schaffen drohten.

Die besten und edelsten Geister der Nation hatten hauptsächlich ihre Hoffnung auf das deutsche Parlament gesetzt; mit unendlichem Jubel begrüßte man den Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, welche dort den bisherigen deutschen Bundestag ablöste und die grundlegende Verfassung des Deutschen Reiches festzustellen unternahm. Von vornherein sah das deutsche Parlament seinen Beruf und Auftrag darin, die neue Verfassung frei aus den innersten Regungen und Trieben der deutschen Volksseele heraus aufzurichten, unbekümmert um die bisherigen Regierungsgewalten und ohne Rücksicht auf die bisherigen Inhaber der staatlichen Souveränität, die deutschen Fürsten. Das Parlament legte sich

selbst die höchste Souveränität und Allgewalt bei. Anfangs stieß es dabei weniger auf Widerstand, später aber, als die erregten Fluten der Volksbewegung sich einigermaßen verlaufen, trug die Überspannung des parlamentarischen Machtgefühles üble Früchte für das Ganze des Reichsbaues. Auch die partikularistischen Tendenzen waren durch die Volksbewegung keineswegs überwunden oder verdrängt. In Frankfurt fanden alle diese Absichten, republikanische, demokratische, partikularistische, einen nur allzu breiten Tummelplatz, der deutschen Sache schädlich zu werden.

Allmählich erst gelang es einer mittleren, gemäßigten Parteirichtung ihre ganze Kraft und Bedeutung zu entfalten. Es gab eine größere Anzahl begeisterter Patrioten, welche an die vorrevolutionäre preußische Staatsarbeit sich anschlossen und die nationaldeutschen Gedanken, auf die ich schon hinwies, auf ihr Banner schrieben. Es war das Programm des deutschen Bundesstaates mit dem preußischen Königtum als oberster Spitze, das tapfer und erfolgreich in Frankfurt sich durchrang und zuletzt die erbkaiserliche Idee kühn und siegesfroh in die Welt setzte. Aber nur sehr mühsam vereinigte sich eine Mehrheit für die Verfassung der Kaiserpartei, und manche Abschwächungen und häßliche Zugaben mußte man sich gefallen lassen, um nur die Grundgedanken durchzusetzen; auch trug das schließliche Ergebnis in manchen Punkten noch die Einwirkung der anfänglichen Fehlgriffe und manche Spur der demokratischen Liebhabereien jener Tage zur Schau.

Bedenklich von vorneherein und verhängnisvoll für den Ausgang war der Umstand, daß die bundesstaatliche und gemäßigt liberale Mehrheit keine rechte Fühlung und keine feste Beziehung zu dem König von Preußen zu gewinnen vermochte, den sie selbst zum deutschen Kaiser zu erheben beabsichtigte. Auf beiden Seiten gab es unüberwindliche Schwierigkeiten: das Parlament und König Friedrich Wilhelm IV. konnten den Punkt ihrer Einigung nicht finden.

Eine objektiv alle Momente abwägende Betrachtung wird allerdings zu dem Schlußurteil hinführen müssen, daß im Grunde die vornehmlichste Ursache des Scheiterns in der Persönlichkeit des preußischen Königs zu sehen ist. Gewiß fiel der Souveränitätsdünkel der Frankfurter, ihre unklare und unsicher tastende Haltung, ihr stets liebevoll nach links geneigter Libe=

ralismus schwer in die Wagschale, aber viel schlimmer noch war der persönliche Charakter Friedrich Wilhelms IV. Das Unheilvolle war sein völliges Nichtverstehen des Verhältnisses zwischen Preußen und Österreich, seine Neigung sich Österreich unterzuordnen. Seine Antipathie gegen die Revolution, gegen die Ideen des Liberalismus überhaupt hätte vielleicht den Fortgang der deutschen Sache erschwert, aber doch nicht verhindert, wie sie schließlich auch die Einführung der vom König anfangs so verabscheuten konstitutionellen Verfassung in Preußen nicht verhindert hat. Aber seine Unsicherheit und Unklarheit, seine im Grunde ganz unpreußische Haltung gegenüber Österreich haben alle Anläufe vernichtet: Friedrich Wilhelm IV. besaß kein preußisches Gefühl, er besaß überhaupt kein Staatsgefühl; es wurde ein Unglück für Preußen und für Deutschland, daß er auf Preußens Königsthron in so entscheidungsschwerer Zeit gesessen.

Als die Frankfurter ihre Arbeit nach vielem Ringen und Mühen fertig gestellt hatten und endlich in den Hafen gesicherter deutscher Zustände einzulaufen gedachten, da lehnte Friedrich Wilhelm die ihm gebotene Kaiserkrone ab. Es mag verkehrt, es mag vielleicht sehr naiv von der Kaiserpartei gewesen sein, die Annahme ihrer Arbeit durch den preußischen König noch in letzter Stunde zu erhoffen, unedel war eine solche Täuschung nicht. Hätten sie es mit dem Prinzen von Preußen, der später seines Bruders Nachfolger wurde, als Herrscher zu tun gehabt, wie anders wäre dann die Sache verlaufen! Es war die Persönlichkeit des damaligen Königs von Preußen, an welcher die Einheit im Frühjahr 1849 gescheitert ist.

Dann aber nahm Friedrich Wilhelm, beeinflußt und getrieben von patriotischen Staatsmännern, in erster Reihe von Radowitz, seinerseits die deutsche Sache in Angriff; er gewann eine Anzahl deutscher Fürsten als Teilnehmer an seinen Absichten; allerdings blieben ihm dabei trübe Erfahrungen über den Wankelmut der deutschen Könige nicht erspart. Friedrich Wilhelm bot den Resten der Frankfurter Kaiserpartei die Hand, und hätte er ausdauernd festgehalten an seiner „Union“, so wäre doch vielleicht noch etwas zu stande gekommen. Aber der König ließ sich seinem Werke entfremden, trotz anfänglichen Widerstrebens beugte er sich dem Verbote Österreichs; und vor die Frage gestellt, ob er auch mit bewaffneter Hand den Plan der

deutschen Union durchzuführen sich entschließen könnte, zog er es vor durch das kaudinische Joch zu kriechen und sich vor Rußlands und Österreichs Machtgebot in den Staub zu werfen. Mit berechneter Absichtlichkeit mußte Friedrich Wilhelm IV. im Herbst 1850 Österreich alle Ehren des Triumphes über Preußen zugestehen.

Fürst Felix Schwarzenberg, der in Österreich die Revolution niedergeworfen, ging dabei auf eine Veränderung in den Verhältnissen des Deutschen Bundes aus: er wollte Österreich mit allen seinen Provinzen und Nebenländern, mit seinem ganzen bunten Völkerwirrwarr in den Deutschen Bund eintreten lassen. Nach diesem österreichischen Gedanken würde sich also der Charakter einer Völkermischung, wie sie der Kaiserstaat Österreich darstellte, auf Deutschland übertragen haben, und von dem national geeinigten Deutschland, das die deutschen Patrioten 1848 sich erträumt, wäre in Schwarzenbergs Siebzig-Millionenreich nicht mehr viel zu sehen gewesen.

Schwarzenbergs Politik war damals stark genug, alle die preußischen Anläufe zu durchkreuzen und zu vereiteln, aber er brachte doch die eigenen Projekte nicht zur Verwirklichung. Die Dresdener Konferenzen (vom 23. Dezember 1850 bis 15. Mai 1851) erörterten weitschweifig und umständlich die Bundesreform nach Schwarzenbergs Rezept, aber Schwarzenberg drang nicht durch; sogar der Eintritt des Kaiserstaates in den deutschen Zollverein wurde nicht gewährt, und das Ende war und blieb kein anderes als die einfache und schlichte Rückkehr zu der Erbärmlichkeit des deutschen Bundestages. Schon im Mai 1851 nahm der Bundestag seine Tätigkeit wieder auf, am 14. Mai erschien in ihm auch wieder der preußische Vertreter.

Der Aufschwung von 1848—1850 schien verflogen, Deutschland schien in den früheren Zustand der Epoche von 1815 bis 1848 völlig zurückgesunken zu sein. In allen guten und heilsamen Richtungen des deutschen Lebens blieb der Bundestag untätig und unnütz, zu allen schädlichen Leistungen war er mit großem Eifer bereit.

Die Jahre 1848 und 1849 hatten in den deutschen Einzelstaaten allgemeine Fortschritte des liberalen Staatsgedankens erlebt. Allenthalben, wo es schon Verfassungen mit Volksvertretungen gab, wurden die meist nur geringen Berechtigungen der Vertretungskörper vermehrt und erhöht, anderwärts traten ständische

oder konstitutionelle Volksvertretungen ins Leben. Es war von der größten Bedeutung, daß auch Preußen in liberale Bahnen eingelenkt war.

Der alte preußische Staat war 1847 zu Grabe getragen; der Vereinigte Landtag, zu dem sich König Friedrich Wilhelm nach so vielen hin und her gehenden Erwägungen endlich aufgerafft hatte, schien allen berechtigten Wünschen des Volkes Befriedigung zu gewähren. Da riß im März 1848 der Sturm der Revolution Preußen noch ein gutes Stück vorwärts. Es kam eine kurze Zeitspanne, in welcher das preußische Staatsgebäude bis in die Grundmauern hinein krachte und wankte; dann aber stauten sich die aufgeregten Gewässer demokratischer Strömungen an dem festen Damm des preußischen Heeres. Allmählich beruhigte sich das Land, und nach mannigfachen Irrgängen und Wechselfällen gedieh eine allseitige Vereinbarung über die Grundlagen und Grundsätze der preußischen Staatsverfassung, (31. Januar 1850).

Die neue Verfassung Preußens war auf den Ideen der modernen liberalen und konstitutionellen Staatslehre aufgebaut, wie sie in der belgischen Verfassung ihren vollsten Ausdruck gefunden. Aber in diesen Aufbau waren verschiedene bedeutungsvolle Sätze eingeschoben, welche zur konstitutionellen Doktrin nicht so recht paßten, Sätze, welche dem Königtum in Preußen eine mächtigere Stellung beließen, als die konstitutionelle Schablone sie ihm einzuräumen pflegte. Jene völlige Unterordnung der Krone unter den Willen des Parlaments, wie sie in Belgien, in Piemont, auch in England der Sitte und dem Rechte des Landes entsprach, konnte im preußischen Verfassungsrecht keineswegs begründet erscheinen. Aus dem Zusammenwirken von Krone und Volksvertretung sollte in Preußen das staatliche Leben hervorgehen. Dies war und blieb eine gesicherte Errungenschaft der Bewegungsjahre in und für Preußen. Auch alle Gelüste der Reaktion, so oft sie sich auch hervorwagten, waren nicht mehr kräftig genug, das neue Staatsrecht zu dem alten Zustande zurückzuschrauben oder umzubrechen.

Für das innere Leben Preußens brachte also die Revolution immerhin einen wesentlichen Fortschritt, eine Weiterentwicklung, deren Segen immer deutlicher fühlbar wurde. Für die deutsche Sache hatte die Einheitsbewegung kläglich geendet: von sittlichem

und politischem Katzenjammer waren daher viele deutsche Patrioten 1850 und 1851 ergriffen. Aber die Ernüchterung der Geister, die nun eintrat, hatte die allerbesten Folgen, denn das allgemeine Mißbehagen und Mißvergnügen über die jüngsten Erlebnisse führte zu gründlichem Nachdenken über die Gründe des nationalen Scheiterns. Und aus dem Nachdenken über die Erfahrungen jener Jahre 1848—1850 haben viele Patrioten in Deutschland gelernt. Die Überzeugung, daß einzig mit und durch Preußen der deutsche Staat zu schaffen möglich sei, wurzelte in den Geistern fest und machte stets weitere Propaganda. Mehr und mehr wurden die Politiker sich auch darüber klar, daß die Auseinandersetzung mit Österreich allem anderen vorangehen müsse. Man kam zu der Folgerung, daß mit der Idee, das Deutsche Reich auf Preußen zu begründen, der Ausschluß Österreichs aus Deutschland unlöslich verbunden war.

Diese Einsicht stützte man 1850 auf die gemachten negativen Erfahrungen. Anfangs faßten nur einzelne Männer die Sache so auf, aber die Überzeugung verbreitete sich dann immer weiter: Dahlmann, Duncker, Droysen, Häußer und Sybel erhoben sich, um durch die Lehren der historischen Wissenschaft diese Sätze zu begründen; das Ergebnis ihrer Betrachtung der deutschen Geschichte führte sie zu diesem Programm hin, das sie laut in Büchern und Vorträgen verkündeten. Die deutschen Universitäten haben in der Tat einen Anspruch darauf, als ein wichtiger, maßgebender Faktor für diese Entwickelung der Dinge zu gelten.

In erster Linie standen die oben genannten Historiker, zu ihnen gesellten sich Giesebrecht, Pauli, Abel, Pertz, Waitz (der letztere allerdings nur mit der Einschränkung, daß seine Antipathie gegen Preußen sein patriotisches, nationales Wirken beeinträchtigte). Mit den Historikern waren andere verwandte Geister tätig, Beseler, Grimm, Albrecht, Gneist; unter den maßgebenden wissenschaftlichen Geistern Deutschlands wuchs die nationale Überzeugung immer mächtiger in die Höhe, und von ihnen aus eroberte sie sich weitere Kreise und Schichten des Volkes. Aus den akademischen Hörsälen drang allmählich die politische Anschauungsweise zu den Beamten, den Ärzten, den Richtern, Geistlichen und Lehrern.

Damals gewann man die Vorstellung: die *eine* Gelegenheit

des Jahres 1848 sei verpaßt, Preußen müsse daher den nächsten Anlaß ergreifen, um auf das Jahr 1848 zurückzukommen, und müsse seinen Anspruch auf die Oberleitung Deutschlands, welchen ihm 1848 das Frankfurter Parlament verliehen, mit besserer Rüstung zu verwirklichen unternehmen. Man dachte, das sei eine Sache der Zeit, der Zukunft und der Gelegenheit, vielleicht auch der Person, die an der Spitze Preußens stände. Friedrich Wilhelm IV. war dazu, wie man erfahren und gelernt hatte, ganz ungeeignet. Er war im Jahre 1850 wieder vollständig Reaktionär geworden; er ermattete, seine geistige Kraft schien gebrochen oder gelähmt. Nur wenige ahnten damals, daß dies eine Folge beginnender geistiger Erkrankung war, aber niemand hoffte mehr auf ihn. Seine Minister waren geistig wenig bedeutende Leute: Manteuffel, Westphalen, Otto von Raumer, Rabe, Simons und von der Heydt. Die Politik des Stillstehens, Ruhigseins, Erhaltens dessen, was Bestand hatte, war ihre Losung.

Der nächste Bruder und Erbe des Königs, der Prinz von Preußen, galt ausschließlich als Soldat. Eingeweihte kannten seinen festen und nüchternen Sinn, sein Staats- und Pflichtgefühl, aber die öffentliche Meinung erwartete nichts Großes von ihm, man glaubte auch kaum, daß er die Regierung antreten würde, weil er nur ein Jahr jünger war als der regierende König. Die Hoffnung des Landes beruhte auf seinem Sohne, dem Prinzen Friedrich Wilhelm oder Fritz, der, am 18. Oktober 1831 geboren, ein reichbegabter, edler, nach allen Seiten gebildeter, großer und schöner Mann war; er war der Stern der Zukunft, er würde, so hoffte man, den Liberalismus in Preußen begründen und die deutsche Einheit schaffen, ihn betrachtete man als den eigentlichen Nachfolger des Königs Friedrich Wilhelm IV.

Das deutsche Zukunftsreich erschien damals nur möglich auf Grund des Liberalismus: das galt als ein Dogma, ein Axiom, das man vor jeder weiteren Erörterung glauben mußte. Das alte historische Preußen mit seinem Heer, seiner straffen Verwaltung, seiner Bureaukratie und seinem Junkertum sah mehr wie eine Hemmung, als wie ein Hilfsmittel aus. Über das spezifische Preußentum ging man leicht hinweg; „national-deutsch" und „preußisch" erschienen damals als Gegensätze, es

waren wenigstens sehr weit auseinandergehende Begriffe. Eine gewisse kosmopolitische Richtung eignete diesen Tendenzen. Man bildete sich ein, Preußen nach dem liberalen Prinzip erst umgestalten und verbessern zu sollen, ehe es als Grundlage für die deutsche Einheit brauchbar würde.

Und doch wuchs in dieser selben Zeit, als die öffentliche Meinung, welche patriotisch dachte und fühlte, jene Irrwege ging und jenen Trugbildern anhing, aus dem Kreise des Junkertums preußischster Färbung der Staatsmann empor, der das Deutsche Reich in der Wirklichkeit schaffen sollte.

Otto von Bismarck-Schönhausen (geb. 1. April 1815) war Junker vom Wirbel bis zur Zehe, aber von früh an, wie die preußischen und märkischen und pommerschen Junker, aufs engste mit dem Leben des preußischen Staats verwachsen. Zum erstenmale war man 1847 auf dem Vereinigten Landtag auf ihn aufmerksam geworden, 1849 trat er in der zweiten Kammer, 1850 in dem Unionsparlament in Erfurt hervor, immer als Heißsporn der äußersten Rechten. Sein Auftreten gab jedesmal das Signal zu heftigem Streit. Schonungslos gegen alle Gegner, sehr antiliberal, aber sehr preußisch und sehr staatlich gesinnt, brauste Bismarck besonders heftig gegen die demokratischen Angriffe wider das Heer und das Königtum auf; er verteidigte mannhaft den Staat gegen den kosmopolitischen Liberalismus, kühn, verwegen und rücksichtslos, redegewandt und schlagfertig, und doch trotz aller heftigen Reden von Anfang an ein Mann sehr kühler Beobachtung und weitblickender Berechnung, ein Mann mit klarem Verstande, offenem Auge und entschlossenem Charakter — zugleich Löwe und Fuchs.

Schon im Jahre 1848 war sein Name als Ministerkandidat genannt, wenn man einen Ultra-Reaktionär zum Minister zu machen wünschte. Besonders in den Kreisen der reaktionären Politiker am preußischen Hofe kannte man seine praktischen Eigenschaften, welche die öffentliche Meinung noch nicht kannte, und auch der König persönlich hatte sein Auge auf den jungen Herrn geworfen, er hatte ihn schon mehrmals zu Rate gezogen und bei vertraulichen Verhandlungen verwendet. Intim war Bismarck ferner mit dem General Leopold v. Gerlach, der seine schlagfertige Energie sehr hochschätzte. So erklärt es sich denn leicht, daß man ihn 1851 an den wiedereingesetzten Bundestag schickte, zuerst

als Legationsrat neben dem Gesandten von Rochow, dann seit dem Herbst 1851 als alleinigen Vertreter Preußens.

Bismarck kam als prinzipieller Vertreter der Reaktionspolitik nach Frankfurt. Die österreichische Partei konnte ihn als Gesinnungsgenossen begrüßen, aber sehr bald machte er sich dort unbequem, besonders den österreichischen Präsidenten des Bundestags, zuerst dem Grafen Thun (1851 bis 1853), dann Herrn von Prokesch-Osten (1853—1855), zuletzt, seit 1855, dem Grafen Rechberg. Mit allen dreien focht er seine Händel durch, oft mit sehr persönlicher Färbung, oft in sehr drastischen Szenen, doch immer durch und durch preußisch gesinnt und überzeugt von der Staatskraft Preußens. Die Dienerrolle, welche Österreich ihm zudachte, nahm er nicht an, sein Widerspruch bei kleinen Anlässen, in Formfragen, bereitete die prinzipielle Auflehnung gegen Österreich vor. Er durchschaute die innere Hohlheit dieses buntgemischten Reiches und seinen Mangel an nationaler Kraft, zugleich aber lernte er auch in Frankfurt die deutschen Verhältnisse gründlich kennen, die Ohnmacht des Bundes und die Erbärmlichkeit der Kleinstaaterei. Alles dies liegt heute klar vor unseren Augen, nachdem die Berichte, die er aus Frankfurt geschrieben, veröffentlicht sind. Sein preußisches Selbstbewußtsein verlangte nach einer kräftigen aktiven Politik, er war tatenlustig, und da dies sein Minister und sein König nicht waren, so wurde er ihnen wiederholt lästig, er mahnte und spornte sie an, aber völlig vergeblich.

Allerdings wurde deshalb Bismarck in Frankfurt dem Liberalismus, welcher die öffentliche Meinung in Deutschland erfüllte, nicht freundlich gesinnt. Für die inneren Fragen war er gleichgültiger; die preußische Verfassung von 1850 nahm er an, weil sie einmal zu Recht bestand, er glaubte auch, für die auswärtige Politik Preußens aus der Volksvertretung großen Nutzen ziehen zu können, aber freilich war Manteuffel dazu nicht der Mann.

Als reaktionärer Politiker war Bismarck nach Frankfurt gekommen, dort wurde er der Feind Österreichs. Immer deutlicher begann ihm die Notwendigkeit des Kampfes mit Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland hervorzutreten, da Österreich den Platz neben sich Preußen nie einräumen wollte. Bismarck hielt mehrmals in jener Periode eine Aktion Preußens für möglich, sowohl während der Verwicklungen in der Orientfrage,

wie später, als er Frankfurt verlassen hatte, aus Anlaß des italienischen Krieges; aber diese Ratschläge wurden in Berlin nicht beachtet und in der Öffentlichkeit nicht bekannt; sie wichen immer erheblich von den Forderungen der öffentlichen Meinung in Deutschland ab, und ebenso von der Politik seiner vorgesetzten Minister. Bismarcks leitender Gedanke war, daß der Feind Preußens nicht Rußland, nicht Frankreich, sondern Österreich wäre — „Ceterum censeo Austriam esse impugnandam" hätte er wohl sagen können, auf diesen Ton stimmte er seine Berichte und machte aus seiner Kriegslust gegen Österreich nicht im geringsten ein Geheimnis. Ein durchreisender österreichischer Erzherzog befragte ihn einmal boshaft wegen der vielen Orden, die er auf der Brust trug, ob er diese alle im Kriege verdient hätte: „Jawohl, Kaiserliche Hoheit, alle vor dem Feinde, alle hier in Frankfurt," lautete seine schlagfertige Antwort.

Seiner politischen Vergangenheit und seinen politischen Überzeugungen nach diente der preußische Gesandte in Frankfurt gern der allgemeinen Tendenz der Reaktion. Dem Bundestag war von den leitenden Machthabern 1851 sofort die Aufgabe gestellt, allenthalben in deutschen Ländern eine gesunde Reaktion wider den Radikalismus der letzten Jahre ins Leben zu rufen und fördernd zu unterstützen.

Der Bundestag setzte im Juli 1851 einen Ausschuß ein, um über die allgemeinen Maßregeln und Mittel einer Herstellung der alten Zustände zu beraten. Am 16. August erstattete derselbe seinen Bericht; mit ungewohnter Schnelligkeit billigte der Bundestag schon am 23. August die Vorschläge: es sollten unter Überwachung eines besonderen Ausschusses, des „Reaktionsausschusses", die einzelstaatlichen Verfassungen und Landesgesetze in Übereinstimmung mit den Bundesgesetzen gebracht werden, wozu (6. Sept.) der weitere Beschluß kam, die vom Frankfurter Parlamente erlassenen Grundrechte, wo sie durch die Gesetzgebung verkündigt waren, von Bundeswegen für unverbindlich zu erklären und ihre Beseitigung den Regierungen anheimzustellen.

Weiterhin erwog man allgemeine Gegenmaßregeln gegen den verbreiteten Liberalismus; man rüstete sich zu ähnlichem Feldzuge, wie ihn der deutsche Bundestag früher schon 1819 und 1820 geführt und 1832 bis 1834 wiederholt hatte. Nach langen Beratungen kamen derartige Bundesgesetze im Juli 1854 zu-

stande: über die Bedingungen und Kautelen der Preßfreiheit (dafür wurde das sächsische Preßgesetz von 1851 das Vorbild), dann gab es ein Gesetz über die Einschränkung und Überwachung der Vereinsfreiheit.

Man hatte 1848 enthusiastisch eine deutsche Flotte schaffen wollen aus Nationalbeiträgen, die an das Parlament nach Frankfurt eingeschickt wurden. Auch das Parlament selbst hatte für die Flotte 6½ Millionen Taler bewilligt, und das Geld war auch wirklich zum Teil eingegangen. Österreich blieb mit seinen Beiträgen zurück, weil es seine Flotte schon in der Adria hatte, ferner weigerten sich Kurhessen und Bayern für die Flotte Zahlung zu leisten. Einige Schiffe hatte man seitdem erworben und gerüstet, und bildete nun nach der Herstellung des Bundestages für die Marine einen Ausschuß, welcher im November 1851 vorschlug, eine österreichische Flotte im adriatischen Meere, eine preußische in der Ostsee und eine der anderen Staaten in der Nordsee zu halten. Der Bundestag selbst lehnte dies aber ab; die Flotten-Konferenz in Hannover verlief resultatlos und der Bund beschloß die Flotte wieder aufzulösen. Man versteigerte die Schiffe. Preußen kaufte die beiden größten Schiffe und arbeitete an der Herstellung einer preußischen Flotte, ganz besonders seitdem es am Jahdebusen das für einen Kriegshafen erforderliche Gebiet von Oldenburg erworben hatte, auf dem Wilhelmshaven angelegt wurde: Preußen nahm also wiederum den Dienst für die deutsche Gesamtheit auf seine Schultern.

Damals gelang es der preußischen Politik, den Zollverein zu erhalten, dessen Termin 1853 ablief. Außerhalb desselben waren nach 1842 noch geblieben: Mecklenburg, das dänische Holstein, Schaumburg-Lippe, die Hansestädte und die im Steuerverein verbundenen Hannover und Oldenburg; ihr früherer Genosse Braunschweig war vom Steuerverein zum Zollverein abgefallen. Auch die Stellung Österreichs zum deutschen Zollverein, welche schon in dem Parlament von 1848—1849 viel besprochen war, wurde aufs neue in die Diskussion gezogen; Österreich nahm selbst auf den Dresdener Konferenzen wie schon vorher einen Anlauf einzutreten. Doch hätte dies die größten Verschiebungen zur Folge gehabt, und Preußen opponierte deshalb entschieden, sonst aber gewann Österreichs Zutritt bei vielen Deutschen Anklang, zumal Gegensätze über die Tarifgestaltung im Zollverein

vorhanden waren und Preußen für die Hereinziehung Hannovers auf Grund verminderter Tarifsätze wirkte. Man verhandelte hin und her und schien nahe daran, den Zollverein völlig zu zersprengen; aber endlich siegte die preußische Auffassung. Der Zollverein wurde im April 1853 mit Einbegreifung Hannovers und unter Abschluß eines den gegenseitigen Verkehr wenigstens erleichternden Handelsvertrages mit Österreich erneuert.

Auf dem Gebiete der materiellen Interessen hatte also Preußen zuletzt doch seinen Willen erfolgreich behauptet, sonst entsprach die allgemeine, von Österreich geförderte Reaktionstendenz des Bundestages vollständig dem Willen der preußischen Reaktionäre in Berlin; so war es nicht schwer sich in allen vorkommenden Fällen über die geeignet erscheinenden Maßregeln zu verständigen. Ein politischer Gegensatz trat nur dort hervor, wo es sich um die allgemeine Machtstellung, insbesondere um die Nebenbuhlerschaft von Österreich und Preußen handelte.

Die politische Parteigruppierung und Parteinahme ging damals in Deutschland ganz eigentümliche Wege. Die Spaltung der politischen Gegensätze übertrug sich von den Fragen der inneren Politik auf die auswärtigen Verhältnisse. Wer sich zu konservativen oder gar zu reaktionären Grundsätzen bekannte, nahm für Rußland, jedenfalls gegen das revolutionäre napoleonische Frankreich Partei. Rußland galt zu jener Zeit als der Hort des Absolutismus, der Vater und Schützer der Konservativen in Preußen und in Deutschland. Auf der anderen Seite schwärmte der Liberalismus nicht nur für die englische Musterverfassung, sondern auch für die englische Politik; die Liberalen waren stets zur Förderung englischer Interessen erbötig: ein deutscher Patriotismus trat kaum irgendwo auf. Außerhalb Preußens hingen viele Deutsche Österreich an, und ebenso blieb trotz allen Ärgers über Österreich die Forderung des Zusammenhaltens mit ihm ein unwandelbarer Glaubenssatz der preußischen Konservativen. Unter den Politikern in Deutschland war es damals fast allein Bismarck, der weder englisch, noch russisch, noch antibonapartistisch, noch österreich-freundlich gesinnt war, sondern ausschließlich preußisch. Selbst für den Herzog Ernst von Koburg, der auf seine national-deutsche Gesinnung so stolz war, verschmolzen, wie seine Bekenntnisse deutlich zeigen, die englischen Interessen mit den deutsch-nationalen.

Dieser Verflechtung der Verhältnisse muß man eingedenk bleiben, wenn man die Geschichte Deutschlands in dem Jahrzehnt 1850—1860 verstehen will. Die weitverbreitete Ansicht der gebildeten deutschen Kreise, die leitenden Stimmen der liberalen öffentlichen Meinung in Deutschland standen im englischen Lager und verfochten die englische Auffassung und deren Ziele, immer in dem Glauben, daß sie die eigentlichen Patrioten waren und vorwiegend die deutschen nationalen Ziele verfolgten; sie beschuldigten ihre reaktionären Gegner der Unterordnung unter Rußland, ohne zu bemerken, daß sie selbst weit mehr von England abhingen. Die englischen Minister durchschauten die Sache: England war damals auf koburgische Anregung bereit, sich die Direktion der öffentlichen Meinung in Deutschland durch eine Zeitungsgründung viel Geld kosten zu lassen, was sich aber ebenso wie ein ähnlicher französischer Plan zerschlug.

Es galt die liberale Parteianschauung als die eigentlich deutschnationale, England als der Freund des deutschen Nationalstaats. Aber dies war nur eine grundlose Einbildung, denn England war ebensowenig freundlich oder feindlich gegenüber der deutschen Sache gesinnt wie Rußland. Die Parteistellung der europäischen Großmächte wechselt vielmehr nach den jedesmaligen Interessen des Augenblicks: wie sehr irrten auf deutscher Seite diejenigen, welche von bleibenden Sympathieen Englands und Rußlands redeten. Mit den Fragen der inneren Politik hat dies Verhältnis zum Auslande gar nichts zu tun. In jener Zeit hat mehr als irgend jemand in Deutschland, das zeigen seine Berichte, Bismarck den allein staatsmännischen Standpunkt erfaßt und behauptet; seine Ratschläge gingen nur von den preußischen und deutschen Interessen aus und hatten nur deren Ziele im Auge, unbekümmert um Rußland oder England.

Als im Jahre 1853 die Verwicklungen im Orient zum Kriege zwischen Rußland und der Türkei führten, war das Verhalten Preußens und Österreichs lange Zeit fraglich. Österreich hatte ein Interesse, Rußland an der Donau nicht erstarken zu lassen; Preußen hatte zwar kein Interesse am Schicksal der Türkei, aber die Machtausdehnung Rußlands konnte auch ihm nicht gefallen. Es mußte also auch einen völligen Sieg Rußlands zu verhindern suchen. England ging natürlich auf die

Schwächung und Erniedrigung Rußlands aus, aber mit einer solchen konnte Preußen nichts zu tun haben; Frankreich mischte sich in die Orientfrage nur ein, um Napoleons Ansehen in der Welt zu erhöhen. Die Stellungnahme der Westmächte gegen Rußland forderte für Preußen und Deutschland die Neutralität, in der es vielleicht vermittelst diplomatischer Unterstützung der westmächtlichen Politik gelingen konnte, die russische Machtausdehnung einzuschränken. Auf österreichischer Seite aufzutreten war höchstens dann geboten, wenn Österreich dort selbst energisch vorzugehen sich entschloß und weiterhin für die Unterstützung seiner Orientpolitik Preußen in Deutschland Einfluß einzuräumen bereit war. Ein Anschluß Preußens an England und Frankreich hätte die Last des Orientkrieges sofort auf die preußischen Schultern gelegt, denn natürlich hätte Rußland sich viel lieber an der preußisch-polnischen Grenze geschlagen, als in der Krim.

Für die preußische Politik mußte also der Gedanke maßgebend sein, in die Diskussion zwischen Rußland und Europa keine andere Frage als die Orientfrage hereinzuziehen und einen Kompromiß zu empfehlen. Preußen war denn auch an dem Wiener Protokoll der Mächte (Frankreich, England, Österreich) vom 5. Dezember 1853 beteiligt, welches die Erhaltung der Türkei forderte und an Stelle des russischen ein gemeinsames Protektorat aller christlichen Großmächte über die Christen in der Türkei aufrichten wollte. Rußland aber lehnte ab. Konnte Preußen nicht daran denken, für die Sache Englands oder gar für die Ziele Napoleons einzutreten, so konnte auf der anderen Seite der Anschluß Preußens an Rußland die Waffen Englands und Frankreichs gegen Preußen richten, womit ihm reichlich von diesen beiden gedroht wurde. Nur mit Mühe gelang es in den Kämpfen am Berliner Hof für und gegen den Anschluß an die Westmächte Preußen auf dem Mittelwege zu halten; Manteuffel entschied sich für die Neutralität und wurde durch die wunderbar klaren Berichte Bismarcks unterstützt.

Preußen blieb also neutral. Aber sonst wurde in Berlin und in ganz Deutschland sehr heftig für die westmächtliche Sache agitiert, der Herzog von Koburg arbeite rührig und unverdrossen dafür. Auch auf den Prinzen von Preußen, der als Generalgouverneur der Rheinlande in Koblenz residierte, hatten russenfeindliche Einflüsse Eindruck gemacht, er vertrat damals wiederholt

die Ansicht, daß Preußen sich gegen Rußland wenden und mit den Westmächten gehen sollte; dies entsprach den englischen Interessen, nicht aber den preußischen. Des Prinzen Urteil irrte, beeinflußt von seiner westmächtlich gesinnten Gemahlin und seiner ganzen Umgebung am Koblenzer Hof, wozu seine Beziehungen zu den liberal-konservativen Männern des „Preußischen Wochenblatts" kamen und zum preußischen Gesandten in England, Bunsen. Bei dessen und des liberalen Kriegsministers von Bonin Entlassung (1854) entstand ein vorübergehendes Zerwürfnis mit dem König, das zu einem vierwöchigen Strafurlaub für den Prinzen nach Baden-Baden führte.

Der Gang der Ereignisse in Deutschland während des Krimkrieges war der folgende. Einverstanden mit den Westmächten waren Österreich und Preußen über die Notwendigkeit der Erhaltung der Türkei. Wenn aber Österreich zu engerem Anschluß an die Westmächte, zu eigenem Handeln hindrängte, so gelang es ihm immer wieder, Preußen, das damit nichts zu tun hatte, an seiner Seite zu halten. So vereinbarten beide in ihrem Bündnis vom 20. April 1854 von Rußland die Räumung der Donaufürstentümer zu fordern, wobei Preußen für die etwaigen Folgen Österreich die Garantie seines Länderbesitzes zusagte.

Unter den deutschen Mittelstaaten verlangte nur der Ehrgeiz des Herrn von Beust in Sachsen ein nachdrückliches Eintreten, und zwar auf russischer Seite. Dafür waren die andern nicht zu haben und auf einer Konferenz zu Bamberg (25. Mai 1854) machten sie lediglich schöne Redensarten, sprachen von der eigenen Bereitschaft zum preußisch-österreichischen Aprilbündnis, wünschten aber dabei, daß die russischen wie die westmächtlichen Truppen den Donaufürstentümern und die deutschen Mächte dem Kriege überhaupt fernblieben. Auf eine nachdrückliche Mahnung der beiden Großmächte entschloß sich der deutsche Bund am 24. Juni dem Aprilbündnis beizutreten.

Im Gefühl der dadurch gesicherten Rückendeckung tat nun Österreich im August einen weiteren Schritt in die ausgesprochene Kriegspolitik hinein und trat den neuen Forderungen der Westmächte an Rußland bei, die in vier Punkten aufgestellt waren (allgemeine Schutzherrschaft über die Christen in der Türkei und über die Donaufürstentümer, freie Donauschiffahrt bis zur Mündung, Revision des Meerengen-Vertrages von 1841). Nachdem

Österreich mit diesem immer stärkeren Hinaustreten aus dem eigentlich deutschen Interessenkreis zunächst isoliert gestanden, brachte es den preußischen Genossen schließlich doch zu einem erneuten Abschluß auch auf dieser veränderten Grundlage (26. Nov. 1854) und wiederum billigte am 9. Dezember der Bundestag diesen weiteren Schritt.

Als aber Österreich sich im Dezember 1854 den Westmächten noch mehr zu einer offenen Stellung gegen Rußland anschloß, machte Preußen nicht mehr mit. Österreich verlangte vom deutschen Bunde militärische Maßregeln zu seiner eventuellen Rückendeckung, Mobilmachung oder wenigstens Kriegsbereitschaft. Preußen versagte jetzt seine Zustimmung und ebenso der Bund (Febr. 1855). Das geschah in derselben Zeit, als Sardinien sein Bündnis gegen Rußland schloß (10. Januar 1855), als man allgemein eine weitere Ausdehnung des Krieges gegen Rußland, vielleicht durch Angriffe von der europäischen Landseite her, vielleicht aus Polen erwartete.

Die entschiedene Weigerung Preußens verhinderte diese Ausdehnung des Krieges, sehr zum Ärger der Franzosen und Engländer, denen ebensowohl die Koburger als eine große Anzahl liberaler deutscher Politiker Beifall zollten. Man schalt maßlos auf Preußen, daß es die europäische Ehre preisgegeben habe, man ereiferte sich über seine Liebesdienste für Rußland, sein undeutsches Benehmen, und alles das nur, weil Preußen nicht blind in diesen Krieg ziehen wollte zu Gunsten der Engländer, um diesen die Last des Krieges abzunehmen oder zu erleichtern.

Die englische Rache dafür war, daß man Preußen 1855 zu den europäischen Verhandlungen gar nicht mehr zuziehen wollte, weil es durch sein Stillsitzen seine Großmachtstellung verwirkt hätte. Preußens Haltung bewirkte aber, daß im Sommer 1855 auch Österreich vom Kriege sich weiter zurückzuziehen begann; es lenkte Rußland gegenüber ein und verminderte seine Rüstungen. Nach dem Fall von Sebastopol (10. September) war der militärischen Ehre allseitig genug getan und die Friedensverhandlungen kamen in Zug. Im Jahre 1856 nahm Preußen an dem Pariser Kongreß zuerst gar nicht Teil; es sollte dies eine Demütigung für Preußen sein. Erst nachträglich (10. März 1856) wurde es auf Napoleons Wunsch doch eingeladen; da man den Vertrag von 1841 bezüglich der Dardanellen abändern wollte, mußte es

herbeigeholt werden und so kam der Minister von Manteuffel Mitte März nach Paris.

In Berlin war man über den durch die Ausschließung Preußen zugefügten Schimpf ärgerlich erregt gewesen, welcher von den Engländern beabsichtigt war. Bismarck aber war über den Vorgang sehr vergnügt; er sagte, die Arbeit des Pariser Kongresses wäre so schlecht, daß Preußen sich freuen sollte dabei gar nicht mitgetan zu haben, er redete damals der Politik das Wort, daß Preußen sich auf seine eignen Interessen zurückziehe, ein Freund derer, die ihm Vorteile brächten, ein Gegner der Macht, die auf der Seite seiner Gegner stände.

Die preußische Politik während des Krimkrieges ist durch die späteren Erfahrungen als eine sehr richtige erwiesen und bestätigt worden. Aber sie hat damals dem Könige von Preußen eine Menge von Kränkungen und Demütigungen eingebracht. Die Neutralität erschien den Menschen mehr als ein Beweis der Schwäche und keineswegs als ein Akt wohl angelegter Berechnung. König Friedrich Wilhelm IV. erntete 1856 die Frucht aus seiner Unterwerfung unter die Befehle Rußlands und Österreichs, zu der er sich 1850 hergegeben hatte. Man glaubte von ihm nur ein passives Zurückweichen vor jeder entschiedenen Tat, nur Scheu und Unlust gegen jede Entschließung erwarten zu sollen. Niemand vermied es ihm mit Kränkungen und Beleidigungen zu begegnen.

Die bittersten Erfahrungen sollte der König noch in der Neuenburger Frage erleben.

Der Kanton Neuenburg hatte die preußische Herrschaft im März 1848 abgeworfen und unter dem Protest Preußens sich dem Schweizer Bunde angeschlossen. Ein Protokoll der europäischen Mächte hatte am 24. Mai 1852 das Recht Preußens auf den Kanton Neuenburg anerkannt, aber weiter war dann kein Schritt geschehen und Preußen hatte sich durch die Verpflichtung nicht einseitig vorzugehen gebunden. Die Sache lag dem König sehr am Herzen; denn der Abfall Neuenburgs hatte ihn persönlich gekränkt. Als aber Manteuffel auf dem Kongreß in Paris am 8. April 1856 in derselben Sitzung, in welcher Cavour den Schmerzensschrei Italiens losließ, die Aufmerksamkeit auf diese Verletzung der Verträge in Neuenburg hinlenkte, da hatte man ihn nur schweigend und achselzuckend angehört. Dann folgte

eine royalistische Erhebung am 2. September 1856, welche zwei Tage nach ihrem Ausbruch schon durch die republikanische Gewalt niedergeworfen wurde: die Royalisten wurden gefangen gesetzt. Der König verwendete sich für die Freilassung der Gefangenen und wollte selbst sein Heer gegen Neuenburg aussenden. Aber wie wollte er hingelangen? Der Durchmarsch durch Süd-Deutschland wurde ihm verweigert, es gab am Bundestage ärgerliche Debatten, bis zuletzt Kaiser Napoleon die Sache beilegte. Er verbürgte sich gegenüber der Schweiz für die Anerkennung der neuenburgischen Selbständigkeit durch Preußen, wenn dafür die Gefangenen freigegeben würden; und so geschah es durch Verfügung der schweizer Bundesbehörden (16. Januar 1857). Unter Napoleons Vermittelung wurden weitere Verhandlungen in Paris geführt seit März 1857, und während derselben erschien Bismarck bei Napoleon, den er schon zwei Jahre zuvor besucht hatte. Napoleon wies den Gedanken an die Rheingrenze ab und sprach nur von einer „kleinen Grenzberichtigung" zu Frankreichs Gunsten, dafür von einer Verstärkung Preußens England gegenüber durch eine Vermehrung seiner Flotte, durch den Erwerb Hannovers und Schleswig-Holsteins; besonders wünschte er für sich Sicherheit der Neutralität Preußens bei einem etwaigen Krieg Frankreichs gegen Österreich wegen Italiens. Bismarck hütete sich solche gefährlichen Dinge nach Berlin mitzuteilen, er empfing aber einen Einblick in die Gesamtlage Europas und die Ziele Napoleons. Eine Aktion war, solange der König lebte, sicher nicht zu erwarten.

In einem Vertrage vom 26. Mai 1857 verzichtete der König auf Neuenburg; die Schweiz sicherte ihm die gewünschte Amnestie der Gefangenen zu und übernahm noch eine Million Franks Entschädigung zu zahlen. Von der Zahlung stand Preußen nachher freiwillig ab.

Das waren ungefähr die letzten Ereignisse in der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV. Es hat ihn zuletzt das traurige Los betroffen, daß er geistig erkrankte, im Sommer 1857 traten die deutlichsten Zeichen geistiger Zerrüttung unverhüllbar hervor. Von welchem Zeitpunkt ab die Anfänge der Krankheit datieren, wird schwer festzustellen sein. Es gehört wohl zu den schwierigsten Aufgaben menschlicher Beobachtung, den ersten Anfang einer psychischen Erkrankung zu konstatieren: sie pflegt

unmerklich zu beginnen und allmählich sich weiter zu entwickeln, längere Zeit mit sehr langsamen Fortschritten. Die Briefe des Königs zeigen schon vor 1848 oft seine krankhafte Erregung; die Szenen, welche der Herzog Ernst von Koburg als selbsterlebte mit dem König schildert, verraten krankhafte Überreiztheit. Im Januar 1849 äußerte bereits der Graf von Brandenburg zu Bunsen: „unsres Herrn Kopf ist anders organisiert, als der anderer Menschen". Im Januar 1851 sprach Radowitz zu Bunsen von einem Dualismus in Friedrich Wilhelms Wesen. „Bunsen meinte darauf, was Radowitz Dualismus nenne, müßte mit Unredlichkeit oder mit Tollheit enden." Im selben Jahre hörte Beckerath von dem Gerüchte, der König leide an Gehirnerweichung, die auf die Dauer bedenkliche Folgen haben würde. Eine Reihe von Aufzeichnungen und Notizen in den Tagebüchern des Generals von Gerlach führt zu derselben Schlußfolgerung hin.

Ja, wenn dem so wäre, dann würde das harte Urteil, das der deutsche Historiker über den König aussprechen muß, sich vielleicht in das schmerzvolle Mitleid und Bedauern mit einem Kranken verwandeln dürfen.

Jedenfalls war es im Herbst 1857 nicht mehr möglich den Zustand des Königs noch länger zu verbergen. Am 8. Oktober traf ihn der Schlag; er war nicht mehr imstande, auch nur ganz äußerlich die Geschäfte der Regierung zu führen.

Aber dem Eintritt der neuen Zeit in Preußen wurden noch die größten Schwierigkeiten seitens des alten Regiments in den Weg gelegt. Friedrich Wilhelm konnte zwar nicht mehr regieren, aber auf das zäheste klammerten sich seine Minister an die Gewalt, die sie in der Hand hatten. Manteuffel, Westphalen, Raumer und der Generaladjudant von Gerlach wurden in ihren Stellungen gehalten, nicht zuletzt durch den Schutz der Königin Elisabeth, welche die vollste Verfügung über ihren zu eigenem Willen unfähig gewordenen Gemahl ausübte und damals dem Regierungsantritt ihres Schwagers, des Prinzen Wilhelm von Preußen, widerstand. Die Minister erhoben Bedenken und Zweifel gegen die Regentschaft des Prinzen, und statt der Regentschaft wurde daher eine Stellvertretung beliebt; in der preußischen Verfassung stand zwar nichts von einer solchen, aber sie war sicher nicht verfassungswidrig. Nur legte dieser Auftrag dem Stellvertreter

in der Regierung Schranken auf, was gerade beabsichtigt war; es sind darüber in den Jahren 1857 und 1858 heftige Kämpfe in Berlin geführt worden.

Der Prinz von Preußen ging zuletzt darauf ein. Er übernahm die Stellvertretung als eine provisorische und widerrufliche „nach den ihm bekannten Intentionen seines königlichen Bruders“ am 23. Oktober 1857, zuerst auf die Zeit von 3 Monaten, welche Frist in der Folge dreimal erneuert wurde, im Januar, April und Juli 1858.

Erst nachdem jede Aussicht auf Besserung des Königs verschwunden, bestand der Prinz von Preußen auf Übernahme der Regentschaft, blieb fest gegen alle Intriguen und Zumutungen und drang zuletzt durch. So weit es irgend möglich war, hatten die Königin und die Minister der Reaktion dem Regenten noch bis zum letzten Augenblick Hindernisse in den Weg geworfen, er hatte selbst zuletzt sehr energisch und deutlich reden müssen; dabei hatte er die Unterstützung des Justizministers Simons gefunden. Die Königin gab schließlich nach und legte ihrem Gemahl eine Aufforderung zur Unterschrift vor, durch welche er den Bruder einlud die Regentschaft zu übernehmen; am 7. Oktober 1858 trat der Prinz dieselbe an.

Der Landtag wurde einberufen; in einer Sitzung der vereinigten Häuser des Landtags am 20. Oktober wurde die Notwendigkeit dieses Staatsaktes, also die Tatsache der Geisteskrankheit des Königs konstatiert. Am 26. Oktober leistete der Prinzregent den Eid auf die preußische Verfassung: mit dem Tage beginnt ein neues Zeitalter der preußischen und deutschen Geschichte.

Zweites Kapitel.

Die neue Ära in Preußen.

Selten hat ein größerer Jubel einen Regierungswechsel begrüßt, als er sich in Preußen im Herbst 1858 erhob. Man fühlte sich von dem Alpdruck der Reaktion, der schwer auf allen Gemütern gelastet, endlich erlöst, mit hingebender Begeisterung empfing man den neuen Regenten.

Es war ein Fürst, der schon sein 61. Lebensjahr vollendet, ein Mann mit festausgeprägtem Charakter und einem schon fertigen Regierungsprogramm, das geeignet schien die allgemeinste Befriedigung zu erwecken.

Es wird nötig sein in aller Kürze ein Bild des neuen Herrschers zu zeichnen, seine Entwicklung bis zur Übernahme der Regentschaft nach ihren hauptsächlichsten Eigenschaften zu verfolgen.

Am 22. März 1797 geboren, war Prinz Wilhelm der zweite Sohn seiner Eltern, des Königs Friedrich Wilhelm III. und der vielbewunderten Königin Luise. Als Knabe erlebte er mit Eltern und Geschwistern die Katastrophe des preußischen Staates 1806, die Flucht in den äußersten Osten der Monarchie, die Kriegserhebung von 1813, die siegreichen Feldzüge von 1813 und 1814. Es war ihm vergönnt nach Frankreich mit hinauszuziehen; er war mit in Paris. Gemeinsam mit seinem älteren Bruder, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, wurde er erzogen. Er machte den hergebrachten Bildungsgang eines preußischen Prinzen durch, trat sehr früh in das königliche Kriegsheer und entwickelte sich bald zu einem brauchbaren und tüchtigen Offizier. Er stieg allmählich durch die verschiedenen militärischen Grade

und Stellungen zu wichtigeren Befehlshaberstellen in die Höhe. Er war mit Leib und Seele Berufsoffizier, der seine Aufgabe nicht als einen Zeitvertreib oder bloße Form auffaßte, wie dies sonst bei Fürstensöhnen die Regel; nein, für ihn war es ein mit vollem Ernst erwählter Lebensberuf.

Als Prinz des königlichen Hauses war er auch Mitglied des Staatsrats geworden und hatte als solcher an den Beratungen und Erwägungen über die wichtigsten Prinzipienfragen der neuen Gesetzgebung teilzunehmen, jener Gesetzgebung, welche nach der großen Kriegszeit den preußischen Staat neu zu organisieren bestimmt war. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der jugendliche Prinz sich bei verschiedenen Fragen um die Bildung eines selbständigen Urteils redlich bemühte; bei der Erörterung der neuen Steuergesetze von 1820 machte er einmal mit militärischer Kürze die treffende Bemerkung, „daß die reicheren Klassen der Nation und die höher besoldeten Beamten zur Erleichterung des ärmeren Volkes in höherem Grade heranzuziehen sein würden“, als Hardenbergs Gesetzentwurf dies in Aussicht genommen.

Sonst darf es niemanden auffallend erscheinen, daß in den politischen Fragen Prinz Wilhelm nicht gerade eine leitende Stellung am Hofe seines Vaters einnahm. Er war ein jüngerer Prinz, dem noch keine Aussicht auf die Königskrone winkte. Zur Aufgabe des dereinstigen Königs und Herrschers bereitete sich der Kronprinz Friedrich Wilhelm vor, der sowohl im äußerlichen Wesen als in Geist und Charakter wenig Ähnlichkeit oder Verwandtschaft mit dem nächstjüngeren Bruder verriet; ein sehr ungleiches Brüderpaar waren sicherlich die beiden ältesten Söhne Friedrich Wilhelms III. Der Kronprinz machte seit 1822 in steigendem Maße seinen Einfluß auf die Regierung seines Vaters geltend: die Unklarheit und Verschwommenheit des Willens, die ein hervorragendes Merkmal seiner Regierung werden sollte, störte und verwirrte schon damals wiederholt den Gang und die Entschließungen der königlichen Staatsregierung. Ganz anders Prinz Wilhelm, der wie jeder andere Berufsoffizier den Aufgaben und Arbeiten des Heerwesens mit pflichtmäßiger Treue unermüdlich oblag. Er teilte die monarchisch-patriarchalische Auffassung der preußischen Staatseinrichtungen; das unbeschränkte Recht des preußischen Königtums stand ihm durchaus fest, seinem Geiste

waren die politischen Ideen des modernen Liberalismus fremd und fern geblieben; und wo sie einmal in seinen Horizont traten, fühlte er sich in ausgesprochenem Gegensatz zu ihnen. Aber er bewahrte sich doch immer einen klaren und offenen Blick für die Wirklichkeit des Lebens und war bereit, von dem Fortgange der Zeiten zu lernen. Vor allem hatte der staatliche Sinn der Hohenzollern, das Erbteil seiner Ahnen, in seinem Geiste festere Wurzel geschlagen als in dem beweglichen, unsicheren Kopfe des Kronprinzen, in welchem unvereinbare Gegensätze und Einfälle kraus und wild durcheinander wirbelten.

Prinz Wilhelm war in erster Linie, man kann von der damaligen Zeit vielleicht sagen, er war fast ausschließlich Soldat, mit vollem Verständnis für seinen Beruf und den Pflichten des Dienstes unwandelbar hingegeben. Wiederholt hatte er im Auftrag des Vaters Reisen nach Österreich und Rußland zu machen, wiederholt wurde er zu Manövern entsendet. Im Juni 1817 begleitete er seine Schwester Charlotte nach Rußland, als sie des russischen Großfürsten Nikolai Gattin wurde, und gewann persönlich nahe Beziehungen zum russischen Hofe. Im Winter 1825 ging er wiederum nach Petersburg zur Feier der Thronbesteigung Nikolais, mit welchem ihn nähere Freundschaft verband. Er benutzte diese Reisen, durch das Studium fremder Länder und fremder Höfe seinen Horizont zu erweitern, seine Ansichten auszubilden und zu entwickeln: so viel wir wissen, legte er wiederholt ein merkwürdig zutreffendes und sachlich begründetes Urteil über Verhältnisse und Personen seines Zeitalters an den Tag.

Es sind aus jenen Bildungs- und Entwicklungsjahren des Prinzen Wilhelm einzelne vertrauliche Briefe bekannt geworden, welche seine Stellung zu wichtigen Fragen der Zeitgeschichte in ganz überraschender Weise enthüllen. Wiederholt begegnen wir mißbilligenden Äußerungen über die prinzipielle Friedensliebe seines königlichen Vaters, dem die Abwehr jeder Kriegsmöglichkeit die Summe der politischen Weisheit für Preußen zu enthalten schien. Der Prinz legte das größte Gewicht auf die Schlagfertigkeit des preußischen Heeres; er war aktionslustig und ihm entging es nicht, daß Preußen während der Friedensjahre „in allen Staatsverhältnissen Rückschritte gemacht". Schon am 31. März 1824 erklärte er einmal die folgende Ansicht für die seine: „hätte die Nation Anno 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von

einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte dann damals wohl alles aufgeopfert, eines solchen Resultates halber!" — so bitter erging sich sein Unmut über die Kleinlichkeit und Schwäche der damaligen Staatsleitung; er meinte, was 1813 der Enthusiasmus des Volkes geleistet, das sollte jetzt die geweckte und beförderte Intelligenz tun. Er selbst war unablässig bemüht, auf dem Gebiete, dem er sich gewidmet, in dem Heerwesen alles zu tun zur möglichst allseitigen Entfaltung, Stärkung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit Preußens.

Seinem Bruder, dem Kronprinzen, war 1821 der Vorsitz in der letzten Kommission übertragen worden, die zur Beratung einer ständischen Verfassung für Preußen berufen war, und die sich nur zur Zulassung von Provinzialständen unter Beiseiteschiebung der verheißenen Reichsstände entschloß. Zu dieser Berufung des Kronprinzen bemerkte Prinz Wilhelm: „Es ist ein eigen Ding den Thronerben damit zu beauftragen, da er genötigt wird sich jetzt schon auf das bestimmteste über seine Ansichten auszusprechen, die der Nation dadurch bekannt werden. Spätere Ansichten bei reiferem Alter, die vielleicht mit den jetzigen in Widerspruch stehen, können leicht dazu dienen sich ein Dementi zu geben" — eine gewisse Zurückhaltung in der Aussprache politischer Meinungen schien ihm die Pflicht der Königssöhne zu sein.

Eine tiefe Herzensneigung hatte er gefaßt zu der schönen Prinzessin Elise Radziwill; sie hatte er sich zur Gattin erkoren. Aber seine Heirat stieß auf das Bedenken, ob die Fürsten Radziwill als Ebenbürtige des preußischen Königshauses anzusehen seien. Zwar waren die Gutachten der Rechtsgelehrten in der Frage geteilter Meinung, aber schon der Zweifel an der Ebenbürtigkeit schien den Ehebund ausschließen zu müssen, denn die Ehe des Kronprinzen (seit 1823) war kinderlos und es schien, sie sollte so bleiben. Dies rief natürlich den Gedanken hervor, daß Prinz Wilhelm und seine legitimen Kinder dereinst die Erben der preußischen Königskrone werden sollten. Der Prinz durfte daher nur eine ganz unanfechtbare Verbindung eingehen, und dies um so mehr, als die Weimarer Verwandten der Frau seines jüngeren Bruders Karl schon auf eventuelle Erbansprüche dieser jüngeren Linie hindeuteten, falls Prinz Wilhelm die

Prinzessin Radziwill heimführen würde. Augenscheinlich hoffte und rechnete damals Prinz Karl darauf, der Erbe der Krone zu werden. Der Vater stellte den Sohn der harten Pflicht gegenüber, dem Wohle des Staates seine Neigung opfern zu müssen. Aufs tiefste erschüttert erklärte darauf der Prinz sich bereit, seine Neigung und seinen Schmerz zu bekämpfen und sich ins Unabänderliche zu fügen. Er entsagte der heißgeliebten Dame seines Herzens. Bald nachher hielt er Brautschau an verschiedenen Höfen und verlobte sich schon im Oktober 1828 mit der Schwägerin seines Bruders Karl, der weimarischen Prinzessin Augusta. Die Ehe wurde im Juni 1829 geschlossen. Aus ihr entsprossen bekanntlich zwei Kinder: Prinz Friedrich Wilhelm, 18. Oktober 1831, und Prinzessin Luise, 3. Dezember 1838. Noch oft haben übrigens in späteren Jahren eingeweihte Beobachter des preußischen Königshofes die Bemerkung gemacht, daß Prinz Karl und sein Sohn nur schwer die Täuschung ihrer Hoffnung auf die preußische Königskrone verschmerzt haben.

Der ältere Bruder bestieg 1840 als König Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron; er legte sofort seinem Bruder Wilhelm den Titel eines „Prinzen von Preußen" bei, ihn als den Erben der Krone zu bezeichnen, und übertrug ihm auch den Vorsitz im Staatsministerium. An den wichtigen Handlungen und Entschließungen der preußischen Staatsregierung trug der Prinz von Preußen seinen Anteil. Er leistete den Experimenten, welche der König mit ständischen Einrichtungen anstellte, sehr entschiedenen Widerstand und verfaßte mehrere Denkschriften gegen die ständischen Projekte seines Bruders. Nur sehr langsam gab er nach; es entsprach seiner Art nur Schritt für Schritt zu neuen Ansichten sich zu bekennen, aber hatte er sich erst einmal eine neue Überzeugung erarbeitet, so war sie sein eigen geworden; er hielt dann an ihr fest. Es ist bekannt, daß er bei der entscheidenden Schlußberatung über die Frage der Reichsstände (11. März 1846) sich der beabsichtigten Neuerung noch immer widersetzte; er sprach den Grundsatz aus, daß eine weise Regierung von Zeit zu Zeit nachforschen müsse, ob die Einrichtungen ihres Staates noch im Einklang mit der Fortentwickelung der Zeit wären und meinte hieraus die früher geschehene Einführung der Provinzialstände erklären zu sollen, aber er leugnete die Notwendigkeit, jetzt noch weiter zu gehen,

er war von der Zweckmäßigkeit eines den ganzen Staat darstellenden zentralständischen Körpers noch nicht überzeugt. Seine Bedenken bezogen sich ganz besonders darauf, daß die ständische Beratung nach den Erfahrungen, die man anderwärts schon gemacht hatte, die Heereseinrichtungen angreifen oder einengen würde. Schon die Debatte über das Heerwesen schien ihm bedenklich und gefährlich für die Existenz und Sicherheit des Staates. In der Beratung gelang es nun den Ministern des Königs durch ihre eingehenden Darlegungen den Prinzen von der unabweisbaren Notwendigkeit zu überzeugen; nicht völlig unterdrückte er seine Bedenken, er betonte wiederholt, daß man die Stellung der Krone nicht antasten, daß man rechtzeitig Schranken gegen die von ihm vorausgesehenen Forderungen nach weitergehenden Konzessionen aufrichten müsse. Aber das Entscheidende ist doch, daß er sich der Einsicht beugte, daß er sich der Belehrung nicht verschloß. Und sein klarer Blick, sein staatliches Pflichtgefühl, sein Staatssinn machten ihn fähig und bereit, ohne weiteres mit einer gewissen Entschiedenheit auf den Boden der neuen Staatsverfassung hinüberzutreten. „Ein neues Preußen", sagte er, „wird sich jetzt bilden. Das alte geht mit Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe! Möge das neue so erhaben und groß werden, wie es das alte mit Ehre und Ruhm geworden ist!"

An den Beratungen des vereinigten Landtages im April und Mai 1847 nahm der Prinz selbst teil; einigemal hat er persönlich das Wort ergriffen. Ihm kam es darauf an, diese neue Verfassung mit vollem Ernste, in aufrichtiger Wahrhaftigkeit als den Rechtsboden des preußischen Staates von beiden Seiten anerkannt zu sehen, ebensowohl von der Krone, welche sie gegeben, als von der Nation, welche mit einem gewissen Zaudern sich entschloß, im Vereinigten Landtag die Erfüllung der verheißenen Reichsstände zu erblicken. Der Prinz meinte dem Mißtrauen in die Absichten des Königs und in seine eigene Gesinnung entgegentreten zu sollen; mit großem Nachdruck, mit sittlicher Erregung beteuerte er einmal, es sei ganz undenkbar, daß ein König von Preußen einmal eingeräumte Verfassungsrechte seinem Volke wieder zu entziehen sich herausnehmen könnte, er verpfändete gewissermaßen seine eigene Zukunft und die Zukunft seiner Kinder für die ungestörte Fortdauer des neuen preußischen Staatsrechtes.

Da kam das Jahr 1848, das Jahr der Revolution in Preußen, das Jahr der großen nationalen Bewegung für Deutschland.

In Preußen wurde die 1847 so glücklich begonnene organische Entwickelung des Staatslebens durch die rohe Gewalt der Revolution unterbrochen und durchschnitten. Und der König, dessen Sache es gewesen, die Besinnung zu bewahren und die Ordnung aufrecht zu erhalten, unterwarf sich in jenen unseligen Märztagen der Straßenrevolution: er gab den kaum verständlichen Befehl, die Truppen vor dem Aufstande zurückzuziehen. Der Prinz von Preußen, der in der allgemeinen Verwirrung fast allein den Kopf damals nicht verloren, erklärte mit seinem soldatischen Ehrgefühl ein Zurückweichen preußischer Truppen vor den Haufen des Pöbels für nicht zulässig und widersetzte sich dieser Erniedrigung der preußischen Krone. Aber nicht er hatte die Macht zu entscheiden. Und des Königs Wille war gebrochen, ohnmächtig und unfähig zu verständigem, entschlossenem Handeln. Gründlich unpopulär und verhaßt war damals der Prinz in Berlin. Man gab ihm Schuld, daß er am 18. März zuerst den Befehl erteilt, auf das Volk zu schießen, eine Behauptung der Berliner Demokratie, die falsch und grundlos war; man verhöhnte ihn als den Kartätschenprinzen, man schrieb an seine Wohnung „Nationaleigentum". Man bewog den Prinzen, dem allgemeinen Haß sich einstweilen zu entziehen; er ging auf kurze Zeit nach England und kehrte von dort erst zurück, als die Wogen sich ein wenig beruhigt.

Was seine politischen Ansichten damals waren, sprach er wiederholt in öffentlichen Ansprachen aus, die in vertraulichen Äußerungen vollste Bekräftigung empfingen. So sagte er bei seiner Heimkehr aus England in Wesel am 4. Juni beim Empfang der städtischen Behörden und des Offizierkorps: „Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen, aber keine Anarchie; dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben, das ist mein Beruf". Seinem königlichen Bruder aber hatte er seine Hoffnung schon ausgedrückt, „daß die freien Institutionen sich unter Gottes gnädigem Beistande zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte widmen". In die Berliner Nationalversammlung trat er selbst als gewählter

Abgeordneter ein; hier beeilte er sich, in feierlicher Erklärung (am 8. Juni) gleichsam sein politisches Glaubensbekenntnis niederzulegen: „Die konstitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, welche unser König zu geben uns vorgezeichnet hat. Ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes, vor allem also die meinige als des ersten Untertans des Königs" — es war eine offene Kundgebung seiner politischen Überzeugung; es war in der Tat der Ausdruck seiner wirklichen Überzeugung.

Was immer früher seine politische Richtung gewesen sein mochte, jetzt hatte der Prinz der neuen politischen Strömung seinen Geist eröffnet, er hatte sich davon überzeugt, daß das alte preußische Staatswesen der Vergangenheit angehörte, daß ein neues Preußen ins Leben getreten war. Mit der vollen Entschlossenheit eines gereiften Mannes trat er jetzt auf den neuen Boden der verfassungsmäßigen, der beschränkten Monarchie, in welcher der Vertretung des Volkes an den Geschicken des Staates ein bedeutungsvoller Anteil eingeräumt ist. Und wenn König Friedrich Wilhelm IV. in seiner schwankenden Weise sich dem Sturm der Volksbewegung gefügt und die weitestgehenden Rechte sich hatte entreißen lassen, in seinem Sinne immer darauf rechnend, daß es bei der unausbleiblichen Rückflut der Krone möglich und erlaubt sein dürfte, die getanen Schritte zum Teil wieder rückwärts zu tun, abgezwungene Bewilligungen wieder rückgängig zu machen, so entsprach gerade dies Verfahren des Königs keineswegs dem mannhaften, festen und offenem Sinn seines Thronfolgers. Daß der Prinz der einmal eingeschlagenen Richtung treu bleiben, daß er sein gegebenes Wort unter allen Verhältnissen ganz und voll zu halten gewillt sein würde, das stand bei allen eingeweihten Personen fest. Allerdings, einstweilen hatte der Prinz den verschiedenen Wendungen und Biegungen der Regierungspolitik seines Bruders zuzusehen, sich jeder entscheidenden Mitwirkung an der Leitung des Staates zu enthalten.

Auch in der deutschen Frage hatte der Prinz 1848 Gelegenheit, sich eine feste Ansicht und ein politisches Programm zu bilden. Ihm war im Mai schon Dahlmanns Verfassungsentwurf mitgeteilt worden, der den deutschen Bundesstaat mit

der Spitze des preußischen Erbkaisertums und mit dem deutschen Reichstage als Vertretung der Nation enthielt. Der Prinz begrüßte das Ganze des Verfassungsentwurfs als eine großartige Erscheinung; wegen seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze erkannte er ihn als meisterhaft an, seine Grundsätze pries er als die notwendigen, die zur Einheit Deutschlands führen würden, er meinte, die Annahme dieser Grundsätze in Preußen wäre unerläßlich; und wenn ihm anfangs die Idee des preußischen Erbkaisertums im Hinblick auf Österreich und Bayern überraschend und befremdend erschien, so ergab er sich dann doch vollkommen den Motiven, welche Dahlmann für das Erbkaisertum geltend gemacht. An einzelnen Bestimmungen erhob er eingehende Kritik, und seine Bemerkungen bezeugen seinen praktischen, verständigen, stets die Wirklichkeit der faktischen Verhältnisse beachtenden Sinn; sie sind ganz anders geartet, als die phantastischen und konfusen Einwendungen und Gegenvorstellungen, welche damals Friedrich Wilhelm IV. zu Papier brachte — der gewaltige Gegensatz in den Charakteren beider Brüder tritt unverhüllt in diesen Schriftstücken zu Tage. „Ist der Prinz wirklich ein Absolutist oder ein Reaktionär?" durfte Bunsen ausrufen, als er die prinzliche Kritik Dahlmann selbst zuschickte.

Während der Jahre 1848 und 1849 hatte der Prinz auf den königlichen Bruder in dem Sinne zu wirken gesucht, daß er der preußischen Partei im Frankfurter Parlamente die helfende Hand bieten möchte. Auch im letzten Augenblick der Entscheidung (anfangs April 1849) hatte er dem Könige zur Annahme der Kaiserkrone und der Frankfurter Verfassung geraten, über die er freilich bald anders urteilen sollte. Es war vergeblich. Der König beharrte darauf, den Weg der vorhergehenden Verständigung unter den deutschen Regierungen zu verfolgen.

Diese Ablehnung der Kaiserkrone gab im Frühjahr 1849 das Signal zu Aufständen in Sachsen sowohl als in der Rheinpfalz und in Baden. Das Losungswort, die Reichsverfassung von 1849 sei trotz der preußischen Ablehnung rechtskräftig — eine ganz törichte und haltlose Behauptung einzelner Demokraten — diente nur zur Entfesselung revolutionärer Gelüste. Es wurde dem preußischen Heer nicht allzu schwer, binnen kurzer Frist jene Aufstände niederzuwerfen. In dem badischen Feldzug

führte im Sommer 1849 der Prinz von Preußen selbst den Oberbefehl.

In derselben Zeit bemühte sich der Prinz redlich, die Unionsbestrebungen, welche Radowitz leitete, zu fördern, und bot gegenüber dem Widerspruche Österreichs und den Intriguen der Mittelstaaten alles auf, den Sinn des Königs zu stählen. Auch sein Wort half nichts, denn König Friedrich Wilhelm IV. zog dem Kriege gegen Österreich reumütige Unterwerfung und nachgiebiges Zurückweichen vor. Es steht fest, daß der Prinz 1850 zum Kriege drängte, aber im Ministerrate wurde er überstimmt, dem höheren Willen des Königs hatte der Thronerbe sich zu fügen. Allerdings war er so loyal, eine öffentliche Schaustellung seines Widerspruches zu meiden.

Der vollgereifte 53jährige Mann stand jetzt treu auf dem Boden der preußischen Verfassung und lebte sich, wenn auch nicht leicht, in die politischen Ideen der neueren Zeit ein. Wohl drängten die Anhänger der alten Staatsordnung 1853 zu Veränderungen der Verfassungsurkunde hin; die Minister sowohl wie die noch eifrigeren Genossen der Reaktionspartei brachten allerlei Projekte auf, durch welche der konstitutionelle Charakter der preußischen Verfassung wieder beseitigt werden sollte. Die Minister Manteuffel und Westphalen und Raumer und ihr Anhang hielten dabei eifersüchtig jede Einwirkung des Prinzen von den Regierungsgeschäften fern; ja sie haben den Thronerben damals gleichsam unter Polizeiaufsicht gestellt. Gewiß war es nicht seine Ansicht, daß das Königtum sich in Preußen der Volksvertretung unterzuordnen hätte, er lehnte jene Auffassung der Verfassung, welche auf eine parlamentarische Regierung lossteuerte, mit Entschiedenheit ab, andrerseits aber hätte er auch die verfassungsmäßige Mitwirkung des Landtages niemals mehr angefochten oder zu beseitigen versucht.

Während des Krimkrieges hatte er mehrmals (wie schon erzählt) die Maßregeln der preußischen Regierung bestritten; er wurde dafür gänzlich zur Seite geschoben. Er hatte sich der englischen Partei in Deutschland angenähert, auch durch die persönlichen Bemühungen des englischen Prinz-Gemahles Albert und seines Koburger Bruders Ernst bestimmt. Es hatten sich allerlei persönliche Verbindungen angeknüpft, die auf ihn einwirkten. Da heiratete der jugendliche Fürst Friedrich von Baden, der

Schwager des Koburger Herzoges, seit April 1852 Regent für seinen kranken Bruder, seit September 1856 selbst Großherzog, die Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, Luise. Im koburgischen Kreise scheint damals schon seit längerer Zeit das Projekt aufgestellt gewesen zu sein, den Sohn des Prinzen von Preußen, Friedrich Wilhelm, mit einer englischen Prinzessin zu vermählen; 1857 fand die Verlobung mit der Prinzessin Viktoria statt, 1858 im Januar folgte die Trauung.

Die Prinzessin Viktoria von England war schon sehr jung dem preußischen Thronerben verlobt worden: eine Vereinigung mit ihr konnte Preußen fester an die englische Politik binden; für diese Aufgabe mag Prinz Albert mit vollem Bewußtsein von der Tragweite seines Wunsches diese seine Lieblingstochter selbst bestimmt haben. Man wollte auf diesem Wege in Preußen einen Vorposten der englischen Politik anwerben und Deutschland damit unter die englischen Interessen beugen. Damit meinte man Preußen auch in die nationalen Bahnen einer bundesstaatlichen Politik hineinschieben oder fortziehen zu können; dem Liberalismus wollte man weiter damit den Zugang in Deutschland eröffnen. Aber natürlich durfte die erstrebte Einigung Deutschlands nur nach den englischen Interessen erfolgen. Wenn man sich also vorstellte, der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen habe bisher vornehmlich die Geschäfte der Russen besorgt, so sollte in der neuen Ära Preußen Dienste für England übernehmen; darauf war damals die Rechnung gerichtet. Aber eine volle Verwirklichung konnten diese englischen Absichten doch erst dann erwarten, wenn das junge Paar den Thron bestiegen, denn der 61jährige Prinz von Preußen würde wohl trotz seiner englischen Gesinnung bei seinem selbständigen Charakter sich der englischen Führung nicht unbedingt gefügt haben. Das war sicher.

Als im Oktober 1858 der Prinz von Preußen an Stelle des kranken Bruders die Regierung als Regent in seine Hand nahm, da erwachte die ganze Nation zu neuem politischen Leben. Einmal mußten sich jetzt in Preußen die liberalen Bestrebungen eifrig rühren, sodann aber wollte auch der Prinzregent an die Aufgabe der größeren Vereinigung Deutschlands seine Hand anlegen. Seine Haltung seit 1848 ließ dies voraussehen, seine Sympathie mit den nationalen Tendenzen machte es wahrscheinlich.

Die Maßregeln, die man hierbei zu treffen hatte, waren gründlich erwogen, denn ein ganzes Jahr hatte man während der Stellvertretung Zeit gehabt zur Überlegung; die Personenfragen waren vor allem aufs eingehendste diskutiert worden. Das erste war natürlich die Entlassung der reaktionären Minister. Im Jahre 1857 während der Stellvertretung hatten sie ihre Stellungen noch behaupten können, jetzt aber hieß der Regent die Minister Manteuffel, Westphalen und Raumer gehen, desgleichen auch einige höhere Beamte, wie Kleist-Retzow, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, der sich dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen als nächster Nachbar im Koblenzer Schlosse persönlich sehr unangenehm gemacht hatte; nur Simons und von der Heydt blieben im Amte, sie galten als konservative Leute, als Mittler zwischen der alten und der neuen Zeit. An die Spitze des neuen Ministeriums trat der Fürst Karl Anton von Hohenzollern, ein politisch freidenkender, nationalgesinnter, hochgebildeter Herr. Er hatte seine Zollernschen Länder an Preußen abgetreten; das hatte ihm große Popularität verschafft; er war durchaus einverstanden mit dem Regierungsprogramme.

Eine Zeitlang hatte man auch von einer Berufung Bismarcks ins Ministerium des Auswärtigen geredet. Herr v. Bismarck hatte persönliche Beziehungen zu dem Prinzen von Preußen früher schon erworben und demselben schon mehrfach sein scharfes Urteil bewiesen. Aber im November 1858 wurde doch ein mehr liberaler Mann ins Amt gesetzt, Herr von Schleinitz, ein persönlicher Freund der Prinzessin von Preußen. Die anderen Minister waren gut beleumundete Liberale und erprobte Beamte: neben Schleinitz der 1854 entlassene General von Bonin, sodann Flottwell, von Bethmann-Hollweg, Auerswald, Patow. Unter ihnen war Rudolf von Auerswald ein Jugendfreund des Prinzen; er hatte 1847 und 1848 eine leitende Rolle gespielt und war jetzt der einflußreichste Ratgeber des Prinzregenten und für die Wahl der übrigen Minister geradezu maßgebend gewesen. Übrigens trat Flottwell sehr schnell zurück, und an seine Stelle kam Graf Schwerin, einer der beliebtesten Redner der liberalen Opposition.

Die Anrede des Prinzregenten an das neue Ministerium vom 8. November 1858 enthielt das Programm seiner Regierungstätigkeit; für ihn war die Verfassung der unerschütterliche

Boden des gesamten staatlichen Lebens, für ihn war das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich, mit gleicher Hand wollte er die Macht der Krone und ebenso die Rechte des Volkes, die Stellung der Landesvertretung in dem ganzen Umfang ihrer Bedeutung aufrecht erhalten und schützen. Seine Versicherungen richteten sich gleichmäßig nach diesen beiden Seiten. Er verbarg sich nicht die eingeschlichenen Mängel und Übel der letzten Jahre, aber er erklärte nachdrücklich: „von einem Bruche mit der Vergangenheit soll nun und nimmermehr die Rede sein; es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt.“ Und es war dem Regenten heiliger Ernst, das abgelegte Gelübde nach allen Seiten hin zu erfüllen. Im einzelnen verhieß er Aufrechterhaltung der evangelischen Union gegenüber der in die Kirche eingedrungenen und ihrem Wirken hinderlichen Orthodoxie, er betonte die verfassungsmäßig festgestellten Rechte der katholischen Kirche: „Übergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden.“ Wenn er dabei Gewicht darauf legte, daß „die Religion niemals zum Deckmantel politischer Bestrebungen“ gemacht werden dürfe, so bedeutete dies eine deutliche Absage an Leute wie Raumer, Stahl und Hengstenberg. Ferner wies der Regent schon jetzt auf die Notwendigkeit einer Änderung des Heerwesens hin: „es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche.“ „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen.“ „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu beschützen bereit ist.“ Dies letztere war mit Bezug auf Holstein und Kurhessen gesagt.

Dies Programm fand den größten Beifall im Volke, und die Neuwahlen zum Landtag ergaben eine große liberale Majorität. Eine reaktionäre Landratskammer war dieser Landtag jetzt nicht mehr, es waren nur wenig Reaktionäre mehr da, desgleichen auch nur wenige Demokraten. Erst später entschlossen sich Männer wie Waldeck zurückzukommen, aber einstweilen überwog der gemäßigte Liberalismus, Vincke war der Führer der Mehrheit. Ein reiches Programm liberaler Wünsche lag vor; alles ging gut und glatt von statten, solange das Ministerium die Leitung der Kammer in der Hand hielt und mit dem Prinzregenten im Einklang blieb. Aber das so schön begonnene Verhältnis erlitt bald eine Trübung

und Störung, denn trotz gegenseitigen guten Willens traten Mißverständnisse ein, die sich bald zu schlimmem Konflikt steigerten.

Diese innere Entwickelung in Preußen hängt mit der deutschen Geschichte aufs engste zusammen; sie ist sehr lehrreich für jede historische und historisch-politische Betrachtung; es ist ein Kapitel unserer neuesten Geschichte, das ganz offen, mit unbedingtester Rücksichtslosigkeit nach allen Seiten hin behandelt werden kann. Man muß hier eben danach trachten, von allen persönlichen Neigungen, von allen persönlichen Sympathieen und Antipathieen sich frei zu machen. Der Historiker muß sich auf den Standpunkt des Staatswohls stellen und von ihm aus alle einzelnen Handlungen und Personen ins Auge fassen; und dies ist möglich, weil ja der schließliche Erfolg, weil das Endresultat aus dem Streite jener Jahre die innerhalb aller Parteien vorhandenen Gegensätze versöhnt und überwunden und zur Vereinigung gebracht hat.

Die Liberalen, auch die gemäßigt Liberalen, gingen 1859 von der Vorstellung aus, daß Preußen durch seine Verfassung von 1850 eingetreten sei in die Bahn des Parlamentarismus, d. h. nicht nur eines Staates mit parlamentarischer Beratung und Mitbeschließung, sondern geradezu des parlamentarischen Staates nach englischem Vorbild, in welchem das Parlament herrscht und die Krone nicht viel mehr bedeutet. Die Verfassung von 1850 entsprach diesem Ideal nicht, sie galt eben deshalb als unfertig und verbesserungsfähig; man würde sie durch die Praxis in der parlamentarischen Richtung auszulegen und alle Lücken in ihr aus dem allgemeinen konstitutionellen Staatsrecht, aus der Idee des parlamentarischen Staatslebens zu ergänzen haben; d. h. man rief die Abstraktion aus der allgemeinen Theorie zu Hilfe, um Preußen in parlamentarische Bahnen hineinzudrängen.

Diese Vorstellung herrschte allgemein, bewußt und unbewußt; in den parlamentarischen Reden, in den akademischen Lehrvorträgen über Politik und Staatsrecht gerade der gefeiertsten und hervorragendsten Lehrer (z. B. Mohl und Bluntschli); überall war damals diese Idee anzutreffen. Man ging jetzt daran, die preußische Verfassung nach dieser Idee weiter zu entwickeln.

Die Minister setzten ihr keinen Widerstand entgegen, da sie selbst darin befangen waren; und da sie sich selbst in den Jahren

1850—1858 in der Opposition befunden hatten, so faßten sie das Jahr 1858 als einen Sieg der parlamentarischen Opposition über die Reste des absoluten Staates in Preußen auf.

Nun aber standen sie einem monarchisch gesinnten Fürsten gegenüber; ein nur parlamentarischer Kronträger wollte der Prinzregent nicht werden, er sträubte sich gegen die Unterordnung der preußischen Krone unter die parlamentarische Vertretung. Deshalb meinte man, wenn er sich nicht fügen wolle, so müsse man ihn zwingen: er, der früher absolutistisch gesinnt gewesen, war ja doch jetzt für das neue Staatswesen gewonnen, und diese Entwicklung galt es nur weiter zu führen, ihn über den Rahmen der Verfassung von 1850 hinaus allmählich zum Parlamentarismus zu bekehren. Man hielt dies Unternehmen 1859 für sehr wahrscheinlich und sehr leicht; und wenn der Regent die überlieferte Machtstellung der preußischen Krone im Gegensatz zum parlamentarischen Wesen stärker betonte, so hielt man dies für eine Redensart, für eine Anstandswendung, die man nicht gerade allzu schwer nehmen dürfe. Man war untereinander einverstanden, seine etwaigen Bedenken zu schonen, ihn langsam umzubiegen und ihn auf diese Weise allmählich für die Anschauungen des Liberalismus zu gewinnen.

Ein einträchtiges Handinhand-Gehen zwischen dem Prinzregenten, den Ministern und der Kammer war sehr wohl möglich, so lange diese beiden liberalen Faktoren nicht anstießen gegen eine der Grundüberzeugungen des Prinzregenten, gegen sein Verlangen die Heeresverfassung des Landes zu verbessern. Von der Notwendigkeit der Heeresreform war der Regent ganz durchdrungen, sie war das Alpha und Omega seiner Politik. Auch für das Staatsleben Preußens und für die deutsche Aufgabe war sie notwendig.

Es bildete für die liberalen Politiker die dringendste Aufgabe, jetzt gegenüber dem Regenten ihre Staatsgesinnung durch die Heeresreform zu erweisen. Damit machten sie den Liberalismus staats- und regierungsfähig in Preußen und die politischen Reformmaßregeln oder Vorlagen, welche die Liberalen erstrebten, würden in solchem Falle Zustimmung und Beifall beim Regenten gefunden haben. Es war ein Mißverstehen des Regenten seitens der Liberalen und ein Irrtum in der sachlichen Wertschätzung der Heeresreform, was zuerst ihre Harmonie verstimmte und dann ihre Spaltung und Trennung herbeiführte.

Die parlamentarischen Verhandlungen brachten im Jahre 1859 viele Klagen über den Druck der Reaktionszeit, über die kirchliche Verfolgung, die polizeiliche Willkür, die Umbeugung der Gesetze durch Akte der Verwaltung. Mit wohlmeinenden Versprechungen Abhilfe schaffen zu wollen wurde man beruhigt. Den ersten Anstoß zur Spannung aber gab der Umstand, daß das Ministerium eine durchgreifende Veränderung im höheren Beamtentum des Landes nicht vornehmen wollte. Die Liberalen heischten Absetzung aller reaktionären Beamten, die das Ministerium verweigerte. Dann verlangte man die Reform des Herrenhauses, das die dringend gewünschte Grundsteuerregulierung und Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und die Einführung der Zivilehe abgelehnt hatte.

Im Jahre 1859 erfolgte die Verwicklung zwischen Österreich und Italien, dem sich Frankreich anschloß. Der italienische Krieg zwischen Österreich und Frankreich brachte die deutsche Nation in Bewegung; viele wollten Österreich beschützen, andere zeigten Abneigung, für Österreichs Herrschaft über Italien einzutreten. Weiter meinten andere, Napoleon treibe doch nur Intriguenpolitik: wie er früher Rußland, so würde er heute Österreich und morgen Preußen angreifen, und im Grunde ziele er doch nur auf Ländergewinn für Frankreich. Eine große Unklarheit und Verwirrung der öffentlichen Meinung trat damals zu Tage. Deutschland war in seiner Stimmung geteilt, in Preußen herrschte Sympathie für Italien, in den süddeutschen Staaten Begeisterung für Österreich.

Bismarck war im Frühjahr 1859 von Frankfurt a. M. nach Petersburg versetzt, „an der Newa kalt gestellt“, wie er sagte. Nach Frankfurt ging Herr v. Usedom. Bismarck war jedenfalls gegen ein Eintreten auf Österreichs Seite ohne sicheren Gewinn in Deutschland, aber es war nicht daran zu denken, daß er die preußische Politik durch seine Ratschläge hätte bestimmen können. In Berlin war trotz der besten Absichten des Regenten und des Fürsten von Hohenzollern die Politik der Regierung nicht energisch und fest, der Minister v. Schleinitz und seine Freunde Gruner und Usedom wagten nicht vorzugehen. Das liberale Ministerium wollte möglichst korrekt und zahm und rücksichtsvoll sein, um seine Ansprüche in Deutschland durchzuführen und gleichzeitig Österreich seine freundschaftlichen Dienste zu leihen.

Als der Krieg im Frühjahr 1859 sicher bevorstand, war es für Österreich natürlich von Wichtigkeit, daß Preußen zu seinem Schutze bewogen wurde, denn dort glaubte man Preußen verpflichtet, den österreichischen Besitz in Italien und Österreichs Verträge mit den italienischen Kleinstaaten selbst mit dem Schwerte zu verteidigen; solchen Ideen gab man Preußen gegenüber Ausdruck. Im April 1859 erschien der Erzherzog Albrecht in Berlin, der nur Forderungen in diesem Sinne stellte ohne irgend eine Gegenleistung dafür anzubieten. Als Österreich aber selbst durch seinen plötzlichen Kriegsentschluß der Friedensbrecher wurde, erklärte man in Berlin (26. April) sich auf die Verteidigung des Bundesgebietes zu beschränken, sonst aber neutral zu bleiben; drei preußische Armeekorps wurden in Kriegsbereitschaft gesetzt, und der Landtag bewilligte einen Kredit von 40 Millionen für die eventuelle Mobilisierung. Am 23. April wurde bei dem Bundestage die Kriegsbereitschaft auch für das Bundesheer beantragt, gleichzeitig aber widersprach Preußen dem Ansinnen Bayerns, am Oberrhein ein Observationsheer gegen Frankreich aufzustellen, da dies unzweifelhaft von Napoleon als eine Provokation Frankreichs aufgefaßt werden würde.

Im Mai ging General Willisen nach Wien, um über eine preußische Vermittlung zu verhandeln, was allerdings den Österreichern entfernt nicht genügte. Aber nach den ersten französisch-italienischen Siegen bei Montebello und Magenta ließ der Prinzregent sechs Armeekorps mobil machen (14. Juni 1859) und beantragte nun selbst am Bunde die Aufstellung eines Observationsheeres von 60,000 Mann süddeutscher Bundestruppen. Am 24. Juni verfügte er die Mobilmachung seiner ganzen Armee und forderte in Frankfurt am 4. Juli den militärischen Oberbefehl über das gesamte Bundesheer; es war einer der Punkte, auf welche man schon 1849 Wert gelegt hatte. Österreich weigerte sich jedoch, die Übertragung der obersten Heerführung an Preußen zuzugeben und stellte am 7. Juli in Frankfurt den Antrag, den Prinzregenten von Preußen für diesen Krieg nach § 48 der Bundeskriegsverfassung zum Bundesfeldherrn zu ernennen. Es sah fast so aus, als ob dies eine Erfüllung der Wünsche Preußens bedeutete; aber das war keineswegs der Fall: nicht die militärische Führung in Deutschland war damit auf Preußen übertragen, sondern es war nur der Prinzregent selbst als General, und

zwar unter der Leitung und Aufsicht des Bundestags, an die Spitze des Heeres gestellt. Der Regent wäre damit nur ein Beamter des deutschen Bundes geworden, dem 17 Bundeskommissare zur Kontrolle beigegeben werden sollten. Eine schwere Kränkung enthielt der Antrag für das preußische Gefühl, weshalb man sich nicht auf die Annahme dieses Vorschlags einließ.

An demselbem 7. Juli schloß auch schon Österreich in Villafranca einen Waffenstillstand mit seinen Gegnern, am 12. Juli folgten die Friedenspräliminarien. Damit waren die Rüstungen in Deutschland überflüssig und der Antrag beim Bundestag hinfällig geworden.

Der Kaiser Franz Josef ließ in dem Manifeste, das der Welt den Friedensschluß ankündigte, seinem Ärger vollen Lauf: Österreich habe ohne seinen natürlichen Bundesgenossen diesen Krieg führen müssen; es schien als ob die Verbitterung über Preußen ihm den Friedensschluß und den Vertrag mit Napoleon diktiert hätte, und tatsächlich hatte Österreich die Unterwerfung unter Frankreich einer Nachgiebigkeit gegen die preußische Politik in Deutschland und der Gefahr einer militärisch beherrschenden Stellung dieses deutschen Rivalen vorgezogen.

Das Ergebnis der italienischen Kriegswirren von 1859 und der Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen war also ein heftiger Gegensatz zwischen Berlin und Wien. Auch die Stimmung des Volkes in Deutschland war erregt: man warf Preußen Verrat an der deutschen Sache vor, Reminiszenzen an den Baseler Frieden von 1795 wurden hervorgesucht und überhaupt viel Entrüstung gezeigt. Es war andrerseits aber auch deutlich gemacht, daß jeder Fortschritt Preußens in Deutschland immer wieder auf den Gegensatz Österreichs stoßen würde.

Jedenfalls gaben die Erfahrungen von 1859 dem Verlangen nach Herstellung größerer Einheit in Deutschland, den Versuchen einer deutschen Bundesreform neuen Anstoß und neue Bewegung.

Drittes Kapitel.

Versuche deutscher Bundesreform 1859—1862.

Nachdem alle Versuche und Anläufe, dem deutschen Volke zu einer nationalen Einigung zu verhelfen, Anfang 1851 gescheitert, war Deutschland unter dem Schatten des deutschen Bundestages einem gewissen Schlaf der Ermattung anheimgefallen; man hatte sich begnügt nichts zu tun und die Zukunft zu erwarten. Erst der Krimkrieg rüttelte die Deutschen einigermaßen wieder auf, an einigen Stellen wenigstens war man aufgewacht. Die Erbärmlichkeit der deutschen Zustände wurde hier und dort besprochen, die unwürdige Rolle, welche das deutsche Volk in der Weltpolitik gespielt, wurde laut und lebhaft beklagt, und die öffentliche Meinung sprach aufgeregt von einer Notwendigkeit der Reform des Deutschen Bundes. Auf den Landtagen in Bayern, in Württemberg, in Gotha wurden im Sommer 1855 Anträge in diesem Sinn gestellt. Die Regierung Österreichs geriet dadurch in große Verstimmung: die österreichische Presse verlangte Herstellung einer größeren Macht für den österreichischen Kaiser in Deutschland, es kam darüber zu Auseinandersetzungen zwischen Wien und München, zwischen Buol und Pfordten; die Mittelstaaten lehnten jetzt selbst die österreichischen Ansprüche ab; indem jene Bamberger Gelüste mittelstaatlicher Selbständigkeit in diesen Vorgängen Nahrung fanden, gingen sie sogar zu einer eigenen Bundespolitik vor.

Den ersten Anstoß gab König Maximilian II. von Bayern. Er wollte dem deutschen Bundestag einen größeren Wirkungskreis schaffen, ihm die Gunst des Volkes zuwenden, vermutlich mit der Nebenabsicht, durch den Bund eine Art von Deckung gegen die ultramontane Kammermehrheit in Bayern selbst zu gewinnen, die

ihm grollte wegen seiner liberalen Förderung des Schulwesens und der Wissenschaften. Bayern stellte im November 1855 den Antrag auf ein deutsches Handelsgesetzbuch, auf gemeinsames Heimatsrecht, auf Einheit von Münze, Maß und Gewicht. Preußen war auch bereit, derartige Reformen anzubahnen, doch nur auf dem Wege der freien Vereinbarung und nicht durch Bundesgesetze; ausgezeichnet vertrat Bismarck diesen Standpunkt in seinem Bericht vom 26. November 1855, und es wurden dann auch in diesem Sinne die Beratungen über ein deutsches Handelsgesetzbuch im Februar 1856 durch eine besondere Kommission begonnen.

Ähnlich reformlustigen Sinnes war Herr von Beust; er verlangte in einer nur privatim den einzelnen Regierungen mitgeteilten Denkschrift Gleichmäßigkeit in den Verfassungseinrichtungen der sämtlichen Bundesstaaten, natürlich in reaktionärer Richtung, als Vorbedingung für ein Bundesgericht, um die konstitutionelle Entwickelung in den einzelnen Ländern einzudämmen. Vielfache Stimmen wurden über diese Anregungen laut, alle Bundesregierungen außer Österreich erhoben verschiedene Einwendungen und Bismarck meinte, Beust wolle die Karlsbader Beschlüsse von 1819 erneuert sehen.

Der Vorgang wiederholte sich in ähnlicher Weise 1857. Beust stellte diesmal einen förmlichen Antrag auf Reformen, wobei ihm übrigens in dem Plan für ein Bundesgericht ein Antrag des badischen Ministers von Meysenbug Konkurrenz machte. Wenn der Minister Graf Buol in Wien Beust sein wärmstes Lob zollte, aber bedauernd auf die preußischen Bedenken als Hemmnis für die Reform hinwies, so ist dem gegenüber die Denkschrift Bismarcks vom 1. Juli 1857 eine geradezu herzerquickende Lektüre. Bismarck führte darin aus, daß die Zusammensetzung Österreichs aus so verschiedenartigen Ländern alle einheitlichen Einrichtungen innerhalb des Deutschen Bundes, in welchem Österreich ein Mitglied wäre, vollständig unmöglich machen müßte; gerade deshalb sei ein einheitliches höchstes Bundesgericht im deutschen Bunde ganz undenkbar. Diese Darlegungen waren unwiderleglich, sie verschärften aber naturgemäß den Unmut in Österreich, so daß Beusts Reformfeldzug schließlich in eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Wien und Berlin auslief.

Weitere Anregungen für die nationale Sache brachten die italienischen Vorgänge; die gebildeten Kreise Deutschlands wurden

durch den Krieg im Frühjahr und Sommer 1859 heftig erregt, populäre Agitation erhob sich, anknüpfend an die Ideen und Gedanken von 1848 und 1849. Das Verlangen nach einem deutschen Kaisertum, nach einer Zentralgewalt, welche durch eine deutsche Volksvertretung ihre volle Kraft entfalten würde, erwachte aufs neue mit Ungestüm. Während des Sommers 1859 wurden Versammlungen in Nassau und Frankfurt abgehalten, wobei man erklärte, daß das deutsche Volk den Brüdern in Österreich Hilfe bringen wolle, aber daß die Führung der Sache Preußen auf sich nehmen solle; ähnlich lautete eine Erklärung verschiedener Württemberger im Stuttgarter „Schwäbischen Merkur“. Im Juli 1859 kamen mitteldeutsche und norddeutsche Politiker in Eisenach zur Besprechung der Sache zusammen. Herzog Ernst von Koburg hatte das Unternehmen kräftig gefördert, ein politisch-patriotischer Verein war in der Bildung begriffen, für den das Vorbild der italienische National-Verein abgab. Mitte August fand eine zweite Versammlung in Eisenach statt, die den entscheidenden Anstoß zur Gründung des Nationalvereins gab, dessen Organisation dann auf einer dritten Zusammenkunft Mitte September erfolgte unter dem Präsidium des hannoverischen Abgeordneten von Bennigsen. Das Programm gipfelte im deutschen Bundesstaat mit Volksvertretung, und zwar ging die Absicht der Vereinsgründer auf die preußische Spitze, aber die eingetretenen großdeutschen und demokratischen Elemente hinderten die offene Erklärung des Vereins über seine Haltung zu Preußen, so daß die Hauptfrage, auf die schließlich alles ankam, offen gelassen blieb. Sonst wurde die Sache sehr eifrig und lebendig betrieben; der Sitz des National-Vereins wurde in Koburg aufgeschlagen, nachdem der Rat von Frankfurt sich geweigert hatte den Verein bei sich aufzunehmen, welcher sich nun unter den Schutz des Herzogs Ernst stellte; die Zahl der Mitglieder wuchs über 20000; in der Presse und in Versammlungen betrieb man die lebhafteste Propaganda.

Die deutschen Regierungen waren meist unsicher oder lehnten geradezu die an sie gestellten Forderungen ab. Aus Stettin wurde eine Petition dem Regenten überreicht, welche auf die Herstellung einer deutschen Zentralgewalt antrug, worauf der Regent die Notwendigkeit einer Reform anerkannte, aber darauf hinwies, daß praktische Einrichtungen in Einzelfragen wertvoller seien, als verfrühte Versuche einer allgemeinen Bundesreform.

In Hannover war der Gegensatz ein sehr heftiger. Minister von Borries erklärte ganz offen in der Kammer, solche auf die Mediatisierung der Einzelstaaten gerichtete Bestrebungen würden diese dazu drängen, die Allianz auswärtiger Mächte zu suchen. Während über diese Erklärung ein wilder Sturm in der Öffentlichkeit gegen Borries entstand, erhob ihn der König von Hannover daraufhin in den Grafenstand. In Kurhessen und Mecklenburg wurde der Verein verboten, von Hessen-Darmstadt ein allgemeines Verbot beim Bundestag beantragt, aber die Protektion des Herzogs von Koburg und des Großherzogs von Baden ließ es nicht dazu kommen. Im Königreich Sachsen gab es gegen Mitglieder und Gesinnungsgenossen des Nationalvereines bösartige Polizeischikanen.

Die nationale Begeisterung machte sich, seitdem die neue Ära in Preußen dem Liberalismus neue Lebenskräfte zugeführt hatte, allenthalben in öffentlichen Versammlungen Luft, überall wurden Resolutionen für die Sache der deutschen Einheit gefaßt. Schützen-, Turner- und Sängerfeste, eines jagte das andre; einen besonders idealen Charakter hatte jenes Schillerfest (1859, 10. November), welches in allen deutschen Gauen mit stürmischer patriotischer Begeisterung gefeiert wurde. In Gotha wurde ferner auf Anregung des Herzogs Ernst ein allgemeiner deutscher Schützenbund gestiftet. Die verschiedensten Kongresse und Feste lösten einander ab: Juristentage, Abgeordnetentage, Städtetage, Handelstage u. dgl. Tage mehr, bei denen das Jubilieren vom Tage bis in die Nacht hinein andauerte und die Teilnehmer festhielt. Die Absicht dieser Feiern war gewiß sehr vortrefflich und es wäre verkehrt, den patriotischen Sinn der Sache verkennen oder verkleinern zu wollen, aber übel war es, daß man in Toasten und großen Reden und Resolutionen die Verwirklichung der politischen Einheit von Deutschland herbeiführen zu können glaubte. Man berauschte und begeisterte sich im Gefühl großer Leistungen für das Vaterland, wenn man erst eine größere Menge Wein und Bier getrunken hatte. Aber die Ernüchterung und der Katzenjammer blieben nachher nicht aus; dann wurde man gewahr, daß mit allen diesen Festtagen für die deutsche Einheit nicht viel geleistet worden; alles Praktische mußte bei ihnen vermieden werden, denn nur solange man ganz im allgemeinen blieb, war man einig, bei jeder konkreten Formulierung der Ansichten lief man Gefahr, sich gegenseitig in die Haare zu fahren.

An dem Nationalverein nahmen die demokratischen und großdeutschen Politiker sich ein Vorbild; es trat später (1862) der sogenannte „Reformverein“ ins Leben; es vereinigten sich auch die Abgeordneten aus den verschiedenen deutschen Bundesstaaten zu „Abgeordnetentagen“; hier galt die praktische Ausführung der deutschen Verfassung von 1849 als Aufgabe und Ziel.

Der neuen Ära in Preußen hatten diese nationalen Bestrebungen in Deutschland mit herzlichster Sympathie gegenübergestanden, dem Prinzregenten war man allenthalben mit Vertrauen begegnet, überall erwartete man von Preußen Einwirkung und Vorbild in liberalem sowohl als in nationalem Sinne. Und in der Tat zeigte der preußische Vorgang sofort 1859 in den anderen deutschen Ländern seine belebende und anfeuernde Kraft, an der liberalen Wendung in Preußen entzündete sich der Liberalismus im übrigen Deutschland. Die Macht der Reaktionstendenz, die mit Bleigewicht auf den deutschen Einzelstaaten gelastet, schien durch die liberale Wendung in Preußen auch vom übrigen Deutschland hinweggenommen, man könnte fast sagen, es sei in Deutschland eine Art von Wettlauf in liberaler Politik gewagt worden.

In Bayern hatte König Maximilian II. 1849 den sächsischen Märzminister von der Pfordten, der vorher Professor in Würzburg und Leipzig gewesen war, berufen und ihm die Staatsleitung übertragen. Pfordten war zwar nicht ein tendenziöser Reaktionär, wie Beust in Sachsen, aber doch auch nicht mehr ein liberaler Mann. Allerlei Plänkeleien zwischen den Ministern und den Kammern waren in Bayern üblich, der Streit spitzte sich persönlich zu. Das Ministerium wollte den zum Kammerpräsidenten gewählten Landgerichtsrat Weiß nicht bestätigen, wegen seiner Wahl wurde der Landtag aufgelöst; aber der neue Landtag wählte wiederum Weiß und schließlich gab der König nach mit der Erklärung: „Ich will Frieden haben mit meinem Volk!“ (9. April 1859). Dies Königswort entfachte einen Sturm loyaler Begeisterung, denn hier hatte sich ja der König der öffentlichen Meinung gefügt. Von der Pfordten tauschte einfach seinen Ministerposten mit dem des damaligen Bundestagsgesandten Herrn von Schrenk.

In Bayern war die Volksstimmung im Jahre 1859 besonders für Österreich erregt gewesen und hatte die Sache der

Österreicher in Italien besonders sympathisch begrüßt, man hatte da auch die allergrößte Kriegslust gezeigt. Der Nationalverein besaß hier nur wenig Anhänger, er war sehr unbeliebt, die nationale Partei war überhaupt sehr wenig kräftig. Die Stimmung in Bayern war eine großdeutsche, d. h. sie wollte in verschwommenster Weise der Idee nach die deutsche Vereinigung auf alles Gebiet ausdehnen, wo man die deutsche Zunge spricht, aber in der Praxis war und blieb man sehr partikularistisch gesinnt.

Kurz vorher waren romfreundliche Konkordate in Baden und Württemberg zum Abschluß gelangt, aber gegen diese Einrichtung lief die öffentliche Meinung heftig Sturm. Der Landtag in Baden ermannte sich am 30. März 1860 zur Verwerfung des abgeschlossenen Konkordates; der Großherzog von Baden war mit dieser Wendung einverstanden, er setzte ein liberales Ministerium ein und man vertrug sich über ein gemäßigt liberales Kirchengesetz (Oktober 1860). Später übernahm der Minister von Roggenbach, ein Anhänger der Idee, daß Preußen in Deutschland an der Spitze stehen sollte, die Leitung des Auswärtigen in Baden. Durch Badens Zutritt wurde die nationale Politik gestärkt, der Großherzog von Baden stand im Einklang mit seinem Schwiegervater, dem Prinz-Regenten Wilhelm von Preußen. Erst als in Preußen zwischen dem Ministerium und dem Landtag Mißverständnisse ausbrachen, überwog bei den Badensern die liberale Neigung, und als Preußen unter Bismarcks Regiment antiliberal geworden schien, leistete wohl Baden in entscheidenden Augenblicken noch seine Dienste wie vordem, aber die Harmonie zwischen Baden und Preußen hatte sonst aufgehört.

In Württemberg kam im März 1861 das Konkordat, das unter dem Minister von Linden abgeschlossen worden war (1857) zu Fall, der Kultusminister Rümelin wurde geopfert und die kirchliche Angelegenheit wie in Baden durch ein Gesetz geregelt (Januar 1862); sonst aber hielt sich die politische Reaktion und antipreußische Richtung unter Linden in Württemberg aufrecht.

Besonders heftig tobte der Verfassungsstreit damals in Kurhessen. Im Jahre 1850 war durch Intervention des deutschen Bundes die Sultanswirtschaft des hessischen Kurfürsten wiederhergestellt worden, die liberale Verfassung von 1831 war beseitigt,

man hatte dem Lande im Jahre 1852 eine neue Verfassung oktroyiert. Dieselbe wurde aber selbst von den nach dem neuen Wahlgesetz berufenen Ständen nicht anerkannt, man leistete dem Kurfürsten und seinem Minister von Hassenpflug zähesten Widerstand. Nach dem Sturze Hassenpflugs (1855) änderte sich so gut wie nichts, der Streit um die Grundlagen des öffentlichen Rechtes dauerte fort. Das Land hielt fest an der liberalen Verfassung von 1831, der Kurfürst behauptete seine Verfassung von 1852, ein Ausgleich zwischen diesen Gegensätzen schien unmöglich. Der Bundestag hatte selbstverständlich den Kurfürsten geschützt, die deutschen Fürsten hatten auf seiner Seite gestanden, aber der allgemeine liberale Aufschwung von 1859 trug seine Wellen auch nach Kurhessen. Der preußische Bundestagsgesandte von Usedom erklärte sich für die hessische Kammer, er gewann den Prinzregenten und Herrn von Schleinitz, und endlich, im Oktober 1859, ging Preußen mit einer in diesem Sinn gehaltenen Denkschrift am Bunde vor und blieb trotz allen Widerspruchs fest auf dem neu errungenen Standpunkt.

Die Kunde von diesem Umschwung der preußischen Auffassung wirkte auf Hessen erlösend. Im Februar 1860 bat der hessische Landtag beim Bundestag um seine Vermittlung und um seinen Schutz für die Wiederherstellung des Landesrechts; Führer dabei war der Advokat Oetker, ein sehr gescheiter liberal und deutsch gesinnter Mann. Der Ausschuß des Bundestages nahm mit Widerstreben die Verfassung von 1852 zur Durchsicht vor, er suchte sie hier dem einen, dort dem andern zur Genüge zurechtzustutzen, und sein Werk nahm der Bundestag im Einverständnis mit dem Kurfürsten an gegen die Stimmen Preußens und einiger Anhänger (24. März 1860). Die hessische Regierung arbeitete darauf das Verfassungsgesetz dem Bundesbeschluß entsprechend um und veröffentlichte ihr Ergebnis am 30. Mai 1860; es bot sicher dem Lande ein Entgegenkommen, eine Besserung an. Aber das hessische Prinzip war damit noch nicht anerkannt, das Recht des Landes noch nicht gesichert; und so ergingen denn neue Proteste aus Hessen an den Bundestag, besonders seitens der Städte. Der auf Grund der 1860 umgearbeiteten Verfassung berufene Landtag verwahrte sich ausdrücklich gegen die Rechtsgültigkeit dieser neuen Verfassung und erklärte sich inkompetent, der Kurfürst löste ihn auf. Eine Neuwahl des Landtags mußte eintreten: die Auf-

lösung desselben wiederholte sich im Juni 1861, im Januar 1862. Das Heer blieb fest und stand treu an der Seite der Vorkämpfer des Landesrechtes, zu dessen Gunsten viele Adressen ausgingen. Preußen mahnte jetzt immer nachdrücklicher den Kurfürsten zur Nachgiebigkeit, und am Bundestag beantragte Baden eine Gutheißung der Verfassung von 1831, wofür sich Preußen und Weimar erklärten; sonst aber blieb der Antrag erfolglos.

Ein dritter Versuch des Kurfürsten, der im Januar 1862 geschah, war wie die bisherigen ein Schlag ins Wasser. Endlich gelang es Preußen, Österreich auf seinen Standpunkt herüberzuziehen, und beide stellten am 8. März 1862 den Antrag, daß der Deutsche Bund die hessische Verfassung von 1831 unter seinen Schutz nehmen sollte, vorbehaltlich der Änderung einiger bundeswidriger Bestimmungen. Dies war endlich ein Schritt, der sich bei allen Liberalen des Beifalls und des Lobes reichstes Maß gewann, denn endlich hatte Preußen eine gewisse Entschiedenheit des Wollens verraten.

Der Kurfürst von Hessen aber gab immer noch nicht nach, er trotzte, er glaubte, Preußen würde trotz seiner Erklärungen doch nichts zu Gunsten der liberalen hessischen Verfassung tun. Denn mittlerweile schien ja in Preußen selbst die Verfassung über Bord geworfen werden zu sollen, dort selbst war der Streit um die Heeresordnung im Frühling 1862 zu einem Verfassungskampf in größerer Ausdehnung angewachsen. Alle in den letzten Jahren errungenen Erfolge Preußens in der öffentlichen Meinung Deutschlands, alle Aussichten auf weitere Fortschritte und Erfolge wurden in diesem Augenblicke in Frage gestellt.

Es schien auch die preußische Bemühung für die deutsche nationale Aufgabe völlig vergeblich bleiben zu sollen. Der innere Hader in Preußen lähmte jegliches Handeln nach außen. Der Nationalverein, in welchem alle liberalen und nationalen Bestrebungen sich zusammenschlossen, hatte anfangs der neuen Ära in Preußen sein Vertrauen geschenkt, aber als die Sache stockte und nicht so schnell, wie man gehofft, ihrem Ziele sich näherte, da wurden die nationalgesinnten Politiker bald mißmutig, unlustig und verdrießlich über das Ausbleiben größerer Erfolge; ebenso ärgerlich und gereizt wurde man zu derselben Zeit über den Ausbruch des Verfassungsstreites in Preußen, den man damals dem bösen Willen oder doch der Halbheit der Minister schuld gab.

Preußen hatte die Bundesreform, und zwar im Sinne jener Antwort der Regierung auf die Stettiner Adresse, gewiß nicht aus den Augen verloren. Die Erfahrungen, die man im Sommer 1859 aus Anlaß der zur Unterstützung Österreichs beabsichtigten Kriegsbereitschaft und Mobilmachung gemacht hatte, führten nun dahin, daß Preußen die Reform des Bundeskriegswesens als Einleitung zur Reform des gesamten Bundes anzuregen beschloß. Sehr übel vermerkten aber die Mittelstaaten dieses preußische Vorgehen, und um es zu kreuzen kamen sie ihm mit ihrem Antrag zuvor (17. Oktober 1859), daß die Militärkommission des Bundes dessen Kriegsverfassung auf ihre etwaige Reformbedürftigkeit prüfen sollte. Die mittelstaatlichen Minister ergänzten bei einer Zusammenkunft in Würzburg im November diesen Antrag durch die Aufstellung eines förmlichen Reformprogramms, das sie nach nochmaliger Ergänzung am 17. Dezember dem Bundestag vorlegten: Bundesgericht, gemeinsames Zivil- und Strafrecht, Einheit in Maß und Gewicht, Sorge für die Küstenverteidigung u. dgl. mehr. Man knüpfte damit an jene Reformanträge von Bayern und Sachsen aus den Jahren 1855 und 1856 an.

Eine Agitation für Bundesreform wurde also gleichzeitig nebeneinander von verschiedenen Seiten betrieben, ebenso durch die mittelstaatlichen Minister wie durch die öffentliche Meinung, deren Zentrum der Nationalverein bildete, während Preußen seine Bemühungen mehr auf die eine konkrete Aufgabe, die Reform der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes einschränkte. Damals forderte Preußen, daß alle norddeutschen Heere unter Preußens, alle süddeutschen unter Österreichs Oberbefehl für den Kriegsfall gestellt und gleichmäßig organisiert würden. Ein Wehegeschrei aus den Mittelstaaten war die Antwort. Die Militärkommission des Bundes hatte natürlich die Reformbedürftigkeit der Bundeskriegsverfassung mit geringer Einschränkung geleugnet (März 1860), und die Ende Juli beginnende Beratung am Bundestag selbst zeigte nur den allgemeinen Widerspruch gegen den preußischen Vorschlag, ohne daß aber ein förmlicher Beschluß gefaßt wurde. Die Kriegsminister der Mittelstaaten brachten dafür in neuer Beratung zu Würzburg den Gedanken auf, durch Aufstellung einer dritten Armee neben den beiden der Großmächte den Triasgedanken auf militärischem Gebiete zu verwirklichen (August 1860). Ein von ihnen wegen des Oberbefehls gestellter Vermittlungs-

antrag hatte am Bund ebensowenig Glück wie der preußische Antrag; das einzige kümmerliche Ergebnis aller Reformarbeit war die am 27. April 1861 beschlossene kleine Erhöhung der jährlichen Ersatzziffer des Bundesheeres.

Damals erfolgten von französischer Seite mehrfach lockende Anregungen und tastende Erkundigungen. Es lag für Napoleon und die auswärtigen Politiker sehr nahe, Preußen in Analogie zu Piemont zu stellen, ganz besonders, sobald Preußen Miene machte, mit Reformen in Deutschland vorgehen zu wollen. Frankreich hatte den Regenten mehrmals sondiert, ihm eventuell die französische Hilfe angeboten, wenn er ähnlich wie Cavour und Viktor Emanuel handeln wollte. Daß Preußen in Deutschland auf Annexionen ausging, behauptete in Deutschland die öffentliche Meinung vielfach, und man argwöhnte, Preußen würde dazu die französische Hilfe suchen und eventuell durch Abtretungen an Frankreich sich erkaufen. Diese Anlehnung an das Ausland schien in der Luft zu liegen, in diesem Sinne hatte sich ja, wie schon erwähnt, Borries in Hannover ganz öffentlich ausgesprochen. Die mögliche Abtretung der Saarbezirke oder des linken Rheinufers überhaupt beschäftigte angelegentlich die öffentliche Meinung. Vielleicht wäre die französische Hilfe in der Tat gegen ganz kleine Abtretungen zu haben gewesen. Aber der Prinzregent stand solchen Erwägungen ganz fern, er verabscheute voll höchster Entrüstung solche Ideen. Gerade nachdem Napoleon Savoyen und Nizza für Frankreich gewonnen („revindiziert", wie er sagte), äußerte der Prinzregent auf einer Reise durch die Saarlande im Frühling 1860, niemals werde Preußen einwilligen, daß auch nur ein Fußbreit deutscher Erde dem Vaterlande verloren ginge. Es war dies ein Wink für Napoleon, eine Kritik gegenüber den Italienern.

Trotz der empfangenen Mahnung suchte Napoleon eine persönliche Begegnung mit dem Regenten. Zweimal lehnte dieser ab, und erst nachdem die volle Unverletzlichkeit deutschen Gebietes in vollem Umfange als Basis aller Besprechungen gesichert war, lud er Napoleon ein, nach Baden zu kommen, wo er schon außer dem badischen Landesherrn die Könige von Bayern und Württemberg erwartete. Als die Absicht dieser Zusammenkunft bekannt wurde, stürmte der König von Hannover nach Berlin: der Prinzregent dürfe nicht allein hingehen, er müsse ihn mitnehmen und

die andern auch; worauf dann der Regent ihn und nun auch noch den König Johann von Sachsen einlud. Einige kleinere Fürsten, darunter Ernst von Koburg, gesellten sich hinzu.

An der Spitze von neun deutschen Fürsten empfing am Abend des 15. Juni 1860 der Prinzregent den Kaiser von Frankreich. Der Regent hatte den deutschen Fürsten noch vorher versichert, das Gespräch nicht auf Gebietsveränderungen in Deutschland kommen zu lassen. Napoleon beteuerte seine Uneigennützigkeit, seine Friedensliebe, seine freundliche Gesinnung für die Deutschen; er sei gekommen, ihnen ihren grundlosen Argwohn zu benehmen. Der Prinzregent seinerseits entwickelte die höchste Liebenswürdigkeit gegen Napoleon, und dieser erteilte den deutschen Fürsten einzeln noch dieselben Versicherungen; natürlich fanden große Paraden und Festessen statt. Für den Prinzregenten war die Begegnung mit Napoleon in Baden ein moralischer Erfolg, aber auch nicht mehr, und wenig erfreulich war das Nachspiel unter den deutschen Fürsten nach Napoleons Abreise. Es gab unter ihnen großen Streit über jenen Antrag Preußens betreffs der Änderung der Kriegsverfassung des Bundes, gegen den besonders nachdrücklich der König von Hannover loszog; auch über den Nationalverein klagten einzelne. Maximilian von Bayern verlangte nach der Abreise der andern vom Regenten Preußens Annäherung an Österreich. Der Regent wies sie nicht ab, verlangte aber seinerseits von Österreich ein sachliches Entgegenkommen an die preußischen Wünsche.

Bald nachher kam es zu einer Besprechung zwischen ihm und dem Kaiser Franz Josef in Teplitz am 26. Juli 1860. Die Fürsten erwiesen sich gegenseitig viele Freundlichkeiten, aber die politische Frucht der Zusammenkunft war gleich Null. Über die schwebende Heeresfrage sollten Generale aus beiden Staaten beraten, sonst gewährte der Regent nicht die von Österreich gewünschte ausdrückliche Garantie Venetiens, und der österreichische Kaiser stimmte nicht dem geforderten Wechsel des Vorsitzes am Bundestage zu. Es folgte die Begegnung der beiden Fürsten mit dem Kaiser von Rußland in Warschau, vom 26. bis 29. Oktober; höchstens glätteten sich die persönlichen Beziehungen zwischen den Fürsten ein wenig, sonst war kein Ergebnis zu sehen.

Das vornehmlichste Hindernis in Deutschland war und blieb dasselbe: Preußen wollte sein Heer nicht dem österreichischen

Befehle oder Interesse unterordnen und forderte Gleichstellung mit Österreich, dieses aber dachte nicht daran, irgendwelche ernstliche Konzessionen an Preußen zu machen; der Dualismus der beiden Großmächte bestand fort und wuchs sogar noch. Die militärischen Konferenzen der beiden Mächte tagten bis zum April 1861, und obwohl man sich über die militärisch-technischen Fragen bald einigte, so blieb doch der politische Gegensatz unausgetragen.

Die öffentliche Meinung der nationalgesinnten Kreise wurde stutzig und sehr deutliche Zeichen von Verstimmung traten zu Tage. Ein unsinniges und verbrecherisches Attentat auf den König Wilhelm wagte am 14. Juli 1861 zu Baden der Student Oskar Becker, angetrieben von irregeleitetem Fanatismus, weil der König die nationalen Hoffnungen nicht erfüllt hätte. In Preußen selbst wurde der Zwiespalt zwischen dem Könige und dem Landtag immer größer.

Beust benutzte diese Lage der deutschen Dinge zu einem neuen Versuch seinerseits, den er mit dem österreichischen Minister Graf Rechberg, der im Mai 1859 an Graf Buols Stelle getreten war, in Wien besprochen hatte. In diesem Beustschen Projekt einer deutschen Reform von 1861 befanden sich seltsame Dinge: statt des deutschen Bundestages sollten Ministerialkonferenzen zweimal jährlich, einmal im Mai in Regensburg unter österreichischem Vorsitz, das zweitemal im November in Hamburg unter preußischen Vorsitz sich versammeln, für die Gesetzgebung sollten Delegierte der verschiedenen deutschen Landtage hinzutreten und das Direktorium des Bundes sollte von drei Personen geübt werden, von den Vertretern Österreichs, Preußens und einer dritten Macht. Auch ein höchstes Bundesgericht war in Aussicht genommen.

Sehr entschieden wiesen diesen Plan Baden und Koburg zurück, Roggenbach empfahl, lieber auf die Grundzüge der deutschen Unionsverfassung von 1849 zurückzugreifen. Aber auch von anderen wurde der Beustsche Vorschlag abgelehnt, von Württemberg, Bayern, Hessen-Darmstadt. Hannover und Kurhessen hielten den Deutschen Bund überhaupt für gar nicht reformbedürftig, seine Verfassung sei unabänderlich, unantastbar. Schließlich verwarf auch Österreich trotz Rechbergs persönlicher Geneigtheit für den Entwurf diesen Antrag Beusts (5. November),

da es keinen Grund zu einem solchen Alternieren im Präsidium mit Preußen einsah. Preußen lehnte am 20. Dezember ganz offen ab.

Die preußische Note vom 20. Dezember 1861 stellte dafür das Ziel des engeren und weiteren Bundes auf: der weitere Bund würde der damals bestehende sein, nichts als ein völkerrechtlicher Verein, der engere Bund sollte innerhalb dieses weiteren Bundes durch freie Vereinbarung der Staaten ins Leben gerufen werden; also innerhalb des zu erhaltenden alten Bundes wollte Preußen jetzt die Gründung eines engeren Bundesstaates versuchen. So klar war seit 1850 das Ziel der deutschen Bestrebungen noch nicht wieder von Preußen ausgesprochen worden; offenbar bedeutete dies einen Fortschritt, es war die Rückkehr zur Unionspolitik von 1849.

Herr v. Schleinitz in seiner glatten Weichheit und milden Schwäche war im Oktober 1861 entlassen worden und Graf Bernstorff an seine Stelle getreten. Angeregt war wiederum die Berufung Bismarcks ins auswärtige Amt; er war seit 1859 Gesandter in Petersburg und hatte sich wiederholt gegen den Unsinn des deutschen Bundestages ausgesprochen: er wollte mit Preußen heraus aus dem Bunde, dagegen blieb nach seiner Auffassung für die Mittelstaaten die Ausbildung des Bundesverhältnisses mit österreichischer Spitze das natürliche Ziel ihrer Politik; für ihre Leiter hatte er einmal die Bezeichnung: „unhistorische, gott- und rechtlose Souveränitätsschwindler"; gerade der Bund gab ihnen die willkommene Bühne für diese Großtuerei ab.

Bismarck bemühte sich den König zu größerer Tapferkeit zu spornen, in Baden-Baden haben die beiden im Sommer 1861 miteinander konferiert, auch schriftliche Darlegungen seiner Ideen reichte Bismarck ein und führte über wichtige Grundfragen der deutschen Politik eine Verständigung herbei, er beruhigte den König wenigstens über die Ziele seiner deutschen Politik. Trotzdem wurde im Oktober nicht er, sondern Graf Bernstorff Minister, der freilich sofort viel kräftiger als Schleinitz auftrat.

Von Bernstorff stammte die feste Antwort vom 20. Dezember 1861 auf Beusts Reformvorschlag, worauf Beust sehr von oben herunter antwortete: Preußen würde sich doch wohl, so wollte er annehmen, ehe es mit seinen Absichten vorginge, die Sache noch einmal bedenken und eines Besseren besinnen. Österreich, Bayern,

Württemberg, Sachsen, Hannover, Hessen-Darmstadt und Nassau schickten identische Noten an Preußen (2. Februar 1862), in denen sie sehr stolz erklärten, jener von Preußen vorgeschlagene engere Bund bedeute Unterwerfung der deutschen Fürsten unter Preußen; dazu habe niemand von ihnen die geringste Neigung, auch verstoße es gegen den Charakter des Deutschen Bundes.

Damit war die Sache still gestellt; sehr kühl lehnte (14. Februar) Graf Bernstorff ab, weiter zu verhandeln.

Preußen machte auf seinem Wege der freien Vereinbarungen allerdings nur kleine Schritte vorwärts, es schloß Militärverträge mit Koburg, dann auch mit Waldeck und Altenburg. In Preußen selbst nahm der Konflikt zwischen König und Volk damals eine ganz ungeahnte Heftigkeit an und immer entschiedener entfremdeten sich die deutschen Liberalen der preußischen Politik. Eine böse Verflechtung der deutschen und preußischen Dinge warf über unser Vaterland ihre Schatten.

Nachdem die Anläufe zur deutschen Bundesreform seitens der Mittelstaaten und seitens der populären Agitation ergebnislos verlaufen, schickte sich Preußen zu einer deutschen Reformpolitik an, die an die guten Ideen von 1849 anknüpfen wollte. Aber in derselben Zeit brach in Preußen der heftigste Hader über die Frage der Heeresreform aus, mit welcher man der deutschen Reformpolitik Waffen und Mittel zuzurüsten sich vorgesetzt hatte. Der Lärm des inneren Streites übertäubte sehr bald die Versuche jener deutschen Politik der preußischen Regierung.

Viertes Kapitel.

Heeresreform und Konflikt in Preußen 1859—1862.

Vom Jubel des Volkes begrüßt hatte der Prinzregent im Herbst 1858 seine Regierung begonnen, in schönster Eintracht mit dem liberalgesinnten und deutschfühlenden Politikern Preußens und Deutschlands. Von Anfang an waren dem Regenten und den von ihm herbeigerufenen liberalen Ministern seines Vertrauens zwei Aufgaben gestellt: die Sicherung und Ausbildung der preußischen Verfassung von 1850, welche 1850—1858 von der Reaktionspartei mehr wie einmal ernstlich bedroht gewesen, und eine Reform der deutschen Verhältnisse, durch welche die nationalen einheitlichen Bande gestärkt und vermehrt würden und der bundesstaatliche Charakter des Deutschen Bundes entschiedener ausgeprägt werden sollte.

Jener deutschen nationalen Politik sollte vor allem die Stärkung und Vermehrung des Heereswesens in Preußen dienen, denn es lag auf der Hand, daß man für die deutschen Aufgaben unbedingt eines leistungsfähigeren Heeres bedurfte. Aber die Liberalen versagten dies dem preußischen Herrscher, sie forderten zwar von der Regierung eine nationale Aktion für die Einigung Deutschlands, das Mittel aber zu dieser Aktion verweigerte ihr der liberale Landtag.

Für eine spätere Betrachtung ist dieses Verhalten des Landtags fast unbegreiflich, und doch erklärt es sich durch verschiedene Motive. Das eine bestand in der Schwäche der liberalen Minister: es waren brave Leute, aber schwächliche und blutleere Charaktere, unter ihnen war keine einzige überwiegende geistige Potenz, weder Auerswald, noch der Fürst von Hohenzollern,

noch Patow oder Schleinitz; sie ließen sich ihren Impuls vom Landtag geben, sie gaben nicht dem Landtag die Leitung, und einer ministeriellen Leitung entbehrend wurde der Landtag immer direktionsloser. Zweitens aber fehlte damals überhaupt das Verständnis für Heeresfragen nicht nur den liberalen Abgeordneten, sondern auch den liberalen Ministern.

Es war eine Erbsünde des deutschen Liberalismus, sich in Gegensatz zu dem Heere zu fühlen, man unterschätzte die Bedeutung des stehenden Heeres für die Existenz des Staates. Wohl deklamierte man sehr viel über die Vorzüge der allgemeinen Dienstpflicht, besonders über die in ihrer Formation ganz selbständig, getrennt von der Linie stehende Landwehr, aber man schuf dabei Trugbilder und Hirngespinste, man lebte der Einbildung, als ob der deutsche Erbfeind 1813 der Hauptsache nach durch die Landwehr besiegt worden wäre. Stehende Heere schienen überhaupt im Kriege Nebensache zu sein; denn die Kriegsarbeit müsse, so meinte man, doch schließlich immer die Landwehr tun, man übersah oder leugnete alle die Mängel und Fehler der Landwehr von 1813. Die Stimmen der militärischen Kritik an der Landwehr, überhaupt an den Einrichtungen des Heeres wurden verhöhnt oder überschrieen oder verlästert.

Es würde heute einer Geschichtsfälschung gleichkommen, wenn man jene trüben Erinnerungen an den Liberalismus der Jahre von 1859—1861 totschweigen wollte, etwa deshalb, weil die eigenen persönlichen Freunde damals in den Chorus mit eingestimmt haben, oder weil das Verhältnis seit 1870 ein anderes geworden. Nur das offenste Aufdecken der historischen Wahrheit ist das Gesetz, das allein den Historiker bindet und ihn zur Klarlegung auch dieser Vorgänge und ihrer Ursachen zwingt.

Wenn militärische Sachkenner im Jahre 1859 sagten, die preußischen Heereseinrichtungen müßten verbessert werden, denn das preußische Heer wäre in Wirklichkeit nicht so leistungsfähig, wie das Publikum meinte, so hieß es, dies wären interessierte Stimmen, die nichts wollten, als besseres militärisches Avancement für sich, oder die in ihren engen militärischen Vorstellungen nichts anderes kennen wollten als militärische Forderungen und Gebote.

Nun aber hatte der Prinzregent sein ganzes Leben dem Studium der Heeresverfassung und Heeresbildung gewidmet; vom Jahre 1819 ab war er in den verschiedensten höheren Posten im

Heere tätig gewesen, er besaß eine vollkommene Sachkenntnis und gutes Urteil und war durch und durch von der Richtigkeit seines militärischen Urteils überzeugt. Die Militärreorganisation war seine ganz persönliche Forderung. Es ist geradezu unfaßbar für uns, daß die liberalen Minister jene Sachlage verkannten oder unterschätzten; sie hätten diesem festen Willen, dieser durchschlagenden Sachkunde, diesem überzeugungstreuen und entschiedenen Charakter des Prinzregenten gegenüber ihr alles einsetzen müssen, um ohne großen Streit und Hader, ohne große Erregung oder Erhitzung das Werk der Heereserneuerung im Landtag zur Annahme zu bringen. Der gesunde Menschenverstand ebenso wie die politische Berechnung machte ihnen dies in gleicher Weise zur Pflicht.

Das preußische Heerwesen beruhte auf dem Gesetz von 1814. Das Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht und die dreijährige Dienstzeit für alle Eingezogenen lagen zu Grunde. Aber der Rahmen des Heeres war auf die Bevölkerungsziffer des Staates von 1814 zugeschnitten und mit der Zeit so eng und klein geworden, daß er längst nicht alle Dienstpflichtigen faßte: statt des der gewachsenen Bevölkerungszahl entsprechenden Rekrutenkontingents von etwa 65000 Mann stellte man jährlich nur 40000 Rekruten ein, und faktisch dauerte der Dienst der einzelnen wenig mehr als zwei Jahre. Nun hatte die Mobilmachung von 1849 die schwersten Mängel gezeigt, und ähnliches hatte man wieder im Sommer 1859 gesehen.

Dabei mußte sich der Gedanke der Reform bei allen Einsichtigen geltend machen, für dessen Durchführung schon 1857 der erste Anlauf geschehen war. Man plante dabei die Landwehr zu entlasten durch die stärkere Heranziehung der dienstpflichtigen jungen Mannschaft zum Heeresdienst überhaupt, wofür natürlich die Zahl der Regimenter in der Armee entsprechend vermehrt werden mußte. Der Mann sollte 3 Jahre bei der Fahne dienen, ferner sollten die jüngeren Jahrgänge der Landwehr der Reserve zugeteilt und dadurch enger mit der Linie verbunden werden, während die älteren ganz aus der Feldarmee ausschieden; bisher hatten diese bei jeder Mobilmachung sofort mit zur Feldarmee einberufen werden müssen.

Der Plan der Reorganisation war gründlich durchgedacht und ausgearbeitet worden unter Benutzung verschiedener Pläne und Gutachten des Oberstleutnants Clausewitz, des Grafen Waldersee,

Roons, Voigts-Rhetz', Hartmanns, Bonins. Ein großer im Oktober 1859 berufener Rat von Generalen unter dem Vorsitz des Feldmarschalls von Wrangel erwog noch einmal die ganze Lage und kam im November zum endgültigen Beschluß. Das für die geplanten Änderungen nötige Geld meinte man durch die Grundsteuerregulierung und die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen beschaffen zu können.

Im Jahre 1859 war schon schrittweise die Ausführung begonnen worden. Im Juni hatte man wegen des italienischen Krieges in Preußen Kriegsbereitschaft und Mobilmachung verfügt, und als dann die Eventualität des Krieges vorübergezogen, hatte man die einberufene Landwehr nicht entlassen, sondern begann die neuen schon erwogenen und geplanten Formationen einzuführen. Am 5. Dezember wurde der militärische Vertraute des Prinzregenten, Generalleutnant v. Roon, an Stelle des in der Reformfrage nur matten Bonin zum Kriegsminister ernannt. Roon war einer der hervorragendsten Offiziere des Heeres, ein Mann von großer wissenschaftlicher Bildung, ein bekannter geographischer Schriftsteller, ein General mit außergewöhnlicher Geisteskraft und eisernem Willen begabt; er war völlig einig mit den Ideen des Prinzregenten und mit dem nun festgestellten Reformplan.

Am 10. Februar 1860 wurde die Militärorganisation dem Landtag vorgelegt, wo sich sofort Anstände und Bedenken erhoben. Die liberalen Politiker waren der Meinung, man müsse der ganzen Landwehr ihre bisherige Sonderstellung neben der Linie lassen und die wegen der erhöhten Rekruteneinstellung notwendige Verstärkung der Truppenzahl durch eine gesetzliche Reduzierung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre kompensieren. Diesen Vorschlag hielt jedoch der Prinzregent für unmöglich, er widerstrebte seinem militärischen Sinn. Die Minister Auerswald und Patow traten nicht energisch genug für die politische Seite der Frage ein, das Gefühl von dem Ernst der Lage und der Wichtigkeit der Sache war nicht allgemein. Nun forderte das Abgeordnetenhaus, gestützt auf das Gutachten des Berichterstatters seiner Kommission, des Generalmajors a. D. Stavenhagen, die Beibehaltung der Landwehr in ihrer bisherigen Form und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit; die ohnehin vorhandene Verstimmung stieg noch weiter, als das Herrenhaus am 4. Mai das Grundsteuergesetz verwarf, durch welches die Kosten der

Organisation gedeckt werden sollten, und ebenso das Gesetz über die Civilehe. Bald befand man sich in üblem Zwiespalt: sollte das Ministerium der liberalen Opposition nachgeben? Der Ausweg, den man sich erdachte, schien sehr klug zu sein, aber in Wirklichkeit führte er nur in eine Sackgasse mit den bedenklichsten Folgen. Das Ministerium beantragte eine Bewilligung von 9 Millionen Talern, um damit bis zum 30. Juni 1861 die bisherige Kriegsbereitschaft und Erhöhung der Streitbarkeit des Heeres aufrecht zu erhalten und zu vervollständigen. Dies genehmigte der Landtag am 15. Mai 1860 mit 315 Stimmen gegen 2.

Es war ein Vertrauensvotum für die Minister der neuen Ära, aber nichtsdestoweniger war der Beschluß doppeldeutig. Die gesetzliche Grundlage des Heereswesens wurde hier nicht verändert, wie es doch sachlich zweifellos richtig das Ministerium selbst für nötig erachtet hatte; der Streitpunkt blieb also dunkel und unerledigt. Das Geld für die Aufrechterhaltung und Vervollständigung der Reorganisation, d. h. für die Ausführung der Militärprojekte war allerdings bewilligt, aber nur provisorisch, nur für ein Jahr. Es schien als ob die Reorganisation nur interimistisch bestehen sollte, so daß sie vom Landtag wieder zurückgenommen werden könnte, der sich auch ausdrücklich gegen den definitiven Charakter seiner Bewilligung verwahrte. Der Beschluß war bedenklich, er war eigentlich doch ganz unmöglich. Die Absicht dabei war, daß man einstweilen der Regierung die Ausführung der von ihr für dringend nötig erklärten Reform gestattete und gleichzeitig hoffte, allmählich sich mit der Regierung auch über die strittigen Grundsätze des Gesetzes zu verständigen. Und ebenso nahm der Prinzregent diese einstweilige Bewilligung der Geldmittel zur Erhöhung der Wehrkraft des Landes an als ein Pfand dafür, daß die Notwendigkeit der Heeresreform später gründlicher gewürdigt und die gesetzliche Feststellung leichter bewilligt werden würde. Dies sprach er beim Schluß des Landtages in der Thronrede vom 23. Mai 1860 aus.

Wollte man den Beschluß vom Mai 1860 anders erklären, so würde ein Unsinn herauskommen, daß nämlich die nötigen Gelder für eine bloß provisorische Vermehrung und Verstärkung des Heeres bewilligt worden. Der damals beliebte Ausweg entsprach zunächst seinem Zwecke, aber in der Zukunft hatte er sehr schlimme Folgen.

Bald folgten die Maßregeln der Ausführung, im Juli 1860 wurden die neuen Regimenter gebildet, im Januar 1861 die Fahnen geweiht. Am 2. Januar 1861 war der König Friedrich Wilhelm IV. gestorben und der Prinzregent bestieg als König Wilhelm I. den Thron.

Der neue Herrscher verkündete seine Grundsätze am 7. Januar durch ein Manifest an sein Volk. Die Regierung suchte den Konflikt über das Wehrgesetz, der schon 1860 gedroht hatte, für die nächste Zeit 1861 dadurch zu vermeiden, daß sie die gesetzliche Regelung der Dienstpflicht wieder hinausschob und für den Augenblick nur die Geldbewilligung für die Aufrechterhaltung der neuen Formation anstrebte. Weniger schwierig war dies inzwischen geworden, nachdem endlich im Mai 1861 die Grundsteuerregulierung zustande gekommen war. Die Annahme derselben war im Herrenhause durch einen Pairsschub erreicht worden; es waren 24 neue Mitglieder 1860 berufen, diese Dosis hatte genügt. Die Mittel für die Heeresreorganisation wurden am 31. Mai 1861 bewilligt, allerdings wiederum nur im Extraordinarium, wiederum nur provisorisch und nur mit elf Stimmen Mehrheit; dabei war ein Abstrich gemacht, der aber nicht schwer ins Gewicht fiel. Das Abgeordnetenhaus forderte auf einen Antrag Vinckes die seit dem ersten Scheitern unterlassenene Vorlage des Heeres-Gesetzes von der Regierung, so daß die gesetzliche Regelung also noch vorbehalten blieb. König Wilhelm, der die Heeresreorganisation in seiner Schlußrede am 5. Juni als unerläßlich bezeichnete, sprach dem Landtag seinen Dank für die Bewilligung aus mit dem Zusatz: „Da die Regierung weder die Herbeiführung entsprechender gesetzlicher Normen noch die Herstellung regelmäßig geordneter Etatsverhältnisse im Ressort der Militärverwaltung aus dem Auge verlieren würde, so könne er, der König, über die Form der Bewilligung hinwegsehen, die das Lebensprinzip der großen Maßregel nicht berühre."

Der König betrachtete also damals die Sache materiell als entschieden, die Reform des Heeres als tatsächlich festbegründet, daher erschien ihm die Formfrage als weniger wichtig. Gewiß hatte dies auch einen guten Sinn, solange nicht von der anderen Seite, d. h. vom Landtag, der provisorische Charakter der Bewilligung schärfer betont und damit dann auch die Bewilligung selbst wieder in Frage gestellt wurde.

Die Mehrheit des Landtags unter Vinckes Führung war bis dahin guten Willens gewesen; für sie war das Motiv, daß man auf diesem Wege die gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit durchzusetzen hoffte. Der Liberalismus steifte sich auf den Satz, daß die zweijährige Dienstzeit genügte. Alle sachverständigen Offiziere, der König, Roon, Moltke wollten dies nicht als Regel zugeben, sie verlangten an der dreijährigen Dienstzeit als der gesetzlichen Norm festzuhalten, wenn sie auch faktische Erleichterungen für einzelne Fälle durchaus nicht ausschließen wollten. Die Frage der Dienstzeit wurde der eigentliche Gegenstand der Debatten. Die liberale Mehrheit hoffte den König und die Minister zu bekehren; ihre Absichten waren bis dahin noch keineswegs dem Willen der Krone feindselige (dies beweist ja die provisorische Bewilligung der Geldmittel), aber die entschiedeneren Liberalen hatten diese Anpassung an den König und das Ministerium schon für zu weitgehend, für Servilismus erklärt.

Den Liberalen war besonders das Militärkabinett ein Dorn im Auge, das als durchaus unkonstitutionell galt. Edwin von Manteuffel war damals Chef desselben, ein Mann von einschneidender Tatkraft, der sich aber bei vielen sehr unpopulär gemacht hatte; er hatte viele alte Offiziere beseitigt, indem er sie wider ihren Willen pensionierte, sein Vorgehen machte viel böses Blut. Man sollte Manteuffel niemals vergessen, daß er die großen militärischen Talente entdeckt und die betreffenden Personen in die entsprechenden Stellungen gebracht hat. Gegen ihn schrieb der Kammergerichtsassessor Twesten eine politische Broschüre („Was uns noch retten kann!"), die einen sehr entschiedenen Angriff auf das Militärkabinett führte und deren Folge ein politisches Duell zwischen Manteuffel und Twesten war.

Die Erregung der liberalen Partei wurde durch derartige Vorgänge noch vergrößert. Eine verschärfte liberale Tonart kam auf, der linke Flügel trennte sich ab und es entstand die deutsche Fortschrittspartei, deren Programm am 9. Juni 1861 zuerst aufgestellt wurde. Eine Reihe liberaler und nationaler Forderungen wurde erhoben: die preußische Führung des Deutschen Bundes, Volksvertretung am Bunde, Trennung von Staat und Kirche, Verantwortlichkeit der Minister, Sparsamkeit im Heerwesen, gründliche Umgestaltung des Herrenhauses. Besonders betont wurde,

daß die bisherigen Abgeordneten zu nachgiebig gegenüber der Regierung gewesen wären, es müßten neue, stärkere Charaktere gewählt werden, die auch einen Konflikt mit der Regierung nicht scheuten.

Während so die radikale Richtung sich in der Öffentlichkeit kräftiger regte, taten sich auch die konservativen und reaktionären Elemente neuerdings zusammen, im September 1861 erschien der preußische Volksverein auf der Bildfläche mit allerlei Loyalitätsdemonstrationen. Die Gegensätze verschärften sich, die politische Spaltung wuchs, und unheilvoll für das ganze öffentliche Leben war es, daß sich dieser politische Parteistreit vor allem an den Fragen des Heerwesens entzündete.

König Wilhelm ordnete seine Krönung für den 18. Oktober in Königsberg an durch Erlaß vom 3. Juli; er erinnerte daran, daß früher die Erbhuldigung in Preußen Sitte gewesen, die er auch zuerst geplant hatte, worüber es fast zu einer Ministerkrisis gekommen war; er wollte jetzt an Stelle derselben die Krönung wieder aufnehmen, wie dies 1701 sein Ahnherr Friedrich getan hatte. Der Erlaß betonte sehr bestimmt die Stellung der Krone, er berief sich auf das monarchische Gefühl im Volke und trat in ausdrücklichen Gegensatz zur allgemeinen liberalen Doktrin, nach welcher die Krone nicht viel mehr zu bedeuten hatte. Die Krönung geschah am 18. Oktober; der König nahm seine Krone vom Altar, um zu zeigen, daß er dieselbe nur Gott verdanke. Der Landtag war zugegen, ebenso alle Generale.

Bedeutungsvoll waren die Kundgebungen, die der neue König 1861 hatte ausgehen lassen. In seiner Proklamation vom 7. Januar hatte er seine Grundsätze unzweideutig verkündigt: „Das hohe Vermächtnis meiner Ahnen will Ich getreulich wahren. Mit Stolz sehe Ich Mich von einem so treuen und tapferen Volke, von einem so ruhmreichen Heere umgeben. Meine Hand soll das Wohl und das Recht aller in allen Schichten der Bevölkerung hüten, sie soll schützend und fördernd über diesem Leben walten. Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht: nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas

zu behaupten. Ich halte fest an den Traditionen Meines Hauses, wenn Ich den vaterländischen Geist Meines Volkes zu heben und zu stärken Mir vorsetze. Ich will das Recht des Staates nach seiner geschichtlichen Bedeutung befestigen und ausbauen und die Institutionen, welche König Friedrich Wilhelm IV. ins Leben gerufen hat, aufrecht erhalten. Treu dem Eide, mit welchem Ich die Regentschaft übernahm, werde Ich die Verfassung und die Gesetze des Königreiches schirmen. Möge es Mir unter Gottes gnädigem Beistande gelingen, Preußen zu neuen Ehren zu führen! Meine Pflichten für Preußen fallen mit Meinen Pflichten für Deutschland zusammen. Als deutschem Fürsten liegt Mir ob, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten zum Heile aller einnehmen muß."

Bei der Königsberger Krönung knüpfte der König an diesen früheren Gedankengang an und bekannte sich offen zu den Grundsätzen seines Programms: „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone; nachdem durch zeitgemäße Einrichtungen der Thron umgeben ist, besteige Ich als erster König denselben. Aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe Ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß Ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe." Auch der König Wilhelm wich nicht einen Finger breit von dem Wege ab, den er sich als Prinz und als Regent vorgezeichnet hatte: es war „seine Pflicht und sein ernster Wille, der beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu wahren, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu sichern und sie in der ungeschmälerten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung seines Berufes notwendig ist und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde". Ein treues Zusammengehen von König und Volk war das Ziel seiner Gedanken. Festhaltend an den Traditionen seiner Ahnen wollte er den vaterländischen Geist, die Hinterlassenschaft der bisherigen preußischen Geschichte, gepflegt und gewahrt sehen. Nicht so verstand er die neue Verfassungsordnung in Preußen, als ob der Landtag durch die neue Verfassung der alleinige Träger des Staatswillens geworden, dem sich die Krone in der Auswahl der von dem Landtage beliebten Minister, in der Zustimmung zu den vom Landtage beschlossenen

Gesetzen, in der Unterordnung unter die vom Landtage gewünschte Politik einfach zu fügen hätte. Nein, die Selbständigkeit der Krone galt es ihm zu behaupten und zu verteidigen und dem Landtage allein das Recht der Mitwirkung an den Staatsgeschäften zuzuweisen. Das war der Rechtsboden der Verfassung, und ihn unentwegt gegen die Anstürme der Reaktion sowohl als gegen die weiterstrebenden Forderungen des Liberalismus, gegen Zumutungen von rechts und von links, festgehalten zu haben, das begründet das große, bleibende Verdienst dieses Königs.

In der Heeresfrage ging der König von der Ansicht nicht ab, daß seine Forderung sachlich die richtige und die Opposition des Landtages sachlich unhaltbar wäre. Es galt ihm dabei, sein eigenstes Werk ins Leben zu rufen; denn er sagte: „Die Militär-Reorganisation ist mein eigenstes Werk und mein Stolz, und ich bemerke hierbei, es giebt kein Bonin'sches und kein Roon'sches Projekt; es ist mein eigenes und ich habe daran gearbeitet nach meinen Erfahrungen und nach meiner pflichtmäßigen Überzeugung". König Wilhelm hatte in der Tat sich mit festem Willen sein politisches Programm gebildet, ebenso sicher war seine Überzeugung von der Aufgabe des Königtums wie von der Notwendigkeit der Heeresverbesserung.

Aus jenen Willenserklärungen des Königs begann aber 1861 der Liberalismus sehr unfreundliche Schlüsse zu ziehen. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus ergaben im Dezember 1861 ein ganz anderes Bild des Landtags, als im Jahre 1858. Die Linke war sehr stark gewachsen, die Fortschrittspartei beherrschte jetzt die Kammer, die Zeiten Vinckes und seiner Freunde waren vorüber. Jetzt rächte sich der Fehler, daß die gemäßigte Mehrheit die Heeresfrage nicht wirklich mit dem Ministerium geordnet hatte, denn die neue Mehrheit kam nach Berlin, um die Heeresreform wieder zurückzuzwingen. Wohl trat seit dem Oktober 1861 Graf Bernstorff, der neue auswärtige Minister etwas energischer auf, besonders in der kurhessischen und der holsteinischen Frage, den Lieblingskindern des deutschen Liberalismus, überhaupt bewies im Januar 1862 die Regierung ihre liberale Gesinnung durch Vorschläge einer ziemlich liberalen Kreisordnung, eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit, man verhieß auch sofort ein neues Wehrgesetz einzubringen. Am 14. Januar 1862 wurden die Sitzungen eröffnet.

Bald trat es zu Tage, daß die Opposition um ein bedeutendes angewachsen war. Es war ja wohl kaum denkbar, daß der Landtag in vollem Ernste verlangen konnte, die neue Heeresordnung, die nun schon seit mehr als Jahresfrist bestand, faktisch wieder rückgängig zu machen, die neuen Regimenter wieder aufzulösen. Das war wohl nur eine törichte Einbildung der demokratischen Anschauung. Aber man gab jetzt doch der nur provisorisch erfolgten Bewilligung der Geldmittel die Auslegung, daß die neue Formation des Heeres, solange die Kosten nicht dauernd bewilligt wären, kein Recht hätte zu bestehen. General v. Roon war dennoch entschlossen, die Sache durchzuführen, weniger fest waren einige seiner Kollegen. Das diesmal vorgelegte Wehrgesetz war zuerst dem Herrenhaus zugegangen und von diesem am 1. Februar 1862 einstimmig angenommen worden, im Abgeordnetenhaus aber stieß es sofort auf Opposition, und heftige Debatten entspannen sich. Das Gesetz wurde am 10. Februar an einen Ausschuß verwiesen, der zu zwei Dritteln aus Fortschrittsleuten bestand. Hier begann man das Gesetz im einzelnen umzuarbeiten; Bockum-Dolffs und Stavenhagen waren dabei sehr geschäftig, auch andere Männer, die nicht gerade militärische Sachkenntnis besaßen; über Details von technischer Bedeutung, insbesondere wieder über die Dauer der Dienstpflicht wurde gestritten. Am 5. März endlich erklärte Minister v. Roon, daß der König und das Ministerium an der gesetzlich bestehenden dreijährigen Dienstzeit festhielten und die zweijährige nicht annehmen könnten. Damit war der Konflikt eine offenkundige Tatsache, und da die liberale Mehrheit auf ihrem Standpunkt feststand, so trieb man unaufhaltsam einer Krisis entgegen. Aus Anlaß dieser Debatten erlaubte Herr v. Bismarck sich die Randglosse, in Deutschland verstände jeder immer alles besser, „vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen, als sämtliche gelernten Fachmänner.“

Es schwebten damals noch viele andere Streitfragen, z. B. die Frage der Anerkennung Italiens; für die deutschen Dinge wurde ein Antrag gestellt, in dessen Motivierung die Rechtsungültigkeit der damaligen Verfassung des Bundestags auftauchte; man wollte den Bundestag plötzlich als gar nicht mehr vorhanden betrachten, obwohl doch Preußen dem Bunde seit 1851 seine Matrikularbeiträge bezahlt und eine offizielle Vertretung bei dem Bundestag unterhalten hatte.

Der Konflikt zwischen Ministerium und Abgeordneten gelangte zunächst zum entscheidenden Ausdruck in einem mit der Heeresfrage nur mittelbar zusammenhängenden Punkte. In der Budgetberatung forderte man eine größere Spezialisierung der einzelnen Etatstitel und die prinzipielle Anerkennung, daß die an einer Stelle gemachten Ersparnisse gegen Mehrausgaben an anderen Punkten nicht ausgeglichen werden könnten; dadurch sollte vor allem die Verwendung anderweitiger Ersparnisse für das Heer verhindert werden. Herr v. Patow war mit dem Prinzip sofort einverstanden; als aber ein Antrag des Abgeordneten Hagen am 6. März 1862 die sofortige Anwendung dieses Grundsatzes auf das zur Beratung stehende Budget heischte, da hielt Patow dies für unmöglich, sagte jedoch für später die Erfüllung zu, während Hagen auf der sofortigen Ausführung bestand. Es war eine kleinliche Schikane und Rechthaberei, die Antwort der liberalen Mehrheit auf jene Erklärung Roons vom 5. März über die zweijährige Dienstzeit. Das Abgeordnetenhaus wollte damit seine Macht zeigen und so wurde der Antrag Hagen mit 177 gegen 143 Stimmen angenommen.

Das Ministerium verlangte sofort zurückzutreten. Der König wollte es nicht entlassen, nur der Fürst v. Hohenzollern und Minister v. Bethmann-Hollweg beharrten auf ihrem Rücktrittsgesuch und der König ernannte nun an Stelle Hohenzollerns den Fürsten v. Hohenlohe-Ingelfingen zum Ministerpräsidenten. Die Minister empfahlen Auflösung des Abgeordnetenhauses und Neuwahlen, worin ihnen der König folgte; als sie dann nochmals am 18. März um ihre Entlassung baten, wurde sie ihnen gewährt.

Von einem Ministerium Bismarcks war in diesen Frühjahrsmonaten (März bis Mai 1862) wiederum sehr stark die Rede, wie Roon auch ein Jahr zuvor bei dem Konflikt über die Huldigungsfrage gehofft hatte, Bismarcks Berufung durchzusetzen; aber noch bestanden gegen ihn die früheren Bedenken. Bismarck wurde noch einmal von Petersburg nach Paris versetzt, es schien wichtig, daß er zuerst noch den Boden der europäischen Politik in möglichst ausgedehntem Umfang studiere.

Das neue Ministerium unterstand der Leitung Hohenlohes: Graf Itzenplitz, Graf Lippe, die Herren v. Jagow und v. Mühler waren die neuen Minister, mit ihnen blieben im Amte Roon, Graf Bernstorff, von der Heydt; letzterer war der eigentliche

politische Leiter des Augenblickes. Dies neue, durchweg konservative Ministerium bedeutete eine beträchtliche Verschiebung nach rechts.

Es galt nun, die Neuwahlen so zu leiten, daß das Land dem König Recht gäbe. Der König erklärte durch seinen Erlaß vom 19. März, die freisinnigen Grundlagen der Verfassung zu schützen und auszubauen, zugleich aber auch die Rechte der Krone zu wahren und in der ungeschmälerten Kraft zu erhalten, welche Preußen zur Erfüllung seines Berufs nicht entbehren könnte. Die Minister unternahmen es das Land zu bearbeiten. Wahlerlasse mit Belehrungen, Zurechtweisungen, Protesten gegen das parlamentarische Regiment gingen aus, man forderte von den Beamten als ihre Pflicht, im Sinne des Königs und der Minister zu wählen. Dies Verlangen entfesselte einen Sturm des Unwillens, von vielen Seiten verlangte man die Unabhängigkeit der Wahl zu verteidigen, wobei besonders energisch die Proteste der Professoren von Berlin und Bonn waren.

Ferner verzichtete von der Heydt jetzt auf die Steuerzuschläge der letzten Zeit, aber auch dies verfing nicht. Am 21. März schrieb er ein vertrauliches Briefchen an den Kriegsminister v. Roon und forderte die Ausgaben für das Militärbudget um mindestens 2 1/2 Million Taler herunterzusetzen. Das Schreiben von der Heydts gelangte durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit und goß Öl ins Feuer der Aufregung. Die dadurch bekannt gewordene Unsicherheit der Regierung ermutigte die Opposition.

Die Wahlen vom 6. Mai verstärkten sehr erheblich die Zahl der Fortschrittler; die liberale Mittelpartei (d. h. die frühere Mehrheit) hatte sich vermindert, sie war fast bedeutungslos geworden; die Regierung hatte gar nichts gewonnen.

Die Stimmung der liberalen Opposition war sofort bei der Eröffnung des Landtages am 19. Mai eine sehr kampfeslustige. Der Antrag Hagen war schon zur Ausführung gelangt in den beiden Budgets für 1862 und 1863, die man gleichzeitig vorlegte, außerdem bewies das Ministerium seine ernste Absicht, in dem Geleise des königlichen Programms von 1858 fortzuschreiten, nur die Heeresfrage bildete für den König nicht einen Gegenstand zu Kompromissen oder nachgiebigem Entgegenkommen.

In manchen Fragen der auswärtigen Politik erzielte das

Ministerium Erfolge, welche unter anderen Verhältnissen sicher der Befestigung seiner Stellung genützt hätten. Man stellte die Absicht fest eine Flotte zu schaffen, man sprach die Anerkennung Italiens (21. Juli) aus; ein Handelsvertrag mit Frankreich, welcher große Erleichterungen des Verkehres und bedeutende Herabsetzungen der Zölle enthielt, war am 29. März vorläufig festgestellt worden; dies rief im Zollverein eine Krisis hervor, denn Preußen erklärte, an dem französischen Vertrag festhalten und den Zollverein nur mit denjenigen Staaten fortsetzen zu wollen, die auch dem französischen Handelsvertrag beitreten würden. Österreich sprach in die Sache hinein, obwohl es gar nicht Mitglied des Zollvereins war, ja es forderte trotz des Widerspruchs Preußens im Juli 1862 seine Aufnahme in den Zollverband. Der preußische Landtag stimmte am 25. Juli dem französischen Handelsvertrag zu, worauf dieser am 2. August endgültig vollzogen wurde; Sachsen, Baden, Oldenburg und die Thüringer traten bei, der deutsche Handelstag, der im Oktober in München tagte, billigte die Sache vollständig, er verlangte sogar für den Zollverein eine Volksvertretung bei den Zollvereinskonferenzen mit Mehrheitsentscheidung. Die deutsche Abgeordnetenversammlung in Weimar meldete ähnliches an. Alles gewährte der preußischen Politik in den deutschen Fragen einige Stärkung. Denn es war damit doch ein Schritt geschehen zur Ausführung jener freiwilligen Vereinbarungen, welche Graf Bernstorff in seiner Note vom 20. Dezember 1861 als preußisches Programm aufgestellt hatte, um den engeren Bund im Deutschen Bunde herbeizuführen. Die öffentliche Meinung bot hierin der preußischen Regierung hilfreiche Hand.

Auch in der holsteinischen und hessischen Frage kam Bernstorff damals etwas vorwärts. Auf die holsteinische Angelegenheit wird diese Darstellung an späterer Stelle zusammenhängend zurückkommen. Was Hessen angeht, so wurde schon früher (S. 50) berichtet, daß Preußen, ermüdet und erbittert durch alle Winkelzüge des hessischen Kurfürsten, den Schutz hessischen Landesrechtes ganz offen auf sich genommen hatte. Nachdem es schließlich Österreich auf seine Seite gebracht hatte, hatten beide Mächte am 8. März 1862 bei dem Bundestag kurzweg die Anerkennung der vom Kurfürsten von Hessen verletzten Verfassung von 1831 verlangt. Da ein Bundesbeschluß seine reichliche Zeit zum Zustandekommen forderte, Österreich aber sich dem von

Preußen gewünschten unmittelbaren Einschreiten in Kassel versagte, so faßte der Kurfürst Mut und beharrte in seinem Trotz; er ordnete Neuwahlen an und verlangte (26. April 1862), daß jeder Wähler, bevor er zur Wahl zugelassen wurde, protokollarisch die von ihm, dem Kurfürsten, oktroyierte Verfassung des 30. Mai 1860 als zu Recht bestehend anerkennen sollte. Preußen faßte dies als einen ihm gebotenen Hohn auf; man machte sofort auch ohne Österreich Ernst. Am 11. Mai wurde General Willisen nach Kassel geschickt mit einem königlichen Handschreiben sehr ernsten Tones. Anfangs legte sich der Kurfürst angeblich krank zu Bett und wollte den preußischen General gar nicht sehen; dann besann er sich und gab ihm spät abends Audienz. Aber den Brief des Königs, den ihm Willisen überbrachte, weigerte er sich zu lesen und warf ihn auf den Tisch hin; die mündlichen Auseinandersetzungen Willisens unterbrach er durch seine Zwischenreden mit einer sich fortwährend steigernden Grobheit. Darauf wurde der diplomatische Verkehr Preußens mit Hessen abgebrochen. Der Bundestag forderte am 13. Mai die Beseitigung der unglaublichen kurfürstlichen Wahlverfügung vom 26. April und erhob bald darauf den Antrag der Großmächte für die Verfassung von 1831 zum Beschluß, ohne daß sich aber der Kurfürst viel darum kümmerte. Nun verlangte Preußen als Genugtuung für den beleidigenden Empfang Willisens die Entlassung der bei der Audienz zugegen gewesenen beiden Minister und machte zwei Armeekorps mobil (23. Mai). Da gab der Kurfürst nach, doch nur scheinbar und nur für den Augenblick. Das Ministerium wurde entlassen, Herr v. Dehn-Rothfelser trat an die Spitze und die Verfassung von 1831 wurde anerkannt. So verkündete man am 31. Mai, der hessische Konflikt schien also beseitigt, Bernstorff schien einen Erfolg davongetragen zu haben. Nur war der Triumph nicht von langer Dauer, denn der Kurfürst war doch noch nicht für immer mürbe gemacht; aber als dieser neue hessische Skandal zur Entscheidung stand, da führte in Preußen schon ein stärkerer Wille die Dinge, als Graf Bernstorff oder seine Vorgänge jemals besaßen.

Im Sommer 1862 war die Lage der deutschen Verhältnisse unbehaglich geworden. Wenn anfangs die nationalgesinnten Politiker Bernstorffs Denkschrift vom 20. Dezember 1861 beifällig aufgenommen und auch seiner kühlen Zurückweisung (14. Februar 1862)

der berühmten „identischen Noten“ vom 2. Februar 1862 zugestimmt hatten, so erwarteten sie danach mit vollem Rechte von ihm ein praktisches Vorgehen mit Reformvorschlägen für Deutschland: dazu hatte er sich selbst gleichsam moralisch gebunden. Gewiß, seiner Behandlung der Zollvereinsfrage ließ sich eine gewisse Anerkennung nicht versagen, aber sonst erfolgte nichts weiteres. Die aufgeworfene und angefangene Frage der Bundesreform kam nicht vom Fleck und wenn zu ihrer glücklichen Lösung Zustimmung und Beifall der öffentlichen Meinung, insbesondere von seiten der liberalen Parteien, damals durchaus notwendig erschien, so wuchsen Bernstorffs Politik allmählich immer größere Hindernisse in den Weg. Denn bald war alles anfängliche Vertrauen verscherzt, bald herrschte Entfremdung, dann Abneigung und zuletzt Feindschaft gegen Preußen bei den nationalgesinnten Liberalen. Längst war die Begeisterung von 1859 in ihr Gegenteil umgeschlagen; schon im März 1862, als wegen der Militärfrage der Bruch zwischen den Ministern König Wilhelms und dem Abgeordnetenhaus erfolgt war, gehörte einiger Mut dazu, wenn jemand das Auftreten der Liberalen nicht für absolut tadellos halten oder in den Wehruf über die Regierung nicht unbedingt einstimmen wollte. In den nächsten Monaten vergrößerte sich zusehends diese Kluft. Heftig enttäuscht waren damals die Nationalgesinnten in Deutschland über den Gang der Dinge in Preußen, denn der innere Konflikt kam hinzu, um das Urteil im übrigen Deutschland noch mehr zu verwirren.

Unter den deutschen Fürsten waren die Anhänger Preußens, Baden, Koburg und Waldeck, wohl sehr unglücklich über diese Wendung, aber sie alle gaben der preußischen Regierung und nicht etwa der liberalen Partei die Schuld. Der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg ging damals in seinen öffentlichen Erklärungen bis an die äußerste Grenze. Im Juli 1862 feierte man nämlich in Frankfurt am Main das allgemeine deutsche Schützenfest, dessen Ehrenvorsitz der Herzog übernahm; weil man dort demokratische Kundgebungen im voraus schon erwartete, so hatten seine Freunde ihm abgeraten mitzutun; der Herzog selbst erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, weshalb er dennoch erscheinen zu sollen geglaubt. Aus Preußen kamen die leitenden Führer der Opposition, in erster Linie einige sehr demokratische Elemente; mit ihnen gemeinschaftlich trat Herzog Ernst auf, besprach mit ihnen die Lage in

Preußen und zeigte ihnen ziemlich unverhüllt den Pulsschlag seiner liberalen Gesinnung. In Berlin verdroß der Zwischenfall in hohem Maße. König Wilhelm schrieb dem Herzog persönlich sehr eindringlich, ernstlich mahnend und strafend (28. Juli), er verlangte feste, bestimmte und klare Erklärungen über seine zu der Berliner Opposition getanen Äußerungen, welche der König für nicht vereinbar hielt mit der Stellung des Herzogs zu der preußischen Armee; der König meinte, jeder aktive Offizier würde für solche Worte zur Verantwortung gezogen werden; da er aber dem Herzog gegenüber dies nicht könnte eintreten lassen, so glaubte er es der preußischen Armee schuldig zu sein, zu erkunden, wie ein deutscher Fürst, der Chef eines preußischen Regimentes sei, über die Armee denke, ob er wirklich gesonnen, diese Armee zu ruinieren. Die Sprache, die hier der preußische König zu dem Koburger Herzoge redete, war eine ernste und würdige, der Herzog machte in seiner Beantwortung (30. Juli) des königlichen Schreibens allerlei Redensarten und Ausflüchte, von denen ganz besonders die köstliche Entschuldigung hervorgehoben zu werden verdient, daß in jenem dem Könige so anstößigen Verkehr des Herzogs mit den Oppositionsführern die Anstrengungen des Herzogs dahin gegangen seien, seine Berliner Bekannten den königlichen Ansichten in der Militärfrage geneigt zu machen!

Es konnte nicht ausbleiben, daß derartige Vorgänge wie der Frankfurter Schützentag und ähnliche Veranstaltungen die Gesinnung der Menschen immer schroffer von Preußens deutscher Politik abwendeten und den Widerspruch der Liberalen in Preußen gegen die Heeresreform der Regierung immer stärker ermutigten und anfeuerten.

Aus dieser Lage der Dinge suchten die Anhänger Österreichs in Deutschland Nutzen zu ziehen. Seine Vertreter und die der früheren Würzburger Alliierten kamen im Juli 1862 in Wien zusammen, sie lehnten sich an die von Beust im Oktober 1861 verlautbarten Ideen an und arbeiteten ein deutsches Reformprojekt aus. Man verzichtete von vornherein auf eine deutsche Zentralgewalt und auf ein deutsches Parlament, es sollten aber Delegierte der Einzellandtage in Frankfurt am Main zusammentreten, um über ein Bundesgericht, über ein gemeinsames deutsches Recht und einen gemeinsamen Prozeß zu beraten. Dies Projekt wurde als Antrag der acht beratenden Staaten dem Bundestag vorgelegt am 14. August 1862. Graf Bernstroff hatte sofort demgegenüber

erklärt, Preußen würde dabei nicht mittun können, denn Preußen wollte nicht die Kompetenzen des Bundes erweitern, sondern wollte vielmehr den engeren Bund im weiteren Bunde schließen; in dem engeren Bunde aber würde ein gemeinsames deutsches Heer und eine gemeinsame diplomatische Vertretung nach außen das allermindeste Maß des Bundesrechtes sein. Der deutsche Abgeordnetentag in Weimar (am 28. September), die Versammlung des Nationalvereines in Koburg lehnten auch ihrerseits das Wiener Delegierten-Projekt ab und stellten als Ziel des Strebens die Ausführung jener deutschen Verfassung von 1849 auf; ja sie gingen bis zu der Erklärung vor, daß jene Verfassung schon jetzt rechtsgültig wäre. Nur der deutsche Reformverein, in welchem sich Großdeutsche mit Partikularisten und Demokraten vereinigten, sprach sich für den Wiener Plan günstig aus (Oktober 1862). Überhaupt geschah damals von verschiedenen Seiten her eine sympathische Annäherung an die deutschen Österreicher, viele wackere und treue Patrioten waren an Preußen irre geworden und gingen noch steuerlos und ziellos unbekannten Zukunftsidealen entgegen; die allgemeine Verwirrung in den Köpfen der Deutschen nahm in erschreckender Weise zu.

Man wird dem damals regierenden preußischen Ministerium sicher nicht vorwerfen können, daß es selbst planlos in seiner Politik verfahren. Nein, Graf Bernstorff hatte mehr als einmal unrichtige und verkehrte Wege einzuschlagen sich geweigert, er hatte mehr als einmal auch die richtigen Gedanken und Wege ausführlich bezeichnet, welche zur Reform der deutschen Bundeseinrichtungen hinleiten konnten. Aber er hatte doch nichts weiter zustande gebracht, als daß er gut stilisierte, gedankenreiche und lobenswerte Denkschriften in die Welt gesetzt hatte. Würde er an irgend einer Stelle zu durchgreifendem Handeln sich entschließen, — z. B. in Hessen oder in der dänischen Kontroverse über die Zukunft der Elbherzogtümer oder gar in der Abweisung österreichischer und mittelstaatlicher, großdeutscher und demokratischer Bundesreformgelüste — wie leicht hätte dies zu tatsächlichen Gewaltakten, zu bewaffneten Konflikten, zu Kriegen in und um Deutschland hingeführt? Nur wenige Politiker aber waren damals so nüchtern, daß sie die Einigung Deutschlands einzig und allein durch einen Krieg für möglich hielten. Fast ausnahmslos herrschte vielmehr die Ansicht, daß durch liberale politische Maßregeln und Gesetze,

durch volkstümliche und liberale Versammlungen und Beschlüsse des Volkes selbst weiter gearbeitet werden müsse.

Und wenn es dennoch zum Kriege kommen sollte, drohte dem preußischen Staate die Waffe zu versagen, auf die es ankam. Die lange Friedenszeit hatte nirgendwo einen Beweis hervorragender militärischer Leistungsfähigkeit erbracht, unbedingte Friedensliebe hatte Jahrzehnte lang an allerhöchster Stelle in Preußen geherrscht. Ein unwidersprechlicher Beweis dafür, daß dies jetzt anders geworden, lag noch nicht vor, und man hielt daher vielfach die Steigerung der Heeresausgaben, welche man dem preußischen Volke zumutete, für nutzlos, gegenstandslos: da Preußen ja doch für seine politischen Aufgaben in letzter Stunde das Schwert nicht ziehen würde, so schienen die damaligen Aufwendungen für eine Friedensarmee mehr wie hoch genug bemessen. Niemand hoffte jetzt noch von Bernstorff ein anderes Verhalten als von Schleinitz, und der Junker von Bismarck, von dessen Tatkraft man reden hörte, schien doch zu einer nationalen deutschen Politik kaum der richtige Führer zu sein. So war in den Sommermonaten 1862 alles noch in vollständigster Unklarheit und Unentschiedenheit.

Das im Frühjahr 1862 neu gebildete Ministerium hatte vor allem anderen jetzt die Aufgabe, die Militärfrage zu lösen. Die Sache war, je länger sie schwebte, immer schwieriger geworden. Seit dem 19. Mai tagte der neu gewählte Landtag, dessen Mehrheit jetzt entschlossen war, aus der früher nur provisorisch erfolgten Bewilligung der Heeresreorganisationskosten den Schluß zu ziehen, daß jetzt nichts weiter zu bewilligen wäre. Die Streichung aller weiteren Forderungen der Regierung für die Militärreform war jetzt der Schlachtruf der Landtagsmehrheit. Aber was würde daraus folgen? Die Offiziere waren in den neuerrichteten Regimentern schon seit 1860 angestellt; würden sie mit der Streichung der Forderungen abgesetzt sein? Sie hatten doch einen klagbaren rechtlichen Anspruch auf ihr Gehalt. Wer sollte ihnen das Gehalt zahlen? Vom Budget für 1862 war schon viel ausgegeben; mußten die Minister Ersatz leisten? So sagten wohl die Fanatiker des parlamentarischen Systemes, aber ein Gesetz bestand für solchen Fall in Preußen nicht. Die ganze Sache war verfahren und wurde immer verfahrener.

Am 11. September eröffnete man die Debatte; der Ausschuß der Kammer beantragte Streichung der nach allen möglichen

Ersparungen auf $6\frac{1}{2}$ Millionen Taler festgesetzten Kosten für die Neuformationen; dazu gab es noch verschiedene Amendements und Modifikationen. Auf alle die Tifteleien der Abgeordneten Twesten, Stavenhagen, Sybel und anderer genauer einzugehen, liegt heute kein Grund mehr vor, genug, nach viertägigem Redeturnier wurde der erste Posten mit 273 gegen 68 Stimmen abgesetzt (16. September). Am 17. September fiel ein Zwischenfall vor: einige Worte des Kriegsministers v. Roon wurden dahin gedeutet, als ob er eventuell die zweijährige Dienstzeit annehmen könnte; tatsächlich hatte man Roon ganz richtig verstanden, denn schließlich war gegenüber den ganz aussichtslosen Kämpfen bei der Regierung ein Schwanken eingetreten, die Minister, selbst Roon, sprachen für Konzessionen. Der König aber blieb in der Sache unwandelbar fest und war zu sofortiger Abdankung entschlossen, wenn jetzt die Minister ihn hierbei verließen. Dazu aber konnten diese es nicht kommen lassen und Roon interpretierte den Abgeordneten die angedeuteten Zugeständnisse wieder hinweg. Nun wurden am 23. September alle Posten der Neuerung gestrichen, zuletzt mit 308 gegen 11 Stimmen.

Der Versuch, den man im März 1862 angestellt, war gescheitert; es handelte sich darum einen neuen Weg zu betreten, und ungesäumt nahmen die Leiter des Ministeriums, Hohenlohe und von der Heydt, ihren Abschied; jetzt endlich wurde Herr v. Bismarck berufen, zuerst als Staatsminister und interimistischer Vorsitzender, bald nachher (8. Oktober) als Präsident des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Wiederholt war schon in den Jahren 1858 und 1859, im Sommer 1861 und im Frühjahr 1862 die Rede von Bismarck als Leiter der auswärtigen Politik gewesen. Bismarck hatte Juli und August 1862 in Südfrankreich zugebracht, von dort rief ihn sein Freund v. Roon herbei und am 20. September kam er in Berlin an. Roon überwand in letzter Stunde die Bedenken des Königs gegen Bismarck, es war ein Sieg der schärferen konservativen Tonart über die nachgiebigeren Gelüste am preußischen Hofe, ein Triumph der Reaktionspartei, wie man damals allgemein sagte. Mit Bismarck traten Bodelschwingh und Graf Eulenburg neu ins Ministerium ein, von den bisherigen blieben im Ministerium Graf Itzenplitz, Graf zur Lippe und v. Mühler.

Bismarck war energisch und entschlossen von vornherein;

ihm galt es, die Heeresreform zu verteidigen und das monarchische Prinzip hochzuhalten gegen die Tendenz des Parlamentarismus; für beides setzte er sofort seine ganze Kraft und seinen Kopf ein, fest und kühn trat er der liberalen Mehrheit des Landtages entgegen.

Die Ansicht, daß gerade Bismarck der Staatsmann sei, dem die oberste Leitung in Preußen gebühre, war in den maßgebenden Kreisen 1862 schon sehr weit verbreitet. Die einen verlangten dringend nach ihm, vor allen Herr v. Roon und die konservativen Politiker, die der neuen Ära schon lange widerstrebt hatten, insbesondere alle Anhänger der Heeresreform; die anderen fürchteten sein Kommen. Alle die kräftigen Reden und Äußerungen, mit denen er gelegentlich um sich geworfen, schienen Gewaltstreiche seinerseits in Aussicht zu stellen. Bismarck hingegen strebte damals nach der ministeriellen Stellung, nicht um das Recht der Abgeordneten zu beschränken, sondern um die Beschränkung der verfassungsmäßigen Krongewalt zu hindern und in Verbindung mit der Lösung des innerpreußischen Konflikts seine Pläne für die deutsche und preußische Zukunft durchzuführen.

Am 26. Mai, ehe er auf seinen Posten nach Paris gegangen war, hatte er noch eine lange Audienz bei König Wilhelm gehabt; der König hatte sich noch nicht entscheiden können und sich noch eine gründlichere Erwägung vorbehalten, ehe er auf Bismarcks Politik einging. Für den König schien damals die Besiegung der parlamentarischen Opposition wichtiger zu sein, als Erfolge in der deutschen Politik, Bismarck dagegen legte solchen Erfolgen größeres Gewicht bei. Er wollte auch das Ministerpräsidium ohne das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten, wie man ihm zumutete, nicht gern annehmen; so viele aber hatten doch gerade dem Grafen Bernstorff ihre besonderen Sympathieen geschenkt. Der Rücktritt Bernstorffs, der sich selbst übrigens die Rückkehr auf den Londoner Gesandtenposten stets offen gehalten hatte, war eine Voraussetzung für den Eintritt Bismarcks in die Leitung der Staatsgeschäfte.

Eine Anzahl von Schreiben Bismarcks, besonders an Roon, legt Inhalt und Richtung seiner Gedanken im Sommer 1862 offen dar. Wie behutsam und vorsichtig richtete er auf alle Umstände der Lage seinen Blick, wie unbefangen beurteilte er die Menschen und die Strömungen in Berlin und Deutschland

und Preußen; er tadelte die Zaghaftigkeit und Kleinlichkeit des Auftretens nach außen, er spornte zur Energie an, besonders in der deutschen Frage. Es war ihm nicht unbekannt, daß er sehr verrufen in Deutschland war. Unmutig schrieb er schon zwei Jahre vorher einmal: „dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift." Verdächtigungen und Verleumdungen wegen seiner angeblichen Hinneigung zu Napoleon verfolgten ihn, noch ehe er Minister geworden.

Endlich hatte im September 1862 das angriffsweise und rücksichtslose Vorgehen der liberalen Mehrheit den König dazu bewogen, seine früheren Bedenken gegen Bismarck fallen zu lassen. Als Roon ihn aus eigenem Antrieb herbeigerufen und der König sich mit ihm verständigt hatte, erhob er ihn an die Spitze des Ministeriums.

Ergreifend verlief die erste Audienz, die Bismarck bei seinem König am 22. September im Park von Babelsberg hatte. Der König legte Bismarck zunächst die Erklärung seiner Abdankung vor. Betroffen bemerkte Bismarck, dahin dürfte es in Preußen niemals kommen. Der König entgegnete, er habe alles versucht und wisse keinen anderen Ausweg mehr; die Preisgebung der Armeereorganisation sei gegen seine Überzeugung, gegen diese könne er nicht handeln, gegen sie könne er nicht regieren. Er stellte darauf dem Minister die Frage, ob er versuchen wollte, ohne Mehrheit und ohne Budget zu regieren? Bismarck bejahte beide Fragen mit seiner ganzen Entschiedenheit. Dann verlangte der König die Versicherung, daß Bismarck niemals die Armeereorganisation preisgeben würde. Ebenso nachdrücklich gab Bismarck auch diese Zusage. Der König zeigte hierauf dem neuen Minister ein ausführliches Schriftstück, ein detailliertes Programm, das er für die Regierung ausgearbeitet hatte. Bismarck antwortete, der König möchte sich auf Details doch nicht binden, es stehe heute nur die Frage zu Entscheidung, ob in Preußen die Krone oder die Mehrheit des Landtags regieren solle; er sei bereit, die Geschäfte zu übernehmen, aber ohne ein Programm. So gingen die beiden auseinander. Bismarck erzählte nachher: wenn die Haltung des Königs vor der Unterredung die eines tiefgebeugten Mannes gewesen, so sei er nachher aufrecht, fest und straff von dannen geschritten.

Der Bund zwischen König und Minister war an jenem 22. September in Babelsberg geschlossen — für alle Zeiten.

Das Regierungsprogramm des neuen Ministers hatte zwei Seiten, eine deutsche und eine preußische. Indem er in Preußen die Heeresreform des Königs und die machtvolle Stellung des Königtums gegen die parlamentarischen Herrschaftsbestrebungen des liberalen Landtages verteidigte, wollte er gleichzeitig Deutschland der preußischen Leitung unterordnen; es waren antiösterreichische und deutschnationale Ziele gleichzeitig in seinem Sinn vom ersten Augenblick an vorhanden, er wollte die Einigung Deutschlands herbeiführen und die Frage der Stellung Österreichs zu Deutschland endgültig beantworten. In der Öffentlichkeit waren Bismarcks Pläne für die deutsche Politik noch nicht bekannt geworden, den nationalen und liberalen Politikern war er daher nur der Junker aus dem Ende der vierziger Jahre. Über seine Umwandlung in Frankfurt waren nur wenige Personen unterrichtet, sie blieben vereinzelte Stimmen in der Wüste.

Man sagte und glaubte damals allgemein, Bismarck habe die Absicht, die preußische Verfassung umzustürzen, der Militärkonflikt biete ihm nur den Vorwand für den Sturm gegen die Verfassung. Dies Urteil war sehr ungerecht und sehr verkehrt. Nein, Bismarck knüpfte Beziehungen mit der Mittelpartei, mit Vincke an, der ihm aber den Stuhl vor die Tür setzte. Die Liberalen, aufgebracht über die Betonung des königlichen Rechtes und das Festhalten an der Heeresreform, stießen Bismarck zurück; daher mußte er sich seine Kollegen unter mehr konservativen Personen wählen, aber von ihnen war nur Graf Lippe ein Reaktionär.

Schon war in dem Streit, in dessen weiterem Verlauf der Kronprinz sich wiederholt gegen Bismarck aussprach, die Idee aufgetaucht, König Wilhelm solle lieber zurücktreten und seinem Sohne den Königsthron überlassen. Der Kronprinz neigte liberalen Anschauungen zu; der Einfluß seiner englischen Gattin arbeitete in derselben Richtung, um ihn dem Parlamentarismus zuzuführen. Aber König Wilhelm überwand jetzt, stark durch den Rückhalt an seinem Minister, alle derartigen Anwandlungen von Schwäche. Bismarck gelobte seinem König, die große politische Aufgabe für Heeresreform und Kronrecht durchzuführen gegen die öffentliche Meinung des Landes, er verhieß seinem Könige den Sieg in diesem Kampfe, und sein König hat ihm geglaubt.

Zu fast dramatischen Szenen führte sofort der Eintritt Bismarcks in die Geschäfte. Der neue Minister eröffnete in den Ausschüssen des Landtags Besprechungen, er erklärte die Beschlüsse vom 16. bis 23. September für unausführbar und zog am 29. September die Budgetvorlage für 1863 zurück. Er brachte damals den Herren einen Ölzweig aus Avignon mit zum Zeichen seiner Friedensliebe. Bismarck sagte, man möchte sich nicht einbilden, durch Mehrheitsbeschlüsse und Resolutionen die deutsche Einheit zu erzielen, das sei nur möglich „durch Blut und Eisen"; er meinte, Preußens Leib sei zu schmal, die Rüstung für ihn zu groß, man müsse deshalb Preußen verstärken, so daß es in die Rüstung hineinwachse; er warf sich den „katilinarischen Existenzen" entgegen, die auf den Ruin Preußens hinarbeiteten. Alle diese Ausfälle und Scherzworte erbitterten die Gegner, sie hielten Bismarck für unfähig, für einen Abenteurer, den aus dem Ministerium zu werfen eine leichte Sache schien.

Die zweite Kammer erklärte am 7. Oktober jede Ausgabe, die nicht auf dem Budget beruhe, für verfassungswidrig; Vincke wollte das Ministerium auffordern, sich einen außerordentlichen Kredit zu erbitten, das Abgeordnetenhaus lehnte Vinckes Vermittlungsvorschlag ab. Das Herrenhaus verwarf am 11. Oktober das Budget der zweiten Kammer, in welchem die Bewilligung der Mittel für die Heeresreform fehlte, und nahm die Regierungsvorlage in ihrer ursprünglichen Form als Budget an.

Dies letztere war eine offenkundig rechtswidrige Handlung; denn das Herrenhaus hatte nach der preußischen Verfassung das Budget in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gestalt nur anzunehmen oder abzulehnen, ohne an ihm zu ändern. Diese Verfassungsbestimmung wurde von dem Herrenhaus verletzt, die Abgeordneten gerieten in die heftigste Aufregung und planten eine feierliche Rechtsverwahrung; Bismarck wollte vorher eiligst den Landtag schließen, aber der Präsident Grabow kam ihm zuvor, das Abgeordnetenhaus erklärte wirklich den Beschluß des Herrenhauses für nichtig und dann erst konnte Bismarck vorgehen.

In seiner Schlußrede vom 13. Oktober 1862 erklärte Bismarck, die Regierung sei sich ihrer Verantwortlichkeit voll bewußt, die für sie aus den beklagenswerten Zuständen erwachsen; sie sei eingedenk ihrer Pflichten gegen das Land, sie finde hierin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats alle für

das Heerwesen nötigen Ausgaben zu machen, indem sie die Zuversicht hege, seinerzeit dafür die nachträgliche Genehmigung des Landtags zu erhalten. Ein Ausblick auf die Zukunft schloß diese Rede, verbunden mit der ernsten Mahnung, daß jeder Teil das Recht des anderen sorgsam beachten möge.

Die Schlußrede Bismarcks war weise und patriotisch, sie entsprach vollständig dem Geiste der preußischen Verfassung. Selbst bei einem parlamentarischen System kommt es vor, daß ein Ministerium an die Zukunft appelliert und einstweilen auf seine Verantwortung auch gegen die augenblickliche Mehrheit des Parlamentes die Regierung führt, in der Hoffnung, die Gesinnung des Volkes ändern zu können. Jener provisorische Charakter, jener Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung, den hier Bismarck aussprach, fällt für die historische Beurteilung aufs schwerste ins Gewicht. Aber damals waren die Leidenschaften allzu heftig erregt, der Haß gegen Bismarck zu hoch gestiegen, damals blieben solche Berufungen an das Urteil späterer Zeiten völlig vergeblich und unwirksam.

Fünftes Kapitel.

Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck.

Als Herr von Bismarck Ende September 1862 die Leitung des preußischen Staates in seine Hand nahm, fand er den heftigsten Streit zwischen Krone und Volksvertretung schon als Tatsache vor. Zu diesem Ausgang war es im Laufe von kaum vier Jahren gekommen, seitdem das preußische Volk den Regierungsantritt Wilhelms I. mit so lautem und einmütigem Jubel begrüßt hatte.

Der Umschwung war durch die Versuche der Heeresreform herbeigeführt worden. Von der unbedingtesten Notwendigkeit der Heeresverbesserung war König Wilhelm überzeugt und durchdrungen und er hielt sich mit Recht für einen Sachkenner ersten Ranges. Aber seine liberalen Minister, die er sich 1858 nach reiflicher Überlegung ausgewählt, brachten die finanzielle und gesetzliche Begründung der militärischen Maßregel nicht zustande, ja durch ihre parlamentarische Ungeschicklichkeit und ihre politische Unfähigkeit schufen sie eine ganz unmögliche Lage; sie ließen es geschehen, daß eine der dauernden Grundlagen des ganzen preußischen Staatswesens auf eine vorübergehende, provisorische Geldbewilligung gestützt wurde, ehe noch das Heeresgesetz selbst vereinbart war. Als im Frühjahr 1862 die preußische Volksvertretung den Ausweg aus der Sackgasse so zu eröffnen sich anschickte, daß sie die Geldbewilligung für die Heeresreform wieder zurückzog oder erheblich beschnitt, da war der Militärkonflikt unvermeidlich geworden, und ihm mußte bald der Verfassungskonflikt folgen.

König Wilhelm hielt es für ganz undenkbar, von der schon durchgeführten Heeresreorganisation wieder abzustehen; er war

festeren Sinnes und stärkeren Charakters als seine liberalen Minister; er konnte nicht anders als sich von ihnen trennen und sich nach anderen Gehilfen umsehen, welche ähnlich wie er von der Notwendigkeit der Heeresreform erfüllt waren; er brauchte Leute, die ihn nach ihrer eigenen Überzeugung energisch unterstützen und nicht nur lau und mit halben Gefühlen für die große Aufgabe eintreten wollten. An seinem Kriegsminister von Roon hatte König Wilhelm den denkbar geeignetsten militärischen Helfer gefunden, der alle seine geistigen und seelischen Kräfte mit unbedingter Hingebung in den Dienst der übernommenen Aufgabe stellte; für die politische Aufgabe aber hatte bis dahin dem Könige noch der Staatsmann gefehlt, der mit ähnlicher Energie des Geistes und Willens die notwendige politische Beihilfe der militärischen Aufgabe leisten würde. Den halben Leuten der neuen Ära verdankte es König Wilhelm, daß seine militärische Arbeit nach ihrer staatsrechtlichen Seite hin unfertig geblieben und das Zerwürfnis der Krone mit der Volksvertretung heraufbeschworen war.

Ein konservatives Ministerium des Überganges hatte von dem Ausbruch des Konfliktes, vom März bis September 1862 die Geschäfte geführt; der Versuch der Nachgiebigkeit an die zu Tage getretenen Volkswünsche und liberalen Bestrebungen war gescheitert, ja es war der Widerspruch gegen die Heeresreform noch gewachsen, und auch Bernstorffs nachdrücklichere Betonung der deutschen Ziele und Aufgaben, welche Preußen anzustreben sich vorgesetzt, hatte für die Heeresfrage nicht den erhofften Erfolg davongetragen. König Wilhelm stand im September 1862 vor der Frage, seine Heeresreform fallen zu lassen oder selbst von der Leitung des Staates zu scheiden, wenn er nicht den Entschluß fassen wollte, gegen den erklärten Willen seines Volkes an seinem Heeresgedanken festzuhalten, ihn im Streite mit der herrschenden öffentlichen Meinung durchzuzwingen.

Man begreift es heute sehr wohl, daß ein Mann von der Geistesart Wilhems I. monatelang mit sich selbst gerungen und gekämpft, ehe er zum endgültigen Entschlusse gelangte. Groß und gewaltig waren die sachlichen und persönlichen Schwierigkeiten und Gegensätze, die sich ihm in den Weg stellten. Keine der vorhandenen politischen Parteien war von vornherein gesichert: die Konservativen, ebenso die entschiedeneren als die

gemäßigteren, grollten dem Könige wegen mancher liberalen Maßregel der neuen Ära, wenn sie an und für sich auch für die Heeresreform nicht allzuschwer sich hatten gewinnen lassen. Aber die ganze weite Schaar des Liberalismus, die demokratischer gesinnten, die republikanisch angehauchten Männer von 1848 selbstverständlich, aber nicht minder auch die gemäßigteren Elemente des Liberalismus hatten ihre Abneigung gegenüber der Heeresreform 1861 und 1862 schon hinlänglich dargetan; gerade ihr Widerspruch wog schwer und mußte mehr wie einmal den König bedenklich machen. Bis in die nächsten Kreise seines Hauses, bis zu den dem Monarchen am allernächsten stehenden Personen seiner Familie reichten die Einwirkungen des Liberalismus: welch' eine Fülle von Schwierigkeiten galt es auf diesem Boden Tag für Tag zu überwinden!

Aber des Königs Pflichtgefühl und sein staatlicher Sinn waren schließlich stärker als alle Hemmungen und Gegner. Er ließ sich nicht abbringen von dem Entschluß, die Heeresreform auf jedem möglichen Wege zu behaupten. Und in dem jetzt neu berufenen Minister trat ihm endlich der Staatsmann zur Seite, der Einsicht und Tatkraft und Charakter, der überhaupt alle zur Lösung der hohen Aufgabe nötigen Eigenschaften mitbrachte.

Bismarcks kräftige Zurede stählte und stärkte sofort den Willen seines Königs, das Wohl des Staates als das höchste Gesetz für den Monarchen anzusehen und nach dieser Richtschnur allein seine Handlungen zu bemessen. Der König aber bot seinem Minister, dessen Wert und Bedeutung er schnell erkannte, trotz mancher Schwankungen doch im entscheidenden Moment immer unwandelbare Rückendeckung und feste Treue; er stand zu ihm gegen alle seine Widersacher, die offenen wie die geheimen.

Dem Treubund, der zwischen König und Minister im September 1862 zustande gekommen, dankt Preußen und dankt Deutschland alles Herrliche, was uns zuteil geworden ist.

Ohne viel Zeit zu verlieren klärte der neue Minister die Stellung und Haltung der politischen Faktoren: er hielt die Heeresreorganisation in ihrem ganzen Umfange aufrecht, der Landtag blieb bei der Absicht der Nichtbewilligung stehen; der Konflikt wurde also nicht gelöst, sondern offen der Gegensatz der Standpunkte und Tendenzen an den Tag gebracht. Bismarck schickte einstweilen, am 13. Oktober, die Abgeordneten nach Hause.

Im Lande wurden damals allenthalben die Abgeordneten der Opposition mit Jubel empfangen und gefeiert. Das Ministerium dagegen suchte mit allerlei Schikanen, Bedrohungen und Versetzungen einzelnen besonders mißliebigen Personen, besonders Beamten, beizukommen. Im Volke wurde ein Nationalfonds zur Unterstützung der Geschädigten gesammelt, andererseits aber wurden Loyalitätskundgebungen in Szene gesetzt. Das Volk war wirklich in sich gespalten. Der König wurde von vielen Seiten bestürmt, Bismarck wieder fallen zu lassen, dem man die Verschärfung des Konfliktes schuld gab. Städtische Magistrate und einflußreiche Personen bemühten sich damals eifrig in dieser Richtung: die Erbitterung wuchs im Herbste 1862 zusehends und der Kampf der Gegensätze nahm einen immer schärferen Ton an.

Die neue Sitzung des Landtages wurde am 14. Januar 1863 eröffnet. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Grabow erklärte pathetisch, das Volk habe die Opposition gebilligt. Professor Virchow regte an, eine Adresse an den König zu richten, um ihn vor Bismarck zu warnen, denn die Minister hätten offenbar und unzweideutig das Verfassungsrecht des Landes verletzt. In der Debatte führte Ende Januar Bismarck den Gedanken aus: das Verfassungsleben bestehe überhaupt aus Kompromissen, ohne solche entständen Konflikte, die zu Machtfragen würden; wer die Macht in Händen habe, gehe dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick still stehen könne. Graf Schwerin faßte die Äußerung auf und sagte, Bismarck habe hier den Grundsatz proklamiert: „Macht gehe vor Recht.“ Bismarck protestierte zwar sofort gegen diese tendenziöse Entstellung seines Wortes, aber das Wort blieb doch an ihm hängen. Der König nahm die Adresse des Landtages nicht persönlich entgegen; er antwortete am 3. Februar sehr scharf durch eine Königliche Botschaft: irgend etwas von den Rechten der Krone preiszugeben kam ihm nicht in den Sinn.

Darauf wurden dem Landtage das Militärbudget und das Heeresgesetz vorgelegt, aber ganz vergeblich. Wieder wurden die Kosten der Heeresreorganisation gestrichen, außerdem auch die geheimen Fonds. Die Debatten über das Heeresgesetz (seit dem 7. Mai) tobten immer heftiger, die Insulten von links und rechts wurden immer toller und maßloser. Bismarck trumpfte

den Abgeordneten oft auf in seinem alten Stil von 1847, er provozierte sehr oft seine Gegner, wofür dann wieder Beleidigungen unerhörter Art aus der Kammer gegen die Minister fielen. Diese wollten sich der parlamentarischen Disziplin des Präsidenten nicht fügen; als darüber am 11. Mai ein Streit entstand, mußten die Verhandlungen unterbrochen werden; die Kammer beschwerte sich beim König über das Ministerium, aber der König verlangte Fortsetzung der Verhandlungen. Der Präsident schützte die Minister nicht mehr vor Beleidigungen, ja er beleidigte sie selbst; es war ein wüstes Chaos, in dem täglich aufregende Szenen und Zwischenfälle vorkamen. Der Präsident Grabow war ein ausgesprochener Parteimann in seiner Leitung der Verhandlungen, er war sehr heftig in seinem Wesen; die beiden Vizepräsidenten Bockum-Dolffs und Behrend hatten die stärksten Zusammenstöße mit Roon und Bismarck. Auch sonst gemäßigte Politiker gerieten in persönlichen Streit mit den Ministern, mehr noch wie andere die Professoren Sybel und Gneist: ihr sittliches Gefühl war durch die, wie sie meinten, cynische Frivolität Bismarcks besonders heftig erregt, sie waren wirklich überzeugt davon, daß Bismarck den Ruin Preußens herbeiführe. Das Ende war, daß jegliche sachliche Debatte aufhörte. Nachdem der König am 20. Mai in dem Streit zwischen dem Haus und den Ministern auf die Seite der letzteren getreten war, häufte eine Adresse an den König am 22. Mai die schwersten Anklagen gegen die Minister Roon und Bismarck. Der König antwortete darauf am 26. Mai entrüstet und scharf, er selbst teile die bestrittenen Ansichten seiner Minister, und bezeichnete das Verlangen eines Ministerwechsels als einen Eingriff in seine Kronrechte. Darauf wurde am 27. Mai 1863 der Landtag geschlossen.

Dem Landtagsschluß folgte am 1. Juni auf dem Fuße eine Preßverordnung. Es wurden Verwarnungen gegen oppositionelle Zeitungen eingeführt, und zwar begründete man dieses Gesetz auf den Satz der preußischen Verfassungsurkunde, welcher der Krone in dringenden Fällen, während die Kammern nicht tagten, das Recht zu Verordnungen gegeben hatte. Die Maßregel war ganz willkürlich und wirkte daher nur aufreizend.

Der Kronprinz benutzte diesen Anlaß, um in Danzig öffentlich zu betonen, er stehe den Maßregeln fern und mißbillige sie; er hatte damals überhaupt Verwahrungen gegen das Vorgehen

der Minister eingelegt, er wollte nicht mehr an den Sitzungen des Staatsrates oder des Ministerrates teilnehmen. An die Danziger Protesterklärung schloß sich eine ernste Auseinandersetzung mit dem erzürnten Vater, den Bismarck noch zu besänftigen suchte: „Verfahren Sie säuberlich mit dem Knaben Absalom!“ Durch eine skandalöse Indiskretion kam dieser vertrauliche Briefwechsel in die Londoner „Times“ und so in die breiteste Öffentlichkeit.

Man lief von verschiedenen Seiten her Sturm auf das Gemüt des Königs, die Agitation gegen die Minister wurde immer maßloser in Adressen und Deputationen. Der König ermahnte die Stadtverordneten, in ihre Beratungen nicht die Politik einzumischen; die Berliner Stadtverordneten beschlossen darauf, sich aller üblichen Adressen und Glückwünsche bei Familienfestlichkeiten im königlichen Hause zu enthalten. Die liberalen Führer wurden überall bejubelt. Die Opposition feierte im Juli 1863 ein großes Abgeordnetenfest in Köln mit vielen Überschwänglichkeiten in Reden und Toasten.

Aber aller Lärm im Lande beirrte den Minister gar nicht, er ging seinen Weg ruhig weiter; seine Zuversicht war darauf gerichtet, von der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit der Heeresreform demnächst dem Lande einen praktischen Beweis zu geben, denn nur zu bald, so meinte er, würde die Zeit kommen, wo Preußen sein Heer würde brauchen müssen. Er ließ oft Andeutungen fallen, daß er nach außen hin bestimmte Ziele verfolge, für welche die Heeresreform ihm die nötige Waffenrüstung bieten sollte, er winkte mehrmals mit seinen Gedanken eines deutschen Unternehmens. Aber alle Worte und Winke trugen ihm nichts ein, als Hohn und Spott. Viele gefielen sich darin, ihn nicht ernst nehmen zu wollen, über seine auswärtige Politik lachte man, schon bevor sie ins Leben getreten war. Einstweilen half dem Minister sein ablenkender Hinweis auf die auswärtigen Dinge gar nichts.

Niemand wird bestreiten wollen, daß in den innern Angelegenheiten damals eine Reihe von Fehlgriffen gemacht wurde. Besonders die Verfolgung gegnerischer Personen nahm oft eine sehr gehässige Farbe an, denn man eröffnete Prozesse, die geradezu schikanös waren; die Rechtsinterpretationen des Ministeriums waren bisweilen zweifelhaft, zuweilen geradezu haarsträubend.

Die Verantwortung trägt dafür außer Bismarck selbst in erster Linie der Justizminister, der Graf zur Lippe. Jener Beschluß des Herrenhauses vom 11. Oktober 1862, die Regierungsvorlage als das gesetzliche Budget anzunehmen, war so verkehrt wie nur möglich, aber die Regierung ließ dies geschehen und tat so, als ob zwei der zur Herstellung des Budgets nötigen Faktoren sich geeinigt hätten, wobei erlaubt schien über den Widerspruch des Dritten wegzusehen. Ebenso war die sogenannte Lückentheorie juristisch ein Unding, die Behauptung nämlich, daß die Verfassung eine Lücke habe, da sie nichts über den Fall ausgesagt, was geschehen müsse, wenn eine Vereinbarung über das Budget nicht zustande gekommen: man sagte jetzt, in dem Falle hätte zu gelten entweder das frühere Budget oder die Regierungsvorlage, beides ganz unmögliche Auswege.

Das historische Urteil wird heute alle solche Verkehrtheiten preisgeben und dennoch den Entschluß Bismarcks, in seiner Stellung auszuharren und die Heeresreform aufrecht zu erhalten, als einen in der Geschichte und Verfassung Preußens wohlbegründeten preisen dürfen.

In derselben Zeit wurde Bismarck über seine Führung der auswärtigen Politik aufs heftigste getadelt, es hieß, er habe Preußen „isoliert". Heute sagte man, er sei ein Vasall Napoleons, morgen der Russen. Aber alle solche Vorwürfe prallten an dem Gefühl seiner besseren Einsicht eindruckslos ab, ihn machten die Reden der Opposition nicht irre in seiner Schätzung der Erfolge, die er schon in den ersten Monaten seiner Geschäftsführung errungen hatte.

Bismarck hatte in der hessischen Frage zunächst die ihm von seinem Vorgänger Bernstorff überlieferte Aufgabe der preußischen Politik siegreich zum Erfolg durchgeführt und das preußische Wort eingelöst, er hatte sich, was Hessen anging, sicher nicht als der junkerhafte Feind einer liberalen Verfassung bewährt.

Ende Mai 1862 hatte Preußen, wie früher erzählt (S. 72) dem Kurfürsten von Hessen die Anerkennung der hessischen Verfassung abgezwungen, aber bald nachher fiel er wieder in sein früheres Wesen zurück, und aufs neue entbrannte in Hessen der Streit zwischen Landesherrn und Landtag. Nach den Bestimmungen der hergestellten Verfassung von 1831 wurden die

Abgeordneten zur hessischen Ständekammer neu gewählt; die Sitzungen sollten Ende Oktober 1862 beginnen, aber der Kurfürst grollte, er verlegte sich jetzt auf eine Art von passivem Widerstand, d. h. er unterschrieb kein Aktenstück mehr. Die Verhandlungen der Minister mit dem Landtag wurden auf diese Weise unmöglich gemacht, niemand konnte erfahren, was der Kurfürst in seiner Tollheit eigentlich wollte, so daß der Landtag sich vertagen mußte und das politische Leben still stand. Da griff Preußen ein, und diesmal war es der neue Minister v. Bismarck, der durchgriff. Dr. Oetker hatte schon am 15. Oktober Verbindungen mit Bismarck angeknüpft und eine Verständigung erzielt, er rief Bismarcks Hilfe an. Bismarck schickte am 24. November eine Note nach Kassel, aber da der diplomatische Verkehr noch abgebrochen war, nicht etwa durch eine hohe diplomatische oder militärische Person, sondern durch einen einfachen Feldjäger. Sehr bestimmt und drohend forderte er den sofortigen Zusammentritt des Landtages und stellte eventuell Zwangsmaßregeln gegen den Kurfürsten in Aussicht, indem er darauf hinwies, daß man eventuell die Agnaten des Hauses anrufen würde, d. h. man winkte dem Kurfürsten mit der Möglichkeit ihn wegen seiner notorischen Verrücktheit durch Familienratsbeschluß abzusetzen. Diese Aussicht schlug schneller durch als alle bisherigen Maßnahmen; der Kurfürst sah sich mit Absetzung bedroht, und da kroch er zu Kreuze. Trotz kleiner Schikanen, in denen sein Ärger sich Luft machte, gehorchte er; die alte Verfassung wurde wieder hergestellt und revidiert, um sie in Übereinstimmung mit den Bundesgesetzen zu bringen.

In Hessen hatte also Bismarcks schnelles und kräftiges Eingreifen das Recht des Landes und die öffentliche Ordnung wieder hergestellt, in derselben Zeit, in welcher die Liberalen in Preußen und in Deutschland von ihm sagten, er beabsichtige das Landesrecht in Preußen zu brechen und umzustürzen; und einen ähnlichen Ton schlug Bismarck damals auch in der schleswig-holstein'schen Frage an. Dagegen ging er in der polnischen Sache einen ganz anderen Weg. Während er von der Erkenntnis aus, daß für Preußen die Auseinandersetzung mit Österreich und der Ausschluß Österreichs aus Deutschland die Hauptaufgabe wäre, schon damals zu einem Schlage gegen Österreich alles vorbereitete, politisch sowohl als diplomatisch, gewann er sich eine feste Rückendeckung an Ruß-

land. Weit vorausschauende Gedanken beherrschten seinen Sinn. Der Bund mit Rußland war für ihn eine Voraussetzung für alle seine weiteren Unternehmungen.

Anfangs 1863 war im russischen Polen ein Aufstand ausgebrochen, ähnlich wie 1830. Nationale Bestrebungen hatten sich dort geregt, die Flüchtlinge hatten sich verschworen, sie agitierten darauf im Lande, und ein geheimer Ausschuß trat an die Spitze der Bewegung. Dieser Bewegung galt es Widerstand gegen die Rekrutenaushebung zu leisten, welche Kaiser Alexander für Januar 1863 angeordnet hatte. Und als damit Unruhe und Widersetzlichkeit begonnen hatten, so brach auch in demselben Monat der allgemeine Aufstand los, dessen Leitung Mieroslawski als Diktator übernahm. Für Bismarck war in dem polnischen Aufstand schon bei der revolutionären Gefährdung der eigenen Grenzbezirke die Interessengemeinschaft mit Rußland gegeben, deren besondere Betonung in Petersburg ihm zugleich die willkommene Gelegenheit bot, die preußenfeindliche Partei am russischen Hofe mattzusetzen. Sofort wurden vier Armeekorps an der Grenze in Kriegsbereitschaft gesetzt, ein eigenhändiges Schreiben des Königs durch General Gustav von Alvensleben als besonderem Gesandten dem Zaren Alexander überbracht und von Alvensleben am 8. Februar 1863 eine Militärkonvention zur gegenseitigen Unterstützung abgeschlossen.

Die Aufregung über diesen Schritt der preußischen Politik war groß. Man warf dem Minister vor, er gebrauche das preußische Heer als Scherge der Russen, er knechte freie Völker, es hieß, die preußische Grenze stände dem russischen Heere offen. Frankreich und England erhoben großen Lärm, sie warnten Preußen und rieten von einer Unterstützung der Russen ab. Bismarck lehnte den Versuch der Westmächte zu diplomatischem Einschreiten ab und beharrte auf seinem Willen.

In Polen flossen Ströme von Blut, die Russen traten grausam auf, sie schmetterten alles nieder und erstickten jede Regung der Polen. Aber nicht schnell ging das Werk der Unterwerfung Polens vom Fleck, der polnisch-russische Kampf hat sich monatelang, bis ins Frühjahr 1864 hingeschleppt.

In die polnische Sache sprachen Österreich, England und Frankreich wiederholt hinein, sie wollten vermitteln, sie mahnten

die Russen zur Milde. Rußland wies solche Einmischung ab, in sehr gut ausgearbeiteten Denkschriften machte Gortschakoff die kosmopolitischen Revolutionstendenzen verantwortlich für den Aufstand. Rußland richtete sogar damals an den König von Preußen die Aufforderung zu einem gemeinsam zu beginnenden russisch-preußischen Kriege gegen Österreich und Frankreich. Bismarck riet ab. Trotz der damaligen Spannung mit Österreich und der österreichischen Provokationen schien Bismarck die diplomatische Ablehnung der Intervention Österreichs und Frankreichs genug zu sein, die ja keineswegs für die Großmächte angenehm war. Die Engländer machten wohl große Worte, aber sie wollten nicht schlagen, auch Österreich wagte es nicht sich wirklicher Gefahr auszusetzen, und nur Kaiser Napoleon hetzte und drängte völlig vergeblich zur Aktion. Die diplomatische Niederlage hätte man allein wettmachen können durch einen Krieg gegen die Russen, aber dazu wollten die Engländer sich nicht entschließen; zuletzt erklärten die Russen bestimmt und fest, die Diskussion mit den anderen Mächten über Polen sei jetzt „geschlossen“. Die ganze diplomatische Unternehmung endete mit einer sehr empfindlichen Niederlage der Gegner Rußlands, und Preußen hatte in dem ganzen Feldzug fest zu Rußland gehalten, treu den anfangs übernommenen Pflichten.

Im Abgeordentenhaus hatte es 1863 die heftigsten Szenen über die Haltung der preußischen Regierung gegeben, die Liberalen häuften Schmähungen und Scheltworte gegen Bismarck. Er hielt gegen alle Vorwürfe Stand und verwies die oppositionellen Redner oft sehr wirkungsvoll auf ihr Nichtwissen der Tatsachen, ihren Mangel an Verständnis für das Verfahren der europäischen Diplomatie; er strafte die kosmopolitischen Sympathieen mit Polen sehr gut. Weitere Absichten Bismarcks bei dieser den Russen geleisteten Hilfe gegen den polnischen Aufstand, der, wenn er gesiegt, doch auch Preußen selbst bedroht hätte, waren damals noch nicht sichtbar; doch waren solche vorhanden. Bismarck hatte sich Rußland verpflichtet, das freundliche Verhältnis zu Rußland war seit 1863 gesichert; bei Bismarcks Absicht eines direkten Vorgehens gegen Österreich, einer Durchführung deutscher Reformgedanken im ausgesprochensten Gegensatze wider Österreich, war es ein unschätzbarer Gewinn, daß Rußland bereit war, damals die Österreicher für ihre 1863 in Polen befolgte Politik zu bestrafen, sich dafür zum Rachekrieg gegen Österreich mit Preußen zu verbinden und

für die Zukunft bei den großen Entscheidungskämpfen Preußen den Rücken zu decken. Dies letztere besonders war der bleibende Ertrag aus der diplomatischen Arbeit des Jahres 1863.

Als Bismarck im Herbst 1862 die preußische Politik zu leiten begann, stand gerade das Delegiertenprojekt Österreichs, das am 14. August 1862 an den Bundestag gebracht war, zur Entscheidung. Graf Bernstorff, Bismarcks Amtsvorgänger, hatte schon im Namen Preußens eine Beteiligung abgelehnt und an seinen Vorschlägen festgehalten, welche auf die preußische Unionspolitik von 1849 zurückgriffen. Aber weder er noch der ihm vorausgegangene Minister von Schleinitz hatten selbst irgend etwas erhebliches erzielt; gerade das Scheitern der preußischen Reformpolitik hatte Österreich ermutigt, auch von seiner Seite eine deutsche Bundesreform anzuregen und zu versuchen. Wie schon einmal Schwarzenberg 1850 und 1851 durch die Niederlage der Unionspolitik Preußens sich zu österreichischen Gegenmaßregeln veranlaßt gesehen hatte, so war es auch jetzt: da Schleinitz und Bernstorff nichts zustande zu bringen vermocht, trat Österreich in seinem Sinn als Reformator und Neuschöpfer Deutschlands auf die Bühne.

Man hatte beidemal auch den Eintritt des österreichischen Kaiserstaates mit allen seinen Ländern in den Zollverein ins Auge gefaßt, 1852 ebenso wie 1862, aber beidemal war es nicht zu erreichen. Die Gemeinsamkeit des materiellen Lebens war nicht vorhanden; Industrie und Ackerbau und Handel waren doch auf beiden Seiten allzu verschieden, als daß man sie zu wirtschaftlicher Einheit hätte verschmelzen können, und diese materiellen Interessen widerstrebten selbst bei den sonstigen politischen Gegnern Preußens: in der Zollvereinsfrage standen die wichtigeren deutschen Länder zu Preußen, Österreichs Verlangen wurde abgewehrt. Aber auf dem rein politischen Gebiete war die Sache nicht so einfach abzumachen oder zu entscheiden.

Österreich war nicht nur Mitglied des Deutschen Bundes, es war sogar die Präsidialmacht, mit der Führung der Geschäfte, mit der Leitung der Verhandlungen des Bundestags beauftragt. Aus dieser Stellung konnte Österreich für seine eigenen Interessen einigen Nutzen ziehen, es konnte jedenfalls Reformvorschläge, die von anderer Seite kamen, erschweren, hinhalten, vielleicht hindern. Es war immerhin eine eigentümliche Sachlage, wenn man über eine Neueinrichtung Deutschlands verhandeln wollte, durch welche

Preußen statt Österreichs im engeren Bunde die oberste Leitung übertragen werden sollte, durch welche Österreich nahezu vollständig aus Deutschland hinauszuschieben die Absicht war, und zwar eine solche Verhandlung führen in einer Versammlung, in der Österreich den Vorsitz hatte. Eine ganz außerordentliche Geschicklichkeit oder eine unerschütterliche Kühnheit gehörte dazu, in einer derartigen Diskussion durchdringen zu wollen.

Wir sahen, die nationalgesinnten deutschen Politiker waren zuerst mit allem Eifer für die Unterstützung der deutschen Reformpolitik Preußens eingetreten, allmählich erst schlug diese Stimmung um. Im Laufe des Jahres 1862 gewann Österreich mit seinen Absichten einigen Boden unter den Deutschen, und für diese Abwendung von Preußen und Hinneigung zu Österreich war nicht ohne Bedeutung die Betrachtung der damals sehr verschiedenen inneren Lage in beiden Reichen. In Preußen, so schien es, hatte der Liberalismus verspielt, es schien einer allgemeinen Reaktion anheimgefallen, die preußische Verfassung schien während des Jahres 1862 von Monat zu Monat stärker bedroht: ein wüstes und rohes Junkerregiment stand, so meinte man, unmittelbar in Aussicht. Auf der anderen Seite war in Österreich dem Liberalismus der herrlichste Frühling aufgegangen.

Seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges von 1859 waren die inneren Zustände Österreichs völliger Unsicherheit und haltlosem Schwanken verfallen. Unmöglich war die Fortdauer des Absolutismus; so viel war sicher. Aber welche Verfassung an die Stelle des absoluten Regimentes treten sollte, war schwer zu sagen. Man machte 1860 einen Versuch mit halb aristokratischen Sonderverfassungen der einzelnen Kronländer und einem kleinen zentralen Delegierten-Reichstag; aber viel wurde daraus nicht, da Ungarn noch nicht zufriedengestellt war und volle Anerkennung seiner überlieferten Verfassung heischte, ehe es überhaupt dem Kaiser und dem Kaiserreiche Österreich irgend welche Leistung bewilligte. Für alle und jede Staatsordnung war Ungarns Egoismus ein schlimmes Hindernis, solange die ungarischen Sondergelüste unbefriedigt blieben.

Im Dezember 1860 begann eine neue Phase österreichischer Verfassungsexperimente: man verfiel auf die Idee, durch Nachgiebigkeit an den Liberalismus der deutschen Österreicher sich einen Ausweg aus den Verfassungswirren zu bahnen. Herr von Schmer-

ling, liberalen und großdeutschen Andenkens, wurde führender Minister, mit dem Graf Rechberg als Leiter der auswärtigen Politik Hand in Hand ging. Die Februarverfassung von 1861 stellte einen Reichsrat auf, aus dem von vornherein nichts wurde, da die Ungarn nicht mittaten und in ihrer völlig ablehnenden Haltung ausdauerten; aber der nun allein übrig gebliebene österreichische Rumpfreichstag gebärdete sich mit großem Lärm und lauten Ansprüchen, als ob er allen anderen Ländern der Welt ein Musterbild des Liberalismus vorstellen müßte. Die großartigsten liberalen Reden wurden in Wien gehalten, welterschütternde Lustspiele parlamentarischen Treibens wurden aufgeführt, bei denen die liberalen Österreicher so taten, als ob sie die Sache für Ernst hielten, und bei denen auch sonst aus Europa mancher Beifall eingeerntet wurde. Insbesondere der leitende Minister v. Schmerling war ein unerschöpflicher Fabrikant leerer liberaler Phrasen und gedankenarmer aber schönklingender Tiraden. Diese liberale Wiener Wirtschaft fristete seit dem Sommer 1861 ihr Dasein mehrere Jahre lang; es war die Zeit, in welcher Österreich als Vormacht und Vorkämpfer deutscher liberaler Ideen die Sache der deutschen Bundesreform in seine Hand genommen hatte.

Man wird es begreiflich finden, daß 1862 viele Deutsche ihren Blick nach der österreichischen Seite richteten. Insbesondere im Süden lebte noch immer ein lebhaftes Gefühl der Sympathie mit den deutschen Brüdern in Österreich fort; die großdeutsche Vorstellung beherrschte noch viele Gemüter, daß Deuschland reichen müsse, „so weit die deutsche Zunge klingt“. Jetzt erhielt dies alles eine gewaltige Steigerung durch die Einkehr des Liberalismus ins österreichische Haus, und je mehr bei den Liberalen Deutschlands Preußen in Mißkredit fiel, desto höher stiegen die Hoffnungen auf Österreich: großdeutsche und liberale Gefühle verschmolzen immer inniger miteinander.

Nur wenige waren durch den österreichischen Reformantrag befriedigt, aber manchem biederen Politiker schien er doch ein erträglicher oder brauchbarer Anfang zu sein. Der Gegensatz gegen das in Preußen herrschende System trieb manche Leute in das österreichische Lager hinüber. Schmerlings und der anderen liberalen Politiker schöne Reden übten eine gewisse Anziehungskraft aus, und so entstand, was gewiß nur wenige erwartet hätten, 1862 und 1863 in Deutschland eine Österreich sehr sympathische

Strömung, Ende 1862 waren weite Kreise in Deutschland bereit, für Österreichs deutsche Politik Partei zu ergreifen. Seit dem österreichischen Antrag vom 14. August 1862 waren sogar im Nationalverein manche für Österreich günstiger gestimmt.

Sehr geschäftig bemühte sich Herzog Ernst auf dieser Seite. Andererseits wurden die Mittelstaaten wieder stutzig, denn sie befanden sich bei dem Gleichgewicht zwischen beiden Großmächten am wohlsten, sie wollten weder eine Steigerung der österreichischen noch der preußischen Macht. Das Eingehen auf die österreichischen Pläne seitens der Mittelstaaten pflegte daher nur so lange zu dauern, als dadurch das preußische Vorgehen behindert wurde: war dies Ende erreicht, so ließ man auch die Österreicher wieder laufen.

König Max von Bayern, König Johann von Sachsen und der Kronprinz von Württemberg waren dem österreichischen Unternehmen günstig gesinnt, die Fürsten ebensowohl als ihre Minister; auch Herzog Ernst von Koburg war voll Eifer, wie sehr dies auch gerade bei ihm auffallen mußte. Widerstand gegen die ganz unmöglichen und unnützen Pläne Österreichs leistete hartnäckig Preußen, Graf Bernstorff und sein Nachfolger Bismarck. Ebenso klar waren sich darüber die Fürsten von Baden, Weimar und Waldeck, viel klarer als Herzog Ernst von Koburg. Die öffentliche Meinung war dagegen in den weitesten Kreisen eingefangen für das Vorgehen Österreichs, sie schwärmte für die deutschen Brüder in Österreich und eine größere Ausdehnung des deutschen Reiches.

Auf der einen Seite herrschte die liberale Oppositionslust gegen den preußischen König und seinen Minister, auf der andern Seite waltete die ideale Schwärmerei für ein möglichst großes, weltbeherrschendes Deutschland: diese beiden Motive zusammengenommen erklären uns den öffentlichen Beifall zu Gunsten der österreichischen Bundesreform, wie sie 1862 und 1863 versucht wurde.

Bismarck suchte sofort nach seinem Amtsantritt das Verhältnis zu Österreich zu klären; er begann mit dem österreichischen Gesandten, dem Grafen Karolyi, im Dezember 1862 Besprechungen, offenherzig und aufgeknöpft von seiner Seite, verblüffend für die Österreicher. Bismarck meinte: das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen, wie es seit 1850 bestände, sei völlig unhaltbar,

es müsse entweder besser oder schlechter werden; Österreich müsse seinen Intriguen in Hessen, Hannover u. s. w. entsagen und die Methode aufgeben, Preußen in Frankfurt überstimmen zu wollen; Österreich tue überhaupt am besten, seinen Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen und die Leitung Deutschlands freiwillig an Preußen abzutreten, dann könne das preußische Bündnis für alle politischen Fragen und Möglichkeiten, die orientalische Frage nicht ausgenommen, den Österreichern zu teil werden; sonst würde Preußen offen gegen Österreich auftreten: damit drohte Bismarck ganz rückhaltlos; er fügte hinzu, er würde niemals neutral geblieben sein, wie die preußischen Minister 1859 es getan. Der österreichische Gesandte wich vor solch ungewohntem Verfahren zurück, suchte zu erläutern und zu entschuldigen. Niemand glaubte damals an den Ernst Bismarcks, weder Karolyi noch Rechberg noch Schmerling. Jene Gespräche Bismarcks fielen fast in dieselben Tage, in denen die hessische Aktion geschehen, in denen der preußische Feldjäger seine historische Mission erfüllte.

Bei den Verhandlungen über den österreichischen Delegiertenantrag vom 14. August legte der preußische Vertreter Herr v. Sydow in Bismarcks Auftrage am 18. Dezember einen sehr scharfen Widerspruch ein gegen Österreich und die mittelstaatlichen Gelüste: der Antrag sei bundeswidrig, und Preußen würde bei seiner Annahme mit Protest aus dem Bunde austreten. Die Abstimmung in Frankfurt erfolgte am 22. Januar 1863; hier siegte Preußen mit 9 gegen 7 Stimmen. Das preußische Votum selbst schloß in seiner ausführlichen Motivierung ein ganzes Projekt der Reform, eine ganz neue deutsche Verfassung in sich ein, und der Nachdruck ruhte gegenüber Österreichs Delegiertenprojekt auf der Forderung einer Volksvertretung im Bunde, die aus direkten Volkswahlen hervorgehen müsse: natürlich könnten daran teilnehmen nur wirklich deutsche Länder, darum wäre der Ausschluß Österreichs aus Deutschland unerläßlich.

Keck und verwegen hatte Bismarck die Frage hier gestellt. Noch mehr: in einer Zirkulardepesche teilte er am 24. Januar seine mit Karolyi geführten Gespräche der ganzen Welt mit. Die österreichische Antwort (28. Januar) war sehr gereizt, die Niederlage Österreichs aber in diesem diplomatischen Waffengange war ganz deutlich.

Da faßte Österreich den Entschluß, sich aufzuraffen zu einer

großen Aktion. Die Gelegenheit schien günstig, denn der innere Konflikt schien Preußen völlig zu spalten, man hielt seine Kräfte für gelähmt: während des inneren Konfliktes würde eine deutsche Reformpolitik Preußens ganz undenkbar sein, deshalb wollte Österreich sich des Augenblicks bemächtigen und sich die Leitung Deutschlands für alle Zeiten sichern. Österreich betonte ja auch geflissentlich den Gegensatz gegen Preußen in der polnischen Frage im Sommer 1863, es hetzte die Westmächte gegen Preußen; die Isolierung Preußens schien eine Tatsache und schien Österreich Glück zu verheißen.

So entstand im Sommer 1863 das berühmte österreichische Reformprojekt, das ganz im stillen ausgearbeitet war und in einer umfassenden Denkschrift vorgelegt wurde. Sehr grell war das Chaos der Dinge in Deutschland gemalt, eine gründliche Besserung sei nötig; aber im Gegensatz zu den Entwürfen und Vorschlägen Preußens wurde hier die Idee einer einheitlichen Spitze Deutschlands und der Vertretung des Volkes völlig beiseite gelassen; ein Bundesdirektorium wurde empfohlen und ein Parlament von Delegierten der einzelnen Landtage. Ein allgemeiner deutscher Fürstenkongreß sollte zu persönlichen Besprechungen dienen, und zwar sofort wollte der Kaiser von Österreich einen solchen veranlassen.

Verschiedene Anregungen haben zu diesem Entschlusse zusammengewirkt. Besonders tätig war der zum großdeutschen Agitator umgewandelte frühere Radikale Julius Fröbel, unterstützt von besonderen Bestrebungen am Kaiserhof; von den Ministern war nur Schmerling, nicht aber Rechberg an dem Plane beteiligt. Übrigens hatte unabhängig davon auch der Sachse Graf Vitzthum gelegentlich denselben Gedanken geäußert. Auch Herzog Ernst in seiner unklaren Vielgeschäftigkeit, vom König Wilhelm wiederholt zur Ruhe verwiesen, drängelte jetzt in Wien, die Sache der deutschen Bundesreform zu fördern. Es galt damals vielen sogenannten nationalen Politikern noch für gleichbedeutend oder gleichmöglich, entweder auf Preußen oder auf Österreich die deutsche Einheit zu begründen; und trotz ihrer gründlichen Unwissenheit über die allerersten Voraussetzungen einer wirklich deutschen Politik hielten jene Leute sich selbst für ganz gewaltige Politiker und rühmten sich ihrer nationalen Gesinnung.

Inszeniert wurde die Sache seitens der Österreicher in

einer sehr raffinierten Weise. König Wilhelm befand sich zur Kur in Karlsbad und ging von da nach Gastein. Dort empfing er am 2. August den Besuch des Kaisers Franz Josef, der ihm jene längere Denkschrift über die deutsche Bundesreform überreichte. Nachdem der Kaiser Franz Josef abgereist war, übergab am 3. August ein Adjutant die Einladung zum deutschen Fürstenkongreß nach Frankfurt am Main auf den 16. August. König Wilhelm hatte eine vorhergehende Ministerkonferenz verlangt, um die Sache nicht zu überstürzen; ihn trotzdem einzuladen, war rücksichtslos und verletzend. Der König lehnte ab, worauf ihn der Kaiser am 7. August bat, sich gegebenenfalls durch einen Prinzen vertreten zu lassen; gemeint war der Kronprinz. Das wurde natürlich noch nachdrücklicher verweigert.

Der Fürstentag fand trotz Preußens Fernbleiben in Frankfurt statt. Kaiser Franz Josef wurde überall jubelnd begrüßt, eine ungeheuere Schwärmerei brach in Süddeutschland für den Österreicher als Kaiser von Deutschland aus. Der deutsche Abgeordnetentag wurde neben dem Fürstentag in Frankfurt abgehalten (21 und 22. August); er lehnte das österreichische Projekt ab; Häußer schrieb damals eine sehr scharfe Kritik.

Die Beratung unter den deutschen Fürsten begann am 17. August, Kaiser Franz Josef hielt eine große Rede zur Eröffnung der Besprechungen, König Max antwortete mit einer Gegenrede, schließlich wurden die österreichischen Anträge als Basis weiterer Beratungen angenommen. Darauf reiste König Johann von Sachsen nach Baden, um König Wilhelm im Namen aller deutschen Fürsten, noch einmal dringlichst einzuladen, aber wiederum lehnte König Wilhelm ab. Schwer ist ihm diese Ablehnung gefallen; die Berufung seines sächsischen Freundes an seine Gefühle wirkte auf seinen Sinn mächtig ein, und es bedurfte einer sehr entschiedenen Erklärung Bismarcks, damit der König an der Weigerung festhielt; Bismarck mußte sogar mit seinem Rücktritt drohen. Als dann glücklich der Ablehnungsbrief geschrieben und untersiegelt und dem König Johann überreicht war, als dieser sich schließlich verabschiedet hatte, da erst atmete Bismarck wie erleichtert auf; mit seiner wuchtigen Faust zerschmetterte er draußen einen Teller mit Gläsern, der vor ihm stand; damit hatte er seinen Zorn und seine Aufregung überwunden und war nun wieder ganz der glatte Hofmann.

Das Schreiben des Königs Wilhelm vom 20. August brachte König Johann nach Frankfurt zurück. Bismarck begründete noch in zwei ausführlichen Depeschen die preußische Ablehnung eingehender.

In Frankfurt wurden seit dem 22. August die Grundlagen der zukünftigen deutschen Verfassung durch die deutschen Fürsten beraten; der Großherzog von Baden führte die Opposition. Eigentlich bietet der Frankfurter Fürstentag einen interessanten Anblick, parlamentarische Diskussionen wurden unter den deutschen Fürsten selbst gehalten; soviel man davon weiß, haben sie sich gar nicht ungeschickt dabei benommen, sondern wie Männer bewährter parlamentarischer Praxis.

Das Bundesdirektorium wurde angenommen, ebenso der Vorsitz Österreichs und die Stellvertretung für Österreich durch Preußen, sonst nur ein Parlament der Delegierten, aber auch ein Bundesgericht und dergl. Bedenklich war nur die Zusage des Schutzes für alle Besitzungen der Fürsten, denn dies schloß die Garantie Venetiens durch den Deutschen Bund ein. Am 1. September nahmen 24 deutsche Fürsten das Ergebnis der Beratung an, nur Baden und fünf Genossen lehnten ab; unter den annehmenden Stimmen war auch die des Koburger Herzogs; man entschloß sich nochmals eine gemeinsame Aufforderung an König Wilhelm zu richten.

Trotz dieses formellen Beschlusses aber war die Sache der Bundesreform gescheitert, denn ein Deutscher Bund ohne Preußen und gegen den Protest Preußens war doch von vornherein unmöglich. Dies Bewußtsein hielt auch die scheinbaren Sieger gefangen und lähmte jede weitere Tat. Das österreichische Reformwerk war gleichsam das letzte Aufleuchten der alten Zeit; vor ihrem Untergange flammte die alte Politik des verfaulten Deutschen Bundes noch einmal auf, ehe sie für alle Zeiten erlosch.

Österreich schien damals einen glänzenden Sieg beim deutschen Volke errungen zu haben, Preußen schien überwunden; ja im Herbste schien ihm noch weiteres Unglück und Unheil zu drohen. So meinten damals Preußens Feinde, aber auch einzelne Männer, die sich für Preußens Freunde ausgaben und vielleicht sich selbst dafür hielten.

Der Frankfurter Fürstentag hatte noch ein Nachspiel, das in einem kleinen, halb privaten Kreise vorgekommen ist; dem

Koburger Herzog verdanken wir die Kunde. Herzog Ernst hatte alle die Zeit hindurch in sehr lebhaftem Verkehr mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen gestanden. Die Anschauungen des kronprinzlichen Paares wichen vielfach von der politischen Anschauung des Königs und seiner Minister ab, Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin waren 1863 lebhaft besorgt, daß die Erfolge Österreichs die ganze Zukunft Preußens in Gefahr bringen würden, sie waren geneigt auf die Verhandlung über das österreichische Reformprojekt einzugehen, wollten sie wenigstens nicht ganz abweisen. Der Kronprinz erklärte eine einfache Abweisung Österreichs „für sträflich"; er war daher sehr gedrückt und niedergeschlagen über das Auftreten seines Vaters und Bismarcks. Im August befand sich das kronprinzliche Paar bei Gelegenheit eines Familienfestes in Koburg; auch die Königin Viktoria von England war zugegen, aufgeregt und ängstlich wegen der Stellung und Zukunft ihrer Tochter; die Unpopularität Preußens, das Zurückdrängen der preußischen Macht durch Österreich entflammte ihre mütterliche Besorgnis, und diese mütterliche Besorgnis führte sie damals zu einem höchst eigentümlichen Schritt hin, zu einer persönlichen Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, welche die Königin von England doch absolut gar nichts angingen und von denen sie auch gar nichts verstand. Bekanntlich haben die Engländer immer geliebt, ihre Ratschläge ungebeten nach Deutschland zu erteilen, so wie ein reicher Großkaufmann wohl seinen von ihm abhängigen und unterstützten armen Verwandten gegenüber zu tun beliebt: die Engländer waren längere Zeit hindurch gewöhnt, ihre Beziehungen zu Preußen wie ein solches Verhältnis aufzufassen.

Am 3. September reiste Kaiser Franz Josef bei Koburg vorbei, wo eine Unterredung zwischen ihm und der Königin Viktoria stattfand; sie spendete dem Österreicher eine Fülle persönlicher Schmeichelworte über seinen Triumph in Frankfurt; dann empfahl sie, von mütterlicher Sorge, wie sie sagte, getrieben, dem österreichischen Kaiser ihre Kinder, also den künftigen König von Preußen und seine Gemahlin; sie hoffe, er werde deren Stellung und Rechte niemals beeinträchtigen lassen! Der Kaiser von Österreich, so notiert der Koburger Herzog, „war sichtlich durch diese Ansprache überrascht." Er antwortete ausweichend mit höflichen Redensarten, ohne sich auf eine sachliche Unterredung

mit der Königin von England einzulassen. Der Österreicher also bewies in diesem Falle Takt. Der Herzog Ernst hatte ruhig dabei gestanden, der angebliche Freund Preußens und der deutschnationalen Sache.

Diese kleine Anekdote wirft ein grelles Licht auf das eigentümliche Verhalten einzelner besonders am Gang der Politik interessierten Personen in damaliger Zeit, insbesondere aber auf die vielen Schwierigkeiten, welche der ernsten und weitblickenden Politik Bismarcks und seines Königs in den Weg gelegt wurden. Man kann schon daraus entnehmen, welche Reibungen und Kämpfe Bismarck zu überwinden hatte. Ganz besonders das Urteil und die Auslassungen des Kronprinzen aus jener Zeit zeigen ihn völlig in englischen und liberalen Irrwegen. König Wilhelm allerdings hatte jetzt gründlich die ganze Sachlage durchschaut, er ließ sich durch den Schein der österreichischen Siege nicht mehr verblenden und verwirren; hell und deutlich erkannte er jetzt das gute Recht der Politik seines Ministers, und für Leute wie den Koburger hatte er seitdem nur Worte ironischen Mitleidens und leiser, aber deutlicher Zurechtweisung.

Bismarck ließ unmittelbar nach dem Frankfurter Fürstentag am 3. September den Landtag auflösen; die Neuwahlen sollten zeigen, daß, wenn die historische Stellung Preußens bedroht wäre, trotz aller sonstigen Differenzen doch das preußische Volk wiederum mit seiner Regierung sich einig finden würde. Ein Bericht des preußischen Ministeriums an den König vom 15. September legte die Blößen des österreichischen Entwurfes dar; hier forderte Bismarck wiederum eine aus direkter Volkswahl zu schaffende deutsche Nationalvertretung, da, wie er sagte, die deutschen und preußischen Interessen eins seien. Bismarcks Kritik des österreichischen Projekts stimmte völlig überein mit dem Referat, das Häußer dem Abgeordnetentag am 21. August erstattet hatte. Wie Bismarck, so forderten auch die deutschen Abgeordneten vor allem anderen ein deutsches Parlament; nur hatte Bismarck in seiner Ausführung viel entschiedener die Unmöglichkeit eines deutschen Bundesverhältnisses mit zwei Großmächten als Mitgliedern dargetan und damit die Fortdauer des österreichisch-preußischen Dualismus als ganz unmöglich hingestellt.

Man muß sich an dieser Stelle den Gegensatz in seinem vollen Umfang vorstellen, in dem die Idee der deutschen Reform

bei der österreichisch-mittelstaatlichen und bei der preußischen Ausprägung stand. Jenen verschiedenen Entwürfen Sachsens und Bayerns und Österreichs, jener ganzen so großartig aufgebauschten Aktion des Fürstentages fehlte eine einheitliche Leitung des Deutschen Bundes und fehlte insbesondere die Vertretung des deutschen Volkes. Die „Delegierten" waren doch nichts als hohler Schein und leeres Blendwerk, eingegeben von dem bösen Gewissen ihrer Urheber, denn diese würden niemals eine wirkliche und wahre Vertretung der deutschen Nation zu ertragen imstande gewesen sein; eine Volksvertretung würde doch sofort die volle Selbständigkeit der Einzelstaaten bedrohen und gefährden; deshalb griffen sie aus Furcht vor dem Willen der Nation zu jener Halbheit. Man kann sich kaum zu der Ansicht erheben, daß jene großdeutschen Staatsmänner selbst ernstlich an das geglaubt haben, was sie vorschlugen; ihnen war die Bundesreform ein Zeitvertreib, eine Spielerei, ganz geeignet, um mit Schützenfesten und Sängerfesten abwechselnd betrieben zu werden. Wie anders war der Gedankengang Bismarcks: wenn schon Bernstorff leise und schüchtern nach dem deutschen Parlamente hingewinkt, so hatte Bismarck mit vollem Nachdruck schon am 22. Januar und dann noch eingehender und wuchtiger am 15. September 1863 die deutsche Volksvertretung als Ergänzung des Bundestages, als den Kernpunkt und die Hauptsache des ganzen Unternehmens aufgestellt. Die Denkschrift des 15. September vor allem gehört zu den gewaltigsten Kundgebungen dieses staatsmännischen Genius, sie zählt zu den politischen Denkmälern bleibenden Charakters. Mit welcher siegesgewissen Energie rief Bismarck damit die Erinnerung wach an das deutsche Parlament von 1848 und 1849: die allgemeine, aus direkter Volkswahl hervorgehende Volksvertretung war für den preußischen Staatsmann die Grundlage seiner deutschen Politik. Ganz unbekümmert um die Wirkung des Augenblickes verkündigte Bismarck der erstaunten Welt das Endziel, dem er zustrebte, er rief gleichsam die ganze Welt zum Richter darüber auf, ob er sein Endziel verfehlen oder erreichen würde. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgte dann auch die an alle Frankfurter Teilnehmer gerichtete Erwiderung des Königs vom 22. September, die Absage an das Frankfurter Werk.

Aber die Berufung, die Bismarck damals an das preußische

Volk eingelegt hatte, versagte gründlich, da die Neuwahlen am 28. Oktober die Mehrheit der Opposition verstärkten und nur noch 37 Stimmen im neuen Landtage auf der Seite des Ministeriums waren; die Mittelpartei war ganz dezimiert, der Fortschritt fast allmächtig geworden. Man hielt Bismarcks Bemühungen um eine deutsche Volksvertretung im Deutschen Bunde für Windbeutelei, Heuchelei und Geflunker, er war und er blieb der Junker, der Todfeind aller Liberalen, er blieb der reaktionäre Gottseibeiuns. Das war ein trauriger Beweis für die politische Unreife der deutschen Liberalen; daneben aber muß man auch darin eine Folge der sehr verkehrten Preßverordnung vom 1. Juni sehen, welche der Opposition neue Kraft zugeführt hatte.

Der Notenwechsel zwischen Preußen und Österreich verlief schließlich ohne Ergebnis. Die Ministerkonferenz, die das Ergebnis des Fürstentages zur praktischen Ausführung bringen sollte, trat am 23. Oktober in Nürnberg zusammen; als aber hier Rechberg die Unterzeichner des Frankfurter Reformprogramms auf dies auch ohne Preußens Teilnahme verpflichten wollte, begegnete er allgemeiner Ablehnung. Nachdem dann Österreich am 30. Oktober noch den preußischen Ausführungen vom 15. September widersprochen hatte, war die Frankfurter Sache ganz und für immer abgetan, mochte auch der großdeutsche Reformverein den deutschen Patriotismus der Österreicher preisen und zur Durchführung der Sache mahnen.

Nun aber erlebte Bismarcks Politik ein großes Glück: durch den Tod des Königs von Dänemark wurde gerade zur richtigen Zeit die schleswig-holsteinische Frage ihrer endgültigen Entscheidung zugedrängt. Dies bot Bismarck den Anlaß zur Erprobung seiner diplomatischen Kunst, zugleich aber schuf es die Gelegenheit, daß die Leistungsfähigkeit des preußischen Heeres sich glänzend bewähren konnte.

In sehr kühnen Wendungen steuerte Bismarck sofort durch die Verwicklungen der schleswig-holsteinischen Frage hindurch; es ist der erste Abschnitt seiner großen Siegesbahn. Nur heischt der historische Gerechtigkeitssinn schon an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage durch Bismarck schon geraume Zeit vor dem Tode des dänischen Königs in Angriff genommen war. Auch ohne den Todesfall in Dänemark würde Bismarck, allerdings auf anderem Wege, die

diplomatische und voraussichtlich auch die militärische Aktion Preußens gegen Dänemarck gerichtet haben. Das Aussterben des dänischen Königsstammes erleichterte Bismarck die Arbeit und machte die endliche Auseinandersetzung über die Elbherzogtümer zu einer viel reinlicheren und gründlicheren.

Wir widmen dem Ursprung und dem Verlauf des dänischen Handels eine genauere Betrachtung.

Sechstes Kapitel.

Die schleswig-holsteinische Frage und der dänische Krieg 1864.

Es wird nicht nötig sein in das Labyrinth der schleswig-holsteinischen Rechts- und Landesgeschichte sehr tief einzutauchen, es wird genügen, mit knappen Strichen das Ergebnis der früheren Geschichte zu zeichnen, so weit das Verständnis der Gegenwart dies fordert.

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein waren seit dem ausgehenden Mittelalter mit dem Königreiche Dänemark durch Personalunion verbunden, Schleswig damals als dänisches Lehen, seit 1658 souverän, und Holstein als Lehen des Deutschen Reiches; aber die beiden Länder waren auch unter sich auf das engste vereint, „auf ewig ungeteilt", und durch alle wechselnden Ereignisse waren sie in dieser Weise zusammen geblieben, nie bildete bei den vorfallenden Teilungen ihr Grenzfluß Eider die Grenze der Teile.

Seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts war das einheitliche Band zwischen den Herzogtümern noch weiter verstärkt worden. Die nationalen Tendenzen, welche sich allenthalben in der Welt erhoben, griffen auch an dieser Stelle ein; sie fanden im Lande Verbreitung, in Landesvertretung, Verwaltungsbehörden, Gerichts- und Heereswesen wurden gemeinsame Einrichtungen für die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein erstrebt. Andererseits erstarkte aber auch die politische Tendenz des dänischen Reiches. Für Dänemark wurde der dänische Einheitsstaat das politische Ideal, mindestens Schleswig sollte als integrierender Teil dazu gehören und aufs engste hinein verschmolzen werden.

Nun aber drohte die regierende Linie des dänischen Königs-

hauses auszusterben, und dann war für Dänemark nach dem dänischen Recht die weibliche Erbfolge möglich, während für Schleswig-Holstein das deutsche Fürstenrecht, also nur die männliche Nachfolge galt. Zunächst traf das Erbrecht in Schleswig-Holstein die Linie der Augustenburger Herzöge, nach denen die jüngere Linie des Gesamthauses, das Geschlecht der Herzöge von Glücksburg folgte, wenn überhaupt der Gottorpische Zweig des Gesamthauses, der früher einen Teil der Herzogtümer besessen hatte und durch den Kaiser von Rußland und den Großherzog von Oldenburg vertreten war, nicht ein noch näheres Anrecht beanspruchte. Aber diese letzteren hatten wiederholt vertragsmäßig schon verzichtet, sie blieben also einstweilen außer Betracht.

Es stand hiernach für Dänemark eine andere Erbfolge in Aussicht als für die Herzogtümer; die Dänen aber hatten die feste Absicht, Schleswig und Holstein im dänischen Reichsverbande zu erhalten, zum wenigsten Schleswig ganz oder doch teilweise zu behaupten. Über alle diese Fragen ging schon Jahre lang die Diskussion sehr lebhaft. Es galt für das dänische Gesamtreich eine neue staatsrechtliche Ordnung zu schaffen, welche der erwähnten Absicht diente. Für Dänemark würde die weibliche Erbfolge die Krone an die Prinzessin Charlotte bringen, die Schwester des vorletzten Dänenkönigs Christians VIII., welche mit einem hessischen Prinzen verheiratet war. Dieses Paar oder seine Erben würden in Dänemark zunächst nach Christian VIII. und Friedrich auf den Thron zu steigen haben, Schleswig-Holstein würde dann dem Augustenburger Herzog Christian zufallen.

Aber wenn wirklich ein so großes Interesse in Dänemark vorhanden war, alle die Länder im bisherigen Umfange vereinigt zu erhalten, war es dann notwendig, das schleswig-holsteinische Erbrecht zu Gunsten der Dänen umzubiegen? Oder lag es nicht näher, in Dänemark die Verfassung zu ändern, um dem Augustenburger einen Erbanspruch auf Dänemark zu schaffen? Dann wäre gar kein Konflikt zwischen Deutschland und Dänemark entstanden. Für jene Prinzessin Charlotte, ihren hessischen Gemahl und ihren Sohn, der obendrein voraussichtlicher Nachfolger in Kurhessen war, interessierte sich überhaupt kein Mensch; diese zu übergehen hätte keine irgendwie erheblichen Interessen verletzt, eine Abfindung wäre wohl leicht möglich gewesen.

Seit der Thronbesteigung Christians VIII. im Jahre 1839 begannen die Erwägungen und Überlegungen aller einschlagenden Möglichkeiten bei den Dänen. Aber die Entscheidung entsprang nicht aus kaltblütiger Abwägung der Landesinteressen, sondern aus persönlichem Gefühle. Der Herzog Christian von Augustenburg war sehr unbeliebt bei den Dänen, persönlich verzankt mit König Christian VIII. und ebenso mit dem Kronprinzen Friedrich, er war ein unliebenswürdiger und unangenehmer Mensch; so entschloß man sich in Dänemark festzuhalten ebensowohl an dem Charakter des Gesamtreiches als auch an der weiblichen Nachfolge in Dänemark und den Herzogtümern, auf alle Fälle aber in Schleswig. Das war die Forderung der sogenannten eiderdänischen Partei, und ihr entsprach der „offene Brief" des dänischen Königs vom 8. Juli 1846, der das dänische Erbrecht für Schleswig unbedingt behauptete, die Lösung der bei Holstein noch vorhandenen Schwierigkeiten vorläufig nur in Aussicht stellte und jedenfalls den dänischen Gesamtstaat in seinem damaligen Umfang aufrecht hielt: damit bedeutete der offene Brief eine ganz offenkundige, unverhüllte Verletzung des deutschen Fürstenrechtes. Sofort erhob sich Widerspruch in Schleswig und Holstein, auch der Deutsche Bund regte sich, ganz Deutschland hallte wieder von sittlicher und politischer Entrüstung über die Unverschämtheit der Dänen.

Im Januar 1848 folgte in Dänemark der kinderlose Friedrich VII. auf Christian VIII., der letzte des Hauses, der an der Willensmeinung des Vaters von 1846 festhielt, an der staatsrechtlichen Einheit, zunächst jedenfalls zwischen Schleswig und Dänemark. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen war bereit, die Rechte der auf ewig unteilbaren Herzogtümer zu schützen; aus ihrer eigenen Erhebung im März 1848 ging eine provisorische Regierung hervor, das Land entsandte seine Vertreter zum Frankfurter Parlament, Schleswig trat sogar in den Deutschen Bund ein; das Band mit Dänemark war nur sehr lose, die völlige Trennung war schon vorbereitet und man hoffte, die Herzogtümer Schleswig-Holstein würden in naher Zukunft, nach dem Ableben des Königs Friedrich sich von Dänemark trennen, als Glied des Deutschen Bundes ein deutsches Fürstentum werden und zwar eventuell unter dem Augustenburger Herzog.

Für diese Ziele wurde der Krieg geführt in den drei Jahren 1848, 1849 und 1850. Preußen vertrat mit den Waffen

anfangs siegreich die deutsche Sache. Aber die Politik der europäischen Großmächte war keineswegs mit der von Deutschland erstrebten Lösung einverstanden. England und Rußland wollten das dänische Reich unversehrt erhalten, Österreich war dem ganzen Handel abgeneigt, und unter diesem Druck, selbst des Krieges bald müde, entzog sich König Friedrich Wilhelm IV., vorläufig schon im August 1848, endgültig im Juli 1849 der übernommenen Aufgabe. Wohl versuchte die preußische Diplomatie noch etwas für die deutsche Sache zu retten, der Krieg aber, den die Herzogtümer ohne Preußen gegen Dänemark fortsetzten, verlief recht unglücklich; eine unrühmliche Niederlage Deutschlands vor Dänemark war 1850 das Ende des nationalen Unternehmens.

Eine europäische Konferenz erklärte am 2. August 1850 in London die Erhaltung Dänemarks für ein europäisches Interesse, Österreich schloß sich diesem sogenannten Londoner Protokoll an, Preußen nicht. Der dänische König verhieß dann nach langem Hinhalten (28. Januar 1852), daß Schleswig niemals Dänemark einverleibt, und daß eine ständische Vertretung für jedes der beiden Herzogtümer eingesetzt werden sollte; der Deutsche Bund nahm Akt von dieser Zusage (29. Juli 1852); sonst aber war das Schicksal der Herzogtümer an die Dänen preisgegeben.

In Dänemark galt jetzt das Erbrecht der Prinzessin Charlotte und ihres Sohnes, des Prinzen Friedrich von Hessen; da man aber von ihm in Dänemark ebensowenig wissen wollte, wie von Christian von Augustenburg, so führten weitere Verhandlungen zwischen Dänen und Russen über das Erbrecht schließlich noch zu einem anderen Ausweg hin. Zum Erben der Gesamtmonarchie erkor man den Prinzen Christian von Glücksburg, den Gemahl der Prinzessin Luise von Hessen, der Tochter jener Charlotte. Der Prinz Friedrich von Hessen ebenso wie der Augustenburger wurden übergangen und alle verschiedenen Ansprüche auf dieses Paar, den Prinzen Christian von Glücksburg und die Prinzessin Luise übertragen: so wurde am 5. Juni 1851 in dem Warschauer Protokoll verfügt; lange Verhandlungen zwischen Russen und Dänen, zwischen Österreichern und Preußen waren vorausgegangen, ein Diktat des Kaisers Nikolaus von Rußland hatte die letzte Entscheidung gegeben.

Der König von Preußen hatte betont, ein Augustenburger

Familienrat müßte vorher gehört werden und seine Zustimmung zu der Verabredung im europäischen Interesse geben. Es wurden Verzichturkunden der sämtlichen Prätendenten beigebracht. Die Verhandlungen über die Abfindung des Augustenburgers hatte Friedrich Wilhelm 1851 seinem neuen Bundestaggesandten Herrn v. Bismarck übertragen, der also gleich im Beginn seiner amtlichen Laufbahn mit dem Augustenburger zu tun hatte. Auch die englische Politik hatte diesen Schritt in Kopenhagen empfohlen, um alle etwaigen späteren Bedenken gründlich und für immer aus der Welt zu schaffen. Die Verhandlungen, die Bismarck führte, gingen sehr langsam von statten, man forderte, man machte Einwände, rechtliche Zweifel wurden hin und her erhoben. Endlich machte Dänemark am 31. März 1852 ein Angebot, das der Herzog annahm: die im Lande gelegenen Augustenburgischen Güter sollte der Herzog an den König von Dänemark verkaufen für 2¾ Millionen Taler; er sollte versprechen seinen Wohnsitz außerhalb der dänischen Länder zu suchen und niemals der neuen Ordnung über die Thronfolge im dänischen Reiche und in den Herzogtümern entgegen zu treten; Herzog Christian gab dies Versprechen „für Uns und Unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehren“.

Das Geld war ihm nur für die Güter bezahlt worden, und es mag dahin gestellt bleiben, ob die Summe deren wirklichem Werte entsprach; es war keine Abfindungssumme für das Erbrecht, aber es wurde doch nur gegeben unter der Bedingung des gleichzeitigen Verzichtes des Herzogs für sich und sein Haus. Wenn Güterverkauf und Verzicht als Rechtsgeschäft gewiß zu trennen waren, so war der Herzog allein durch die Tatsache, daß er das Geld von den Dänen annahm, auch hinsichtlich seines Verzichtes moralisch stärker gebunden. Dieser Verzicht lautete auch nicht auf das Erbrecht an sich, sondern nur auf seine Geltendmachung gegenüber der Glücksburger Thronfolge; besondere Urkunden von den Söhnen waren nicht eingefordert worden, man begnügte sich mit dem Worte des Vaters. Er hatte bei seinem Fürstenwort auch für die Söhne verzichtet; wie er sie binden würde, war seine Sache, aber daß es geschehen würde, war als selbstredend vorausgesetzt, als man seinen Verzicht zur Rechtsgrundlage der weiteren Abschlüsse machte.

Nach dieser allseitigen Sicherung gegen bestehende Rechte und

Ansprüche wurde das Schlußprotokoll in London unterzeichnet am 8. Mai 1852: die Integrität des dänischen Reiches, die Thronfolge des Glücksburgers Christian und seines Stammes war darin ausgesprochen; hinzugefügt war, daß, sobald das Aussterben dieses Stammes bevorstände, die europäischen Mächte wiederum zu einer neuen Vereinbarung zusammen gerufen werden sollten; das Verhältnis der Herzogtümer Holstein und Lauenburg zum Deutschen Bunde sollte unverändert bleiben.

Die Abmachungen über die Zukunft Dänemarks waren mit bindender Kraft erfolgt; die gegenseitige Stellung der Teile des dänischen Reiches zueinander war geordnet, es war die Nachfolge im Königreich und in den Herzogtümern unbestritten dem Glücksburger Christian, dem sogenannten „Protokollprinzen", und seiner Familie zuerkannt: alles dies unter englischer, russischer, österreichischer, und im Gegensatz zu dem ersten Londoner Protokoll von 1850 auch unter preußischer Gutheißung. Der Deutsche Bund war zu dem Londoner Protokoll nicht zugezogen worden, er hatte sich nicht ausgesprochen und war also auch nicht gebunden.

Andererseits war aber jene bestimmte, unzweideutige Zusage des Königs von Dänemark vom 28. Januar 1852 von der höchsten Wichtigkeit, welche die Voraussetzung für das ganze Londoner Protokoll bildete: Schleswig niemals Dänemark einzuverleiben und den beiden Herzogtümern Provinzialverfassungen zu geben. Damit war ausgemacht, daß die neu zu schaffende dänische Verfassung jedenfalls diese beiden Rechtssätze enthalten würde. Der Charakter einer vertragsmäßigen Vereinbarung war so stark wie irgend möglich hier betont, es waren beide Parteien vertragsmäßig verpflichtet: die festgelegte Nichtinkorporation von Schleswig in das dänische Reich war zweifellos die Voraussetzung für die Gültigkeit und Erfüllung des Londoner Protokolls. Das war das einzige, was damals die deutschen Großmächte zu Gunsten der deutschen Sache gerettet hatten.

Nur ein häßlicher Punkt war in der neuen Vereinbarung noch offen geblieben. Zwar hatte der Augustenburger Herzog für sich selbst und seine Söhne versprochen, nichts gegen den Vertrag und die Neuordnung der Erbfolge zu tun. Die Söhne hatten zugestimmt, daß aus der Kaufsumme für die Güter ein Fideikommiß des Hauses gebildet wurde; sie waren somit sämtlich

in den Genuß des dänischen Geldes eingetreten, aber sie hatten nicht selbst ihren agnatischen Konsens zum Verzicht urkundlich abgegeben, sondern ihr Vater hatte sie allein durch seine Erklärung verpflichtet. Die Frage war, ob es unbedingt notwendig, daß auch die Urkunden ihres Verzichtes hätten vorliegen müssen? Des Herzogs eigene Stellung zur Sache war nach seinen gleichzeitigen vertraulichen Äußerungen zweifelhaft; er hatte gewiß in einer Zwangslage gehandelt, da er ohne den Verzicht sein Geld nicht bekommen hätte, aber ob er das Versprechen in diesem Sinn als „erzwungen“ ansah oder nicht, das gegebene Fürstenwort mußte in seinem ganzen Umfange gehalten werden; er aber scheint, was seine Söhne angeht, darin von Anfang an anderer Ansicht gewesen zu sein. Später hat tatsächlich der Augustenburger Erbprinz Friedrich trotz des väterlichen Verzichtes sein Erbrecht unter väterlicher Beihülfe geltend gemacht und hat behauptet nicht gebunden zu sein. Er war schon 1852 ein mündiger Mann, der rechtlich handeln konnte, wie er wollte, aber wie die Dinge lagen, handelte er bei einer Nichtbeachtung des Verzichtes auf schwere moralische Unkosten seines Vaters.

Dänemark geriet bei der Ausführung der neuen Ordnung sofort in neue Konflikte. Das Gesamtreich strebten alle Parteien in Dänemark an, allerdings mit dem Unterschiede, daß, um den Streit mit Deutschland zu schlichten, die Eiderdänen Schleswig inkorporieren, Holstein aber vorläufig vom Gesamtstaat ausschließen wollten. Es galt für diese Lösung Schleswig zu gewinnen, zu danisieren, und sofort wurde mit der Knechtung der Schleswiger begonnen. Die deutschen Beamten, vor allem die deutschen Prediger und Lehrer wurden verfolgt, abgesetzt, vertrieben, es wurde den Deutschen die dänische Sprache aufgezwungen, alles Wehklagen half nichts.

Auf Grund des Londoner Protokolles wurde für Dänemark ein Thronfolgegesetz neu erlassen (31. Juli 1853), und am 26. Juli 1854 oktroyierte der König eine Gesamtverfassung für das Reich ohne vorherige Befragung der schleswig-holsteinischen Stände; die neue Verfassung wurde dann nach dem Wunsche des dänischen Reichstages modifiziert (2. Oktober 1855) in noch etwas mehr demokratischem Sinne, sodaß die englischen Minister Dänemark ein ganz gewaltiges Lob erteilen durften. Es wurde ein Reichsrat gebildet, zu welchem Dänemark 47, Schleswig 13, Holstein 18,

Lauenburg 2 Mitglieder deputierte, so daß die Mehrheit (47 von 80) den Dänen gesichert war; die einzelnen Länder sollten Landtage haben, welche die Abgeordneten des Reichsrates wählten. Es war ein Bruch des 1852 für Schleswig gegebenen Versprechens, und im Sommer 1856 brachten deshalb Österreich und Preußen vertrauliche Vorstellungen in Kopenhagen an.

Bismarck wurde damals zu einer gutachtlichen Äußerung veranlaßt. Zweifellos war ihm der Vertrags- und Verfassungsbruch der Dänen und zweifellos war ihm das Recht der deutschen Mächte einzuschreiten; aber er mahnte zur Vorsicht: ein Eingreifen Preußens, meinte er, würde einen europäischen Krieg entzünden; wäre dies vorteilhaft für Preußen? Es wäre gar nicht gut, fügte er hinzu, wenn die Schleswig-Holsteiner mit ihrem Lose zufrieden wären, dann hätten sie keine Veranlassung mehr auf Preußen hinzusehen. Bismarck behandelte die Frage vom Gesichtspunkt des preußischen Staates, nicht nach allgemeinen Stimmungen und unklaren Gefühlen; er erwog, daß leicht ein Krieg daraus entstehen, daß aber ohne Österreich ein solcher Krieg für Preußen sehr gefährlich werden könnte: aus diesen Gründen mahnte er 1856 zu behutsamer Vorsicht.

Man wechselte fruchtlos zwischen Preußen und Dänemark Noten. In Holstein lehnte eine außerordentliche Ständeversammlung die neue Verfassung ab (September 1857). Am Bundestag stellte Preußen Ende Oktober 1857 Anträge, denen besonders Hannover mit großem Eifer beipflichtete. Der Bund beschloß (11. Februar 1858) die Dänen aufzufordern, den Rechtszustand in Holstein und Lauenburg wieder herzustellen und baldige Anzeige davon zu erstatten. Die Dänen verlegten sich auf Ausreden; sie verschleppten die Verhandlung, sie erschöpften die Geduld sogar des hohen Bundestages. Der Deutsche Bund drohte am 12. August 1858 mit Bundesexekution, einzelne waren für sofortiges energisches Einschreiten gegen Dänemark. Es blieb aber bei der Drohung; denn Dänemark gab klugerweise die Gesamtstaatsverfassung für die Bundesgebiete Holstein und Lauenburg am 6. November 1858 auf, und so wurde die Exekution sistiert.

Die preußische Regierung der neuen Ära nahm den schon von Manteuffel angeknüpften Faden noch entschlossener in die Hand. Die schleswigschen Stände verlangten im März 1860 Anschluß an Holstein und protestierten gegen die Einverleibung

in Dänemark; sie wurden deshalb aufgelöst. In Holstein beschwerte man sich über die Steuerauflagen, man klagte beim Bundestag. Der König von Dänemark aber publizierte darauf das Budget ohne die Stände; es war damit also der ständische Zwist in Holstein ganz offenkundig geworden.

Im Jahre 1861 brachte Oldenburg die Holsteiner Beschwerde aufs neue vor den Bundestag und trug auf Exekution an. Der Bundestag beschloß am 7. Februar 1861 nach dem Antrag, worauf Dänemark wenigstens scheinbar Zugeständnisse für Holstein anbot. Das scheinbare Entgegenkommen der Dänen ließ die Exekution noch einmal vertagen. Aber auch in Deutschland fing man endlich an ungeduldig und entrüstet zu werden.

Der Deutsche Bund hatte in allen bisherigen Äußerungen seine Verwendung auf Holstein eingeschränkt, wie er ja kaum anders konnte. Um sich diesen Einmischungen des Bundes zu entziehen, wandte sich Dänemark selbst an die beiden Großmächte, wodurch diesen die willkommene Gelegenheit geboten wurde, sich jetzt nicht nur Holsteins, sondern auch Schleswigs anzunehmen. Am 30. November 1861 legten sie gegen die Einverleibung Schleswigs Verwahrung ein und forderten Aufklärungen von Dänemark über die Verletzungen des früheren dänischen Versprechens von 1852. Der dänische Reichstag ging über alles gleichgültig hinweg. Das dänische Ministerium erörterte, über Schleswig habe der Deutsche Bund gar nichts zu sagen, seine Kompetenz erstrecke sich nur auf Holstein, und der Bund habe noch gar nicht ausgesprochen, welche Einrichtung er denn in Holstein verlange. Die Gegenvorstellungen der Österreicher und Preußen hatten keine Änderung erzielt und keinen Eindruck gemacht. Da beantragte England Trennung der Verwaltung im dänischen Reiche (Note vom 24. September 1862) und Beseitigung der Gesamtstaatsverfassung von 1855. Auf England hatte in der Tat die preußische Politik eingewirkt, Rußland schloß sich ihm an, ebenso Österreich und der eben ins Amt getretene Bismarck. Die Dänen beteuerten gegenüber England (15. Oktober), die enge Vereinigung zwischen Schleswig und Dänemark sei eine Lebensfrage für die dänische Zukunft; sie behaupteten jetzt das eiderdänische Programm.

Dänemark beeilte sich tatsächlich vorzugehen, und zwar schien strammes Festhalten an Schleswig und gleichzeitige Nachgiebigkeit

in Holstein für die Dänen die Rettung zu sein. Volksversammlungen und Petitionen sprachen sich in diesem Sinne aus, und ein königliches Patent vom 30. März 1863 verhieß die Volkswünsche zu erfüllen, d. h. Schleswig einzuverleiben und Holstein eine besondere Verfassung zu erteilen. Österreich und Preußen zögerten nicht, sofort Rechtsverwahrung gegen dies königliche Patent vom 30. März 1863 einzulegen. In Dänemark war die Aufregung groß, alles war voll Eifer für den Krieg gegen Deutschland, aber auch in Deutschland fing die Stimmung an sich aufzuregen, so daß die nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten in Fluß gerieten.

Das war die Zeit, in welcher der Verfassungskonflikt in Preußen schon einen größeren Umfang angenommen hatte. In der Polenfrage waren alle Gemüter erhitzt, es drohte zwischen Rußland-Preußen und dem Westen Europas ein Krieg auszubrechen: darauf hofften und rechneten die Dänen.

Bismarck seinerseits hatte nach Übernahme des Ministeriums sofort in Holstein und Schleswig geheime Verbindungen angeknüpft, Informationen im Lande selbst gesucht und Rekognoszierungen durch preußische Offiziere vornehmen lassen. Ein preußisches Heer dorthin zu werfen, war nach der Durchführung der Heeresreform im Handumdrehen möglich; man traf im Geheimen seine Vorbereitungen. Es liegt eine vertrauliche Äußerung Bismarcks vom 22. Dezember 1862 vor. Er sprach sich dahin aus, daß die Lösung der Verwicklung in einer für Preußen erwünschten Weise nur möglich sei durch einen Krieg; der Anlaß zum Kriege sei in jedem Augenblick, der günstig scheine, zu finden; dann aber komme es auf die Haltung der außerdeutschen Großmächte mehr an, als auf die Intriguen der Mittelstaaten und ihren Einfluß auf die Stimmung in Deutschland. Einstweilen wären Österreich und Preußen an das Londoner Protokoll gebunden, komme es aber zum Krieg, so hänge von dessen Ergebnis auch die künftige Gestaltung des dänischen Territorialbestandes ab. Die Entwicklung der deutschen Bundesverhältnisse lasse sich nicht vorhersehen; so lange sie aber annähernd blieben wie bisher, liege es nicht im preußischen Interesse, einen Krieg zu führen, um im günstigsten Fall in Schleswig-Holstein einen neuen Großherzog einzusetzen, der aus Furcht vor preußischen Annexionsgelüsten am Bunde gegen Preußen stimmen würde. Einstweilen wollte Bismarck

warten auf eine günstigere Gestaltung der allgemeinen europäischen Verhältnisse. Aber noch vor Ausgang des Jahres 1862 erwogen die Offiziere des preußischen Generalstabes, in erster Linie Moltke, den Feldzugsplan und stellten schon die Details für das ganze kriegerische Vorgehen gegen Dänemark fest (Moltkes Denkschrift vom 6. Dezember 1862).

Bei dem Anschwellen der nationalen Leidenschaft auf deutscher und dänischer Seite konnte Bismarcks Politik, so wie sie sich nach außen gab, keine Gnade vor der öffentlichen Meinung in Deutschland finden. Der Nationalverein erklärte, diese Politik sei „im Innern rechtlos, gegen die Polen freiheitfeindlich und matt gegen die Dänen"; er verlangte zum Schutz der deutschen Rechte ein deutsches Parlament. Auch mehrere deutsche Fürsten traten für die deutsche Sache gegen Dänemark auf. Der Herzog von Oldenburg beantragte am Bundestage die Erklärung, die Verträge von 1852 habe Dänemark gebrochen, man müsse also von ihm die Herstellung des alten Zustandes in Holstein fordern. Ähnliche Wünsche wurden im preußischen Landtage geäußert und dort durch Bismarck bekämpft. Als Twesten sagte, Preußen sei unfähig zur Kriegführung bei den inneren Wirren, entgegnete ihm Bismarck schroff (17. April 1863): die preußische Regierung würde Krieg führen mit oder ohne Genehmigung des Landtags, sobald sie selbst den Krieg für nötig halte.

Von dem Deutschen Bunde verlangte Bismarck nicht die Erklärung der Ungültigkeit der mit den Dänen geschlossenen Verträge, sondern die Bundesexekution nach Holstein: würde Dänemark sich der Exekution widersetzen, dann habe Dänemark den Angriff begonnen und das sei für die deutsche Sache günstig. Der Bundestag beschloß am 9. Juli 1863 mit der Ablehnung des Oldenburger Antrages die Forderung an Dänemark, sich binnen sechs Wochen über das Patent vom 30. März und über Holsteins Stellung im dänischen Gesamtstaat zu erklären.

Die Dänen polterten und lärmten hitzig. Der König von Schweden machte in Kopenhagen seinen Besuch, die „skandinavische Union" schien in Aussicht zu stehen. Auch England nahm sich der Dänen an, wo Lord Palmerston am 23. Juli in seiner beliebten Tonart donnerte. Er sagte, daß der schleswigsche Handel so verwickelt sei, daß überhaupt nur drei Menschen ihn ver-

standen hätten: der erste sei der Prinz-Gemahl Albert, der sei tot, der zweite sei ein dänischer Minister, der übrigens über den Fall verrückt geworden, der dritte sei er selbst, und er habe die Sache mittlerweile vergessen. Über Holstein, so gab er zu, dürfe der Deutsche Bund mitreden, in Schleswig habe aber der Bund ebensowenig zu sagen wie in Marokko oder Spanien; würde er etwas gegen Dänemark tun, so würde er nicht mit Dänemark allein zu kämpfen haben. Die Dänen waren des Jubels voll über die englischen Sympathieen; Palmerstons Kraftworte bestärkten sie in ihrem Trotze, zu ihrem Schaden.

Am 27. August lehnte Dänemark in Frankfurt ab, sich dem Beschluß des Bundes zu fügen; damals tagte der Fürstenkongreß, Kaiser Franz Josef von Österreich stand auf dem Gipfel seiner Popularität, Preußen saß im Schmollwinkel; Herr v. Beust hatte eine große patriotische Demonstration zu gunsten Schleswigs gewünscht, aber Österreich hatte sie verhindert. Nichtsdestoweniger wurden die Verhandlungen über diese Frage zwischen Österreich und Preußen trotz ihres Bruches weiter geführt.

In Dänemark berief man einen außerordentlichen Reichstag auf den 28. September, zur Feststellung der Verfassung für Dänemark und Schleswig. Diese Nachricht brachte den Bundestag zu dem Beschluß der Exekutionsandrohung (1. Oktober), wenn Dänemark nicht binnen drei Wochen der Bundesforderung vom 9. Juli nachkomme; Sachsen und Hannover sollten die Exekution übernehmen und die Zivilkommissare ernennen, Preußen und Österreich sich zu ihrer Unterstützung bereit halten.

Eine kurze Pause gewährten noch die diplomatischen Versuche von preußischer Seite, um eine Vermittlung anzubahnen. Bismarck betrieb sie eifrig, um die Dänen noch tiefer ins Unrecht zu setzen und England zu gewinnen. Jedenfalls gelang ihm das erstere gründlich, und in Kopenhagen wurde am 13. November die Verfassung für Dänemark und Schleswig mit 40 gegen 16 Stimmen angenommen; die erforderte Zweidrittelmehrheit war also vorhanden. Damit aber waren alle Abmachungen und Zusagen von 1852 gründlich zerrissen. Der König Friedrich lag auf den Tod krank; er unterzeichnete die Verfassung nicht mehr. Das möge der Christian tun, diese Worte setzte er dem Drängen der Volksmenge nach der Verfassung entgegen. Darauf starb er am 15. November. Sofort wurde der „Protokollprinz“ Christian von Glücksburg

als König Christian IX. ausgerufen. Er schwankte, ob er die neue Verfassung unterschreiben solle; ein größerer Volkstumult mußte ihn erst bedrohen; den tobenden Massen gab er nach und unterschrieb am 18. November wirklich die neue Verfassung, durch welche Schleswig in Dänemark einverleibt wurde.

Die Krisis war da, denn das war ein offenkundiger Bruch der internationalen Vereinbarungen, welche König und Volk von Dänemark wagten.

Damals dauerte noch die Spannung der europäischen Mächte über die Polenfrage fort. Napoleon hatte am 5. November öffentlich in seiner Thronrede erklärt, die Verträge vom Jahre 1815 hätten aufgehört zu bestehen, ein Kongreß der europäischen Souveräne sollte alle streitigen Fragen entscheiden und Europa eine neue Ordnung verleihen. Es war, als ob er eine Bombe in eine friedliche Schar geworfen. Die englische Königin meinte, das sei „impertinent“; der russische Kaiser, das sei „zu stark“. Die englischen Minister wollten erst die Beratungsgegenstände des Kongresses wissen; sie betonten übrigens die Rechtsgültigkeit der Verträge. Bismarck meinte am 8. November, er sei ganz einverstanden mit der Absicht des Kongresses, und König Wilhelm nahm die Einladung am 14. November an; nur meinte er, es müsse erst eine Beratung durch die Minister dem von Napoleon vorgeschlagenen Fürstenkongreß vorangehen. Recht gute Beziehungen bahnten sich auch zwischen Frankreich und Preußen an, wie sie schon zwischen Rußland und Preußen bestanden. Auch England fand sich in eine Lage versetzt, die es ihm wünschenswert machte, Österreich und Preußen gegen Dänemark vorgehen zu lassen; England dachte nicht mehr daran zu den Waffen zu greifen, um nicht Preußen zum Bunde mit Napoleon zu treiben. Österreich fühlte sich sehr isoliert. Graf Rechberg begann seine letztjährige Politik zu bereuen und sich von dem Konflikte mit Preußen, der im Herbst 1863 gedroht, zurückzuziehen, Österreich verzichtete auf ein weiteres Vorgehen in der Frage der deutschen Bundesreform. Bismarck hatte mit seiner negativen Haltung das Feld gegen Österreich behauptet; ja sehr bald zog er Österreich mit sich fort in ein Bündnis, das nur den Zwecken und Absichten der preußischen Politik diente.

Auf die Nachricht vom Tode des dänischen Königs erschien sofort am 16. November ein Patent des Erbprinzen Friedrich

von Augustenburg, der sich hier ohne weiteres Herzog von Schleswig und Holstein Friedrich VIII. nannte: nachdem sein Vater, Herzog Christian, verzichtet habe, trete er kraft seines Erbrechtes die Regierung an. Er bestätigte die Landesverfassung von 1848 und rief den Deutschen Bund um Hilfe an.

Den Rechtsboden seines Auftretens kennen wir, auch das, was an diesem Auftreten zweifelhaft war; besonders zweifelhaft aber war auch hier das Verhalten des Vaters, des Herzogs Christian von Augustenburg. Er hatte versprochen, nichts gegen die Ruhe in den Landen des Dänenkönigs und gegen die glücksburgische Erbfolge zu tun: trotzdem unterzeichnete er an demselben 16. November eine Verzichtsurkunde zu gunsten seines Sohnes, womit er diesem den Weg frei machte, um gerade gegen die Ruhe der königlichen Lande und gegen die glücksburgische Erbfolge zu handeln.

Aber solche Erwägungen blieben damals ganz ohne Echo und ohne Beifall. Das Erbrecht des legitimen Herzogs auf der einen, das Selbstbestimmungsrecht eines deutschen Volksstammes auf der anderen Seite, diese beiden Motive allein wurden geltend gemacht. Der Nationalverein erließ sofort eifrige Erklärungen für den Augustenburger; allenthalben in Deutschland gab es Adressen, Petitionen und Volksversammlungen, die an die einzelnen Landesfürsten und an den deutschen Bundestag ihre Erklärungen richteten, alle zu gunsten des „angestammten“ Herzogs von Schleswig und Holstein. Bisher war der Erbprinz ziemlich unbekannt geblieben; er war persönlich ein unbedeutender Mann; erst seit 1856 war er etwas mehr hervorgetreten, als der Konflikt mit Dänemark sich zugespitzt hatte. Herzog Ernst von Koburg erkannte schon am 19. November den in Gotha weilenden Erbprinzen als Herzog an und nahm ihn gleichsam unter seinen Schutz; es bildete sich dort ein augustenburgisches Ministerium in partibus infidelium, man machte Anleihen und rüstete ein Freiwilligenkorps aus für den bevorstehenden Freiheitskampf der Herzogtümer.

Herzog Ernst wandte sich schon am 24. November „in besonderem Auftrag“ des Herzogs Friedrich an den Kaiser von Österreich, um seine Hilfe zu erbitten und ihn vor allen Dingen darauf aufmerksam zu machen, daß er die preußischen Pläne einer Annexion von Schleswig-Holstein rechtzeitig durchkreuze.

Der Deutsche Bund sah sich von zwei Prätendenten, dem Könige von Dänemark und dem Augustenburger, angerufen. Wenn er den Augustenburger als erbberechtigten Herzog anerkannte, dann fiel die schon beschlossene Exekution gegen Dänemark natürlich weg; blieb er bei der Exekution, so hieß das nichts anderes, als den dänischen König in den Herzogtümern anerkennen. Sachsen schlug vor, das Land bis zur Entscheidung der Thronfolge durch den Bund einstweilen von Bundeswegen zu besetzen; Bayern erklärte, daß bei der Sachlage nicht Exekution, sondern Okkupation einzutreten habe; Österreich und Preußen wollten (28. November) nichtsdestoweniger die Exekution gegen Dänemark Platz greifen lassen, um auf diesem Wege die Anerkennung der besonderen Stellung Holsteins zum dänischen Gesamtstaat zu erzwingen: sie mußten natürlich nach dem Vertrage von 1852 die Erbfolge des dänischen Königs in Holstein zugeben. Bismarck erklärte damals: rechtsverbindlich sei allein das Londoner Protokoll, nur dieser Rechtsboden schaffe die Möglichkeit einer deutschen Intervention auch für Schleswig; er behielt also vom ersten Augenblick an nicht nur Holstein, sondern auch Schleswig im Auge. In einer identischen Note vom 4. Dezember legten er und Rechberg diese Ansicht dar; am 1. Dezember hatte er schon dieselbe Erklärung dem preußischen Landtage abgegeben, der auf Anerkennung des Augustenburgers angetragen hatte. Aber nur mit knapper Mehrheit, mit 8 gegen 7 Stimmen, setzten die Großmächte am Bundestag ihren Willen durch (7. Dezember 1863), die schon angedrohte Exekution, und zwar gegen König Christian IX. als Herzog von Holstein zu beschleunigen.

Der Junker Bismarck schien wiederum einen derben Schlag ins Angesicht der öffentlichen Meinung führen zu wollen; es sah aus, als ob er Schleswig-Holstein an Dänemark preisgeben wollte. Bismarck versicherte die Unwahrheit solcher Unterstellungen; nicht einen Fußbreit deutschen Landes wolle er opfern, aber den richtigen Weg zu finden, sei Sache des Königs und der Regierung; er wollte sich über die Mittel und Wege seiner Politik nichts vorschreiben lassen. Die öffentliche Meinung überblickte keineswegs das Schachbrett der europäischen Politik, Bismarck aber wußte was er wollte; er wußte genau, weshalb er an dem Londoner Protokoll zunächst festhielt, weshalb er die Mitwirkung Österreichs nachsuchte. Er konnte damals sein Spiel nicht offen der

Welt zeigen, aber Andeutungen und Winke gab er genug, die aber unverstanden blieben oder denen nicht geglaubt wurde.

Der innere Konflikt in Preußen hatte eben für die auswärtige Politik sehr böse Folgen. Wie man sagte, daß Bismarck das Recht in Preußen mit Füßen trete, so warf man ihm vor, er wolle auch das deutsche Recht auf Schleswig-Holstein opfern und verraten. Seine politische Unfähigkeit war 1863 und 1864 ein Haupttrumpf im Munde der oppositionellen Redner. Unbeschreiblich wurde die öffentliche Stimmung in Deutschland und in Preußen. Während Bismarck für die deutsche Sache mit aller Anstrengung auf diplomatischem Wege rang und arbeitete, höhnte und schmähte man ihn als den Verräter an Deutschland. Und doch unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß König Wilhelm und Bismarck sofort die volle Befreiung der Herzogtümer sich zum Ziel gesetzt hatten; aber ob diese dem Augustenburger übergeben werden sollten, oder was sonst aus ihnen würde, das hing von der Entwickelung der Dinge ab und besonders von der Haltung des Augustenburgers gegen Preußen. Diese Zukunftsfragen in der Schwebe zu lassen hatte Bismarck allen Grund, und zwar nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber Rechberg und dem eigenen König: seine Gedanken gingen ihre besonderen Wege.

Der deutsche Liberalismus suchte damals geflissentlich Anlaß zu pathetischen Erklärungen. Der Nationalverein und der großdeutsche Reformverein beriefen einen deutschen Abgeordnetentag nach Frankfurt, auf dem man am 21. Dezember erklärte, das Londoner Protokoll sei hinfällig und Herzog Friedrich müsse anerkannt werden. Man setzte einen Ausschuß von 36 Personen zur Leitung der deutschen Volksbewegung und zur Einrichtung der deutschen Volksbewaffnung ein. Die meisten deutschen Fürsten erkannten den Herzog Friedrich an. Bayern, Sachsen und Wüttemberg verabredeten ein gemeinsames Vorgehen für Augustenburg, denn sie hielten sich auch den Großmächten gegenüber für stark genug, „solange die öffentliche Meinung der deutschen Nation ihre Segel schwellte." Österreich und Preußen verweigerten selbstverständlich die Anerkennung; heftig erbrauste darüber der Ingrimm des deutschen Volkes.

Der preußische Landtag weigerte sich, die geforderte Anleihe von 12 Millionen Talern zu bewilligen (22. Januar 1864), er

nahm eine Resolution Schulze-Delitzschs an: Preußen mißbrauche seine Großmachtstellung, es wolle die Herzogtümer den Dänen ausliefern. Der Landtag war zum äußersten Widerstande gegen die Politik der Regierung bereit; er wurde am 25. Januar geschlossen.

Die Bundesexekution war, wie erwähnt, schon am 1. Oktober 1863 an Sachsen und Hannover übertragen worden; unter dem Oberbefehl des sächsischen Generals von Hake besetzten ihre Truppen Holstein. Weihnachten räumten die Dänen das Land, unter Protest natürlich: Holstein unterstand jetzt der Verwaltung des Deutschen Bundes. Eine Volksversammlung in Elmshorn rief am 27. Dezember Friedrich von Augustenburg als Herzog aus; er kam nach Kiel, wo er sich einen Hofstaat einrichtete und mit den Bundeskommissaren in freundliche Beziehungen trat, ohne aber ihnen gegenüber tatsächliche Regierungsbefugnisse zu üben. Österreich und Preußen verlangten seine Ausweisung, aber der Bundestag lehnte sie ab (2. Januar 1864), ebenso wie die geforderte Auflösung des Ausschusses der 36.

Die Lage war eine seltsame. Österreich und Preußen standen im Gegensatz zum Deutschen Bunde und zum Willen des deutschen Volkes. Holstein war einstweilen von den Bundestruppen besetzt. Österreich hatte seine Gegenstellung gegen Preußen, wie es schien, vergessen, Bismarck hatte Österreich zum Bündnis bewogen und einen unglaublichen Wechsel in der Lage herbeigeführt: er trat scheinbar ein für das Recht des dänischen Königs, den er nur an die europäischen Verträge binden wollte. So glaubte er die Engländer von einer Intervention zurückzuhalten, da Preußen das Londoner Protokoll ja noch immer anerkannte; denn daß Dänemark die Verträge von 1852 gebrochen habe, mußte England selbst zugeben und daher die Anwendung des Zwanges gegen Dänemark gutheißen.

Heute bewundern wir die diplomatische Virtuosität Bismarcks als eine großartige, aber damals wurde sie nur falsch aufgefaßt und verkannt. Bismarck war sich völlig klar über seine Taktik: für ihn war der Bund mit Österreich der sicherste Weg zum Ziele; wie er selbst sagte, stand Preußen 1849 allein gegen vier Großmächte, jetzt waren es zwei gegen drei, die Partie war schon besser.

Rußland war zur Rückendeckung für Preußen gewonnen;

Preußen stand auch mit Kaiser Napoleon in freundschaftlichen Beziehungen; Napoleon hatte Bismarck gegenüber schon 1857 mit dem Gedanken einer Annexion der Herzogtümer durch Preußen gespielt, allerdings mit seinen Kompensationsplänen im Hintergrund, 1862 hatte er sich einer Teilung des Landes nach Nationalitäten günstig gezeigt. Schweigend nahm Preußen solche Winke und Worte Napoleons entgegen, ohne sich weiter darauf einzulassen. Für Bismarck galt es ganz korrekt auf der Linie zu bleiben, daß Österreich und Preußen das Londoner Protokoll stets noch anerkannten, während Dänemark seine Verträge gebrochen hatte; er winkte wohl schon mit der Möglichkeit einer Loslösung vom Londoner Protokoll, aber er winkte nur damit, über den richtigen Zeitpunkt solchen Schrittes behielt er alles der späteren Zeit vor. Er gewann in Wien am 6. März die österreichische Zustimmung dazu, daß die beiden Mächte eventuell sich gemeinsam von dem Londoner Protokoll lossagen könnten.

Die öffentliche Meinung und die mittelstaatliche Politik waren ganz eingenommen für die Interessen des Augustenburgers und begeisterten sich für die Herstellung eines neuen deutschen Einzelstaates. Die Herren von Beust, von der Pfordten, Hügel, Roggenbach und Dalwigk, auch der Herzog Ernst waren in eifrigster Tätigkeit für dieses Endziel. In seinem Eifer bemühte sich Herzog Ernst auch um die Intervention Napoleons zu Gunsten des Augustenburgers. Wie von selbst tauchte schon der Argwohn auf, daß Preußen die Annexion der Herzogtümer für sich anstrebe. Darüber erhitzte sich auch der König Maximilian von Bayern einmal sehr lebhaft. Er frug den preußischen Gesandten, Herrn v. Arnim, wie es damit stehe; der Gesandte antwortete wahrheitsgetreu, er wisse nichts darüber und glaube auch gar nicht an ein solches Abkommen; und auf des Königs weitere Frage, woher denn diese Gerüchte entsprungen, entgegnete Arnim recht gut: weil jeder unbefangene Beobachter doch sehen müsse, daß sie der Natur der Dinge selbst entsprächen. Darauf ließ der König das weitere Gespräch fallen.

Ganz sicher war, daß Preußen eine militärische Stellung in Schleswig und Holstein fordern mußte, ein größeres Recht, als ihm von der Bundesverfassung sonst gegeben war; denn Preußen hatte den Schutz der Herzogtümer zu leisten: das durfte nicht von dem guten oder bösen Willen eines neuen Herzogs von

Holstein abhängen. Von vorneherein war Bismarck klar, daß dieser Schutz am besten gewährleistet wäre durch die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen: diese blieb daher das stetig von ihm im Auge behaltene Ziel; er nannte sie „nicht den obersten und notwendigsten Zweck (das war die Befreiung Schleswig-Holsteins aus seinen jetzigen Verhältnissen), wohl aber das angenehmste Resultat". Konnte er dies nicht erreichen, dann hätte er sich auch mit dem Augustenburger Herzog von Schleswig-Holstein begnügt, wenn dieser die Garantien zu geben bereit war, die Preußen in seinem Großstaatsinteresse fordern mußte. Friedrich hätte diese Garantien von vorneherein möglichst entgegenkommend gewähren müssen; damit hätte er freilich einige Souveränitätsrechte zu Preußens Vorteil aufgegeben, aber damit Preußen auch an sich gebunden. Es war sein Unheil, daß er und seine Berater und Freunde sich dieser Einsicht verschlossen.

Zur Zeit war es Bismarck nur möglich, Schritt für Schritt Österreich vorwärts zu treiben. Er benutzte als Mittel zu diesem Zweck das Toben der aufgeregten Volksmeinung in Deutschland, aber auch die Eigenwilligkeit und Tatenlust der Mittelstaaten, die sich früher wohl von Österreich hatten leiten lassen, jetzt aber im Gefühl ihrer Macht als Bundesgenossen der öffentlichen Meinung verwöhnt und übermütig waren: der Hinweis auf diese Verhältnisse diente Bismarcks überlegener Diplomatie ganz vortrefflich.

Österreich und Preußen hatten schon am 28. Dezember 1863 die pfandweise Besetzung Schleswigs durch den Bund beantragt, um so die Aufhebung der neuen dänischen Verfassung für Schleswig zu erzwingen. Der Bundestag lehnte am 14. Januar 1864 den Antrag ab; darauf erklärten Preußen und Österreich, auf eigne Hand als Großmächte vorgehen und Schleswig als Pfand einstweilen besetzen zu wollen; sie verpflichteten sich untereinander, ohne ein gegenseitiges Einvernehmen in der Erbfolgefrage keinen weiteren Schritt zu tun, sie wollten gemeinsam unter sich die Zukunft der Herzogtümer vereinbaren (Vertrag vom 16. Januar 1864). Ein Ultimatum erging an Dänemark (16. Januar), das binnen 48 Stunden die Aufhebung der dänischen Gesamtverfassung forderte. Dänemark wies mit heftiger Entrüstung solche Zumutung zurück.

Da erhielt Feldmarschall Wrangel den Befehl vorzugehen. Ein österreichisches Heer rückte durch Schlesien heran; die Preußen

marschierten durch Hannover hindurch, das auf einige deutliche Winke die Erlaubnis dazu erteilt hatte; die anderen Regierungen fragte man gar nicht. Das preußische und österreichische Heer zählten nahezu 57000 Mann; die Österreicher befehligte Feldmarschalleutnant von Gablenz.

Man marschierte mitten durch die Bundestruppen in Holstein, die sich bei Kiel am 20. Januar sammelten. Am 1. Februar 1864 wurde die Eider überschritten. Strategisch waren die Leistungen im ersten Augenblick nicht sehr hervorragend; denn die Heerführung ist vielfach von den Berliner Anweisungen abgewichen, die Moltke gegeben hatte. Moltke hatte gefordert, den in den Schanzen des Danewerks stehenden Gegner dort nur zu beschäftigen und dadurch festzuhalten, mit der Hauptmacht östlich davon die Schlei zu überschreiten, und zwar weiter abwärts bei Arnis, nicht allein bei dem befestigten Missunde; dann wäre das dänische Heer umgangen und binnen wenigen Tagen verloren gewesen. Wrangel aber tat das Gegenteil: er berannte das Danewerk in der Front und ließ den Prinzen Friedrich Karl die Umgehung nur nebenbei und gerade bei Missunde versuchen. Friedrich Karls Angriff wurde am 2. Februar abgewiesen, während den Österreichern am 3. mit der Erstürmung des Königshügels vor dem Danewerk ein erster schöner Erfolg beschieden war. Als Wrangel sich endlich zur weiter östlich ausholenden Umgehung entschloß, war es zu spät. Die Dänen gaben das Danewerk rechtzeitig preis und retteten ihr Heer in die feste Düppelstellung. Wieder lieferten die nachsetzenden Österreicher der dänischen Nachhut ein glückliches Gefecht bei Oeversee (6. Februar).

Erst nach lästigen diplomatischen Weiterungen willigte die Wiener Regierung in eine nachdrückliche Fortsetzung des Krieges (Vertrag vom 6. März). Während man in Jütland vorrückte, wurde die Beschießung der Düppeler Schanzen vorbereitet; der vom Oberst von Blumenthal entworfene Plan, die Schanzenstellung von hinten zu bedrohen durch ein überraschendes Übersetzen nach der vorliegenden Insel Alsen, mußte nach längerem Hinzögern wegen des beginnenden stürmischen Wetters aufgegeben werden. Am 18. April gelang es dann, die nachdrücklich beschossenen Düppeler Schanzen im glänzendem Sturmangriff zu nehmen.

Nach den bisherigen Waffentaten der Österreicher war dies ein entscheidender Sieg der Preußen allein. Am 21. April kam

König Wilhelm selbst, um dem Heere seinen königlichen Dank zu überbringen. Man setzte den Kampf fort und besetzte Jütland bis zum Lymfjord; dann erst schloß man Waffenruhe, die bis zum 23. Juni erstreckt wurde.

Der Verlauf des Feldzuges war also ein glücklicher zu nennen; die Waffenbrüderschaft zwischen Österreichern und Preußen hatte sich bewährt. In Preußen durfte man in dem errungenen Erfolg eine Frucht der Heeresreform sehen, die Schlagfertigkeit und Schlachtentüchtigkeit der preußischen Truppen hatte sich aufs glänzendste gezeigt; trotzdem aber war der Kriegserfolg fortwährend begleitet von Äußerungen des populären Unwillens in Preußen über die Politik Bismarcks. Während das preußische Heer Siege erfocht, während Bismarck große diplomatische Erfolge davontrug, nannte ihn die öffentliche Meinung in Preußen einen Verräter an der nationalen Ehre, einen Diener ausländischer Interessen und warf ihm die schlimmsten Absichten vor.

Eine Zeitlang hatte ein böses Intermezzo während des Krieges gedroht, aus dem ein sehr ernstlicher Konflikt hätte hervorgehen können. Rein militärisch angesehen war die Stellung der deutschen Truppen zueinander eine sehr eigentümliche: die sächsischen und hannöverischen Truppen standen in Holstein, die preußischen und österreichischen kämpften in Schleswig, beide mit der Front gegen einen und denselben Feind. Aber Sachsen und Hannoveraner durften nicht nach Schleswig gehen, und Preußen und Österreicher hatten kein Recht, sich in Holstein aufzuhalten; ihr Durchmarsch war gegen das deutsche Bundesrecht geschehen, gegen den Willen der Sachsen und Hannoveraner. Zwischen beiden Teilen war die Stimmung eine sehr gereizte und feindselige geworden; wie leicht konnte daraus ein Streit, ein militärischer Konflikt entspringen? Wohl hatte man anfangs das sächsische Heer aufgefordert, sich unter preußischen Oberbefehl zu stellen; dann würde jede Gelegenheit zu einem militärischen Konflikt weggeräumt sein. Aber solche Anregung wurde abgelehnt. Bismarck bemerkte sehr freundlich dem sächsischen Gesandten: „wir hätten den wackeren Bundestruppen so gern einen Anteil an dem patriotischen und ruhmverheißenden Werke gegönnt“. Nein, die mittelstaatliche Politik zog es vor, die eigenen Truppen untätig der Kriegsarbeit der preußischen und österreichischen Kameraden zusehen zu lassen. Im Feldzug mußte Preußen auf der Ein-

räumung von Etappenstraßen durch Holstein bestehen, es war die natürliche Folge aus der geographischen Lage, wobei es nicht ohne Reibungen, nicht ohne Klagen und Beschwerden abging. Deshalb schickte König Wilhelm im Februar den General von Manteuffel nach Dresden und Hannover, der als ein ausgesprochener Reaktionär persönlich dort sehr beliebt und gut angeschrieben war. Besonders in Dresden hatte seine Sendung Erfolg, er glättete die militärischen Schwierigkeiten in Holstein und brachte alles auf einen leidlichen und erträglichen Fuß.

Allerdings die politischen Gegensätze schwanden keineswegs. In Holstein wurde die Augustenburgische Agitation fortwährend durch die Organe des Bundes und der Exekutionsarmee begünstigt, während man in Schleswig keine Äußerung zu Gunsten des Augustenburgers duldete.

Es war mittlerweile im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens eine europäische Konferenz nach London zusammengekommen und am 25. April eröffnet worden. England hatte zuerst scharf und grob gedroht, die Aufrechterhaltung des Londoner Protokolls gefordert, war aber seit den deutschen Siegen über die Dänen schon herabgestimmt. Vielfach war in England und sonst in Europa die Anschauung vorhanden, daß hier zwei große Kerle über ein kleines Männchen hergefallen wären und daß die anderen Mächte dem Kleinen helfen müßten; andererseits blieb die Sympathie mit der deutschen Nationalität nicht ganz ohne Kraft. Napoleon befand sich in einer eigentümlichen Lage; zum Teil unterstützte er das deutsche Auftreten gegen die Dänen, denn er hoffte auf Kompensationen für sich, und er hielt die Engländer bei der Neutralität fest.

Die beiden Mächte England und Frankreich hatten die Konferenz durchgesetzt. Hier erschien als Vertreter des Deutschen Bundes Herr v. Beust, der sich sehr groß dünkte und so tat, als ob er die deutschen Interessen zu vertreten nach London geschickt wäre. Beust forderte Aufhebung des Londoner Protokolls, Anerkennung des Herzogs Friedrich als Herzogs von Holstein und Schleswig; er überreichte eine große dahingehende Adresse deutscher Abgeordneter.

Bismarck erklärte in seiner Note vom 15. Mai, daß das Londoner Protokoll jetzt auch für Preußen hinfällig geworden sei; jetzt, nachdem preußisches Blut geflossen, könne Preußen sich

nicht mehr an die früheren Verträge gebunden erachten. Graf Bernstorff, Preußens Vertreter in London, hatte der Konferenz diese Grundsätze schon am 12. Mai vorgetragen und schlug nun am 17. im Namen der deutschen Großmächte vor, daß man die sicherste Garantie in der Trennung der politisch selbständigen Herzogtümer von Dänemark zu sehen habe, wobei er die dynastische Frage klug in Bismarcks Sinn zurückstellte; die Dänen wiesen den Gedanken sofort ab, auch für den Fall, daß ihr König zugleich Herzog in den abgetrennten Landen sein sollte. So war durch Dänemark selbst die Personalunion, auf die Bismarck sich vorläufig mit Österreich hatte einigen müssen, um dies festzuhalten, zu Falle gebracht. Daß er seine Gegner genau kannte und richtig beurteilte, bewies er hier in unzweideutiger Weise; der Einrede Europas begegnete er eben durch dies Verfahren von vornherein.

England schlug einen Mittelweg durch Teilung der Länder vor; Österreich und Preußen erklärten, daß nach Ablehnung aller anderen Vorschläge das Beste die Anerkennung des Herzogs Friedrich sein würde, dessen Erbrecht vom Bundestag, vom deutschen Volke, von der schleswig-holsteinschen Bevölkerung als das relativ beste angesehen würde — ob auch von der preußischen Regierung, darüber freilich schwieg sich Bismarck völlig aus. Die Konferenz nahm bei der Abstimmung am 28. Mai diesen Vorschlag ebensowenig an, wie den englischen, und so war Bismarck auch nicht länger an ihn gebunden. Nach einigen letzten Ausgleichsversuchen, bei denen England ein Schiedsgericht vorschlug, löste sich die Konferenz am 25. Juni auf, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben.

Für Bismarck war dieser Ausgang der europäischen Konferenz ein großer Erfolg, denn jetzt hatte er die Hände frei; durch seine diplomatischen Manöver war die Einmischung Europas in den dänisch-deutschen Streit abgewendet worden, besonders da ja die preußische Diplomatie in London sehr friedliebend und vorsichtig zurückhaltend verfahren war.

Sehr gespreizt und selbstbewußt war in London Herr von Beust aufgetreten; lächerliche Zeugnisse seiner Großmannssucht sind seine Londoner Berichte, die in ihrem Ton gegen die Großmächte geradezu beleidigend waren. Er forderte jetzt schleunige Anerkennung Augustenburgs und die Kriegserklärung des Bundes gegen Dänemark. In gewissem Sinne war es eine Antwort darauf, daß Prinz Friedrich Karl Rendsburg aus Anlaß einer Soldaten-

prügelei am 21. Juli durch preußische Truppen besetzen ließ, während die sächsische Besatzung abziehen mußte. Spätere Entschuldigungen machten den Vorgang nicht ungeschehen; man versteht sehr wohl das Gefühl der Kränkung, das die wackeren sächsischen Soldaten erfüllte: das verdankten sie eben der Politik ihres Ministers Beust.

Ein kurzer Waffengang vollendete das begonnene Werk. Der Oberbefehl war von dem alten Wrangel auf den Prinzen Friedrich Karl übergegangen. Nachdem die Waffenruhe abgelaufen war, rückten die österreichischen und preußischen Heere wieder vor. General Herwarth von Bittenfeld führte am 29. Juni die Preußen über den Alsensund hinüber, besetzte Alsen und scheuchte die Dänen nach Fünen. General Gablenz und General Vogel von Falckenstein drangen siegreich in Jütland weiter vorwärts und hatten bald das ganze Land bis Kap Skagen in Besitz (13. Juli). Die Herzogtümer und Jütland waren den Dänen verloren, Fünen bedroht, das Königreich in Gefahr auf Seeland, Falster und Laland beschränkt zu werden.

In Dänemark schlug daher die Stimmung um; niemand wollte den Dänen helfen, sie mußten den Frieden von ihren Siegern erbitten. Die Verhandlung begann der Minister Bluhme am 12. Juli; es wurde ein Waffenstillstand am 18. Juli vereinbart, am 1. August kamen die Präliminarien zustande und am 30. Oktober wurde der Friede in Wien unterzeichnet. Dänemark trat sein Recht auf Schleswig-Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen ab und erklärte sich mit ihren weiteren Verfügungen über die Herzogtümer seinerseits einverstanden; nur über die nördlichsten Bezirke von Schleswig sollte später noch einmal eine Volksabstimmung entscheiden. Die Herzogtümer sollten den Siegern die Kriegskosten ersetzen und eine Summe von zwanzig Millionen Talern sollte ihre Quote an der dänischen Staatsschuld betragen.

Es war ein ungeahnter Ausgang des Krieges. Schleswig und Holstein waren zweifellos für Deutschland gewonnen; die Befreiung dieser Länder war lange der Wunsch der deutschen Patrioten gewesen. Bismarck hatte sie erzielt, Österreich hatte dabei geholfen. Man sieht nicht recht ein, weshalb Österreich diese Hilfe geleistet: vielleicht wollte Österreich durch das Bündnis Bismarck binden, ihn auf seinem Wege aufhalten?

Die Verfügung über die Herzogtümer hatten jetzt Österreich und Preußen in ihrer Hand; sie allein hatten über deren Zukunft zu entscheiden. Es war sicher, daß Bismarck sich von Unbeteiligten in diese Angelegenheit nicht würde hineinreden lassen. An der Frage über die Zukunft der Herzogtümer trennten sich aufs neue die Wege Österreichs und Preußens; sie bot Bismarck einen sehr willkommenen Anlaß, seine Gedanken einer deutschen Bundesreform zu verwirklichen und die definitive Ausscheidung Österreichs aus Deutschland herbeizuführen.

Siebentes Kapitel.

Diplomatische Verhandlungen 1864—1866.

Der kurze Krieg gegen Dänemark hatte schöne Früchte erzielt, Holstein war schon Ende 1863 von den deutschen Truppen im Auftrage des Deutschen Bundes besetzt, Schleswig durch Preußen und Österreich im April 1864 erobert. Die weitere Kriegführung, welche auch Jütland unterwarf und die dänischen Inseln bedrohte, hatte nur den Zweck die Dänen mürbe zu machen: auch dies wurde erreicht.

Wie anders waren diese Ereignisse verlaufen als 1848! Auch 1848 hatte die deutsche Tapferkeit die Dänen besiegt; dann aber hatte die Einmischung Europas den Deutschen ihre Erfolge wieder aus den Händen gewunden. Dies stand jetzt anders. Denn 1864 hatte Bismarcks Staatskunst es verstanden, die wiederum drohende europäische Einmischung mattzusetzen: Österreich focht an Preußens Seite, Rußland war seit 1863 als freundlich gesinnter Bundesgenosse Preußens gewonnen, England und Frankreich, die auf der Londoner Konferenz diplomatisch durch Bismarck überwunden waren, wurden zu ruhigem Zusehen der deutschen Siege vermocht. So endete das ganze Unternehmen mit der Abtretung der Herzogtümer Schleswig und Holstein an Preußen und Österreich, ohne daß die anderen Großmächte Einsprache erhoben.

Zwischen Österreich und Preußen war die Einhelligkeit des Handelns gegenüber dem Deutschen Bunde, gegenüber Dänemark und gegenüber dem Auslande aufrecht geblieben. Durch den Vertrag vom 16. Januar 1864 hatten sie sich gegenseitig an eine Vereinbarung über die Zukunft der Herzogtümer gebunden; sie

waren sich schon kurz nachher klar geworden, daß sie eventuell von der Anerkennung des Londoner Protokolls sich lossagen dürften. Der Fall war am 12. Mai auf der Londoner Konferenz eingetreten; man hatte dort am 17. Mai den Antrag auf staatliche Trennung der Herzogtümer von Dänemark gestellt, der den Gedanken der Personalunion noch immer in sich schloß und von Österreich auch nur in diesem Sinne aufgefaßt war; aber nachdem die Dänen diesen Antrag abgelehnt hatten, war die Loslösung der Herzogtümer aus der dänischen Verbindung das Ziel der preußischen und österreichischen Politik. Es wurde damit dringend, daß die beiden eine Entschließung über die Zukunft der befreiten Länder unter sich faßten.

Bismarck hatte in Wien mehrere Möglichkeiten vorgelegt: die Einsetzung des Augustenburgers, aber nur unter Garantieen für sein zukünftiges Verhalten, oder die Zulassung des Herzogs von Oldenburg, der ebenfalls Erbrechte angemeldet hatte, oder die Annexion an Preußen. Er hatte dabei betont, daß man sich nur im vollen Einvernehmen mit Österreich für eine der drei Eventualitäten entscheiden würde. Die Idee der preußischen Annexion lag ja in der Luft, und sie entsprach am besten der Natur der Dinge.

Österreich hatte 1864 anfangs jede Erklärung vermieden, dann aber neigte es sich angesichts der Möglichkeit einer preußischen Annexion schon im Mai der Erbfolge des Augustenburgers zu. Auf Preußens Vorbehalte oder Garantieen legte es dabei kein Gewicht; im Mai ließ es den Augustenburger sogar indirekt warnen: wenn er auf die Hilfe der Österreicher zählen wolle, so dürfe er sich nicht durch Separatverträge einseitig zu Gunsten eines anderen Staates binden, womit natürlich nur auf Preußen gezielt war. Österreich also intriguierte schon im Mai gegen seinen preußischen Alliierten. Es hatte sich bis dahin den Mittelstaaten und dem ganzen Sturm der populären Anschauungen widersetzt. Jetzt nahm es wie jene anderen das Recht des Augustenburgers als gegeben und begründet an; und je mehr Bedenken Preußen gegen den Augustenburger aussprach, destomehr schien Österreich in Liebe zu ihm zu entbrennen. Es zog sich also von dem Zusammengehen mit Preußen zurück; indem es wiederum an die Seite der gegnerischen Mächte, der in Deutschland gegen Preußen arbeitenden Tendenzen trat, kehrte es

wieder um zu seiner früheren Haltung, zur Unterstützung der Mittelstaaten.

Für Bismarck aber stand fest, daß die dynastische Frage, d. h. die Einsetzung dieses oder jenes Fürsten in Schleswig-Holstein, nur in voller Übereinstimmung mit den preußischen Interessen entschieden werden durfte. Im Mai 1864 hatte er eine dahinzielende Erklärung in Wien, aber auch bei anderen deutschen Staaten z. B. in Sachsen, abgegeben; von diesem Axiom ließ er sich durch nichts wieder abbringen. Die Berücksichtigung der preußischen Interessen, die Unterordnung Schleswig-Holsteins unter die preußische Politik wollte Bismarck auf alle Fälle gesichert haben, ehe er sich für irgend einen Kandidaten als künftigen Herzog aussprach. Er hegte ein gewisses Mißtrauen gegen die Persönlichkeit des Augustenburgers, und das war bei ihm begreiflich, da er es ja gewesen, der 1852 über die Abfindung und Entschädigung mit dem alten Herzog verhandelt hatte; danach war er wohl berechtigt, in die Zuverlässigkeit ihrer Abmachungen nicht allzuviel Vertrauen zu setzen.

Im deutschen Volke herrschte, wie schon hervorgehoben, die größte Begeisterung für das Recht des Augustenburgers, für den hunderte von Erklärungen aus den einzelnen deutschen Ländern erfolgten. Daß Bismarck seiner Einsetzung widerstand, erbitterte und erzürnte aufs heftigste. Für Bismarck gab es keinen anderen Rechtsboden, als das im Londoner Protokoll festgestellte Erbrecht, das der dänische König im Friedensschlusse an Österreich und Preußen abgetreten hatte: damit waren Preußen und Österreich die legitimen Eigentümer geworden, woran nach Bismarcks Ansicht jetzt nichts mehr geändert werden konnte. Wenn er dennoch der Einsetzung des Augustenburgers aus Opportunitätsgründen zustimmen sollte, dann mußte der neue Herzog jedenfalls an Preußen Einräumungen machen: Militärverträge, Abtretung der Festungen, des Hafens von Kiel und dergleichen mehr.

Am 1. Juni 1864 besprach Bismarck die Sache mit dem Prätendenten selbst. Es war die Zeit, wo dessen Chancen am günstigsten standen, wo Preußen und Österreich die Möglichkeit seiner Einsetzung vor der Konferenz zur Erörterung gebracht hatten (28. Juni), wo Bismarck augenscheinlich ernstlicher denn je mit ihm rechnen mußte. Prinz Friedrich aber wußte die Gunst der Stunde nicht zu benutzen, er trat Bismarck mit dem

Mißtrauen und wohl auch mit der Geringschätzung gegenüber, die in seinen Kreisen herrschten. Mit der Rückendeckung durch Österreich, die Mittelstaaten und die öffentliche Meinung fühlte er sich seiner Sache nur zu sicher. Auch der Kronprinz von Preußen war für ihn eingenommen, er gehörte zu seinen persönlichen Freunden, selbst auf König Wilhelms Sympathieen hatte er bisher rechnen können. Alles dies verblendete und betörte des Augustenburgers Sinn. Er trat sehr ungeschickt auf, ja er ließ sich zu der Äußerung hinreißen, die Herzogtümer hätten die Preußen nicht gerufen und ohne sie hätte der Bund die Befreiung leichter und bedingungslos bewirkt. Bismarck wurde seit diesem Gespräch nur entschiedener in seinem Widerspruch gegen den Augustenburger Herzog von Holstein bestärkt.

Während in den Herzogtümern selbst Uneinigkeit und Hader herrschten, die meisten öffentlichen Äußerungen aber die Autonomie des Landes, auch gegenüber Preußen, betonten und die Augustenburger Intriguen eifrig arbeiteten, traten in Preußen im Laufe des Jahres 1864 die Ansichten derjenigen Leute immer mehr hervor, welche als den einzig verständigen Abschluß die preußische Annexion ansahen. Eine Adresse der preußischen Konservativen, geführt vom Grafen Arnim-Boitzenburg, bat den König damals um die Trennung der Herzogtümer von Dänemark, entweder als eines selbständigen Staates unter Preußens Schutz oder als eines Teiles des preußischen Staates. Jedoch die liberale Opposition in Preußen entbrannte in womöglich noch heftigerem Zorne gegen Bismarck, da sie ganz die Partei des Augustenburgers ergriffen hatte; nur wenige Stimmen waren damals vernünftig, unter denen sich auch die Mommsens befand, der sich zu Gunsten der preußischen Annexion äußerte. Vor allen trat der jugendliche Heinrich von Treitschke mannhaft für die Sache Preußens auf; er war der erste, der sich öffentlich für Bismarck trotz dessen Gegnerschaft gegen den Liberalismus aussprach.

Der Konflikt in Preußen zeitigte die übelsten Folgen, das Bild des preußischen Landtages wurde immer häßlicher.

Die Regierung beeilte sich mit der Neuberufung des im Januar 1864 geschlossenen Landtages nicht; erst zum verfassungsmäßig gebotenen Termin, im Januar 1865, wurde die neue Session eröffnet. „Es ist mein dringender Wunsch,“ so sagte König Wilhelm in der Thronrede, „daß der Gegensatz, welcher in den

letzten Jahren zwischen meiner Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet hat, seine Ausgleichung finde. Die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden dazu beigetragen haben, die Meinungen über das Bedürfnis der verbesserten Organisation des Heeres, die sich in einem siegreichen Kriege bewährt hat, aufzuklären." Der Minister des Innern Graf Eulenburg meinte, der Landtag solle sein Budgetrecht durch Abstriche an anderen Posten erproben, dann würde man sehen, daß die Regierung das Recht des Landtages achte; nur das Heeresbudget sei für eine derartige Kraftprobe ungeeignet. Alles half nichts, der Landtag beharrte wie Shylock auf seinem Schein.

Sehr verworren und sehr seltsam wurde seine Haltung zur Herzogtümerfrage. Ein Antrag von Michaelis forderte die schleunige Regelung der Verhältnisse Schleswig-Holsteins nach Maßgabe seiner unlöslichen Verbindung mit Preußen; er fiel. Wagener von der konservativen Partei trug auf Einverleibung an; auch dies wurde verworfen. Herr v. Carlowitz und andere betonten, man solle für die Erwerbung des Kieler Hafens und Schließung eines Flotten-Vertrages sich äußern; auch dies wurde abgelehnt. Die Mehrheit wollte nichts anderes als Bismarck stürzen: dieser Gedanke überwog alle anderen Erwägungen. Es wurde überhaupt gar kein Beschluß vom Landtag in dieser wichtigen, Preußens und Deutschlands Zukunft entscheidenden Frage gefaßt. Soweit ging die Zerklüftung der Parteien, so sehr herrschte das Interesse der Parteien über alle patriotischen Motive.

Die nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten wurde verweigert, der Plan der Flottengründung, der Ausdehnung der preußischen Bank über Deutschland verworfen; natürlich kam ebensowenig das preußische Heeresbudget zu stande. Die budgetlose Regierung dauerte fort.

Die Details dieser Debatten bieten heute nur noch geringeres Interesse. Viele Zeit wurde durch die gegenseitigen Beleidigungen ausgefüllt, zwischen Bismarck und Virchow, Roon und Gneist. Bismarck forderte Virchow zum Duell heraus, Virchow aber lehnte die Herausforderung ab. Die städtischen Wahlen pflegten nicht bestätigt, die liberalen Beamten pflegten schikaniert zu werden. Die Feier der 50jährigen Vereinigung der Rheinprovinz mit Preußen verlief sehr lau und frostig, dagegen wurde das Abgeordnetenfest am Rhein mit allem Gepränge und Lärmen be-

gangen, besonders da es von der Regierung verboten worden. Bei der großen Verstimmung, die sich der weitesten Kreise bemächtigt, wurde die Lage immer unerträglicher; die fremden Beobachter wurden an der Loyalität des preußischen Volkes irre, wobei man sich wunderte, daß die wüsten Debatten und ihre Nachspiele nicht schon zu Tumult und Aufruhr hingeführt hätten.

Bismarck ging seinen Weg weiter, völlig ungestört durch die inneren Wirren, da der innere Konflikt den Erfolgen seiner Diplomatie gar nichts schadete, vielleicht ihr sogar nützlich war; denn die Blindheit Österreichs wäre doch sonst kaum zu erklären. Zwischen den Verbündeten handelte es sich darum, festzustellen, was aus den von Dänemark abgetrennten Herzogtümern gemacht werden sollte; lebhaft wurde im Herbst 1864 darüber verhandelt. Zwar wurde die Einmischung des Deutschen Bundes, welche Herr v. Beust beabsichtigte, zurückgewiesen, aber Österreich, das sich seit dem Mai dem mittelstaatlichen Standpunkt angenähert hatte, würde doch eine provisorische Verwaltung durch drei Kommissare, die durch Österreich, Preußen und den Deutschen Bund zu ernennen wären, zugelassen haben; dagegen protestierte Bismarck. Im August 1864 fand eine persönliche Konferenz der Fürsten in Schönbrunn bei Wien statt; Kaiser Franz Josef und König Wilhelm, die beiden Minister Rechberg und Bismarck tauschten die herzlichsten Erklärungen aus über den hohen Wert, den beide Teile ihrem Bündnis beilegten, aber bindende Abmachungen in den praktischen Fragen erfolgten nicht. Wenn Österreich, das doch auch seinen kriegerischen Aufwand nicht umsonst gemacht haben wollte, meinte, für die Herzogtümer die Abtretung der schlesischen Grafschaft Glatz und vielleicht sonst einiger Grenzbezirke, und dazu die Garantie seines Gesamtstaates, also auch Venetiens durch Preußen erlangen zu können, so zeigten sich König Wilhelm und Bismarck gegen solche Andeutungen taub. Infolgedessen glitt Österreich immer mehr auf die mittelstaatliche Seite hinüber und zeigte immer deutlicher seine Neigung für den Augustenburger.

Am 29. November forderte Bismarck, da die Okkupation durch die Bundestruppen jetzt gegenstandslos geworden sei, so sollten die Hannoveraner und Sachsen Holstein räumen. Da Sachsen darin eine Beleidigung seiner Ehre sah, so sträubte sich Beust aufs heftigste dagegen; er erhob allerlei Anstände, und es kam

bis hart an die Möglichkeit eines militärischen Zusammenstoßes zwischen Preußen und Sachsen. Endlich fügte sich Beust der vermittelnden österreichischen Zurede, indem die preußische Forderung in die schonende Form eines Bundesbeschlusses gekleidet wurde; der Bundestag erklärte, wie Österreich und Preußen verlangten, die Exekution für erledigt, und Sachsen zog seine Soldaten zurück. Die Verwaltung in den beiden Herzogtümern ging über an zwei Kommissare, den österreichischen Baron von Halbhuber und den preußischen Freiherrn von Zedlitz, die eine gemeinschaftliche Verwaltung einführten: das „Kondominat" wurde als Provisorium eingerichtet.

Es hatten seit dem November 1863 die juristischen Fakultäten von 16 deutschen Universitäten das Erbrecht des Augustenburgers anerkannt, aber außerdem hatte noch der Herzog von Oldenburg seine Erbansprüche angemeldet. Daneben regten sich noch andere Gelüste, selbst Preußen kam heraus mit Dokumenten aus dem 16. Jahrhundert, welche seine Erbansprüche auf einzelne Teile nachweisen sollten. Offiziell stand Preußen auf dem Boden, den Bismarck schon mehrfach bezeichnet hatte, nämlich, daß der dänische König das bessere Recht gehabt, welches Recht er jetzt an Preußen und Österreich weiter gegeben hätte. Die preußischen Kronsyndici urteilten, der Anspruch des Augustenburgers sei durch den Verzicht von 1852 abgetan, wodurch sie also nicht unglücklich der Bismarck'schen Politik sekundierten. In Lauenburg verlangte die Ritterschaft die preußische Annexion; ihre Adresse wurde huldvoll angenommen.

Österreich konnte für sich natürlich von dem gemeinsamen Erwerb nichts wollen; für Österreich war der Eigentumstitel auf Schleswig-Holstein nur ein Tauschobjekt: es wollte im gleichen Schritt mit Preußen irgendwelche territoriale Erwerbungen an anderer Stelle ernten.

Bei der Haltung Preußens ging Österreich mehr und mehr auf die bundesrechtliche Anschauung ein und erklärte ausdrücklich (12. November 1864), daß kein Vasallenstaat Preußens, sondern nur ein völlig selbständiger Bundesstaat geschaffen werden dürfe; die vorgebrachten oldenburgischen Ansprüche wurden energisch verworfen, dafür aber das Einverständnis mit der Einsetzung des Augustenburgers verkündet. Bismarck blieb dabei (13. Dezember), daß vorher die zukünftige Stellung des neuen Herzogs zu Preußen

geregelt sein müsse: er wollte mit den Herzogtümern heraus aus der beengenden Bundesfessel, Österreich wollte sie nur fester schmieden. Indessen saß der Erbprinz in Kiel und agitierte ungehindert im Lande. Verschiedene Versammlungen in den Herzogtümern sprachen sich dahin aus, daß Schleswig-Holstein autonom bleiben, daß alle Konzessionen an Preußen erst vom schleswig-holsteinischen Landtage bewilligt werden müßten; so hieß es z. B. am 26. Februar 1865 auf der Rendsburger Versammlung. Man nannte den Erbprinzen Friedrich stets nur „Herzog“, man sprach von „herzoglichen Ministern“ u. dergl.

Bismarck hatte am 22. Februar 1865 die festen Punkte, die er als Mindestforderungen ganz unbedingt in jedem Falle für Preußen verlangte, bezeichnet, und zwar jetzt erheblich schärfer als er sie im Jahr zuvor dem Augustenburger gestellt hatte; nur wenn Prinz Friedrich auf sie einginge, würde Preußen ihm die Herrschaft einräumen. Es waren: Abtretung von Düppel, Sonderburg und Friedrichsort am Kieler Hafen, Bau und Verwaltung des Nordostseekanals durch Preußen, Besatzung in Rendsburg, Unterordnung von Heer und Flotte unter Preußen, Fahneneid für den König von Preußen, Anschluß an den Zollverein, Auslieferung von Post und Telegraphie an Preußen.

Österreich stand schon dem Grundgedanken, auf dem diese Forderungen beruhten, entgegen und dachte nicht daran, für eine Veränderung der Bundeseinrichtung im ganzen an dieser Stelle einen Präcedenzfall zu schaffen; es lehnte am 5. März die preußischen Forderungen ab: auf dieser Grundlage sei keine Einigung möglich. Prinz Friedrich seinerseits machte Einwendungen (31. März), er steifte sich auf sein Erbrecht, beanstandete die meisten Punkte und hielt die Zustimmung des schleswig-holsteinischen Landtags, die er schon früher gefordert, für selbstverständlich und nötig. Eine deutliche Kundgebung von preußischer Seite war die am 24. März 1865 verfügte Verlegung der Marinestation von Danzig nach Kiel, die trotz allen Widerspruchs festgehalten wurde.

Dafür kamen Österreich und der Bund einander immer näher. Als der Bund in der Annahme eines bayrisch-sächsischen Antrages (6. April) die vertrauensvolle Erwartung aussprach, daß die Großmächte die Verwaltung Holsteins dem Prinzen von Augustenburg übertragen würden, da erklärte sich Österreich gern bereit,

während Preußen davon nichts wissen wollte. Es drohte im Frühjahr 1865 ein gründlicher Bruch unter den deutschen Mächten.

Noch einmal machte Bismarck in dieser Lage einen Versuch. Er verlangte plötzlich die Stände von Schleswig-Holstein einzuberufen (17. April); Österreich stimmte zu (27. April), aber mit Klauseln, die für Preußen schwerlich annehmbar waren; Bismarck warf in seiner Antwort schon den Gedanken des allgemeinen Wahlrechts hin, vor allem forderte er die Entfernung des Augustenburgers vor der Vornahme der Wahlen. Der Weg bis zu diesen war somit noch weit, aber es war so noch einmal für kurze Zeit die Entscheidung vertagt, die Krisis aufgeschoben.

Die Agitation in den Herzogtümern bereitete aber den preußischen Zielen immer größere Schwierigkeiten; ganz besonders in Holstein wuchs die partikularistische Strömung. Die Fäden zwischen den deutschen Liberalen, der preußischen Opposition, dem Nationalverein und den Vereinen in Schleswig-Holstein waren eng verknüpft, alles war gestimmt auf den Widerstand gegen Preußen. Die augustenburgische Nebenregierung in Holstein leitete das Ganze und Österreich begünstigte dieses Treiben.

Darauf eröffnete Bismarck ein weiteres Vorpostengefecht. Nachdem Monate lang schon Verhandlungen gepflogen waren, heischte er kategorisch die Ausweisung des Prinzen Friedrich aus Holstein. Die Reibungen zwischen den Kommissaren der beiden Mächte begannen sich immer stärker und unangenehmer fühlbar zu machen. Am 6. Juli feierte Holstein den Geburtstag des Augustenburgers. Die Universität Kiel beging das Fest, wie sonst die deutschen Universitäten den Geburtstag ihres Landesherrn zu begehen pflegen. Österreich leistete überall Vorschub und Beihilfe; als Herr v. Zedlitz am 25. Juli zwei Literaten ausweisen ließ, Moses May und Julius Freese, protestierte Herr v. Halbhuber dagegen. Österreich suchte sich in allen Stücken durch Begünstigung des Augustenburgers populär zu machen. Es war durchaus nicht im Zweifel gelassen worden über den Ernst der preußischen Auffassung. Preußen war sich klar darüber, daß es sich nur noch auf zwei Lösungen einlassen könne: die Erfüllung der Februarbedingungen bei Errichtung eines selbständigen Staates oder Annexion der Herzogtümer durch Preußen; vom Vorteil der letzteren Lösung war man in Berlin überzeugt. Daß

dieser Versuch den Krieg mit Österreich herbeiführen könnte, das verbarg man sich keineswegs.

Die prinzipielle Auseinandersetzung darüber war besonders klar in einem preußischen Ministerrate vom 29. Mai 1865 geführt worden. Alle Schwierigkeiten wurden allseitig erwogen. Bismarcks Erörterungen führten zur Forderung der Annexion, wobei er den Krieg natürlich fest ins Auge fassen mußte. Leidenschaftlich widersprach ihm der Kronprinz; er sagte, es würde ein Bruderkrieg werden, der zur Zerfleischung Deutschlands, zur Einmischung der Fremden hinführen würde; er erläuterte dabei sehr optimistisch die Haltung seines Augustenburger Freundes: er sei durchaus preußisch gesinnt und zur Annahme der Februarbedingungen bereit. Sofort widerlegte den Kronprinzen der Minister Graf Eulenburg, indem er die Augustenburger Erklärung vom 31. März anzog. Der König wollte sich noch nicht im Augenblick entscheiden. Das aber konnte nicht fraglich sein, daß er seine persönlichen Gefühle der Freundschaft für Österreich zuletzt durch sein preußisches Staatsgefühl überwinden würde: dies durfte Bismarck sicher erwarten.

Am 30. Juni wendete sich der König direkt in einem Briefe an die Freundesgefühle des österreichischen Kaisers; die Antwort war farblos, natürlich für Augustenburg. Eine neue Wendung brachte Bismarck in die Verhandlung mit dem Vorschlag (3. Juli), Österreich solle den Augustenburger fallen lassen und sein Recht auf die Herzogtümer dem Oldenburger abtreten, da doch Preußen nach allem bisher Vorgefallenen den Augustenburger als Herzog nimmermehr annehmen würde. Auf diesen Schachzug Bismarcks aber ging Österreich nicht ein. Am 11. Juli richtete Preußen Vorstellungen nach Wien hin, die fast schon wie ein Ultimatum klangen: es forderte entschieden Berücksichtigung seiner Interessen, sonst würde es auf jede Gefahr hin seine Maßregeln einseitig ergreifen. Die Antwort Österreichs war noch unbefriedigender als alle früheren. Die von Bismarck damals befragten militärischen Autoritäten erklärten alle, das preußische Heer sei in jeder Minute schlagfertig zum großen Kriege gegen Österreich: in Preußen war alles bereit, die Entscheidung stand, wie es schien, jetzt bevor.

Bismarck hatte von Anfang an die europäische Lage für seine Politik als maßgebend angesehen; ihm lag an der Volksstimmung in Deutschland und Dänemark viel weniger, als an

der Haltung der europäischen Großmächte: diese für seine Lösung der Frage günstig zu stimmen, ihrer Einsprache zu begegnen, darauf war sein Augenmerk gerichtet. Rußland stand, wie wir wissen, von vornherein auf preußischer Seite, seit 1863 war ein festes Verhältnis zu ihm gewonnen, wie es mit der Geschichte, mit der Tradition von Preußen und Rußland und mit den persönlichen Gefühlen der beiden Monarchen übereinstimmte. Dies war für Bismarck der Ausgangspunkt für seine ganze diplomatische Aktion.

Auch das gute Verhältnis zu Kaiser Napoleon war sehr wichtig. Meisterhaft ist geradezu die Behandlung zu nennen, die Bismarck seit 1862 Napoleon hatte widerfahren lassen. Napoleon hatte ja mehrfach sich schon vor Bismarcks Amtsantritt Preußen genähert und seine Mitwirkung angeboten, der König aber hatte niemals seine Scheu und seine Abneigung vor dem Parvenu vollständig überwunden. Zwischen Bismarck und jenem waren die Beziehungen von Anfang an viel freundschaftlicher; mehrfach forderte Napoleon geradezu zur Annexion der Herzogtümer auf. Die guten Beziehungen zu Österreich waren für ihn immer zweifelhafter, ein Gewinn aus ihnen blieb ihm fraglich. Im Jahre 1864, als Lord Palmerston die Dänen unterstützen wollte, sogar mit Krieg drohte zum Schutze Dänemarks, hatte er sich geweigert mitzugehen, damit die englische Kriegsstimmung gebunden und das Stillstehen der Engländer verursacht. Im Jahre 1865 wurde seine Miene noch freundlicher. Er suchte Preußen direkt zur Annexion Schleswig-Holsteins anzuspornen und zu entschlossenem Vorgehen anzutreiben; wenn es darüber zum Bruch zwischen Österreich und Preußen kommen sollte, so war ihm das erst recht angenehm, denn er hegte dabei die stille Hoffnung auf territorialen Gewinn für Frankreich. Er betrachtete Italien als seinen Vasallen, den er zum Angriff auf Österreich wegen Venedigs in jedem Augenblick loslassen könnte. Als territorialen Gewinn dachte er sich Stücke der Rheinlande oder Luxemburgs oder der Pfalz mit Landau. Wenn derartiges gesprächsweise öfter berührt worden war, so hatte die preußische Diplomatie dabei immer Einwendungen gemacht, die Schwierigkeiten betont, das Gespräch abgebrochen und die Antwort auf später verschoben, aber niemals waren die Fäden zwischen Bismarck und Napoleon völlig zerrissen. Diese Gespräche geschahen zwischen dem Kaiser und dem preußischen Vertreter Grafen Goltz in

Paris und andererseits zwischen Bismarck und dem französischen Vertreter Benedetti in Berlin gleichzeitig nebeneinanderher. Das Verhältnis zu Napoleon war sehr vorsichtig zu behandeln, Bismarck durfte sich weder kompromittieren noch fest binden lassen, aber es gewährte doch dem preußischen Auftreten gegenüber Österreich eine Unterstützung. Im Juli 1865 schien Bismarck der wohlwollenden Neutralität Frankreichs ohne jede Kompensation sicher zu sein, er drängte daher zu festeren Garantien, zu einem Neutralitätsvertrag mit Frankreich, und nach der andern Seite wünschte er von Italien genaue Auskunft über dessen Stellungnahme bei einem preußisch-österreichischen Kriege.

Auf der Reise von Karlsbad nach Gastein hielt am 21. Juli König Wilhelm in Regensburg einen großen Ministerrat ab. Bismarck schien jetzt den Schlag gegen Österreich führen zu wollen, er suchte Bayern zu locken und sagte am 23. Juli dem Minister von der Pfordten: es stehe ein Duell bevor zwischen Österreich und Preußen; Bayern und die anderen Mächte möchten in dem Waffengange neutral bleiben.

Aber auch dies Kriegswetter zog noch einmal vorüber. Der König von Preußen war sehr friedlich gesinnt, noch immer zu allen Rücksichten auf Österreich bereit, er zögerte anzufangen. Für Bismarck erfüllten sich die auf Frankreich und Italien gesetzten Hoffnungen nicht, denn vor die entscheidene Frage gestellt zeigte sich das eine unzuverlässig, das andere mißtrauisch und unentschlossen.

Dem gegenüber befand sich Österreich nach Schmerlings Sturz (Juli 1865) in einer Zeit neuer innerer Umbildung und damit in viel zu schwierigen Verhältnissen, um es auf eine kriegerische Entscheidung wagen zu wollen. So drängte noch einmal alles zu friedlichem Ausgleich. Der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, ein geborner Holsteiner, machte in Gastein den Vorschlag, das Streitobjekt zu teilen, und nachdem das angenommen war, kam am 14. August 1865 in Gastein eine Konvention zum Abschluß, nach Bismarcks Wort nur „eine Verklebung der Risse im Bau".

Unbeschadet des gemeinsamen Eigentumsrechtes sollte in Holstein Österreich, in Schleswig Preußen die Verwaltung führen. Kiel sollte Bundeshafen, Rendsburg Bundesfestung werden. Lauenburg wurde an Preußen abgetreten, das dafür 2½ Millionen Taler an Öster-

reich zahlte. Am 20. August begegneten sich König Wilhelm und Kaiser Franz Josef in Salzburg und unterschrieben dort den Gasteiner Vertrag. Preußen ergriff am 13. September von Lauenburg Besitz. Bismarck wurde von seinem dankbaren König am 15. September in den Grafenstand erhoben.

Der deutsche Bundestag hatte damals (31. August) die angekündigte Beratung über das Schicksal der Herzogtümer verschoben, da man erst die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen Österreich und Preußen abwarten wollte; und so machte man in Frankfurt, wie man in derartigen Fällen gewohnt war, schleunigst Ferien.

Eine leise Wendung in der öffentlichen Meinung deutete sich allmählich an, Twesten z. B. schien zu anderer Haltung geneigt. Die erste Ernüchterung aus dem allgemeinen liberalen Rausche dürfte man vielleicht schon in den Sommer 1864 setzen. Den Sieg der Bismarck'schen Staatskunst auf der Londoner Konferenz konnte doch kein Mensch leugnen. Zwar deklamierte der am 1. Oktober 1865 in Frankfurt zusammengetretene deutsche Abgeordnetentag wieder gegen den Gasteiner Vertrag, und man redete viel von dem Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner. Aber die süddeutschen Abgeordneten waren dort in der Überzahl, aus Preußen waren nur acht Demokraten erschienen, unter ihnen der Lärm- und Skandalmacher Freese. Man konnte sich der Einsicht kaum noch länger verschließen, daß Bismarck etwas erreicht hatte, und es begann bei vielen die Ahnung zu dämmern, daß er noch mehr erreichen könnte. Die Idee der preußischen Annexion erschien nicht mehr so aussichtslos wie anfangs, man sah, daß Bismarck Ernst mit ihr machte, und der preußische Patriotismus brach durch die liberale Hülle an einzelnen Stellen hindurch. Dennoch war bei den Führern des Liberalismus die Verbitterung noch zu groß, ganz besonders im preußischen Landtage, als daß man sich zu einer öffentlichen Anerkennung der Erfolge Bismarcks hätte verstehen können.

Am 15. Januar 1866 wurde der Landtag durch Bismarck im Auftrage des Königs eröffnet. Die Thronrede sprach die freudige Genugtuung aus über die Erfolge, die man erzielt hatte. Darauf antwortete der Präsident Grabow mit einer giftigen und galligen Schilderung der öffentlichen Zustände in Preußen, der Rechtsverletzungen, der Schikanen, überhaupt der Gewaltherrschaft der Minister. Der Landtag erklärte den Verkauf der Köln-Mindener

Eisenbahn-Aktien für ungültig, durch den das Ministerium sich bares Geld zur Deckung der Kriegskosten verschafft hatte. Der Landtag verweigerte ferner seine Zustimmung zum Erwerbe von Lauenburg, für das der König die Abfindungssumme an Österreich einstweilen aus dem Kronschatze bezahlte. Besonders erregt war der Streit über den Ober-Tribunalsbeschluß vom 29. Januar 1866.

Das Ober-Tribunal hatte die Redefreiheit und den Schutz der Abgeordneten vor Anklagen, welchen die preußische Verfassung darbot, einschränkend dahin interpretiert, daß sie ihre Meinung, aber nicht die Anführung von verleumderischen Tatsachen frei haben sollten. Wenn man ohne jeden Parteistandpunkt über den viel besprochenen Streit urteilen will, so ließe sich vielleicht über einige Einschränkungen der absoluten Redefreiheit der Abgeordneten de lege ferenda sehr wohl sprechen: de lege lata aber war jene Auslegung ganz unmöglich. Der Beschluß des Ober-Tribunals gegen Twesten und Frenzel war durch die Berufung von zwei Hilfsrichtern herbeigeführt; man behauptete, der Justiz-Minister Graf Lippe habe absichtlich die Personen für diesen Fall ausgesucht. Das Wortgefecht unter den Abgeordneten wurde sehr wild. Man faßte am 10. Februar den Beschluß, daß jenes Urteil des Ober-Tribunals verfassungswidrig wäre; das Ministerium wies den Beschluß zurück, weil er die Kompetenz des Landtages überschritte. Das Schreiben der Minister vom 18. Februar rief neue Stürme am 22. Februar im Landtage hervor; den Tumult unterbrach erst die Ankündigung des Sitzungsschlusses. Eine Rede des Vorsitzenden Grabow häufte noch die schwersten Anklagen auf die Minister und forderte das Volk auf, treu zu seinen Abgeordneten zu stehen, worauf die von Bismarck in der Schlußsitzung am 23. Februar verlesene Thronrede dem Abgeordnetenhause noch einmal alle seine Sünden vorhielt.

Das war die letzte Kundgebung und Äußerung des Konfliktes in Preußen. Als im August 1866 die preußische Volksvertretung wieder dem Ministerium Bismarck gegenüberstand, war durch den Krieg die ganze Lage eine andere geworden. —

Zu dem Kriege gegen Österreich drängte schon anfangs 1866 alles: es galt die Auseinandersetzung über die Herzogtümer, zugleich die Entscheidung der ganzen deutschen Frage.

Seit der Gasteiner Konvention gab es in den Herzogtümern zwischen den beiden Statthaltern, dem General Manteuffel in

Schleswig und dem General Gablenz in Holstein sehr bald die verschiedensten Händel. Manteuffel entfaltete ganz offen die Fahne der preußischen Annexion. Sehr viel besprochen wurde sein Wort, daß er jedes sieben Fuß lange Stück Erde, bevor es abgetreten würde, mit seinem Leibe decken werde. (Manteuffel war bekanntlich sehr lang, beinahe 7 Fuß hoch.) Als Prinz Friedrich im Oktober einmal nach Eckernförde kam, und man ihm große Ovationen brachte, verbot Manteuffel derartige Kundgebungen und drohte, im Wiederholungsfalle den Prinzen greifen und verhaften zu lassen. Vielleicht zeigt nichts in solcher Deutlichkeit den Ernst und die Spannung der Lage als diese Drohung Manteuffels, der, obwohl ein hochkonservativer Herr, doch einen deutschen Fürsten verhaften zu lassen bereit war. Ein sofortiges scharfes Verbot erging wider die Zeitungen, welche den Augustenburger als „Herzog" titulierten. Die schleswig-holsteinischen Vereine wurden unerbittlich unterdrückt, Petitionen um Einberufung der Stände untersagt, mancher Beamte wurde wegen seiner antipreußischen Agitation bestraft.

Am deutschen Bundestage ruhte währenddessen die Debatte. Dem Antrage der Mittelstaaten vom 27. Juli 1865 auf Einberufung der Stände widersetzten sich Österreich und Preußen (18. November); sie legten den Mittelstaaten ihren Willen auf, so daß diese sich in grollendes Schweigen zurückzogen: von der Berufung der Landstände wurde es still.

In Holstein suchte General von Gablenz sich beliebt zu machen; er förderte unter der Hand die Bestrebungen des Augustenburgers und tauschte mit ihm allerlei Höflichkeiten aus. Als auf einer Volksversammlung in Altona (23. Januar 1866) demonstrativ ein Hoch auf den „geliebten rechtmäßigen Fürsten, Herzog Friedrich" ausgebracht wurde, duldete der österreichische General auch dies; es wurde immer deutlicher sichtbar, daß Österreich sich von der Gasteiner Konvention abgewendet hatte. Bismarck benützte diesen Vorfall zu einem nachdrücklichen Vorstoß in Wien und setzte am 28. Januar 1866 den Österreichern die Pistole auf die Brust: man stände vor dem Wendepunkt; entweder müsse Österreich ablassen die Agitation in Holstein zu begünstigen oder Preußen würde seinen eigenen Weg gehen: Österreich war damit geradezu vor die Wahl zwischen dem Augustenburger oder Preußen gestellt. Die österreichische Antwort vom 7. Februar lautete kühl

ablehnend und wies den Anspruch Preußens, Rechenschaft über die Verwaltung Holsteins zu fordern, entschieden zurück. Darauf erfolgte eine Antwort nicht mehr, Bismarck begnügte sich, dem Vertreter Österreichs, dem Grafen Karolyi, am 9. Februar zu bemerken, die preußisch-österreichischen Beziehungen hätten mit dieser Note ihren intimen Charakter verloren und ständen wie vor dem dänischen Krieg, nicht besser, nicht schlechter, als mit jeder anderen Macht. Am 2. März sprach er es in seiner Antwort auf eine Adresse der schleswig-holsteinischen Ritterschaft (vom 23. Januar), welche die Vereinigung mit der preußischen Monarchie forderte, rückhaltlos aus, daß er diese Vereinigung schon früher öffentlich als die zur Wahrung der Rechte Preußens und der Interessen Deutschlands in den Herzogtümern vorteilhafteste Form erklärt habe.

Bismarck verknüpfte mit der Frage der Herzogtümer die ganze deutsche Einheitsfrage in großartigem Stile. Österreich und Preußen wußten beide, daß ihnen der Krieg bevorstand; es galt nun, sich zum Kriege zu rüsten und die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Schon einmal, im Jahre 1863, hatte Österreich seinen schroffen Widerspruch gegen Preußen gezeigt, 1864 hatte es sich in den Bund mit Preußen hineinziehen lassen, jetzt aber, 1866, galt es einen Waffengang zur Entscheidung des alten historischen Gegensatzes zwischen den beiden deutschen Großmächten. Darüber waren beide sich damals klar. Als Österreich sich entschloß, die Herzogtümerfrage an den Deutschen Bund zu bringen, wußte es, daß dies eine Absage an Preußen war und eine Ansage des Krieges an Preußen bedeutete. Beide Staaten setzten sich zu dem bevorstehenden Waffengange in Positur.

Bismarck hatte Vorkehrungen getroffen, um gegen die Österreicher einen zweiten Gegner ins Feld zu führen, nämlich Italien. Er hatte zwei Motive hierfür. Einmal teilte er dadurch die Streitkräfte der Österreicher, wenn er auch keine großen militärischen Leistungen von den Italienern erwartete, und dann deckte das Bündnis mit Italien Preußen vortrefflich nach der französischen Seite. Das war die Hauptsache: Bismarck mußte verhindern, daß Napoleon Preußen bei einem Krieg gegen Österreich in die Flanken fiel. Und durch das preußische Bündnis mit Italien, dem Verbündeten Frankreichs, suchte er gerade die französische Haltung zu binden. Die freundliche Haltung Rußlands war gesichert; auf England kam nicht viel an, denn

handelnd eingreifen würde England sicher nicht, auch waren die Engländer der italienischen Sache sympathisch zugeneigt. In Deutschland war es vielleicht möglich die Sache so zu wenden, daß die Mittel- und Kleinstaaten dem Duell zwischen Österreich und Preußen neutral und passiv zusehen wollten, wie Bismarck das von der Pfordten gegenüber schon angedeutet hatte.

Schon 1859 hatte Bismarck den gemeinsamen Gegner Preußens und Italiens in Österreich gesehen, aber die Haltung der preußischen Regierung zu Italien hatte in den Jahren 1859—1861 geschwankt. Die Liberalen in Deutschland hatten ihre italienischen Sympathieen wiederholt an den Tag gelegt, und auf den Antrag des preußischen Landtages war von Graf Bernstorff die diplomatische Anerkennung Italiens seitens Preußens im Juli 1862 gewährt worden.

In Italien war der nationale Staat noch keineswegs vollendet; es fehlten noch Rom und Venetien. Es mußte das Ziel der italienischen Politik bleiben, dem Königreich Italien beide Gebiete einzufügen. Wohl hatte Napoleon endlich sich im Vertrag vom 15. September 1864 geneigt erklärt Rom zu räumen; aber dafür hatten die Italiener versprochen, Rom gegen jede Vergewaltigung „von außen" zu schützen, sie hatten einstweilen auf Rom als Hauptstadt verzichten müssen und dies dadurch kundgetan, daß sie den Sitz ihrer Regierung nach Florenz verlegten. Alle Welt wußte, daß dies nur eine einstweilige Abfindung, nur einen Übergangszustand bedeutete. Aber gerade weil man für den Augenblick Rom aufgegeben hatte, hielt man um so zäher fest an der Absicht der Annexion Venetiens: das bildete 1865 das Augenmerk der Italiener. Wohl war durch französische Vermittlung verhandelt zwischen Wien und Florenz über die Anerkennung Italiens, über die gutwillige Abtretung Venetiens, vielleicht im Tausch gegen die Donaufürstentümer. Schließlich kam man nicht über schöne Redensarten hinaus. Die Italiener selbst mußten vorziehen, durch Krieg die ihnen fehlenden Gebiete zu erwerben, als durch irgendwelches Handels- oder Tauschgeschäft sie zu gewinnen; die Heeresausbildung schien ihnen die Hauptsache.

Im Sommer 1865 hatte Bismarck die Bündnisfrage angeregt; das war vor der Gasteiner Konvention, als der Krieg mit Österreich unmittelbar bevorzustehen schien. Italiens Antwort war vorsichtig und reserviert, und dies war für Bismarck ein

wichtiges Moment gewesen, ihn zu bestimmen, noch einmal lieber auf den Kompromiß mit Österreich einzugehen. Darüber war wiederum der italienische Minister, General Lamarmora enttäuscht, und im Oktober 1865 suchte Italien in Wien nochmals eine direkte Verständigung über Venetien nach. Es bot Österreich, das für Geld seinen Anteil an Lauenburg hingegeben hatte, Geld an; doch lag hierbei die Sache ganz anders, Österreich lehnte den Verkauf von Venetien ab. Es soll auch die Rede davon gewesen sein, daß man Venetien vielleicht gegen Schlesien erhalten könnte, wenn dies in einem gemeinsamen Krieg, natürlich gegen Preußen, für Österreich zurückerobert sei. Dabei aber wurden die Beziehungen Italiens zu Preußen enger durch den von diesem durchgesetzten Handelsvertrag des Zollvereins mit Italien (31. Dezember 1865), dessen Abschluß zugleich die Anerkennung des Königreichs seitens sämtlicher Vereinsregierungen bedeutete. Trotzdem blieb Italiens Haltung zunächst ungewiß.

Bismarck war im Oktober 1865 zum Besuch Napoleons nach Biarritz gegangen; dort hatte er bis zum 12. Oktober eine Reihe vertraulicher Gespräche mit Napoleon, bei denen von beiden Seiten vorsichtige Zurückhaltung beobachtet und keine Verpflichtung, wie alle Welt glaubte, eingegangen wurde. Darüber ließ Bismarck dem Kaiser keinen Zweifel, daß Preußen die Elbherzogtümer beanspruche; er hoffe, sagte er, Holstein gegen eine Geldzahlung erhalten zu können — womit er freilich bei den Österreichern ebenso abfiel wie vorher Italien mit dem Angebot für Venetien. Der Kaiser stimmte seinen Ausführungen im Ganzen zu, er meinte, es würde für ihn und Preußen im gegebenen Fall leicht sein, zu einer Verständigung zu gelangen. Napoleon hoffte bei dem Hader der andern im Trüben zu fischen; er ermunterte zum Krieg, indem er über sein Verhalten beruhigende Zusicherungen gab. So erhielt denn auch Bismarck im Januar 1866 von dem Grafen Goltz aus Paris die weitere Mitteilung, daß Napoleon bei einem preußisch-österreichischen Kriege unbedingte Neutralität verheißen habe.

Bei den steigenden Verwicklungen und Reibungen in Holstein war seit Dezember 1865 die Kriegsaussicht von Woche zu Woche immer entschiedener gestiegen; zweifellos gesichert schien diese Wendung bis zum Februar 1866. In Holstein herrschte die stärkste Agitation, in Preußen die heftigste Opposition, in Deutschland

ganz allgemein die größte Erregung. Hin und her wogte der Gang der Verhandlungen unter den deutschen Staaten; im deutschen Bundestag lag der Zwiespalt zwischen Österreich und Preußen offen vor aller Augen. Alles drängte hin zur Entscheidung, daher schloß man den Landtag in Berlin (23. Februar), um durch etwaige Beschlüsse der Volksvertretung nicht behindert zu werden.

Am 28. Februar fand wieder ein großer Ministerrat statt. Alle Minister, der Kronprinz, Graf Goltz, die Generale Moltke, Alvensleben, Manteuffel waren zugegen; es wurde die Frage verhandelt, ob Krieg oder Frieden die Losung sein solle. Der König selbst eröffnete die Beratung mit einer Rede über die allgemeine Lage. Fast alle Minister waren für die Fortsetzung der bis jetzt verfolgten Politik, besonders energisch trat Graf Eulenburg auf. Graf Goltz wiederholte Napoleons Versicherung, er werde bei dem Kampfe um Schleswig-Holstein neutral bleiben, und wenn man noch größere Ziele verfolge, würde man hoffentlich leicht zu einer Verständigung mit ihm kommen. Moltke bezeichnete als unerläßliche Bedingung für einen voraussichtlich sicheren Erfolg das aktive Vorgehen Italiens. Nur der Kronprinz war wiederum entschieden gegen den Krieg wie im Mai 1865. Der König entschied, der Erwerb der Herzogtümer für Preußen sei des Krieges wert, aber man solle nichts übereilen, denn der friedliche Erwerb sei schließlich doch besser; man solle die Entscheidung dem Verhalten Österreichs überlassen. Aber für den Kriegsfall sollten die diplomatischen Vorbereitungen und Einleitungen sofort getroffen werden. Mit Bismarck war weiterhin der König der Ansicht, daß mit der Herzogtümerfrage die Frage der deutschen Bundesreform zu verbinden sei.

Da aber hiermit das Objekt des Krieges sich erweiterte, so war es wichtig zu wissen, ob Napoleon auch unter diesen veränderten Verhältnissen an seinem Neutralitätsversprechen zu halten denke. Graf Goltz hatte in Paris anzudeuten, Preußen strebe einen norddeutschen Bund unter seiner Führung auf der Basis der deutschen Verfassung von 1849 an, mit dem Unterschiede, daß die monarchischen Gewalten gekräftigt werden und die Einzelstaaten eine größere Autonomie behalten sollten; Preußen hoffe, Bayern würde mit ihm gehen, dann könne es die militärische Leitung in Süddeutschland erhalten. Napoleon war vollständig einverstanden, aber er wies wieder auf die notwendigen „Kompen-

sationen" hin, er diskutierte einzelne Punkte, er kam auf Belgien, auf Deutschland, auf die französische Schweiz oder auf Luxemburg und legte von seinem Standpunkt aus das Für und Wider bei jedem Punkte dar; aus seinen Worten schien hervorzugehen, daß er am liebsten Landau und die Pfalz nehmen würde; zuletzt behielt er sich nähere Erklärungen für spätere Zeit vor. Bismarck beeilte sich, entgegnen zu lassen, nie könne die Rede von der Abtretung irgendwelchen deutschen Landstückes sein, das wäre unabänderlich der Wille seines Königs. Immer wieder kehrte Napoleon zurück zu seinen Erörterungen über die Abtretung wenigstens eines kleinen Stückes der Rheinlande. So sagte er in den ersten Maitagen, für Frankreich sei eine derartige Kompensation notwendig, die Augen seines Landes seien auf den Rhein gerichtet. Er versuchte auch auf Preußen einen Druck zu üben, indem er andeutete, Österreich sei zu derartigen Abtretungen in jedem Augenblick bereit. Jedesmal, wenn ein Wort betreffs der Rheinlande fiel, wiederholte Bismarck aufs deutlichste, darauf einzugehen sei unmöglich; aber um Napoleon an seiner Seite zu halten, wies er die weiteren Verhandlungen darüber nie von der Hand.

Eine neue Wendung tauchte infolge eines Zwischenfalles in Rumänien auf. Fürst Kusa wurde am 24. Februar 1866 gestürzt, was die Italiener bewog, in Paris anzuregen, ob vielleicht Österreich für die Abtretung Venetiens jetzt Rumänien haben wolle; Österreich lehnte den von Napoleon den Mächten mitgeteilten Plan rund ab, von dem auch England und ganz besonders Rußland nichts wissen wollten. Napoleon brachte dafür die Rumänen auf die Wahl des ihm in mancher Beziehung nahestehenden Prinzen Karl von Hohenzollern, trotz Rußlands Widerspruch, das einen einheimischen Herrscher an der Spitze sehen wollte. König Wilhelm war der Sache abgeneigt; auch Bismarck hielt die preußische Politik fern, riet aber dem Prinzen unter der Hand hinzugehen und die Mächte vor die vollendete Tatsache zu stellen, wenn Napoleons Zustimmung sicher sei. So ist es denn auch geschehen und Karl hat schließlich die allseitige Anerkennung, auch die der Pforte gefunden.

Bismarck hatte weiten Blickes die Karten so gemischt, daß die Trumpfkarte Venetien in seiner Hand blieb. Die Zusage Preußens, den Italienern Venetien zu verschaffen, war der Preis, der Kitt der preußisch-italienischen Allianz. Anfangs sollte Moltke nach Italien gehen und abschließen, jedoch wünschte man

es dort anders, und im März 1866 kam General Govone nach Berlin. Die Verhandlungen mit ihm waren schwierig, denn man hütete sich beiderseits, dem anderen Teile zu großes Vertrauen zu schenken. Die Italiener wollten sich nicht binden, da sie fürchteten, Preußen würde doch den Krieg nicht beginnen, sobald Österreich ihm Schleswig-Holstein abtreten wollte. Bismarck machte Vorschläge verschiedenen Inhalts; die Sicherung des Erwerbes von Venetien bildete immer den Hauptinhalt der Verhandlungen, aber die Frage der Verpflichtung zwischen Italien und Preußen für den Beginn des Krieges bereitete große Schwierigkeiten. Wie die Dinge lagen, konnte Preußen sich nicht unbedingt für den Krieg binden, den Italien wollte; die italienische Regierung zögerte, sich in dieser Fage ganz an die preußische Politik fesseln zu lassen, während Preußen in seinen Entschlüssen frei blieb. Bismarck fürchtete, die Italiener könnten durch irgendwelchen Druck oder durch die alleinige Drohung mit Krieg die Abtretung Venetiens von Österreich erzwingen und dann Preußen im Stich lassen; Lamarmora fürchtete, daß auch Bismarck, wie im August 1865, seiner Politik wiederum eine plötzliche Wendung geben und sich auf friedlichem Wege mit Österreich vertragen könnte. Auf eine während dieser Verhandlungen erfolgende, freilich etwas absonderliche Anfrage Österreichs im März 1866, ob Preußen wirklich die Gasteiner Konvention zu zerreißen beabsichtige, antwortete Bismarck dem Gesandten einfach mit Nein; vielmehr wünschten sie, daß Österreich diese Verträge genau beobachte.

Die Schwierigkeiten zwischen Preußen und Italien beseitigte der glückliche Vermittlungsvorschlag des italienischen Gesandten: den Vertrag, der Italien ganz an den in Preußens Initiative gelegten Kriegs- oder Friedensentschluß binden sollte, nur auf die beschränkte Frist von drei Monaten abzuschließen. Napoleon trieb die Italiener zur Annahme, und am 8. April war alles fertig. Italien verpflichtete sich für 3 Monate zur Kriegsgemeinschaft mit Preußen gegen Österreich; Italien sollte Venetien gewinnen, Preußen ein äquivalentes Gebiet in Deutschland; binnen der nächsten 3 Monate hatte also der preußische Angriff gegen Österreich zu erfolgen, wenn der Vertrag in Kraft treten sollte.

So hatte Bismarck im April 1866 die politische Lage für seinen Kampf gegen Österreich vorbereitet, dessen Notwendigkeit für ihn schon lange festgestanden hatte.

Recht günstig lagen im April und Mai 1866 die Verhältnisse für Preußen zur Eröffnung des Krieges. Der doppelte Angriff gleichzeitig durch Preußen und Italien sollte Österreich möglichst schnell über den Haufen werfen, er sollte mit aller Wucht und so schnell als irgend möglich erfolgen. Wenn allerdings Bismarck hoffte, daß die Mehrzahl der übrigen deutschen Länder, besonders die süddeutschen, während des bevorstehenden Krieges neutral bleiben würden, so sollte er sich in diesem Punkte verrechnen. Der Krieg Preußens gegen Österreich hat vielmehr den Charakter eines deutschen Bruderkrieges angenommen.

Achtes Kapitel.

Der österreichische Krieg 1866.

Daß die deutsche Frage nur durch das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland gelöst und daß dies Ausscheiden nur durch einen Krieg zwischen Preußen und Österreich herbeigeführt werden könnte, davon hatten sich alle einigermaßen historisch gebildeten Patrioten im Laufe der Jahre mehr und mehr überzeugt. Mit unvergleichlicher Klarheit hatte vor allen der Staatsmann, der seit Herbst 1862 die Politik Preußens leitete, diesen Gedanken ergriffen und seine Ausführung mit der ganzen Kraft seines eisernen Willens ins Auge gefaßt. Schon im Herbst 1863 hatte er das Zukunftsprogramm des deutschen Bundesstaates, wie er ihn anstrebte, aufgestellt, und den zur guten Stunde eintretenden dänischen Handel war er sofort entschlossen als Handhabe für seine Zwecke zu benutzen. Es gelang ihm das feindliche Österreich zum Genossen wider Dänemark sich zu verbinden und den besiegten Dänen die Herzogtümer Schleswig und Holstein abzugewinnen. Erst als er das zukünftige Schicksal der befreiten Herzogtümer nach den Interessen Preußens gestalten wollte, schien Österreich seine eigene Torheit einzusehen und zu bereuen.

Für den preußischen Staatsmann, der 1863 so scharf und so klar den Gedanken der deutschen Bundesreform als Ziel seiner Politik hingestellt hatte, war es doch von vornherein unmöglich, die Erbärmlichkeit der deutschen Bundesverhältnisse selbst durch Vermehrung der deutschen Kleinstaaten noch erhöhen zu wollen, die am Bunde stets mit Österreich gegen Preußen zu stimmen pflegten. Für ihn stand fest, daß der siegreiche Krieg entweder

Preußens Länderbesitz zu vergrößern und auf diese Weise Preußens überwiegende Bedeutung in Deutschland zu verstärken habe, oder daß den Herzogtümern sofort eine politische Stellung innerhalb Deutschlands zubereitet werden müsse mit beschränkter Autonomie Preußen gegenüber; damit wäre ein Vorbild geschaffen worden für die Stellung, in welche nach den Absichten der Bundesreform später alle deutschen Einzelstaaten zu Preußen eintreten sollten.

Wir haben gesehen, daß seit Mai 1864 Österreich sich wegen dieser Dinge von Preußen abgewendet und die Verstärkung des deutschen Partikularismus unter seinen Schutz genommen hatte. Darüber war der alte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen mit erneuerter Wucht ausgebrochen, wobei aber die patriotisch gesinnten und liberalen Kreise in Deutschland in ihrer Abwendung von Preußen beharrten und stürmisch die Einsetzung des Augustenburgers verlangten. Auch diejenigen deutschen Liberalen, welche die Begründung eines deutschen Bundesstaates unter preußischer Führung als ihr Ziel betrachteten, sträubten sich dagegen, in Schleswig-Holstein den praktischen Anfang mit der Verwirklichung ihres Programms zu machen. Bismarck gab weder Österreich noch den Mittelstaaten noch dem deutschen Liberalismus nach, zäh und weitblickend hielt er an seiner Politik fest, und die Verbohrtheit seiner Gegner verhalf ihm zum Siege. Als Österreich den Augustenburger offen zu begünstigen begann, da stellte er kühn und kaltblütig die Kriegsfrage. Aber im Sommer 1865 wurde er genötigt für den Augenblick einzulenken, mit anderen Worten die Entscheidung zu vertagen.

Der Gasteiner Kompromiß war nicht von langer Dauer, schon nach einigen Monaten brach der Konflikt zwischen den beiden gemeinsamen Besitzern von Schleswig und Holstein aufs neue aus. Bismarck stellte zum zweitenmale die Kriegsfrage, und diesmal, im Frühjahr 1866, mit besserem Erfolge als im Juli 1865. Es gelang ihm, seinen königlichen Herrn von der Unabwendbarkeit und von der Ersprießlichkeit des Krieges zu überzeugen; es gelang ihm noch mehr: seine diplomatische Virtuosität wußte den Gang der Ereignisse so zu lenken, daß Österreich mit täppischer Faust die Eröffnung des Krieges auf sich nahm.

Im Frühjahr 1866 waren die allgemeinen Verhältnisse günstig für Preußen gestaltet, wenn es mit seiner deutschen Aufgabe und ihrer Vorbereitung durch einen österreichischen Krieg

wirklich Ernst machen wollte. Das preußische Heer war schlagfertig, gut gerüstet, nur des Winkes gewärtig.

Dagegen war in Deutschland im allgemeinen die Stimmung noch eine sehr preußenfeindliche. Die nationalgesinnten Elemente im übrigen Deutschland zur Unterstützung seines Vorgehens zu gewinnen war Bismarcks Bestreben. So verband er die schleswig-holsteinische mit der deutschen Frage; die Absicht der Bundesreform durch das deutsche Parlament, die Idee der Aufrichtung des Bundesstaats mit einem deutschen Parlament sollte den nationalen Tendenzen in Deutschland, wie sie seit 1848 bestanden, weit entgegenkommen; auf diese Tendenzen Einfluß zu gewinnen, bemühte sich Bismarck unablässig und nachhaltig.

Österreich war wohl voll Kriegseifer gegen Preußen, aber selbst von nationalen Bestrebungen im Inneren zerrissen war es noch nicht fertig zum Kriege, verschuldet, nicht gerüstet und ohne politischen Kopf. Die mittelstaatlichen Regierungen waren sehr kriegslustig, so Hessen-Darmstadt, Nassau, Hannover, Württemberg; in Sachsen standen der Minister v. Beust und sein Anhang auf Seiten Österreichs, während die eigentliche Masse des Volkes für Neutralität war. In Bayern äußerte sich die Stimmung des Volkes sehr kriegseifrig. Die Regierung schwankte, Herr von der Pfordten ließ sich bisweilen an die preußische Seite locken und setzte freundliche Mienen gegen Preußen auf, fiel dann aber doch immer wieder in den alten Gegensatz zurück: er konnte auch bei der entschiedenen Volksstimmung in Bayern gar nicht anders handeln. Ebenso stand es in Württemberg, und hier wagte in seiner Überzeugung von Österreichs Überlegenheit der sehr preußenfeindliche Minister von Varnbüler die heftigsten Drohungen gegen Preußen; sein viel besprochenes Wort „vae victis" war ein sehr unbesonnener Schlachtruf. In Baden war der großherzogliche Hof trotz seiner Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause sehr bismarckfeindlich gesinnt; die Volkserregung zwang dem Großherzog ein österreichisch gesinntes Ministerium auf; mit halbem Widerstreben trat Baden 1866 an die österreichische Seite. Besonders bösartig verhielt sich Hessen-Darmstadt, dessen Minister v. Dalwigk fast ebenso geschäftig und hitzig als Kriegsschürer war wie Beust. Von dem Kurfürsten von Hessen verstand sich ein gleiches Auftreten von selbst.

Weit wichtiger war für Bismarck im Frühjahr 1866 die

Haltung Frankreichs und Italiens. Er stand fortwährend in freundschaftlichen Verhandlungen mit Napoleon, aber die französischen Gelüste nach Annexionen in Deutschland wußte er sehr gut zurückzuweisen, ohne deshalb die Verhandlungen mit dem Kaiser abzubrechen. Napoleon wartete damals begierig auf das Duell zwischen Österreich und Preußen, in das er im passenden Augenblicke einzugreifen gedachte, um dann die erwünschten Landabtretungen zu erzielen.

Die Verhandlungen mit Italien hatten, wie wir gesehen, einen gleichzeitigen Angriff auf Österreich von deutscher und italienischer Seite zum Ziele. Nach vielen Schwankungen war endlich der Vertrag mit Italien am 8. April 1866 geschlossen, ein Kriegsbündnis auf drei Monate, dessen Preis für Italien der Gewinn Venetiens sein sollte. Erst als dieser Verbündete gesichert war, konnte Preußen die entscheidenden Schritte wagen. Militärisch allerdings war das Gewicht der Italiener nicht groß, aber die Allianz mit Italien band doch Napoleon die Hände und sicherte Frankreichs wohlwollendes Zusehen während des Krieges.

Der diplomatische Zwist zwischen Österreich und Preußen hatte sich bis April schon zur Krisis verschärft. Der Konflikt war in Holstein zu offenem Streite geworden, sofort als der Augustenburger durch Österreich offen begünstigt wurde. Zwischen Österreich und Preußen hatten im Januar und Februar die entscheidenden diplomatischen Aussprachen stattgefunden und der preußische Ministerrat unter Vorsitz des Königs hatte bereits am 28. Februar den Entschluß zu energischem Vorgehen gefaßt. Auch in Österreich wurden große Ministerberatungen gehalten und in der zweiten Märzwoche schon militärische Vorbereitungen getroffen; ebenso rüstete sich Sachsen so geheim wie möglich und berief seine Reserven ein.

Am 16. März richtete Österreich eine Note an die sämtlichen deutschen Höfe, in der es ankündigte, wenn seine gleichzeitige, uns schon bekannte Anfrage an Preußen über dessen Absichten gegenüber dem Gasteiner Vertrag keine genügende Antwort erhielte, so würde es die Herzogtümerfrage wieder an den Bund zur Entscheidung bringen und bei Preußens Widersetzlichkeit die Mobilmachung des ganzen Bundesheeres außer den preußischen Korps fordern. Darauf erließ Preußen als Antwort am 24. März

eine Zirkularnote: Preußens Schicksal werde das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und der Bund werde Deutschland nicht vor dem Schicksale Polens schützen. Preußen stellte daher die Frage, wie weit es auf die Unterstützung der bisherigen Bundesgenossen würde rechnen können. Am 27. März ordnete der König die Erhöhung des Mannschaftsbestandes und einzelne Rüstungsmaßregeln an. Es schien der Krieg unvermeidlich und sicher.

Bayern erklärte sich auf die preußische Note vom 24. März bereit zur Reform des Bundes, aber Österreich und Preußen müßten sich vorher darüber untereinander verständigen und ihren Streit beilegen (31. März). Österreich versicherte am 31. März, ihm liege nichts ferner als ein Angriff gegen Preußen. Bismarck antwortete am 4. April mit derselben Versicherung und gebrauchte sogar dieselben Worte wie Österreich; aber er erkundigte sich doch nach den Gründen und Absichten der österreichischen Truppenverschiebungen. Österreich schlug Abrüstung vor (7. April); es habe nur ganz kleine Verschiebungen in seinem Heere vorgenommen.

In diesem Augenblick wagte Bismarck den entscheidenden Schritt, der die Zukunft Deutschlands an die von ihm erwählten Wege band. Am Tag nach dem Abschluß mit Italien, am 9. April ließ er durch den preußischen Gesandten in Frankfurt, Herrn v. Savigny, die Berufung eines allgemeinen deutschen Parlamentes amtlich in aller Form am Bundestag beantragen; in der Begründung dieses Antrages wurde ausgeführt, daß nur eine aus allgemeinen Wahlen direkt hervorgegangene Vertretung der Nation eine neue Verfassung für Deutschland zu schaffen imstande sein würde. Bestimmt und kühn, aber maßvoll klang der preußische Antrag, ein Zeugnis eines sehr entschiedenen Willens. Was Bismarck schon 1863 angekündigt, führte er jetzt aus: dieser als Volksfeind verschrieene Junker legte hier vor dem nationalen Willen eine größere Achtung an den Tag, als alle die mittelstaatlichen Staatsmänner, die sich stets mit einer liberalen Maske verziert hatten. In manchen Gemütern brach sich die Dämmerung Bahn; es nahte der Tag, mancher Schleier fiel von Bismarcks Politik ab und manches Vorurteil begann zu schwinden.

Auf die Kunde von diesem preußischen Antrag erhitzte sich die kriegerische Stimmung in Österreich noch leidenschaftlicher; die militärischen Rüstungen wurden in größerem Stile befohlen.

Preußen verlangte am 15. April für die angenommene beiderseitige Abrüstung präzisere Formulierung, worauf Österreich am 18. April versprach, alle Rüstungen sollten vom 25. an zurückgenommen werden, wenn Preußen Zug um Zug dasselbe tue; am 21. erwiderte Bismarck, daß man gern darauf einginge. Jetzt erklärte Österreich (26. April), daß sich dies nur beziehen könnte auf die Kriegsrüstungen gegen Preußen, gegen das kriegseifrig lärmende Italien würde Österreich weiter rüsten müssen; schon war am 21. der Befehl zur Mobilisierung der ganzen Südarmee gegen Italien ergangen.

Heftig loderte das Gefühl der Italiener auf. Italien verkündigte seine Mobilmachung ganz offen am 27. April; großer Jubel und Eifer erfüllte das italienische Volk. Bismarck bestand am 30. April bei den Österreichern auf der Abrüstung nach der italienischen Seite hin und sicherte bestimmt am 2. Mai den Italienern die preußische Kriegshilfe zu.

Österreich zeigte am 26. April dem Bundestag genau nach seiner vorher ergangenen Andeutung an, daß es die Streitfrage betreffs der Herzogtümer durch Verweisung an den Bund lösen wollte, so daß derjenige der Prätendenten, den der Deutsche Bund als erbberechtigt bezeichnen würde, ohne weiteres den Besitz seines Erbes antreten dürfte. Bismarck verwahrte sich (7. Mai) nochmals nachdrücklich gegen die Kompetenz des Bundes in dieser Frage, erklärte sich aber sofort zu weiteren Verhandlungen mit Österreich auf Grund der bestehenden Verträge bereit und sprach zugleich den Wunsch aus, daß Österreich sich auch in der Frage der Bundesreform mit Preußen verständigen möge.

Österreich erklärte am 4. Mai die Verhandlungen über die Abrüstung für abgeschlossen. In Berlin und in Wien ordnete man die Mobilmachung an. Sachsen rief am 5. Mai den Deutschen Bund um Hilfe gegen die preußischen Rüstungen an, welcher daher am 9. Mai Erklärungen von Preußen verlangte. Dieses berief sich in Frankfurt darauf, daß es nur zum Schutz der eignen Grenzen gerüstet habe, jetzt aber seinerseits vom Bunde Erklärungen über die Rüstungen der anderen Länder erwarte: sonst würde der Bund nicht ein Schutz, sondern eine Gefahr für Preußen sein.

Mobil gemacht wurde jetzt allenthalben, auch in Bayern, in Hannover, in Württemberg. Allenthalben erklang die Stimmung

sehr kriegerisch. Es wäre wohl eine Neutralität der übrigen deutschen Staaten denkbar gewesen, und an vielen Orten trug man darauf an. Die mittelstaatlichen Minister, die im österreichischen Lager standen, regten sich sehr eifrig, sie konferierten mit einander in Augsburg (22. April), und in Bamberg (14. Mai); beim Bundestage wurde am 19. Mai ein Antrag auf allgemeine Abrüstung gestellt. Der Bundestag erhob diesen Antrag am 24. Mai zum Beschluß, aber den preußischen auf Bundesreform und ein deutsches Parlament ließ man ruhigen Gemütes in dem Papierkorb liegen.

In Preußen selbst wurden in der berechtigten Scheu vor einem deutschen Bruderkriege viele Stimmen laut für die Erhaltung des Friedens. Gewiß wird man immer einen Bruderkrieg für ein großes nationales Unglück anzusehen berechtigt sein, dennoch ist ein Bruderkrieg oft unvermeidlich, wie die Reinigung der Luft durch ein Gewitter. In der neuern deutschen Geschichte ist jeder Fortschritt, den die deutsche Nation gemacht hat, durch einen Bruderkrieg bezeichnet. Die schlesischen Kriege und der 7jährige Krieg Friedrichs des Großen, die Freiheitskriege von 1813, sie alle sind deutsche Bruderkriege gewesen. Auch jetzt war ein Kampf in Deutschland um die Zukunft unvermeidlich, und dennoch schien damals die Eröffnung des Bruderkrieges ein ungeheures Wagnis: Bismarck begann 1866 diesen Krieg für die deutsche Sache gegen Österreich, während die Mehrheit des Volkes in Preußen und in Deutschland ihn verwünschte und verfluchte.

Es wog bei dem aufgeregten deutschen Volke der Argwohn so schwer, daß Bismarck einzelne Stücke von Deutschland den Franzosen preiszugeben bereit sein würde, um die französische Hilfe gegen die deutschen Brüder zu erkaufen. Oft war der Behauptung widersprochen, oft war sie dementiert worden, und niemals ist ein ungerechterer Vorwurf gegen einen Staatsmann erhoben und wiederholt worden, trotz aller seiner Beteurungen und Verneinungen. Bismarck hatte sich niemals so weit mit Frankreich eingelassen; aber alle Welt gab ihm dies schuld.

Kurz vor dem Ausbruch des Krieges, am 27. Mai, schrieb der Erzbischof von Köln Paulus Melchers an König Wilhelm, um ihn zu warnen vor dem von der allgemeinen Abneigung getroffenen Bruderkrieg, der nur der Revolution in die Hände arbeiten und die Rheinlande an Frankreich liefern würde. Der

König beantwortete den Brief ausführlich, freundlich und würdig am 4. Juni: daß er freiwillig keinen deutschen Boden aufgebe, wisse die Welt, und Ströme Blutes müßten geflossen sein, ehe das geschähe. Es blieb vergeblich. In der preußischen Rheinprovinz hat 1866 der katholische Klerus auf den Kanzeln gegen die eigene preußische Regierung geredet. Als das preußische Heer 1866 ins Feld gezogen, beteten die Katholiken am Rhein nach Anleitung des Kölner Hirtenbriefs für den Sieg „der gerechten Sache“; welches die gerechte Sache nach der Ansicht des Klerus war, sagte man nicht offen heraus, man deutete es nur an, daß man Österreich als berechtigt und seine Sache als die „gerechte“ betrachte.

Von den verschiedensten Seiten wurde auf Bismarcks Stellung Sturm gelaufen. Die Liberalen, der katholische Klerus, die Partikularisten, die Großdeutschen, auch die Verwandten des preußischen Königshauses, die Königin, das kronprinzliche Paar, sie alle arbeiteten an seinem Sturze. Selbst die Königin Viktoria von England schrieb an König Wilhelm einen ihrer beliebten Familienbriefe. Man meinte eben, mit Bismarcks Beseitigung sei auch die Gefahr des Krieges beseitigt. Der Kronprinz gab sich damals der Einbildung hin, durch einen weitgehenden Liberalismus die einzelnen Teile von Deutschland sicherer an die preußische Politik binden zu können, als durch einen Krieg gegen Österreich, der nur zur Zerreißung Deutschlands und zu Landabtretungen an Frankreich hinführen könne. Allerdings kam es dem preußischen Kronprinzen gar nicht darauf an, bei anderer Gelegenheit die übrigen deutschen Fürsten auch einmal vergewaltigen zu wollen. Die Familienzettelungen hatten im April eine bedenkliche Krisis heraufbeschworen, denn Bismarck, durch die Arbeiten und Aufregungen der letzten Zeit schwer nervenleidend, war drauf und dran zu gehen: „er könne die entsetzliche Friktion nicht mehr ertragen“; Roon wußte ihm beruhigend zuzusprechen und hat treulich mitgeholfen, ihn zum Ausharren zu bewegen. Durch alle möglichen Klippen, offenkundige und verborgene, mußte Bismarck das Staatsschiff hindurchsteuern.

Am 7. Mai wurde unter den Linden in Berlin ein Attentat auf das Leben des Ministers von Julius Cohn, dem Stiefsohn Karl Blinds, der durch demokratische Hetzreden fanatisiert war, ausgeführt. Bismarck bewies hier seine persönliche Tapferkeit,

indem er selbst den Attentäter verhaftete. In Berlin geriet an dem Tage zuerst die Stimmung der Feindschaft gegen Bismarck in einiges Schwanken.

Sonst aber gab es Volksversammlungen und Adressen der Stadtverordneten aus fast allen größeren Städten Preußens, welche Erhaltung des Friedens heischten und zu dem Zwecke einen Ministerwechsel von dem Könige forderten. Der König hielt trotz allem treu zu seinem Bismarck.

Der preußische Landtag wurde am 9. Mai aufgelöst, Neuwahlen wurden angeordnet, noch aber war kein Umschlag in der Volksstimmung zu spüren. Der Ausschuß des Nationalvereins warnte am 14. Mai vor dem Kriege: das Rechtsbewußtsein der Nation protestiere bis zuletzt gegen die Willkür, die mit dem Schicksal Deutschlands ein unverantwortliches Spiel treibe; die Schuld für den Bruch des deutschen Landfriedens werde wie ein Fluch auf das Haupt der Urheber zurückfallen. Der Abgeordnetentag in Frankfurt (20. Mai) verdammte den einer zivilisierten Nation unwürdigen Kabinettskrieg und drohte mit Fluch und Strafe des Landesverrates denen, die in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten deutsches Gebiet preisgäben. „Diesem Ministerium keinen Groschen, und wenn die Kroaten vor Berlin stehen" war das oft zitierte Wort eines der hervorragendsten und angesehensten Führers der gemäßigt liberalen Politiker in Deutschland. Die Kölnische Zeitung ereiferte sich gegen den Volksfeind Bismarck; sie gab die Losung aus, die Annexion von Schleswig-Holstein durch einen Tausch gegen Glatz herbeizuführen. Ganz vereinzelte Erscheinungen blieben die Erklärung einiger liberaler Männer aus Halle, die sich am 26. April zu Gunsten des Parlamentsvorschlages Bismarcks äußerten, und eine Adresse aus Breslau, die am 15. Mai dem König den Opfermut der Schlesier anbot.

Im letzten Augenblicke traten Bismarck auch von anderer Seite Intriguen in den Weg, und zwar von seiten des italienischen Verbündeten. Am 5. Mai hatte nämlich Kaiser Napoleon den Italienern eröffnet, Österreich würde ihnen nach der Eroberung Schlesiens Venetien unter der Bedingung abtreten, daß Frankreich und Italien neutral blieben. Die Lockung für die italienische Politik war groß, aber man überzeugte sich dann doch schnell davon, daß es unmöglich war darauf einzugehen:

denn es hätte ja Österreich nach einem siegreichen Feldzuge gegen Preußen sofort Italien wieder in Venetien angreifen und ihm seinen Erwerb wieder entreißen können. Ebensowenig verbarg man sich, daß durch treulosen Schacher das Königreich Italien zu schaffen unmöglich sein würde. Zu kriegslustig war die Stimmung in Italien. Dennoch machte der Ministerpräsident General Lamarmora den Versuch, auf diplomatischem Wege an sein Ziel zu kommen, mit Hilfe eines Kongresses.

Es war eine Idee Napoleons, daß ein europäischer Kongreß alle Schwierigkeiten der europäischen Lage zu ebnen das geeignetste Mittel sein würde; er kam auf sein Projekt von 1863 wieder zurück und meinte auf diesem Wege seine territorialen Kompensationen möglich zu machen. Schon am 2. Mai hatte Benedetti in Berlin eine Anfrage über den Kongreß gestellt. Napoleon ließ darauf in Auxerre am 6. Mai die berüchtigten Worte los, er verabscheue die Verträge von 1815; er wollte dem Kongreß die Revision der europäischen Landkarte auftragen: er verlangte von ihm die Schlichtung der holsteinischen Besitzfrage, die Ordnung der deutschen Bundesreform und die Lösung der venetianischen Frage. England und Rußland hatten Napoleon zugestimmt, daß er die Einladung zum Kongreß nach Paris ergehen ließ. Die Einladungsschreiben vom 24. Mai wurden am 28. Mai den verschiedenen Höfen überreicht. Napoleon spekulierte auf Grenzregulierungen: für Frankreich wollte er Saarbrücken oder ein Stück der Pfalz. In Frankreich war die Abneigung gegen Preußen sehr verbreitet, Thiers hatte ihr noch am 3. Mai in der Kammer lauten Ausdruck gegeben: Preußen unterstützen, würde von seiten des Kaisers ein Fehler sein, den er niemals wieder gutmachen könnte.

Napoleon hatte sich damals in seiner seltsamen Einbildung ein sehr kompliziertes System für die Zukunft Deutschlands erdacht, das er auf dem Kongreß vorlegen und durchbringen wollte: Österreich sollte Venetien an Italien abtreten und dafür Schlesien von Preußen erhalten, Preußen sollte Schleswig-Holstein, vielleicht auch Sachsen und einige andere kleinere Staaten annektieren dürfen, in ganz Norddeutschland sollte es die militärische Führung übernehmen; dafür aber sollte sich Preußen vom Rhein zurückziehen, und weil eine Abtretung der Rheinprovinz an Frankreich doch nicht zu erhoffen wäre, so sollten an den Rhein die

depossedierten deutschen Fürsten verpflanzt werden, eine Anzahl kleiner deutscher Staaten sollte dort unter französischem Schutze erblühen. Der Süden und die Mitte Deutschlands würden einen besonderen Bund zu bilden haben, der in Beziehungen gleichmäßig zu Österreich und zu Preußen stehen könnte; am linken Rheinufer, im Westen, würde man vielleicht einen größeren neutralen Staat schaffen. Dahin zielten Napoleons Gedanken und Einbildungen; es war eine neue Auflage des Rheinbundes beabsichtigt, und ein europäischer Kongreß sollte nach Napoleons Sinn zur Erledigung dieser Dinge die beste Gelegenheit bieten.

Allgemeine Verwirrung rief Napoleon in der Tat hervor, als sein Kongreßantrag den europäischen Mächten am 28. Mai vorgelegt wurde. Bismarck nahm ohne weiteres am 29. Mai die Einladung zum Kongreß an, ebenso am 1. Juni Italien. Bismarck rechnete zuversichtlich auf das Ungeschick der Österreicher, wie es 1859 Cavour gegenüber den Österreichern geglückt war und wie es Bismarck selbst schon einmal 1864 gegenüber den Dänen gewagt hatte. Er kannte eben gründlich seine österreichischen diplomatischen Kollegen. Seine Rechnung war richtig. Österreich sprach am 1. Juni seine Annahme aus unter dem Vorbehalt, daß auf dem Kongreß keine Macht einen Machtzuwachs erlangen würde. Österreich war ja selbst bereit Venetien zu opfern, aber nur gegen den Erwerb von Schlesien. Dieser Vorbehalt schloß von vornherein jede Befriedigung der französischen Gelüste aus; und so betrachtete Napoleon, wie er am 3. Juni aussprach, durch den Vorbehalt Österreichs die ganze Kongreßidee als gescheitert, und auch England und Rußland stimmten zu, daß der Kongreß jetzt unmöglich geworden. Es war also Österreich, welches zu den Waffen rief. Meisterhaft hatte es Bismarck wiederum verstanden seinen Gegner ins Unrecht zu setzen; er brachte es dahin, daß Österreich die Geduld verlor und brutal und täppisch wieder zugriff. Die Zumutungen, die Österreich in letzter Stunde Preußen bot, mußten die Kugel ins Rollen bringen.

Schon am 1. Juni hatte Österreich in Frankfurt mitgeteilt, alle Versuche zur Verständigung mit Preußen seien gescheitert; jetzt übertrug es förmlich dem Bundestage den Spruch über das schleswig-holsteinische Erbrecht. Das war ein Bruch der mit Preußen am 16. Januar 1864 getroffenen und am 14. August 1865

erneuerten Vereinbarung: Bismarck erklärte dies sofort am 3. Juni, und am nächsten Tage lag auch die Erklärung der neutralen Mächte vor, daß der Kongreß an dem österreichischen Vorbehalt gescheitert sei. Bismarck wiederholte am 4. bei allen Regierungen seine Einsprache gegen Österreichs Vorgehen: der Krieg sei abgemachter Entschluß in Wien.

Österreich berief die holsteinischen Stände nach Itzehoe auf den 11. Juni zur Äußerung ihrer Wünsche, worauf General von Manteuffel an Gablenz erklärte, jetzt sei die Teilung des Besitzes aufgehoben. Preußische Truppen kamen sofort nach Holstein herüber, Gablenz konnte natürlich einen militärischen Kampf mit ihnen nicht wagen und konzentrierte sein Heer bei Altona. Manteuffel übernahm für seinen König am 10. Juni die Regierung auch in Holstein, er löste die Landesverwaltung auf, setzte als Oberpräsidenten den Baron von Scheel-Plessen ein und verbot die Versammlung der Stände. Gablenz legte am 11. Juni Verwahrung ein: er weiche der Gewalt; am 12. zogen die Österreicher aus Holstein weg, und höchst eilig folgte der Augustenburger hinter den Soldaten her.

Am Bundestag hatte Preußen sich deutlich gegen die österreichischen Anklagen erklärt (9. Juni). Am 10. Juni folgte der an alle deutschen Regierungen gesandte Entwurf Preußens für die Bundesreform; dabei war der Ausschluß Österreichs aus dem Bunde zur Grundlage der ganzen Reform gemacht: dies Vorgehen mußte die Entscheidung bringen.

Österreich protestierte natürlich am Bundestage: Preußen habe das Recht des Bundes verletzt; es beantragte am 11. Juni Mobilmachung des Bundesheeres mit Ausnahme der preußischen Korps und brach schon am 12. Juni den diplomatischen Verkehr mit Preußen ohne weiteres ab. Am 14. Juni wurde über den österreichischen Antrag abgestimmt. Für Preußen waren: Baden, Luxemburg, Mecklenburg, Oldenburg und die Thüringischen Länder, mit Ausnahme von Meiningen, ebenso die Hansestädte. Für Österreich stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Kurhessen, Hessen-Darmstadt. Also standen 7 gegen 7 Stimmen. Die Entscheidung lag bei den Kuriat-Stimmen; bei der einen, die aus Braunschweig und Nassau gebildet war, neutralisierten sich die beiden; in der anderen Kurie waren drei gegen drei; aber ihre Stimme wurde zu Gunsten Österreichs gezählt, ein Verfahren, das

einer Fälschung der Abstimmung nahekam. Es wurde verkündet, daß der österreichische Antrag mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen wäre. Der preußische Gesandte von Savigny erklärte darauf den Deutschen Bund für erloschen, aber die nationale Einheit sei damit keineswegs verloren; er legte den preußischen Bundesverfassungsantrag auf den Tisch des Bundestags nieder, wartete aber noch die Präsidialerklärung ab, statt gleich den Saal zu verlassen. Der Ausgang war gerade nicht hübsch, Herr von Savigny war alles eher als fest und sicher aufgetreten.

Der Krieg mit Österreich brach sofort aus, der Krieg, in welchem Preußen von Italien unterstützt wurde, in welchem Napoleon neutral zu bleiben versprochen hatte.

Bei Napoleon hatte die österreichische Ablehnung des Kongresses nicht so verstimmt, wie wohl zu erwarten gewesen war, vielmehr neigte er sich in den letzten, entscheidenden Tagen merklich Österreich zu. Er war sicher, daß Preußen sich nicht anders als unter dem Druck einer großen Niederlage zu Landabtretungen verstehen würde; nur Bismarck suchte — und zwar benutzte er Benedetti und Govone dazu — den Schein zu erwecken, als sei mit ihm über solche Dinge eher zu reden. Sehr geschickt spielte er dabei die Verhandlung von deutschem Gebiet auf Luxemburg und Belgien hinüber, er redete darüber, aber er bot nichts an, er versprach nichts. Er ließ dadurch Napoleon immer noch etwas Zukunftshoffnung, jedenfalls führte er die landhungrigen Franzosen gründlich aufs Eis.

Die Sache war deshalb schwierig für ihn, weil Österreich ihm augenscheinlich immer mehr den Rang beim Franzosenkaiser ablief. Wie weit die französische Behauptung richtig ist, daß Österreich Napoleon die Rheingrenze angeboten habe, bleibe dahingestellt, jedenfalls bot es genug, um Napoleon zu einem geheimen Vertrag vom 12. Juni zu bestimmen: Österreich versprach Venetien abzutreten und Deutschland nicht unter eine Leitung kommen zu lassen, wofür ihm stillschweigend freie Hand gegen Schlesien gelassen wurde. Die ganze Berechnung Napoleons stand auf der sicheren Voraussetzung, daß Österreich siegen würde; er glaubte nach allen Seiten gedeckt in seiner laut verkündeten „aufmerksamen Neutralität" der weiteren Entwicklung zusehen zu können, des eigenen Gewinnes sicher.

Den übrigen deutschen Ländern hatte Bismarck Neutralität

angeboten. Hannover schwankte, aber die Anerbietungen, die Prinz Solms aus Wien brachte, sichere Hilfeversprechungen und zuletzt wohl auch die Aussicht auf Landgewinn, wirkten doch so, daß König Georg sich Österreich anschloß. Die hannoverische Kammer der Abgeordneten verlangte Neutralität, besonders der Abgeordnete Bennigsen war eifrig in diesem Sinne tätig, aber alles war vergeblich. Ähnlich erging es in Hessen, wo man mit der Hilfe eines heranziehenden österreichischen Heeres von 800 000 Soldaten prahlte. In Sachsen hoffte man, Preußen habe sich ein „neues Jena" schon zubereitet.

Das preußische Ultimatum vom 15. Juni verlangte Abrüstung und Annahme der preußischen Grundzüge für die Bundesreform, wofür Preußen den Nachbarländern ihren territorialen Besitz garantierte. Der Antrag wurde in Hannover, Kassel und Dresden abgelehnt. Ähnlich trafen auch die süddeutschen Staaten ihre Wahl. Preußen rief am 16. Juni die norddeutschen Länder sämtlich zum Anschluß auf; die thüringischen Staaten folgten, und ganz besonders eifrig war der Koburger Herzog Ernst, der ja in den Jahren 1863 bis 1865, wie wir gesehen, einige sehr sonderbare Sprünge gemacht hatte; er war mittlerweile durch den Ernst der Lage zur Vernunft zurückgeführt, schon im Mai 1866 hatte er seine feste Stellung an der preußischen Seite genommen und blieb fortan der nationalen Sache völlig ergeben. Die übrigen norddeutschen Länder folgten eines nach dem andern, wenn auch zum Teil ohne Übereilung.

Der Krieg blieb also doch nicht ein Duell zwischen Preußen und Österreich, wie Bismarck gewollt, sondern er wurde zu einem allgemeinen deutschen Bruderkrieg. Unendliches Weh und Elend wurde für Deutschland damals vorausgesagt, und der Württemberger Moritz Mohl prophezeite, der Krieg würde wenigstens 30 Jahre dauern, er würde Deutschland verwüsten, in ein allgemeines Chaos stürzen und unser Vaterland unendlicher Schmach preisgeben, indem er die Macht des Auslandes über Deutschland herbeiführte. Auch sonst fiel manches bittere und unverständige Wort.

Aber das Vertrauen des Königs Wilhelm und seines Ministers auf das preußische Volk betrog sie nicht. Einmal eingetreten in die Aktion tat in Preußen jeder seine Schuldigkeit, suchte ein jeder den anderen zu übertreffen; besonders die be-

kanntlich sehr skandallustigen und stets opponierenden Berliner zeigten sich im Kriege als wackere Streiter und brave preußische Soldaten.

Am 16. Juni war der sofortige Einmarsch in die deutschen Nachbarländer anbefohlen; schon am 18. waren Hannover und Kassel besetzt, unaufhaltsam war der preußische Vormarsch erfolgt. Nur hatte der preußische General Vogel von Falckenstein sich um Moltkes Weisungen nicht gekümmert, wonach er sich mit allen erreichbaren Truppen den nach Süden über Göttingen abmarschierenden Hannoveranern in Thüringen vorlegen sollte. Er wollte dagegen seine Divisionen erst im Rücken der Hannoveraner versammeln und sodann ihnen nachrücken, kam aber auch davon ab und strebte nach Frankfurt: die Bundeshauptstadt und nicht das feindliche Heer schien sein Operationsziel zu sein. Man war in Berlin über sein eigenmächtiges Verhalten sehr erzürnt. Aus Falckensteins Maßnahmen und aus sonstigen Mißverständnissen und Zufällen entstand eine Kette von Irrungen, bei denen es geschah, daß ein schwaches preußisches Detachement bei Langensalza am 27. Juni die überlegenen Hannoveraner angriff und geschlagen wurde. Da inzwischen aber die Umstellung vollzogen war, mußten die eben siegreich gewesenen Hannoveraner am 29. Juni bedingungslos die Waffen strecken.

Hannover war unterworfen, ebenso durch General Beyer Hessen, wo ein Kampf gar nicht stattfand, später auch Nassau und das nördliche Hessen-Darmstadt: sie waren „debelliert“, eine feindliche Regierung bestand in diesen Ländern nicht mehr, es hing vom Sieger ab, ob er die alten Regierungen wieder einsetzen wollte oder nicht.

Am 16. Juni waren die Preußen auch in das von Truppen entblößte Sachsen eingerückt, und zwar die später sogenannte Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld, die zu der gegen Böhmen bestimmten Hauptmacht gehörte. Da die Triaspolitik ihr Unwesen bis in den Krieg hinein trieb, und Bayern es vorzog, auf dem besonderen süddeutschen Kriegsplatz vereinzelt sich schlagen zu lassen, statt bei der Hauptentscheidung in Böhmen mitzuwirken, so vereinigten sich die Sachsen allein in Böhmen mit dem österreichischen Heere.

Preußen hatte gegen den österreichischen Hauptgegner drei

Armeen aufgestellt. Die erste Armee in der Lausitz unter dem Prinzen Friedrich Karl, die zweite Armee in Schlesien unter dem Kronprinzen und eine dritte, die Elbarmee, die vor ihrem Einmarsch in Sachsen bei Torgau stand, unter General Herwarth von Bittenfeld. Der König hatte die oberste Leitung sich selbst und seinem Generalstabschef Moltke vorbehalten. Die österreichische Hauptmacht stand unter dem Feldzeugmeister von Benedek bei Olmütz in Mähren vereinigt und bewegte sich von dort aus seit dem 17. Juni nach Böhmen auf Josefstadt zu.

Am 22. Juni begann der preußische Einmarsch nach Böhmen, gleichzeitig aus Sachsen, der Lausitz und Schlesien, mit dem vorläufig für den konzentrischen Vormarsch gegebenen Vereinigungspunkte Gitschin. Jedoch verschob sich dieser Punkt schon bald weiter nach Osten; denn nach dem kleinen Vortrabsgefecht der Elbarmee bei Hühnerwasser (26. Juni) erzwang die erste Armee bei Podol (26. Juni) und Münchengrätz (28. Juni) den Übergang über die Iser gegen die Sachsen unter ihrem Kronprinzen und die Österreicher unter General Clam Gallas, und warf sie in dem Gefecht vom 29. Juni über Gitschin zurück; die Preußen rückten dem weichenden Gegner nach über Horschitz in der Richtung auf Sadowa und Königgrätz.

Weit schwieriger und weniger glatt vollzog sich der Vormarsch des Kronprinzen aus Schlesien. In drei Kolonnen ging seine Armee über die Pässe des Grenzgebirges, rechts General von Bonin (I. Korps), links Steinmetz (V. Korps), in der Mitte die Garde unter Prinz August von Württemberg. Sie stießen gerade auf die Anmarschstraße Benedeks. Bonin wurde beim Austritt aus dem Gebirge bei Trautenau am 27. Juni von Gablenz völlig geschlagen und zurückgeworfen; dafür gelang es Steinmetz am gleichen Tag den Weitermarsch bei Nachod gegen das Korps Rammings zu erzwingen, und kühn gegen Skalitz vordringend schlug er den ihm hier entgegentretenden Erzherzog Leopold am 28.; an demselben Tage machte die Garde etwas südlich von Trautenau auf dem alten friedericianischen Schlachtfeld von Soor und Burkersdorf gegen Gablenz die Niederlage Bonins wieder wett: am 30. Juni waren die Korps des Kronprinzen an der Elbe vereinigt.

König Wilhelm verließ an demselben 30. Juni Berlin, begleitet von Bismarck, Roon und Moltke; er trat persönlich an die Spitze

der Heeresführung. In diesen Tagen gingen österreichische Siegestelegramme in die Welt: das Treffen bei Trautenau wurde wie vorher Langensalza zu einem großen Siege aufgebauscht, ein Trugbild wurde vor Europa aufgeführt, das natürlich nicht lange dauerte.

Benedek hatte sein Heer am linken Elbufer südlich Königinhof versammelt; auf die Nachricht von der Niederlage bei Gitschin zog er nach Süden ab und vereinigte seine ganze Armee in einer festen Verteidigungsstellung, aber mit der Elbe im Rücken, zwischen Sadowa und Königgrätz. In voller Mutlosigkeit riet er von hier aus am 1. Juli seinem Kaiser Frieden zu schließen, eine Katastrophe für die Armee sei unvermeidlich. Die bisherigen Kämpfe hatten bei den Preußen außer der Überlegenheit der Führung die weit bessere taktische Durchbildung der Truppen gezeigt, ihre sichere Disziplin im Manövrieren und beim Feuergefecht, hier mächtig unterstützt von ihrer Waffe, dem Zündnadelgewehr; die bei der österreichischen Stoßtaktik stets in geschlossenem Bajonettangriff vorstürmenden Reihen der Österreicher wurden furchtbar gelichtet. Auch wirkte die höhere Intelligenz der Mannschaften aus dem Lande der allgemeinen Schulpflicht; es ist ja zum geflügelten Wort geworden, daß der preußische Schulmeister die Schlacht von Königgrätz gewonnen habe.

Bei Königgrätz griffen die erste und die Elbarmee Benedek am 3. Juli an; sie vermochten aber nur unter schweren Opfern die Schlacht zu halten, ohne die befestigten österreichischen Stellungen zu erreichen, besonders tapfer auf dem gefährdeten linken Flügel die Division Fransechys im Swiepwald gegen zwei österreichische Korps, bis der herangerufene Kronprinz von Norden her gegen die rechte Flanke des Gegners nach Mittag entscheidend eingriff. Mit der Einnahme Chlums durch die Gardedivision Hiller von Gärtringens, der dabei den Heldentod starb, war der Schlüssel der österreichischen Stellung in preußischer Hand: nach einem letzten verzweifelten Ringen flutete die geschlagene Armee über Königgrätz in aufgelöster Flucht zurück.

König Wilhelm war ein paarmal persönlich ins Feuer geraten. Etwa gegen Mittag schon sagte ihm Moltke auf seine etwas besorgt klingende Frage: „Ew. Majestät gewinnen heute nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug.“ Für Bismarck aber war am Abende des welthistorischen 3. Juli die alte Streitfrage mit

Österreich entschieden, jetzt galt es die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen.

— Der Krieg mit Italien hält einen Vergleich mit dem böhmischen Feldzuge nicht aus. Preußen hatte Italien den Rat gegeben, nicht gegen das starke österreichische Festungsviereck am Etsch und Mincio anzurennen, sondern von Süden über den Po vorstoßend dies zu umgehen und die Entscheidung mit Ausnutzung der eigenen Übermacht in der freien Ebene zu erzwingen, außerdem Garibaldis Freischar nach Dalmatien überzusetzen und von dort aus Ungarn zu insurgieren: „den Stoß ins Herz" des Feindes forderte der preußische Gesandte Usedom von dem kommandierenden General Lamarmora. Dieser aber ließ nur eine kleinere Armee die geforderte Aufstellung am Po nehmen, er selbst marschierte sorglos mit der Hauptmacht über den Mincio mitten in das Festungsviereck hinein und wurde hier vom Befehlshaber der österreichischen Südarmee, dem Erzherzog Albrecht, am 23. Juni ganz unvermutet bei Custoza angegriffen und völlig geschlagen. Dann wurde die Kriegführung der Italiener noch unsicherer; erst der preußische Sieg machte ihnen einigermaßen Luft, da mehrere Korps der Österreicher jetzt nach Norden abmarschierten, um sich mit Benedeks Armee zu vereinigen.

Der österreichische Kaiser und seine Umgebung waren nach Königgrätz ganz niedergeschlagen und verzweifelt. Schon am 4. Juli telegraphierte Franz Josef an Napoleon die Abtretung Venetiens, ohne jede Klausel und ohne Ersatz zu fordern; er bat Napoleon um seine Intervention in Italien.

In Frankreich hatte die Kunde des Sieges von Königgrätz oder Sadowa, wie man auch die Schlacht nannte, eingeschlagen wie eine Bombe; der französische Stolz war durch solchen preußischen Sieg ernstlich beleidigt. Was bedeuteten alle französischen Siege seit 1815 gegenüber diesem Siege der Preußen? Wie konnte man Magenta oder Solferino mit Königgrätz vergleichen? „Revanche pour Sadowa" war daher der allgemeine Ruf der französischen Nation. Daß Deutschland nicht mehr wie seit zwei Jahrhunderten von Frankreich abhängen würde, war jetzt völlig klargestellt; eine Kränkung ihrer Ehre bedeutete es, daß die Franzosen nicht mehr die Herren im übrigen Europa sein durften.

Napoleon war nicht der Ansicht, eine Niederwerfung oder Schwächung Österreichs zugeben zu können. Der österreichische

Hilferuf des 4. Juli fand daher bei ihm schon am 5. Juli geneigtes Gehör; allerdings nicht im Sinne der von Österreich erbetenen einseitigen Vermittlung bei Italien, denn damit hätte er Partei gegen Preußen ergriffen. Er ließ am 5. Juli durch seinen Moniteur der Welt die Abtretung Venetiens, seine Vermittlung bei Preußen und Italien und seine Forderung eines Waffenstillstandes verkünden. Es war nicht gesagt, ob Napoleon seine Vermittlung den kriegführenden Parteien nur anbieten oder gar auferlegen wollte; wenn letzteres seine Absicht war, so drohte ihm die Notwendigkeit, sich aktiv in den Krieg einzumischen: in seiner Brust stritten entgegengesetzte Tendenzen. England und Rußland entzogen sich sofort seiner Gemeinschaft.

Für die italienische Ehre war es eine böse Zumutung und Schmach, trotz der Niederlage Vorteile zu erringen, Venetien als Geschenk aus der Hand des französischen Protektors anzunehmen. So entschlossen sich die Italiener an dem Bündnis mit Preußen festzuhalten: schon am 6. Juli erklärte Ricasoli, es sei unmöglich, Venetien als Geschenk anzunehmen. Darin waren König Viktor Emanuel und Lamarmora und alle anderen einig. Am 8. Juli begann der italienische Vormarsch aufs neue. Garibaldi fiel in Tirol ein. Besonders hofften die Italiener zur See etwas zu leisten, aber bei Lissa besiegte sie am 20. Juli Tegetthoff. Weder im Felde noch zur See vermochte Italien sich 1866 Lorbeeren zu pflücken.

Auf das deutsche Volk, besonders in Süddeutschland, wirkte die Kunde vom 5. Juli betäubend. Jetzt sah man klar, daß Österreich den deutschen Nationalfeind zur Hilfe gerufen hatte, keineswegs Bismarck, dem man dies stets nachgesagt und schuldgegeben hatte. König Wilhelm rief bei Empfang des französischen Telegramms am 5. Juli aus: „Unglaublich!“ Aber er und Bismarck lehnten die französische Vermittlung nicht ab, da sie Napoleon nicht herausfordern wollten.

Österreich hatte durch General von Gablenz ohne Erfolg direkt beim Gegner um Waffenruhe gebeten. Preußen war bereit, wenn gleichzeitig schon die Grundzüge des Friedens festgesetzt würden, keineswegs aber blind oder ins Blaue hinein. Das Friedensprogramm des Königs umschloß den Erwerb von Schleswig-Holstein, den Ersatz der Kriegskosten, die Abdankung der Fürsten in Hannover, Nassau und Kurhessen zu Gunsten ihrer Thronfolger; ferner die Abtretung eines Grenzbezirkes von Österreich, und vor allem die

Reform des Deutschen Bundes mit Ausschluß Österreichs, so daß Preußen die Suprematie über Deutschland erhielt.

Nachdem Napoleons Vermittlung von Preußen angenommen war, galt es die Verständigung über die vorzuschlagenden Bedingungen des Friedens; diese Verhandlung wurde in Paris sehr geschickt durch den Grafen Goltz geführt. Die unabänderliche Grundlage jeder Verhandlung war für Preußen von Anfang an der Ausschluß Österreichs aus Deutschland, dann die Reform des Deutschen Bundes nach dem preußischen Vorschlag vom 10. Juni. Dieser aber ging auf eine feste Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, und weil hiergegen zumeist der drohende französische Einspruch zu fürchten war, so griff Bismarck sofort in seinen ersten an Napoleon gerichteten Vorschlägen (9. Juli) auf den schon früher geäußerten Gedanken zurück, die erstrebte Einigung auf Norddeutschland zu beschränken. Als Ersatz für den Verzicht auf Süddeutschland verlangte er die unmittelbare Stärkung Preußens durch die Lande seiner norddeutschen Gegner.

Am 14. Juli stellte Napoleon mit Goltz ein von diesem redigiertes Friedensprogramm auf, dessen Vorschläge Bismarck glatt annehmen konnte: Österreichs Ausscheiden aus dem eigentlichen Deutschland, norddeutsche Union, Freiheit der Süddeutschen zu einem besonderen Südbunde, Einverleibung Schleswig-Holsteins, aber Integrität Österreichs außer Venetien — nur von Einem kein Wort: von den norddeutschen Annexionen Preußens.

Waren die Verhandlungen bisher nur in Paris geschehen, so erschien am 12. Benedetti im preußischen Hauptquartier, der besonders die sofortige Waffenruhe zu vermitteln wünschte; Bismarck aber blieb bei der Forderung einer vorher festzustellenden Friedensgrundlage. Die von Frankreich drohende Gefahr bewog ihn zu dem Versuch, ohne den französischen Vermittler mit Österreich ins reine zu kommen. Durch den Brünner Bürgermeister Giskra und den Handelskammerpräsidenten Baron Herring bot er den Frieden an ohne jede Landabtretung außer Venetien, ohne Kriegsentschädigung, mit dem Zugeständnis der Mainlinie und der Freiheit Österreichs zur Verständigung mit Süddeutschland. Ausgeschlossen war aber dann jede Intervention Frankreichs: augenscheinlich stand bei diesem fast verblüffenden Entgegenkommen im Hintergrund der Gedanke einer gemeinsamen Frontstellung gegen den Vermittler, gegen Frankreich. (15. Juli.) Das Mißtrauen der

Österreicher ließ sie diese günstigste Gelegenheit versäumen, und als sie sich endlich zu halben Zusagen herbeiließen, hatte Bismarck die französischen Grundlagen für die weiteren Verhandlungen angenommen.

Die preußischen Heere waren vom 6. Juli an in stürmender Schnelle vorgerückt, Friedrich Karl in der Richtung über Brünn nach Wien, der Kronprinz auf Olmütz. Ein zweites österreichisches Gesuch um Waffenstillstand wurde am 8. Juli abgelehnt. Durch das siegreiche Gefecht bei Tobitschau (15. Juli) wurde Benedek nach Osten abgedrängt, er suchte auf dem Umweg durch das Waagthal nach Preßburg an der Donau zu gelangen. Bedenklich war nur bei den Preußen die Gefahr des Kräfteverbrauchs bei dem rapiden Vormarsch, zumal die Cholera im Heere um sich griff. Am 20. Juli standen die erste und die Elbarmee auf dem Marchfeld, ihre Vortruppen erblickten schon die Spitzen des Stefansturmes und sahen abends die Lichter von Wien sich in der Donau spiegeln. Am 22. Juli lieferte Fransecky bei Blumenau unweit Preßburg ein Gefecht, um den Durchmarsch zur Donau zu eröffnen; ehe es entschieden war, machte ihm die Kunde von der Waffenruhe ein Ende.

Im Hauptquartier zu Nikolsburg wurden die entscheidenden Verhandlungen geführt. Bismarck war bereit auf Grund der französischen Vorschläge vom 14. Juli den Österreichern eine Waffenruhe zu bewilligen, welcher dann nach Annahme der Annexionsforderungen der förmliche Stillstand mit den Friedensverhandlungen folgen sollte. Darüber ließ er die Franzosen nicht im Zweifel, daß das gemachte Angebot ohne die Annexionen nicht genügte, dafür aber waren er und Moltke einig, bei einem Entgegenkommen Napoleons nach seinem Wunsch dem preußischen Siegeslauf vor Wien Halt zu gebieten. Da aber kam es über diese Frage des weiteren Vormarsches und über die Frage der Behandlung Österreichs, seiner Schonung oder Verkleinerung, zur schwersten Krisis innerhalb des preußischen Hauptquartiers. Der Siegerstolz König Wilhelms und der Offiziere seiner Umgebung, außer Moltke und Roon, bäumte sich auf gegen die Zumutung, vor den Toren Wiens dem unerhörten Siegeszug ein unerhört demütigendes Ende zu bereiten; und ebenso war dem König der Gedanke unerträglich, daß von seinen Gegnern der Hauptschuldige ohne jede Strafe davonkommen sollte.

In einem fast tragisch gesteigerten Kampf hat Bismarck, vom

Kronprinzen unterstützt, dem König seine Zustimmung abgerungen; als danach Österreich die entscheidenden Bedingungen gewährt waren, konnte am 22. Juli eine fünftägige Waffenruhe beginnen. Und am Tage darauf kam Goltz' Meldung, daß Napoleon die Organisation Norddeutschlands als eine innere Frage ansehe, die das europäische Gleichgewicht nicht berühre; auch die Annexion von vier Millionen Norddeutscher erkenne er als billig an und fordere nur die Erhaltung Sachsens; gegen eine Verkleinerung Sachsens hatte er nichts einzuwenden. Die Österreicher aber machten die ungeschmälerte Erhaltung dieses hilfreichsten Genossen zur Ehrenbedingung, die übrigen gaben sie preis.

Noch einmal kam es über die Forderung, Sachsen ganz frei ausgehen zu lassen, zu einer Auseinandersetzung zwischen Bismarck und dem König. Da aber neue Schwierigkeiten durch die am 24. Juli gemeldete Intervention des Zaren drohten, der die Berufung eines europäischen Kongresses plante, bestand Bismarck nachdrücklich auf der Bewilligung. Auch die Italiener machten Weiterungen, indem sie über den Aprilvertrag hinaus Wälsch-Tirol forderten. Das wurde beseitigt, und am 2. August konnte der Waffenstillstand mit Einschluß Süddeutschlands beginnen; bis dahin wurde die Waffenruhe verlängert.

An den Nikolsburger Verhandlungen nahm die französische Diplomatie nicht teil, Napoleon hielt sich die Hände frei; dadurch entging ihm später das Recht, über die Auslegung und Ausführung der Bedingungen mitzureden. Ohne große Schwierigkeiten einigte man sich nun, nachdem der König in den Grundfragen sich Bismarck gefügt hatte, über die folgenden Punkte: Integrität Österreichs mit Ausnahme von Venetien, Auflösung des Deutschen Bundes, Anerkennung des norddeutschen Bundes, den demnächst Preußen schließen würde, Zulassung eines süddeutschen Bundes, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen einer näheren Verständigung beider vorbehalten blieb, Abtretung von Schleswig-Holstein an Preußen mit eventuellem Ausschluß der nördlichen Bezirke, die an Dänemark zurückgegeben werden könnten, falls die Bevölkerung sich für den Anschluß an Dänemark aussprechen würde. In allen diesen Punkten wurden die Vorschläge Preußens, zu denen auch Napoleon als Vermittler seine Zustimmung schon früher gegeben hatte, ohne weiteres von den Österreichern angenommen; ihre bar zu zahlenden Kriegs-

kosten sollten nach verschiedenen Abrechnungen nur 20 Millionen Taler betragen. Als Bismarck am 26. dem Österreicher Karolyi erklärte, Preußen verzichte auf die Landabtretung von Sachsen, da erhob der österreichische Minister, getreu den Napoleonischen Ideen, den Anspruch, daß Sachsen nicht dem norddeutschen, sondern vielmehr dem süddeutschen Bunde beizutreten habe. Hoch richtete sich Bismarck aus seinem Sessel bei den Worten zu seiner ganzen Größe in die Höhe: das heiße die Erneuerung des Krieges! Dies Wort schlug durch. Der Ersatz der Kriegskosten und die künftige Stellung Sachsens im norddeutschen Bund sollten durch besonderen Vertrag mit Sachsen geordnet werden. Österreich erkannte alle sonstigen Einrichtungen Preußens und alle Landverschiebungen in Norddeutschland an.

Bisher hatte Napoleon bei allen Verhandlungen das gefürchtete Wort der Kompensationen nicht ausgesprochen; gerade am 26. Juli, kurz vor der Unterzeichnung der vereinbarten Präliminarien meldete sich Benedetti bei Bismarck: jetzt erwarte Napoleon eine billige Entschädigung für Frankreich, darüber müsse man jetzt endlich abschließend verhandeln. Bismarck war außerordentlich freundlich, er zeigte sich bereit, alle französischen Anträge eingehend zu diskutieren. Benedetti deutete dann auf das linke Rheinufer hin, da aber sagte Bismarck: „Machen Sie mir lieber heute noch keine amtlichen Mitteilungen."

Die Arbeit in Nikolsburg war am 26. getan. Die Präliminarien waren fertig. Der Krieg hatte keine 30 Jahre, sondern vom 16. Juni bis 26. Juli, das heißt genau 40 Tage oder 6 Wochen gedauert und die Entscheidung war innerhalb der einen Woche vom 27. Juni bis 3. Juli gefallen.

Der Feldzug in Süddeutschland war nicht so dramatisch verlaufen, wie der böhmische. Im Felde erschienen zwei süddeutsche Korps, ein bayerisches unter Prinz Karl von Bayern, und ein anderes, aus Württembergern, Badenern, Hessen-Darmstädtern, Nassauern und Österreichern gemischt, unter dem Prinzen Alexander von Hessen. Gegen sie stand General Vogel von Falckenstein mit seiner jetzt sogenannten Mainarmee. Beim Vormarsch nach Süden lieferte Goeben mit seiner Division den Bayern bei Dermbach (4. Juli) zwei glückliche Gefechte; Falckenstein aber hatte sein Augenmerk ausschließlich auf Frankfurt gerichtet und ließ die

Bayern abziehen. Erst auf Moltkes nachdrückliche Weisung schwenkte er gegen sie über die hohe Rhön auf Kissingen ab, wo Goeben sie am 10. Juli schlug. Dann aber bewirkte auch hier die französische Einmischung, daß die militärischen Maßnahmen sich nach den nun entscheidend gewordenen Forderungen der Politik zu richten hatten, und so erhielt Falckenstein aus dem Hauptquartier des Königs die Weisung, daß die tatsächliche Besitzergreifung der Länder nördlich des Mains für die bevorstehenden Verhandlungen wichtig sei; nun konnte er endlich seinem vom Beginn des Feldzugs an gehegten Herzenswunsche folgen und gegen Frankfurt gehen. Beim Vormarsch schlug wieder Goeben die Hessen-Darmstädter bei Laufach (13. Juli) und die österreichische Brigade, die von den Genossen schlecht unterstützt wurde, bei Aschaffenburg (14. Juli); am 16. Juli zog Falckenstein in Frankfurt ein. Der deutsche Bundestag, aber auch der Herzog von Nassau und der Großherzog von Darmstadt hatten ihre Residenz nach Augsburg in das Hotel zu den „Drei Mohren" verlegt. Frankfurt, die sehr preußenfeindliche Stadt, mußte die schwere Hand des Siegers ertragen.

Gerade nach diesem Erfolg wurde Falckenstein abgerufen, da man reichlich Grund hatte mit seiner Kriegführung unzufrieden zu sein; Manteuffel trat an seine Stelle. Dieser drängte dem 8. Bundeskorps unter Alexander von Hessen über den Odenwald nach, und bei Tauberbischofsheim erzwangen wieder Goebens Truppen den Übergang über die Tauber; nach einer Reihe weiterer Gefechte wurde am 31. Juli Würzburg besetzt, während ein Reservekorps unter dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in Nürnberg eingerückt war. Süddeutschland lag den Siegern offen, als auch hier der Stillstand vom 2. August die Feindseligkeiten beendete.

Jeder beeilte sich seinen Frieden mit Preußen zu schließen. Der Minister von der Pfordten war nach Nikolsburg geeilt; dort empfing ihn Bismarck mit den Worten: „Wissen Sie, daß ich Sie als Kriegsgefangenen verhaften lassen könnte?" — er wünschte nicht, die süddeutschen Dinge mit den österreichischen und französischen Verhandlungen zu vermischen. Baden bat um Frieden; der Großherzog rief Ende Juli seine Soldaten zurück: faktisch hatte man damit Frieden geschlossen; er trat aus dem früheren Deutschen Bunde aus und bildete sofort ein national gesinntes Ministerium aus Freydorf, Mathy und Jolly.

Auch Meiningen bat um Frieden; die Antwort Preußens machte die Abdankung des alten Herzogs zur Vorbedingung. Sachsen und Hessen-Darmstadt hatten sich an Napoleon gewendet und ihn um Schutz ihrer staatlichen Autonomie gebeten, in Württemberg hoffte man auf russische Unterstützung. Napoleon stand damals mißmutig, unruhig, zur Einmischung in die deutschen Dinge bereit.

Am 5. August, als gerade König Wilhelm und Bismarck aus dem Feldzug zurückgekehrt waren, überreichte wirklich Benedetti die offizielle amtliche Forderung der Kompensation: Napoleon forderte „zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Frankreich und Deutschland" die Abtretung der Rheinpfalz und Rheinhessens mit Mainz, also Teile solcher Staaten, welche so eben erst gegen Preußen Krieg geführt hatten; von Preußen verlangte er den Saarbrückener Bezirk zur Herstellung der Grenze von 1814. Aber Bismarck blieb entschlossen nichts zu gewähren, und ebenso sein König. Am 6. August erhielt Benedetti eine runde Abweisung von Bismarck, und am 7. wiederholte der König die Erklärung seines Ministers. Bismarck warf das Wort hin, wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde Preußen die ganze Kriegswut der Deutschen gegen Frankreich entfesseln; man würde in Frankreich mit 800 000 deutschen Streitern einfallen und im Falle des Sieges den Franzosen das Elsaß abnehmen; gegen etwaige revolutionäre Schläge dabei stünden die deutschen Dynastien fester als die napoleonische. Das war Bismarcks deutsches Schlußwort auf die Forderung der Abtretung der deutschen Rheinlande. Bismarck erteilte am 6. August 1866 den französischen Begierden nach der „Revanche pour Sadowa" die einzig richtige Antwort aus deutschem Munde, nämlich den Hinweis darauf, daß die Franzosen ihren alten Raub an deutschem Lande herauszugeben hätten, das Elsaß.

Vor dem festen deutschen Worte zog sich Napoleon zurück. Er machte die Ausrede, sein Minister Drouyn de l'Huys hätte den Antrag gewagt; er wechselte am 11. August seinen Minister und nahm nun Moustier, er wechselte auch das Objekt seiner Begehrlichkeit, denn fortan handelte es sich für ihn um Belgien und Luxemburg. Schon am 20. August erbat Benedetti Preußens Zustimmung zum Erwerb dieser Länder, von Deutschland wünschte er nur noch jene kleine Korrektur, die Grenzen von 1814. Jede

Erwähnung deutschen Landes in diesem Zusammenhang wies Bismarck nun scharf und endgültig ab, aber auf die Unterredung über die anderen Gebiete ließ er sich wie sonst ein, er behandelte die Frage dilatorisch; er war vorsichtig genug, sich den französischen Antrag schriftlich überreichen zu lassen, er antwortete seinerseits nur mündlich und ausweichend, hinhaltend und vertröstend, immer aber außerordentlich freundlich und höflich. Napoleon sprach in einer Zirkularnote vom 16. September seine Befriedigung und seine Glückwünsche zu dem preußischen Erfolg aus und machte eine Anzahl sauersüßer Komplimente.

Den süddeutschen Ministern gewährte Bismarck Einblick in die französischen Forderungen, nur dem Hessen-Darmstädter Dalwigk nicht, der noch während der Friedensverhandlungen in Berlin Frankreich zum Krieg zu hetzen suchte, dem Bismarck niemals traute. Württemberg ging jetzt voran; nach ihm erklärten sich alle bereit, die Friedensverträge mit Preußen sofort durch geheime Bündnisverträge zu ergänzen, durch welche sie ihre Heere für den Kriegsfall unter den Oberbefehl des Königs von Preußen stellten und versprachen, ihr Heerwesen dem preußischen System anzupassen. Am 13. August wurde mit Württemberg, am 17. mit Baden, am 22. mit Bayern, am 3. September mit Hessen-Darmstadt abgeschlossen. Kriegsentschädigungen wurden gezahlt, eine kleine Grenzregulierung mit Bayern wurde vorgenommen, eine preußische Besatzung kam nach Mainz, und Hessen-Darmstadt mußte mit den nördlich vom Main gelegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund eintreten.

Württemberg konnte wenig Neigung haben, sich einem Südbund anzuschließen, der für die geforderten Opfer an Souveränität nicht die entsprechende Gegengabe genügenden Schutzes nach außen bot. Mit Befriedigung vernahm Herr von Varnbüler daher in Berlin Bismarcks Auffassung, daß die Nikolsburger Präliminarien nur von einem Recht der süddeutschen Staaten, nicht aber von einer Pflicht zur Bildung eines Südbundes redeten. Dies entsprach auch den badischen Anschauungen. Also hatte Bismarck schon ohne weiteres erzielt, daß der süddeutsche Bund nur auf dem Papier stehen bleiben würde: der Fortschritt der nationalen Einigung wies auch die Süddeutschen nach Norddeutschland hin.

Der Frieden mit Sachsen wurde erst am 21. Oktober fertig: 10 Millionen Taler Kriegskosten, Eintritt in den Norddeutschen Bund und Verzicht auf diplomatische Vertretung im Auslande

waren die Bedingungen. Der Abschluß mit Sachsen war noch auf vielfache Schwierigkeiten gestoßen. Im Anfangsstadium der Verhandlungen war Herr von Beust ein Gegenstand des Verdachtes für Preußen; als man damals von seinen während des August in Paris gemachten Versuchen hörte, Napoleon zur Einmischung aufzuhetzen, da wuchs sehr erklärlich in Berlin Verdacht und Verstimmung gegen Sachsen. Endlich wurde am 17. August Beust glücklich aus dem sächsischen Amte entlassen, nach kurzer Frist genoß Österreich das Glück, daß er dem Kaiser seine Dienste widmete. Diese persönliche Entscheidung verbesserte sofort die politischen Beziehungen zwischen Sachsen und Preußen, und in Berlin empfand man bald, daß Preußen in Deutschland keinen treueren und zuverlässigeren Bundesgenossen sich erworben, als den König und das Heer und das Volk in Sachsen.

Der allgemeine Friedenskongreß versammelte sich in Prag, von den Vertretern Preußens und Österreichs besucht. Die Italiener erhoben noch einige Schwierigkeiten, indem sie wiederum außer Venetien noch Wälschtirol verlangten, und gerade weil sie sich militärisch keine besonderen Verdienste erworben, so ertrugen sie ungern einen Abstrich von ihren Forderungen. Österreich forderte aber getrennte Verhandlung mit ihnen, nachdem die Grundbedingungen festgesetzt waren, für die Preußen vertragsmäßig einzutreten hatte. Zwischen Österreich und Preußen ging alles sehr glatt, auf Grund der Nikolsburger Vereinbarungen wurde der Friedensvertrag zu Prag am 23. August unterzeichnet. Nach länger hingezogenen Verhandlungen folgte am 3. Oktober der Friede Österreichs mit Italien.

Nach Rußland hatte der König von Preußen den General Manteuffel geschickt, um die Empfindlichkeit des Zaren über den Gang der deutschen Dinge und über die Niederlage zu beschwichtigen, die er mit seinem Kongreßplan bei Preußen und den anderen Mächten erlitten hatte. Dies gelang Manteuffel vollständig.

Großes war erzielt. Das nationale Königreich Italien war befestigt, und der erste Grundstein zur deutschen Einheit war gelegt. Mit kräftigem Schnitt war das Band zwischen dem undeutschen Österreich und dem wirklichen Deutschland zertrennt, Österreich gezwungen worden, aus Deutschland auszuscheiden: damit war die Schöpfung eines rein deutschen Bundes oder Reiches erst ermöglicht.

Neuntes Kapitel.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes 1867.

Überraschend waren die Erfolge des Krieges von 1866 für die meisten Menschen in Deutschland und in Europa. Allerdings in Preußen hatten doch wohl nur wenige am schließlichen Ausgang des Krieges gezweifelt, wie sehr auch die liberale Parteitendenz sich abgemüht, in der Öffentlichkeit die Verhältnisse ins Schwarze zu malen. Wer den Charakter und die staatliche Schulung des preußischen Volkes wirklich kannte, mußte an den endlichen Sieg Preußens über Österreich glauben.

Auch im übrigen Deutschland war mehr Vertrauen in die preußische Staatskraft vorhanden, als es nach den öffentlichen Äußerungen schien, und als es insbesondere die Zeitungen damals verlauten ließen. Es entspricht eben nicht immer der Wirklichkeit der Dinge, daß die Zeitungen die wahre Meinung des Volkes ausdrücken, sehr oft ist das Gegenteil der Fall.

Was im Jahre 1866 kein Mensch erwartet hatte und kein Mensch erwarten konnte, das war die Schnelligkeit und Gründlichkeit der preußischen Siege. Das Vorgehen Preußens war zielbewußt, energisch, mit überwältigender Wucht erfolgt. Preußen hatte seinen Krieg, wie man damals wohl gesagt hat, mit „affenartiger Geschwindigkeit“ geführt. In wenigen Tagen waren diejenigen deutschen Länder besetzt worden, welche hemmend im Wege der preußischen Staatsentwickelung gelegen, Hannover, Kurhessen, Nassau, Sachsen. Auch der Krieg in Böhmen hatte sehr schnell die Entscheidung gebracht. Am 22. Juni erst war die böhmische Grenze überschritten worden, und schon am 3. Juli

lag Österreich zerschmettert am Boden. Betäubend und sinnberaubend war der Schlag auf die preußischen Feinde hernieder gefahren, eine Möglichkeit ferneren Widerstands gab es für sie gar nicht mehr. Hilfe hätte nur kommen können von Frankreich, aber mit einer ganz unvergleichlichen Kunst hatte Bismarck die Aktion Napoleons gebunden und aufgehalten; Napoleon hatte durch sein diplomatisches Einschreiten Bismarck nur getrieben, die Ernte des Feldzuges schneller in Sicherheit zu bringen. Als er für seine neutrale Passivität Bismarck gleichsam seine Liquidation überreichte, da wurde er mit der größten Entschiedenheit abgewiesen. Preußen hatte sich im August imstande gefühlt, den Krieg sofort gegen Frankreich zu führen, zum Kriege aber fühlte sich Napoleon nicht bereit, und so mußte er der augenblicklichen Befriedigung seiner Wünsche entsagen, unter Vorbehalt späterer Versuche.

Einen solchen Krieg, wie 1866, hatte die Weltgeschichte seit Jahrhunderten nicht mehr erlebt. Verdankt wurde dieser große Erfolg in erster Linie der unvergleichlichen Tapferkeit der preußischen Soldaten, der großartigen Feldherrenkunst der preußischen Kriegsleitung, nicht weniger aber auch jener genialen, vorsichtigen und umsichtigen, ihres Endzieles sich bewußten Staatskunst des preußischen leitenden Ministers. Roon und Moltke waren die militärischen Sterne erster Größe; aber neben ihnen leuchteten auch die Namen von Blumenthal und Goeben, Manteuffel, Vogel von Falckenstein, Herwarth von Bittenfeld und Steinmetz. Die beiden königlichen Prinzen, der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, hatten sich als echte Hohenzollern bewährt. Gewaltiger aber, als sie alle, war der Staatsmann an der Spitze der preußischen Politik, seinesgleichen hatte Deutschland seit Friedrich dem Großen nicht mehr gesehen. Zu den größten Reichsgründern und politischen Schöpfernaturen der Weltgeschichte gesellte sich damals Bismarck. Und endlich war der Umschlag in der Stimmung des Volkes erfolgt, endlich drang die Anerkennung Bismarcks durch, da man gesehen hatte, daß er doch ein anderer war, als man ihn sich gedacht hatte, daß seine nationalen Absichten, die er oft verkündet hatte, ohne Glauben zu finden, keine Prahlereien, sondern sein ernster Wille gewesen waren.

Die ersten Anzeichen der Ernüchterung bei den Menschen, die nicht nur liberal, sondern auch national fühlten, waren

schon vorher sichtbar geworden; zuerst im Sommer 1864 waren die leisen Anfänge eines Umschlages bemerkbar, seit dem dänischen Kriege, seit der Londoner Konferenz, seit der Lossagung Preußens vom Londoner Protokoll; nur hatte damals noch die Absicht der schleswig-holsteinischen Annexion verstimmt. 1865 hatte die leise Gegenströmung gegen den irregeleiteten Liberalismus in der öffentlichen Meinung sich mehr und mehr verstärkt, mehr und mehr erfaßte man die Ansicht, daß trotz des Konfliktes in Preußen alle Nationalgesinnten zu Bismarck stehen müßten. Für die parlamentarischen Führer der liberalen Parteien war es wie immer so auch diesmal sehr schwer, ein Bekenntnis ihres Irrtums abzulegen, aber es wurden doch der Menschen immer mehr, welche sich zu Bismarck hinwandten. Die Kriegführung von 1866 schlug durch. Mitte September gab das Schreiben des Herrn v. Sybel an Herrn v. Forcade in der Revue des deux Mondes die Gedankenreihe der preußischen Liberalen wieder, die sich zu Bismarcks Fahne bekehrt hatten, eine Äußerung, die im Auslande sehr großen Eindruck machte.

Die Früchte der Heeresreform waren nicht nur sichtbar, sondern geradezu fühlbar für die weitesten Kreise geworden. Die Lasten des Krieges für das Volk waren weit geringer gewesen, als bei früheren Mobilmachungen. Die Landwehr war im Kriege viel weniger, als früher nötig gewesen wäre, gebraucht worden, die jüngeren Altersklassen, die Reserven hatten ausgereicht; die Kürze des Krieges wurde allgemein als Wohltat empfunden. Der angeborene militärische Sinn des Preußen sonnte sich in dem Ruhme der Schlachten, Königgrätz schien durchaus ebenbürtig den Siegen von Leipzig und Belle-Alliance. Die Volksstimmung war also für König Wilhelm und sein Werk gewonnen.

Die Wahlen, die am 3. Juli nach den ersten böhmischen Siegen stattfanden, fielen ganz anders aus, als die letzten Wahlen, sie ergaben etwa 100 Konservative und nur 80 Fortschrittler; die Mehrheit war den in der Mitte stehenden Gemäßigtliberalen gesichert. Wenn die Wahlen nur zwei bis drei Tage später, nach Königgrätz, gewesen wären, so würde der Umschlag sich sicher noch als ein viel größerer gezeigt haben.

Auch daß der Erfolg der militärischen Arbeit durch die Annexionen gesichert war, befriedigte das Volk; die Absicht der

Gründung des Norddeutschen Bundes wurde auf allen Seiten mit lautem Beifall begrüßt. Noch entscheidender war, daß diese siegreiche Staatsregierung den ersten Schritt tat, mit der Volksvertretung Frieden zu schließen.

Unsere Erzählung ist hier bei einem der großartigsten Momente der neueren deutschen Geschichte angelangt. König Wilhelm und sein Minister, die sieggekrönten, baten damals den preußischen Landtag um Indemnität, d. h. um Anerkennung ihrer guten Absichten bei ihren rechtswidrigen Schritten. Die rechtliche Ungültigkeit der Finanzführung von 1862—1866 gaben sie zu; sie erbaten nachträglich ihre Gutheißung anknüpfend an jenes Wort Bismarcks vom 13. Oktober 1862 (vgl. S. 82). Bismarck löste jetzt die Verantwortung ein, welche das Ministerium damals übernommen hatte. Sachlich hatte der Landtag Unrecht gehabt, sachlich waren der König und sein Minister berechtigt und weise gewesen, aber formell hatten König und Minister angestoßen gegen den Buchstaben des Gesetzes: so erbaten sie jetzt Indemnität vom Landtag für die formelle Verletzung des Rechtes. Da sie sachlich Recht behalten, so konnten sie formell nachgeben.

Wohl hatten sich bei manchen reaktionären Politikern Gelüste geregt, den Sieg zur Verfassungsänderung auszunutzen; alle derartigen Ansinnen wiesen der König und der Minister von vornherein ab, sie hielten treu an ihrem Verfassungseid fest, wenn es auch für Bismarck nicht leicht war, bei den auf den König wirksamen Einflüssen ihn für die Indemnitätsforderung zu gewinnen.

Überwältigend war die Kunde für jeden preußischen Patrioten, unaussprechlich waren die Gefühle in allen preußischen Herzen am Abend jenes Sonntags (5. August), als die Thronrede aus Berlin im Lande bekannt wurde. An demselben 5. August, an dem Benedetti mit der Forderung der Rheinlande zu Bismarck gekommen, war der Landtag eröffnet worden. Der König sprach in warmen, herzlichen Worten die volle Anerkennung des Verfassungsrechtes aus und kündigte die Absicht an, die Indemnität einzuholen, in der Hoffnung, daß dadurch der Konflikt für alle Zeit zum Abschluß gebracht würde. Auch im Landtag zeigte sich sofort der Umschwung der Ansichten. Die Rede des Alterspräsidenten Stavenhagen enthielt patriotische warme

Worte, zum ersten Male im preußischen Abgeordnetenhause wurden jetzt Äußerungen der Anerkennung und des Lobes für Bismarcks Leistung gehört.

Am 13. August legte Bismarck das Indemnitätsgesetz vor. Die Verhandlungen über die Adresse des Landtages wurden in durchaus versöhnlichem Tone gehalten. Wohl betonte der König der Deputation der Abgeordneten gegenüber, daß er nicht anders habe handeln können, wie er gehandelt habe; fest sagte er, im ähnlichen Fall würde er wiederum so handeln, aber, so fügte er versöhnlich hinzu, ein solcher Fall werde nicht wieder eintreten. Der Landtag nahm mit 230 gegen 75 Stimmen am 3. September das Indemnitätsgesetz an, das Herrenhaus am 8. September einstimmig. Sechzig Millionen Taler wurden nachträglich zur Deckung der Kriegskosten bewilligt, der Staatsschatz wurde gefüllt, wenn auch auf 30 Millionen Taler beschränkt. Am 20. September zogen die siegreichen Truppen von stürmischem Jubel begrüßt in Berlin ein, große Ovationen brachte man den Generalen dar, aber auch Bismarck wurde gehuldigt. Die Regierung beantragte Dotationen als Dankesgaben für die Generale; im Abgeordnetenhause wurde aus der Initiative des Hauses der Name Bismarcks denen der Generale vorangestellt.

Das Budget kam endlich wieder ordnungsmäßig zustande. Es wurden für das Heer 44 Millionen Taler bewilligt; aber eine Resolution wurde gefaßt, daß der Landtag damit nicht auf die gesetzliche Regulierung der Heerespflicht verzichte. Der Antrag Virchow-Vaerst, der nur im Extraordinarium die Militärforderung bewilligen wollte, fiel mit 163 gegen 153 Stimmen: so knapp entging man damals dem Wiederaufleben des Verfassungskonfliktes. Zwischen den Gegensätzen vermittelte ein Vorschlag Reichenheims: $41^1/_2$ Millionen Taler wurden im Ordinarium, und $2^1/_2$ Millionen im Extraordinarium bewilligt: schließlich wurde das Etatgesetz am 18. Dezember nahezu einstimmig angenommen. Bismarck, der über manche Einzelheiten noch Klage führen konnte, ließ sich zuletzt doch das Ganze gefallen, um seine Achtung vor dem Budgetrecht des Landtages zu beweisen.

Damit war der innere Frieden in Preußen endgültig besiegelt, und das Zusammenarbeiten von Ministerium und Landtag wurde in der nächsten Zeit zur Regel. Eine Reihe von heilsamen Maßregeln wurde getroffen, den Provinzen Provinzialfonds zu-

gewiesen, die Dezentralisation der Provinzialverwaltung sollte damit beginnen. Wohl waren noch manche Streitpunkte offen geblieben, aber allmählich griff auch auf den anderen Gebieten des Staatslebens eine friedliche Stimmung um sich.

Die Annexionen von Hannover, Hessen, Nassau und Frankfurt wurden am 21. September gesetzlich festgestellt, erst am 24. Dezember die von Schleswig-Holstein, nachdem man sich mit dem Großherzog von Oldenburg rechtlich auseinander gesetzt hatte. Dem Ministerium wurde in den neuen Provinzen die volle Gewalt der Diktatur eingeräumt, welche bis 1. Oktober 1867 dauern sollte. Die entthronten Fürsten wurden für den Verlust ihrer Einnahmen abgefunden, mit Hessen und Nassau schloß man darüber Verträge; endlich verhandelte man auch einen Abfindungsvertrag mit Hannover (29. September 1867), ohne daß König Georg ausdrücklich auf seine Thronrechte Verzicht leistete. Nur durch den stärcksten Druck Bismarcks wurde die Annahme im Landtag am 1. Februar 1868 zustande gebracht. Aber König Georg agitierte unverdrossen gegen die neue Ordnung in Deutschland, die Bestrebungen der Welfen für eine Rückkehr des Königs nach Hannover wurden ununterbrochen fortgesetzt, jedes Mittel schien recht, man klopfte sogar in Paris an und bildete eine Welfenlegion; deshalb wurde des Welfenkönigs Vermögen am 2. März 1868 mit Beschlag belegt, und der Landtag billigte nachträglich im Januar 1869 dies Vorgehen der Regierung. Die einbehaltenen Gelder blieben einstweilen in der Hand des Ministeriums „zur Abwehr feindlicher welfischer Bemühungen gegen Preußen“. Das war der Ursprung des viel besprochenen „Reptilienfonds“: um die Reptilien, welche Deutschland bedrohten, bis in ihre Höhlen verfolgen zu können, sollte das Geld zur Verfügung Bismarcks stehen. —

Die Hauptsache war die Begründung des Norddeutschen Bundes. Die Grundlinien für diese Schöpfung hatte Bismarck schon früher, schon seit 1863, ja seit 1861 gezeichnet; unmittelbar vor dem Kriege hatte er 1866 die wichtigsten Punkte der von ihm geplanten Einrichtung allen Deutschen verkündigt. Österreich hatte bei den Friedensverhandlungen seine Zustimmung zu allen Einrichtungen erteilt, welche Preußen nach dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland treffen würde. Es waren die norddeutschen Länder unmittelbar vor dem Kriegsausbruch am 16. Juni

zum Eintritt in den Bund aufgefordert worden, dessen Verfassung schon am 10. Juni in ihren Grundzügen dem alten, nun selig entschlafenen Bundestage vorgelegt war. Sofort hatten einzelne zugestimmt, förmlich abgelehnt hatten nur Meiningen und die ältere Linie von Reuß. Nach dem Kriege erneuerte Preußen am 4. August seine Aufforderung, und mit 16 deutschen Staaten wurde der neue Bundesvertrag am 18. August geschlossen. Wenige Tage später traten die beiden Mecklenburg zu, und schließlich am 26. September folgte nach einem gelinden Drucke auch das hochberühmte Fürstentum Reuß-Greiz. In Meiningen hatte man den Herzog selbst erst zur Abtretung nötigen müssen (21. September), dann erst schloß Meiningen sich am 8. Oktober an. Ebenso traten in den betreffenden Friedensverträgen schließlich auch das Königreich Sachsen und Hessen-Darmstadt für das nördlich des Maines liegende Oberhessen bei.

Von hervorragender Bedeutung war es, daß für die deutsche Bundesverfassung schon in den früheren Erklärungen Bismarcks das Wahlgesetz zum deutschen Parlament vom 12. April 1849 in die neue Bundesverfassung hinüber genommen war, also allgemeine und direkte Wahlen wurden für den Reichstag des neuen Deutschland beliebt; das war ein demokratischer Beisatz der neuen Verfassung, der nicht allen gefiel, und über dessen Zweckmäßigkeit das Urteil ein sehr verschiedenes geblieben ist. Das Motiv, das Bismarck leitete, liegt auf der Hand: er wollte den Liberalen ein Pfand bieten für den Ernst seiner Absichten, indem er seine Schöpfung direkt an ein Lieblingswerk der früheren demokratischen Bewegung anknüpfte; er hoffte ferner die eingewurzelten Vorurteile des Bürgertums, das ihm so feindlich gegenüber gestanden, durch seine Berufung an die unteren Klassen des Volkes zu überwinden. Dafür forderte er, daß die Abgeordneten keine Diäten erhielten, was nach seiner Auffassung ein Gegengewicht gegen den demokratischen Zug in dem Wahlgesetz bilden sollte.

Die Bundesverfassung sollte definitiv geschaffen werden auf Grund der schon am 10. Juni vor dem Kriege entwickelten Ideen, d. h. unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlamentes; die Frage, ob dies Parlament ein vereinbarendes oder konstituierendes sein sollte, war richtigerweise umgangen.

Die nächsten Schritte, die zur praktischen Ausführung ge-

schehen mußten, waren: zunächst daß die Regierungen unter sich den Verfassungsentwurf zu vereinbaren hatten, sodann daß das Wahlgesetz für den norddeutschen Reichstag durch die Einzellandtage gutzuheißen war. Bei der Besprechung der letzteren Frage erhob sich an manchen Stellen das Verlangen, daß die Landtage das Recht haben sollten, nach dem Spruch des norddeutschen Reichstages das fertige Werk noch einmal ihrerseits zu prüfen, also auch eventuell abzulehnen. So wurde im preußischen Landtage die Klausel beliebt, daß der Reichstag nur zur Beratung gewählt werden sollte. Mit großem Widerstreben mußte Bismarck sich diese Kompetenzbeschränkung des Reichstages gefallen lassen.

Die Vertreter der einzelnen deutschen Regierungen berieten unter Bismarcks Vorsitz in Berlin vom 15. Dezember 1866 bis zum 7. Februar 1867 den Entwurf der Verfassung; einzelne Vorbehalte blieben in der Tat noch stehen. Es wurden zur Ergänzung der Verfassung Militär-Verträge geschlossen, welche die thüringischen Kontingente ins preußische Heer einordneten; dem Königreich Sachsen wurde eingeräumt, daß das sächsische Heer ein gesondertes Armeekorps in der norddeutschen Armee bildete.

Die Wahlen fanden am 12. Februar 1867 statt, am 24. Februar begann der erste norddeutsche Reichstag seine Arbeiten. Die Thronrede war national und patriotisch gehalten; der König rief das deutsche Volk auf, das große Werk zu vollenden, den Traum der Jahrhunderte zur Erfüllung zu bringen. Zum Präsidenten wurde Simson gewählt, der hervorragendste Präsident aus der Paulskirche, einer der Führer der liberalen Mittelpartei; neben ihm der Herzog von Ujest und Rudolf v. Bennigsen. Es überwog der national gesinnte, gemäßigte Charakter sowohl von der liberalen, als auch von der konservativen Seite her, man war wirklich allseitig entschlossen, das Verfassungswerk endgültig zustande zu bringen.

Am 4. März legte Bismarck den Entwurf zu der Verfassung vor. Der Bundesrat sollte gleichsam das Extrakt der Weisheit der sämtlichen deutschen Regierungen bilden; das Bundespräsidium wurde an Preußen übergeben mit der Verfügung über Heer und Flotte; die Einrichtungen des preußischen Heeres sollten auf Deutschland übertragen werden. Der Reichstag wurde nach den vorher erwähnten Grundsätzen zusammengesetzt. Die Erweiterung

der Bundeskompetenzen sollte mit $^2/_3$ Stimmenmehrheit getroffen werden dürfen.

Man muß sagen, nach sehr vorsichtigen Erwägungen waren die Grundlinien nach allen Seiten hin ausgewählt, alles war vorwiegend praktisch ausgedacht, und wenn noch manche Lücke in der neuen Verfassung zu entdecken war, so galt es durch die spätere Praxis die Lücken auszufüllen. „Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel, reiten wird es schon können," rief Bismarck dem Reichstag am 11. März zu.

Nun gab es aber über einige wichtige Fragen doch noch ernste Debatten. Bismarck lehnte ab, ein Oberhaus zu bilden und ein verantwortliches Bundesministerium einzusetzen, wie der nationalliberale Führer Bennigsen beantragt hatte; er betonte, daß der Bundesrat mit einem verantwortlichen Bundesministerium unvereinbar sein würde. Diäten den Abgeordneten zu geben, beschloß der Reichstag trotz Bismarcks Widerspruch, allerdings nur mit 136 gegen 130 Stimmen. Was das Heer angeht, so hatte die Vorlage der Regierungen 1 % der Bevölkerung von 1867 als Heeresziffer aufgestellt; alle zehn Jahre wollte sie die Heeresziffer gesetzlich neu fixieren, für jeden Soldaten sollten jährlich 225 Taler gezahlt werden. Forckenbeck amendierte, daß diese Einrichtung nur bis zum 31. Dezember 1871 gelten sollte.

In der Schlußberatung über die Verfassung erklärte Bismarck, die Regierungen hätten in allen Differenzpunkten dem Parlamente nachgegeben, nur nicht in der Frage der Diäten, und ebenso wenig in der Frage über das Heer. In der ersten Frage fügte sich jetzt der Reichstag den Regierungen und strich die Diäten aus der Verfassung. In dem zweiten Punkte aber drohte ein neuer Konflikt auszubrechen; schließlich beantragten die Abgeordneten Herzog von Ujest und Bennigsen einen Kompromiß, daß jene Bestimmung (1 % der Bevölkerung von 1867 als Ziffer des Heeres und für jeden Soldaten 225 Taler jährlich) auch nach 1871 fortdauern sollte, wenn man sich nicht über etwas neues geeinigt haben würde; aber sie sollte fortdauern nur für die Einnahmen, die Ausgaben sollten alljährlich im Jahresbudget von 1871 ab bestimmt werden. Der Mittelweg war nicht schön, er war kompliziert und schuf leicht Anlaß zu neuem Streit; aber es war nicht möglich gewesen, die liberale Mittelpartei, welche für das nationale Werk Bismarcks zur Mitarbeit sich entschlossen

hatte, weiter vorzuschieben als bis zu dieser Halbheit. Trotz aller Bedenken erklärte schließlich Bismarck am 17. April die Zustimmung der Regierungen, denn er scheute vor einem neuen Konflikt gerade mit der liberalen Mittelpartei zurück. So wurden die Sitzungen geschlossen.

Das letzte war, daß die Einzellandtage die Verfassung des Bundes noch gutzuheißen hatten. Zuerst geschah dies in Sachsen; in Preußen leistete die Fortschrittspartei ihrem Berufe getreu dem nationalen Fortschritte noch einmal entschiedenen Widerstand, aber die Mehrheit des Abgeordnetenhauses war doch für die Annahme. In Waldeck wurde die Bundesverfassung abgelehnt; so nötigte man den Fürsten von Waldeck zum Abschluß eines Vertrages mit Preußen, welcher die Verwaltung in Waldeck einfach an den König von Preußen übertrug.

Am 1. Juli 1867 trat die Verfassung des Norddeutschen Bundes in Kraft. Bismarck wurde Bundeskanzler, neben ihm Delbrück Präsident des Kanzleramts. Der Bundesrat kam am 15. August zur ersten Sitzung zusammen, die Wahlen zum ersten norddeutschen Reichstag erfolgten am letzten August, und am 10. September konnte der Reichstag seine Sitzungen eröffnen. Man war wirklich angelangt auf dem festen Grunde einer deutschen Verfassung.

Mit innerer Befriedigung, mit gerechtem Stolze durfte Preußens großer Staatsmann auf die fünf Jahre zurückschauen, in denen er zustande gebracht, was von vielen deutschen Patrioten längst ersehnt war, was aber vor ihm niemand zu leisten vermocht hatte. Nachdem alle früheren Versuche gescheitert waren, hatte er das nationale Werk siegreich durchgeführt.

Wir vergegenwärtigen uns an dieser Stelle einige der ihm eigentümlichen Eigenschaften, aus denen sich die Methode seiner Politik und der Gang seiner Lebensarbeit erklärt.

Was Bismarck im Herbste 1863 laut aller Welt angekündigt hatte, war im Frühling 1867 verwirklicht. Es war etwas neues, daß Bismarck von Anfang an seine Gedanken und Absichten so offen enthüllte und aufdeckte, es war ein ganz ungewohntes Verfahren, das von der sonstigen Gewohnheit der zünftigen Diplomatie sehr erheblich abwich. Die offene Ankündigung seiner Ziele entzog ihm den Glauben der Zeitgenossen.

Das Endziel seiner Politik stand ihm von vornherein fest. Zu dem Endziel war es möglich auf verschiedenen Wegen zu

gelangen, in verschiedenen Abschnitten und Abstufungen war es erreichbar; und wenn es im ersten Anlauf nicht gelang bis zum Ende vorzudringen, so begnügte Bismarck sich einstweilen mit stückweiser Annäherung oder mit Abschlagszahlungen; er hatte Blick und Verständnis für das in jedem Augenblick Mögliche, er vermochte es, für den Augenblick sich mit einem halben Erfolge zu begnügen, in der sicheren Erwartung, daß die andere Hälfte später nachfolgen würde. Er hatte die Richtigkeit des politischen Grundsatzes früh eingesehen, daß das Bessere sehr oft der Feind des Guten ist, er war stets bereit, die weitere Ausbildung und Entwicklung der gepflanzten Keime und der gewonnenen Anfänge der Zukunft anzuvertrauen.

Man hat 1866 und später oft gehört: Bismarck sei vom Glücke in außerordentlicher Weise begünstigt gewesen, er habe gar keinen festen Plan in seiner Politik verfolgt, er habe niemals ein bestimmtes Endziel im Auge gehabt, alles, was er erreicht, verdanke er nur dem Glücke der Umstände. Nein, dieser Gedanke, auf welchen zuerst die Verstocktheit seiner politischen Gegner verfallen, an welche sich dann aber auch manche der halb bekehrten Liberalen angeklammert haben, entspricht nicht dem wirklichen Sachverhalt. Bismarck verdankte nicht allein dem Ungeschick der österreichischen Minister, des Herrn von Beust, des Augustenburgers oder der anderen ähnlichen Gleichzeitigkeiten seine Erfolge. In hellster Klarheit stand ihm vielmehr von Anbeginn seiner amtlichen Tätigkeit an sein Ziel vor Augen, und mit eiserner Zähigkeit hielt er an ihm fest, während seine findige Phantasie unerschöpflich war, die verschiedensten Wege und Mittel zum Ziele zu erdenken.

Auch bei ihm kamen Rücksichten und Umstände vor, die ihn zwangen eine Zeitlang aussichtslose Wege zu gehen und erst, nachdem alle anderen Versuche gescheitert, sich zu dem Wege zu entschließen, dessen einzige Ersprießlichkeit er schon anfangs erkannt hatte. Auch ihm war es oft nötig, in seinen Denkschriften die verschiedensten Möglichkeiten zu erörtern, verschiedene Punkte als noch unentschiedene zu behandeln, obwohl er sich längst schon für eine Seite der Alternative entschieden hatte. Eine rein dialektische Besprechung selbst unwahrscheinlicher Eventualitäten konnte sich ihm in vielen Fällen nützlich erweisen. Ein Beispiel diene zur Erläuterung dieses Gedankens. Ganz sicher ging Bismarck von

vornherein auf die Losreißung der Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark aus; viele Wege hatte er zu wandern ehe er ans Ziel kam. Die Annexion der Herzogtümer an Preußen war ihm von vornherein am wünschenswertesten, aber ausreichend würde für ihn auch wohl die politische und militärische Unterordnung der Herzogtümer unter Preußen gewesen sein; er hätte sich auch mit ihr begnügen können, erst der Augustenburger selbst und seine Freunde fürstlichen und nichtfürstlichen Standes erhärteten ihm endgültig die Notwendigkeit der Annexion und ermöglichten es ihm sie durchzusetzen. Die Augustenburger blieben schließlich für Bismarck zu unsichere Leute, als daß er ihnen hätte vertrauen dürfen.

Man hat oft die Frage aufgeworfen, ob Bismarck wirklich mit der ernsten Absicht eines Krieges wider Österreich 1862 sein Amt angetreten habe. Wir glauben die Frage bejahen zu müssen. Natürlich war der Krieg gegen Österreich ihm nicht Selbstzweck, aber er war sich darüber völlig klar, daß dieser Krieg unvermeidlich sein würde, wenn das Programm des deutschen Bundesstaates unter preußischer Leitung ausgeführt werden sollte. Wohl erörterte er seinem Könige andere Möglichkeiten; wohl setzte er den Österreichern zu ihrem Erstaunen auseinander, daß es für Österreich selbst das beste sein würde, seinen Schwerpunkt nach dem Osten zu verlegen und freiwillig aus Deutschland auszuscheiden. Aber niemand wird sich vorstellen wollen, daß Bismarck gedacht haben sollte, Österreich würde gutwillig seinem Rate folgen und freiwillig seine Stellung in Deutschland opfern: ein Großstaat läßt nicht ohne Kampf die Stellung fahren, die er durch Jahrhunderte behauptet hat. Nein, jene Erörterungen, die durch friedliche Auseinandersetzungen mit Österreich zum Ziele kommen wollten, waren für Bismarck nur dialektische Mittel, seine Ansicht zur Verwirklichung zu treiben; einen wirklich gangbaren Ausweg hätten sie ihm nur dann bezeichnen können, wenn ganz wunderbare, für Menschen gar nicht zu berechnende Zwischenfälle eingetreten wären. Nach aller menschlichen Berechnung und Voraussicht stand für Bismarck die Notwendigkeit des österreichischen Krieges fest; den Anlaß, den Zeitpunkt des Krieges gedachte er sich möglichst günstig auszuwählen. Er hoffte den Krieg sehr schnell mit entscheidenden Erfolgen führen und beendigen zu können; denn eben so fest wie die Notwendigkeit des Krieges stand ihm der andere Satz, daß er

durch den Krieg nur das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland erzwingen, nicht aber Österreich weitergehende Schwächung oder Demütigung zufügen wollte: in seinem Kopf war für die spätere Zeit ein dauerndes Bündnis mit Österreich die wünschenswerte Ergänzung zu der Gründung des Deutschen Reiches.

Dies Deutsche Reich, dessen Begründung sein Lebenswerk werden sollte, hatte in seinem Geiste die Gestalt des Bundesstaates empfangen. Aber (so wird man vielleicht einwerfen) ging denn nicht Bismarck eigentlich im Grunde seines Geistes auf den deutschen Einheitsstaat unter dem preußischen Könige aus?

Viele national denkenden Politiker und Beobachter deutscher Geschichte und deutscher Zustände in dem Menschengeschlecht, das seit 1860 tätig war, hatten als wünschenswertes und erstrebenswertes Ziel der Entwicklung für Deutschland den Einheitsstaat erkannt. Niemand wird solchen Gedanken einen unpatriotischen oder undeutschen nennen dürfen. Ob man ausschließlich dem Einheitsstaat zustreben sollte oder den unter Preußens Führung geeinigten Bundesstaat für ausreichend halten konnte, das hing vornehmlich von der Haltung der übrigen deutschen Fürsten und der deutschen Einzelländer ab: widerstrebten sie der Einigung in Punkten, die für das nationale Leben und Gedeihen notwendig waren, dann war der Einheitsstaat das einzig mögliche Ende des nationalen Strebens; traten aber die deutschen Fürsten selbst mit vollem Herzen in die nationale Entwicklung hinein, so konnte der Bundesstaat genügen. In den Jahren 1859 bis 1866 war allerdings der Widerstand gegen die nationale Bewegung an jenen Stellen ein so großer, daß damals der Einheitsstaat vielen als der notwendige Ausgang der nationalen Bewegung erscheinen mußte. Seit 1866 ist es anders geworden, seit 1866 haben die vorher widerstrebenden Elemente ihren Widerstand gegen die nationale Sache aufgegeben, seit 1866 durfte daher der deutsche Bundesstaat unter der Leitung des Königs von Preußen von allen als Ziel der nationalen Bestrebung bekannt werden.

Das ist eine der von Bismarck planmäßig gewollten Früchte. Bismarck war als praktischer Staatsmann niemals der Mann des Einheitsstaates, der eine Vernichtung aller deutschen Einzelstaaten zu Gunsten ihrer vollen Aufsaugung durch Preußen herbeiwünschte; er hatte von vornherein die Grenze der für das

nationale Leben nötigen Eigenschaften und Einrichtungen des Bundesstaates erfaßt, und alles, was für das Gedeihen des Ganzen nicht durchaus notwendig, war er gerne bereit den einzelnen Teilen zu überlassen. Das Ziel seines politischen Strebens war der Bundesstaat mit der preußischen Spitze; ihm suchte er seit 1862 die Wege zu bahnen und ihn ins Leben zu rufen, ihm schuf er 1867 die Grundlagen, um ihn 1871 zu vollenden.

Notgedrungen hatte er 1866 sein Werk unfertig lassen müssen. Wenn er den Krieg mit Österreich selbst angestrebt, so war der Krieg mit den übrigen Deutschen, wie wir gesehen haben, keineswegs in seinem Plane enthalten. In der Ausdehnung des Krieges darf man vielleicht sogar einen Rechenfehler der Politik Bismarcks sehen; insbesondere war ihm der Kampf mit den Süddeutschen eine unangenehme und vielleicht gefährliche Zugabe zu dem österreichischen Kriege.

Notgedrungen mußte ferner im Frieden der neue deutsche Bundesstaat einstweilen an der Mainlinie Halt machen und auf den Einschluß von Süddeutschland einstweilen verzichten. Nahe lag die Gefahr, daß diese Teilung Deutschlands eine bleibende werden, daß die Gemüter der Süddeutschen sich dauernd Norddeutschland entfremden könnten. Mit unvergleichlicher Weisheit erbaute im Augenblicke der Trennung Bismarck schon die Grundmauern der Brücke, die demnächst den Übergang über den Main ermöglichen sollte.

Die einstweilige Trennung der Süddeutschen, die Folge des entscheidenden französischen Eingreifens, dauerte kaum vier Jahre. Nach so kurzer Frist war es dem Baumeister Deutschlands schon vergönnt, sein Werk vollständig zu Ende zu führen. Niemand, auch Bismarck nicht, konnte im Jahre 1866 diese baldige Vollendung Deutschlands ahnen!

Zehntes Kapitel.

Norden und Süden von Deutschland 1867—1870.

In den ersten Jahren nach 1866 konnte man von manchem Deutschen, der seinen Blick auf die Vergangenheit gerichtet hielt, die Klage hören, daß durch den Austritt Österreichs aus dem Deutschen Bunde ein Kräfteverlust für Deutschland herbeigeführt worden, daß Deutschland jetzt kleiner und ohnmächtiger Europa gegenüberstände als zuzeiten des seligen Bundestages. Es waren entweder alte Weiberseelen oder Wölfe in Schafspelzen, die solche Klagelieder anstimmten. In Wirklichkeit war die Entfernung des fremdartigen Ballastes aus Deutschland eine Stärkung der nationalen Kräfte. Das bunte Völkergemenge, das in seiner Mischung den Kaiserstaat Österreich bildete, war ein Hemmnis der nationalen Entwicklung Deutschlands: die Lösung der früheren Verbindung, welche 1866 eintrat, stellte jeden Teil auf seine eigenen Füße und gewährte jedem Teile die Möglichkeit seiner Eigenart zu folgen.

Auch für Österreich waren die Folgen des Krieges von 1866 bedeutungsvoll. Zwar hatte jener Versuch, das Geschick der bunten Ländermasse auf den Liberalismus der Deutsch-Österreicher und der Deutsch-Böhmen zu begründen, sich schon vor 1866 überlebt. Im Juli 1865 wurde der Held des Liberalismus, der Minister v. Schmerling, seines Amtes entlassen und Graf Belcredi zum Präsidenten in dem „Dreigrafen-Ministerium“ ernannt (Belcredi, Mensdorff, Larisch), im September 1865 wurde die liberale Februarverfassung (von 1861) „sistiert“, der zentrale Reichsrat verschwand und nur die Einzellandtage blieben bestehen. Das Liebesbündnis Österreichs mit den Liberalen in

Deutschland hatte schon sein Ende gefunden, als Österreich sich zum Bündnis mit Preußen 1864 entschlossen. Der zur friedlichen Verständigung mit Preußen neigende Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Rechberg war nach seinen diplomatischen Niederlagen von 1863 und 1864 Ende Oktober 1864 entlassen und durch Graf Mensdorff ersetzt worden, der ein schneidiger tüchtiger Offizier, aber kein Staatsmann war; er gehorchte dem Befehle seines Kaisers, als er das auswärtige Amt ohne alle diplomatischen Vorkenntnisse übernahm. Daß er in seiner Amtsführung 1865 und 1866 diplomatische Erfolge errungen, konnte niemand ihm nachsagen.

Nach jenem Zusammenbruche des österreichischen Liberalismus, seit Herbst 1865, war alles ins Schwanken geraten. Man suchte nach einer neuen Verfassungsordnung für die Monarchie, oder doch nach einem Gedanken für eine neue Verfassung. Unüberwindlich waren die Schwierigkeiten, welche die Ungarn hervorriefen, die hartnäckig auf ihrem Widerspruche gegen eine Gesamtordnung der staatlichen Verhältnisse und auf der einzigen Zulässigkeit einer Personalunion zwischen Österreich und Ungarn bestanden. Allmählich drang ihre Hartnäckigkeit durch; einzelne Hofleute aus der Umgebung des Kaisers, insbesondere Graf Moritz Esterhazy, der schon bei Schmerlings Sturz hinter den Kulissen gewirkt hatte, boten ihnen die Hand; ihr erster Erfolg, zugleich gegen Schmerling, war die Ernennung des Grafen Majlath zum Minister in Ungarn gewesen; es war das erste Symptom, durch das die allgemeine Wendung der Verhältnisse sich ankündigte.

Im Frühjahr und Sommer 1866 waren mehrere Ausschüsse an der Arbeit, einen Vergleich unter den verschiedenen politischen und nationalen Bestrebungen herbeizuführen. Die Verhandlungen wurden dann durch den preußischen Krieg unterbrochen. Den Gang des Krieges selbst begleiteten die Völkerschaften Österreichs mit sehr verschiedenen Gefühlen. Jedenfalls war es den Ungarn ganz genehm, daß die Niederlagen, die er erfahren, den Kaiser Franz Josef zwangen, mochte er wollen oder nicht wollen, die Zukunft seines Reiches in erster Linie auf die Kräfte Ungarns zu stützen.

Über die Kriegführung von 1866 waren alle Stimmen in Österreich der Entrüstung voll: wie 1859 so wurden auch 1866 die führenden Generale ganz offen mit Tadel und Schmähungen

überhäuft; man warf ihnen ihre Unfähigkeit oder ihren bösen Willen vor. Zum Oberbefehlshaber hatte 1866 der Kaiser in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung den Feldzeugmeister Benedek ernannt, einen braven und tapferen Offizier, der in den beschränkteren Verhältnissen des oberitalienischen Schauplatzes gründlich erfahren und erprobt war, sich aber zur Führung eines so großen Heeres wie der Nordarmee, dazu auf einem ihm fremden Boden, gar nicht eignete und sich selbst im Gefühle seiner Unzulänglichkeit heftig gegen die Übernahme des Oberbefehls gesträubt hatte. Zuletzt hatte er sich als Soldat dem Befehle seines Kriegsherrn gefügt, ihm, wie er sagte, seine militärische und seine bürgerliche Ehre zum Opfer gebracht und die oberste Heeresführung übernommen: die kleinere Südarmee gegen den geringeren Gegner hatte Erzherzog Albrecht erhalten. Die Generale der Nordarmee, besonders die hochgeborenen, wie Erzherzog Leopold, Graf Clam Gallas, hatten wenig Neigung gehabt sich Benedek unterzuordnen. Das nach der Niederlage gegen ihn eröffnete kriegsgerichtliche Verfahren wurde zwar auf kaiserlichen Befehl niedergeschlagen, aber nachdem Benedek durch Erzherzog Albrecht zu einem Schweigeversprechen überredet worden war, wurde er in den offiziellen Darstellungen als der einzig Schuldige hingestellt, jene bedenklichen Unterführer dagegen wieder in Amt und Ehre eingesetzt. In denkbar häßlichster Weise machte man so den einen zum Sündenträger für alle Menschen und Verhältnisse. Er hat sein Schicksal schweigend getragen bis zu seinem Ende.

Österreich war nach dem Kriege an einem Punkte angelangt, an welchem die Entscheidung über die Zukunft, wie man sie auch treffen würde, den größten Schwierigkeiten begegnen mußte. Heftige Verwünschungen erhoben sich gegen das seit dem Herbste 1865 befolgte System des Ministers Belcredi; als ob Schmerling und der Liberalismus es irgendwie besser gemacht hätten!

In der allgemeinen Not und Verwirrung bot sich schließlich ein ganz neuer Ausweg: man verfiel auf den Gedanken, sich einen Staatsretter aus dem Auslande zu verschreiben. Die Aufmerksamkeit richtete sich für diesen Zweck auf den sächsischen Freiherrn v. Beust hin, von dessen redseliger aber ergebnisloser Staatsleitung das Königreich Sachsen wenige Monate vorher glücklich erlöst war.

Beust war zuerst in der sächsischen Diplomatie beschäftigt

gewesen, hatte dann die sächsische Politik von 1849 bis 1866 geleitet, ein ehrgeiziger, geschäftiger, eitler, kleinlicher Mann, ein Schönredner, der anscheinend geistreiche Denkschriften haufenweise anzufertigen verstand, dabei von Rachsucht gegen seine politischen Gegner in außergewöhnlichem Maße beseelt, vor allem anderen aber ein geschworner Feind Preußens. Der Koburger Herzog erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, daß der preußische General Radowitz früher einmal geäußert habe, Preußen sei gegen Beust gleich am Anfang seiner Laufbahn zu steif, zu wenig liberal mit Ordensdekorationen gewesen; jedenfalls war in der Öffentlichkeit während seiner ganzen Laufbahn Beusts Preußenhaß waschecht. Beust, der sich selbst für einen großen Staatsmann hielt, dem seine Schmeichler in und außerhalb Sachsens die Überzeugung seiner großen Leistungen für Deutschland beigebracht, wurde am 30. Oktober 1866 zum Minister des Auswärtigen in Belcredis Ministerium ernannt. Wer zuerst den Einfall gehabt ihn zu berufen, ist bis heute noch nicht bekannt, durch alle bisherigen politischen Enthüllungen aus jener Zeit noch keineswegs aufgeklärt. Zwar beeilte er selbst sich, der Welt zu versichern, daß er seine Vergangenheit abgelegt, daß er jetzt nichts anderes als ein Österreicher sei. Seine Hoffnung ging dahin, durch seine diplomatischen Künste Österreich wieder in die Höhe zu bringen, um das, was 1866 in Deutschland eingebüßt war, wieder einzuholen. Die Zerstörung des Ergebnisses von 1866, die Herstellung des alten Zustandes in Deutschland war das Ziel seiner Gedanken. Seine Berufung nach Österreich hatte gar keinen anderen Sinn: wer auch immer Beust nach Österreich empfohlen, er konnte gar nichts anderes im Auge gehabt haben.

Aus dem Kriege von 1866 glaubte Beust vor allem gelernt zu haben, daß Österreich einen zweiten Krieg wider Preußen nur im Bündnis mit anderen europäischen Mächten würde führen können: es galt also Österreich allianzfähig zu machen; das aber erschien ihm nur möglich nach Befriedigung der Ungarn, nach Lösung der schlimmsten inneren Wirren in der habsburgischen Monarchie. So war Beust sofort bereit, das Verlangen der Ungarn zu erfüllen, er war einverstanden, ihnen eine bevorzugte Stellung einzuräumen, also nicht in fünf Teile die bisherige Monarchie zu zerlegen, sondern nur in zwei Hälften den bisherigen Kaiserstaat aufzulösen; nicht ein Föderativ-Staat, wie

ihn viele für nötig hielten und der Ministerpräsident Belcredi ihn vertrat, fand bei Beust Anklang, sondern er wollte die bisherige Zentralisation durch das System des Dualismus ersetzen.

Schon im Februar 1867 hatte Beust, der zugleich an Belcredis Stelle die Leitung des Ministeriums übernommen, die neuen staatsrechtlichen Grundsätze für die Organisation der österreichisch-ungarischen Monarchie festgestellt und damit den schon eine Weile um ihre Berechtigung ringenden Ideen zum Durchbruch verholfen. Es ist nicht unsere Aufgabe, die innere Entwicklung Österreichs weiter zu verfolgen. Es war Beusts Verdienst, daß im Frühjahr 1867 der neue Rechtsboden für die österreichisch-ungarische Monarchie geschaffen wurde. Sein Lohn war die Erhebung zum Reichskanzler und (1868) in den Grafenstand.

Maßgebend war immer für ihn das Verhältnis zu Deutschland, das Verlangen nach Vergeltung für 1866. Die Annäherungsversuche Bismarcks zu einem festen Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland hatten kein Ergebnis; Beusts Sinn war und blieb vom Hasse gegen Preußen erfüllt, aber er verbarg seinen Sinn unter glatten Formen und heuchlerischen Phrasen. Sein Gedanke war ein festes und enges Bündnis mit Frankreich. Nicht mit blindem Eifer wollte er losschlagen, sondern erst wenn alle Rüstungen fertig gestellt, dann sollten gleichzeitig mit vereinigten Kräften Frankreich und Österreich den Krieg gegen Deutschland erheben. Einstweilen allerdings mußte er nur daran denken, dem darnieder liegenden Österreich Zeit und Ruhe zur inneren Herstellung zu schaffen, einstweilen mußte deshalb seine Politik eine ausgesprochen friedliche sein, und mußte er daher Frankreich von jeder verfrühten kriegdrohenden Politik zurückhalten. So stand er denn auch einstweilen der Entwicklung Deutschlands abwartend gegenüber, aber in einer übelwollenden, feindseligen Neutralität.

Aufmerksam und wachsam hielt der Kanzler des Norddeutschen Bundes sein Auge auf Österreich und Frankreich gerichtet, seine Staatskunst war Napoleon und Beust, auch wenn sie als Genossen auftraten, gewachsen. Daß ein neuer Krieg unvermeidlich für das neue Deutschland war, wußte Bismarck ebenso gewiß, wie Beust oder Napoleon. —

In jenen Jahren, die zwischen dem österreichischen und dem französischen Kriege liegen, hatten die neuen Ordnungen Deutsch-

lands Gelegenheit, sich in nationalem Sinne weiter zu entwickeln. In dem Norddeutschen Bunde wuchsen zusehends die einheitlichen Momente, immer inniger verschmolzen die norddeutschen Länder mit dem politischen Leben des preußischen Staates. Die nationale Einigung machte nördlich des Maines alljährlich sichtbare Fortschritte.

Der Norddeutsche Bund war 1866 auf die Mainlinie beschränkt worden, ganz souveräne und autonome Staaten waren nach dem Untergang des alten Bundesverhältnisses Bayern und Württemberg und Baden geworden. In einer eigentümlichen Lage befand sich Hessen-Darmstadt: das nördliche Hessen war ein Glied des Norddeutschen Bundes, das südliche war autonom. Wohl entsprach es der nationalen Idee, daß auch Süddeutschland in den Norddeutschen Bund hineingehörte, und in der Bundesverfassung gab es einen Artikel, wonach der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung erfolgen konnte. Hier war also die Tür eröffnet zum späteren Abschluß der gewonnenen Einheit, und nach zwei Seiten hin waren die weiteren Verbindungen schon eingeleitet: es waren Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Ländern geschlossen, im geheimen und gleichzeitig mit jenen Friedens-Verträgen zwischen Preußen und den einzelnen süddeutschen Staaten; sodann war auch der deutsche Zollverein für alle deutschen Länder beibehalten. In diesen beiden Beziehungen war die Anknüpfung für die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zu einem gesamtdeutschen Bunde gegeben. Allerdings bestanden ja noch andere Möglichkeiten als der Anschluß an Norddeutschland. Möglich war immerhin noch ein Verhältnis zu Österreich, möglich war auch der Südbund dieser Staaten unter sich. Die alte Neigung zu Österreich war immer noch vorhanden, die großdeutsche Partei war in den letzten Jahren durch Süddeutschland weiter verbreitet; daß man in Österreich die Leitung der Politik an Herrn v. Beust übergeben hatte, deutete ja auf Hintergedanken der österreichischen Politik hin, und doch gab es über die Erbärmlichkeit der österreichischen Politik und Kriegführung im Laufe von 1866 nur eine Stimme in Süddeutschland.

In Württemberg waren die großdeutschen Neigungen besonders erstarkt und die Regierung, welche an die durch die

Schutz- und Trutzbündnisse gewiesene Politik gebunden war, hatte in der Kammer keinen ganz leichten Stand. In Baden waren die Minister Mathy und Freydorf ebenso wie die Kammermehrheit für den Eintritt in den Norddeutschen Bund; sie hielten es nur für eine Frage der Zeit und der Gelegenheit, die für den Augenblick vertagt worden.

In Bayern waren die Ansichten geteilt. Die nationale Partei war dort sehr klein, sie sprach sich für einen möglichst engen Anschluß an Preußen aus. Man hatte ja im Frieden schon Vorbereitungen für den Kriegsfall getroffen, aber die Mehrheit wollte nichts anderes, als völlige Autonomie und Sonderstellung Bayerns. König Ludwig II., der seit 1864 regierte, war ein eigenwilliger, launischer, in seinen Gewohnheiten sehr excentrischer Mensch, dessen Sonderbarkeiten bekanntlich zuletzt bis zur Geistesstörung angewachsen sind. Der höchst seltsame Charakter seines Großvaters König Ludwigs I. steigerte sich in dem Enkel und zeigte hier erst sein wahres Gesicht. Aber solange sein Geist noch teilweise gesund war, hatte der König nationale und patriotische Empfindungen, allerdings nur wenn sein Bayerntum dabei ungekränkt blieb.

Im Dezember 1866 hatte er den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst an die Spitze des Staates gestellt, der sofort als das Ziel seiner Politik die Anlehnung an Preußen und den Norddeutschen Bund bezeichnete; aber nicht so unmittelbar: zunächst sollte durch Verabredung der Süddeutschen unter sich eine möglichst große Annäherung an die wichtigsten norddeutschen Einrichtungen, besonders an die des Heerwesens herbeigeführt werden. In mehreren wichtigen Punkten fand auch durch die Stuttgarter Militärkonferenzen Anfang Februar 1867 eine Einigung über die Annahme des preußischen Vorbildes statt; aber dieser süddeutschen Militärvereinbarung war kein langes Leben beschieden, da Hessen, Baden und schließlich auch Württemberg ein Sonderabkommen mit Preußen vorzogen. Hohenlohe hatte (Januar 1867) in der Münchener Kammer erklärt, in einem Krieg müsse ein Staat wie Bayern sich an eine Großmacht anschließen und diese könne nur Preußen sein; im März darauf ließ Bismarck den Text der Bündnisverträge veröffentlichen. Der bayerische Landtag erklärte, Bayern würde die Pflichten gegen Deutschland immer erfüllen, zahlreiche

Volksversammlungen in Bayern redeten in derselben Tonart. Alles bedeutete eine sehr deutliche Erklärung der Süddeutschen gegen Frankreich.

Es geschah in demselben Augenblick, in dem Napoleon auf seine berühmten Kompensationen zurückzukommen wagte. Seit August 1866 hatte er zunächst still geschwiegen, er rechnete auf das Wiedererwachen der Eifersucht zwischen Nord und Süd. 1866 hatte er sich verrechnet, der deutsche Krieg hatte ihm keinen Gewinn eingetragen; seine Diplomatie hatte schwere Niederlagen erlitten, die Franzosen wurden immer mißmutiger und verstimmter; Thiers, der heftige Widersacher der italienischen und der deutschen Einheit, erklärte im März 1867, die Lage Frankreichs erlaube nicht, daß man auch nur noch einen Fehler machen dürfe. Der Minister Rouher bestritt zwar, daß der Kaiser irgend einen Fehler gemacht, gab aber zu, daß auch bei ihm Sadowa „patriotische Beklemmungen" hervorgerufen habe. Alle Franzosen aber drohten und polterten gegen weitere Annexionen, gegen weitere Ausdehnungsgelüste der Preußen.

Man stellte zunächst Holland hin als bedroht durch Preußen; mancher Holländer schenkte damals der französischen Behauptung Glauben, obwohl sie von deutschen Politikern und Gelehrten aufs lebhafteste bestritten wurde. Und bald erhielt auch diese publizistische Auseinandersetzung eine aktuelle Bedeutung.

Das Herzogtum Luxemburg war ein ganz selbständiges Land, klein zwar, aber völlig autonom. Es war mit Holland nur durch Personalunion verbunden, es war gleichzeitig Mitglied des Deutschen Bundes und des deutschen Zollvereins gewesen. Luxemburg hatte als Bundesfestung preußische Besatzung. Die Bevölkerung war von rein deutscher Nationalität, aber sehr antideutsch gesinnt und auf ihr Sonderleben erpicht, und die Auflösung des Deutschen Bundes hatte dieses Band mit Deutschland zerschnitten. Bismarck hatte den Eintritt der Luxemburger in den Norddeutschen Bund gar nicht gewünscht; jedoch war die preußische Besatzung in Luxemburg und sein Verhältnis zum Zollverein geblieben. Die Lage war unklar, wie geschaffen, Konflikte hervorzurufen.

Napoleon warf nun sein begehrliches Auge gerade auf Luxemburg, nachdem er durch die entschiedene Weigerung Preußens von der Pfalz und von Mainz abgewiesen war. Luxemburg

schien den Franzosen als Ausgleich für die preußische Vergrößerung ganz willkommen. Der holländische König Wilhelm III. lebte mit einer württembergischen Prinzessin in kinderloser Ehe. Die Königin war sehr scharf antipreußisch und vor allem franzosenfreundlich gesinnt. Der Bruder des Königs, Prinz Heinrich, war Statthalter in Luxemburg. Frankreich ließ in Luxemburg eifrig agitieren und in Holland einen Kaufvertrag beantragen, zugleich ein Schutz- und Trutzbündnis, auf das die Holländer wegen der bei ihnen herrschenden Angst vor deutscher Vergewaltigung einzugehen bereit waren; König Wilhelm der Niederlande forderte jedoch zu der Abtretung die Zustimmung Preußens, und Napoleon glaubte sich ihrer versichert, da ja Bismarck selbst die Kompensationsverhandlungen mit Vorliebe auf Luxemburg und Belgien hingeführt hatte. Immerhin wurde die Lage dadurch gefährlich, und deshalb hielt es Bismarck damals für gut die geheimen Bündnisse mit den Süddeutschen zu veröffentlichen (19. März 1867): die deutliche Kundgebung, daß die Mainlinie gegenüber einem Angriff von außen nicht mehr bestand.

In Paris hatte man die Abtretungsverträge schon ausgefertigt, man hielt die Sache für erledigt (31. Mai). Sowohl in Frankreich wie in Deutschland herrschte große und heftige Erregung. Am 1. April interpellierte Bennigsen im norddeutschen Reichstag den Minister in einem feurigen patriotischen Erguß und sicherte ihm die Hilfe aller Deutschen zu. Bismarck antwortete sehr vorsichtig, sehr zurückhaltend und betonte seine Neigung zum Ausgleich; man habe keinen Anlaß anzunehmen, daß ein Abschluß über Luxemburg schon erfolgt sei, er glaube, daß keine Macht die zweifellosen Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde. Als für den König der Niederlande deutlich sichtbar wurde, daß die von ihm geforderte ausdrückliche Zustimmung Preußens zum Abtretungsvertrag nie erwartet werden konnte, da wies er alles von der Hand und Napoleon hatte das Nachsehen.

Beust wollte in dieser Sache einen Vermittlungsvorschlag machen und knüpfte deshalb sogar mit Berlin an; dies sowie andere Verhandlungen, die Beust gleichzeitig mit München führte, benutzte Bismarck zu einem Versuch der Annäherung an Österreich, den Beust allerdings ganz ablehnte (April 1867). Er hatte mit seiner Vermittlung nur Napoleon einen Liebesdienst erweisen

und zugleich seine diplomatische Kunst und Schlauheit besonders leuchten lassen wollen: er schlug als Ausweg vor, daß Luxemburg an Belgien fallen sollte, welches dafür an Frankreich einen Grenzdistrikt abzutreten hätte. Der König von Belgien lehnte jedoch dies Geschäft seinerseits sofort energisch ab.

Da bei der hochgradigen Erregung in Frankreich und in Deutschland die Kriegsgefahr bedenklich stieg, so griff hier der Zar ein, und auf seinen Vorschlag kam eine europäische Diplomaten-Konferenz am 7. Mai in London zusammen; zu den sechs Großmächten traten Belgien und Holland hinzu. Man schloß einen Vertrag (11. Mai 1867), durch den Luxemburg zu einem neutralen Gebiete unter „kollektiver Garantie" der Konferenzmächte gemacht wurde; die preußische Besatzung sollte abziehen und dafür sollten die Festungswerke geschleift werden; Mitglied des Zollvereins sollte Luxemburg aber verbleiben.

Es war eine große Friedensliebe, die Bismarck hier betätigte, aber es war wichtig, daß er Europa zeigte, er bringe ein Opfer preußischen Interesses im Interesse des europäischen Friedens. Man hatte eine papierene Schanze an Stelle der preußischen Besatzung gegen Frankreich eingetauscht, dessen Begehrlichkeit der Welt angezeigt, aber unbefriedigt geblieben war.

Die Garantie der luxemburgischen Neutralität durch die Großmächte hatte übrigens für jedes verständige Menschenkind keinen anderen Sinn, als daß die Garanten jeden Versuch der Annexion gemeinsam abwehren würden, natürlich auch ein Attentat aus ihrer eignen Mitte. Aber der englische Minister, Lord Derby, interpretierte die Verpflichtung im Oberhause so, daß nur dann die Garantie praktische Bedeutung erhielte, wenn alle sechs Mächte bei einander blieben, die Lossagung nur eines der Garanten würde die Verpflichtung für die anderen aufheben. Eine solche Erklärung war geradezu unwürdig; entweder muß man in ihr ein Symptom der englischen Schwäche, des englischen Verfalls oder einen Beweis der englischen Liebedienerei gegenüber Frankreich sehen.

Den Süddeutschen war durch den luxemburgischen Handel die Notwendigkeit des Zusammenstehens mit den Norddeutschen noch näher gelegt worden; das patriotische, nationale Gefühl war durch die Vorgänge bei diesem Handel in ganz Süddeutschland lebendig erregt. In Baden drängte man zum

Eintritt in den Norddeutschen Bund; in Hessen, das eine Militärkonvention mit Preußen geschlossen hatte, nahm die zweite Kammer trotz Dalwigks Einsprache den Antrag auf vollen Anschluß an Norddeutschland an (4. Juni 1867); es handelte sich dabei um den Eintritt von Südhessen.

Der bayerische Minister Fürst Hohenlohe meinte einen anderen Weg einzuschlagen: man könnte gewisse gemeinsame Angelegenheiten für alle deutschen Länder bezeichnen, die einem gesamtdeutschen Staatenbund zu übertragen seien, für deren Leitung süddeutsche Vertreter den norddeutschen Bundesrat verstärken sollten, während die parlamentarische Zustimmung getrennt geschehen sollte durch den norddeutschen Reichstag und die süddeutschen Einzellandtage, so daß also hier jede Kammer ein liberum veto gehabt hätte. Diesen Vorschlag vereinbarten Varnbüler und Hohenlohe miteinander (6. Mai) und sie forderten Hessen-Darmstadt und Baden auf, ihnen beizutreten; Baden aber weigerte sich, und sein Minister von Freydorf verlangte, daß nicht die einzelnen Kammern, sondern ein gesamtdeutsches Parlament zur Erledigung der allen Deutschen gemeinsamen Fragen berufen werden sollte. Mit diesem Gedanken erklärte sich Bismarck einverstanden, während er die bayerischen Vorschläge ganz von der Hand wies.

Einstweilen war 1866 der deutsche Zollverein in Kraft geblieben, mit sechsmonatiger Kündigungsfrist. Bismarck kündigte am 28. Mai 1867 den Zollverein, lud aber sofort zu Minister-Konferenzen nach Berlin auf den 3. Juni ein. Der neue Entwurf des Zollvereins bedeutete einen Fortschritt der deutschen Einheitsbewegung. Die Gesetzgebung über Zölle, indirekte Steuern (auf Zucker, Salz, Tabak) sollte einem Zollbundesrat und Zollparlament übertragen werden, und dies Zollparlament sollte bestehen aus dem norddeutschen Reichstag, der sich durch den Zutritt süddeutscher Abgeordneten zu verstärken habe. Es war wieder der richtige Gedanke, die Einrichtung wohl scheinbar etwas kompliziert, aber in Wirklichkeit viel einfacher, als sie auf dem Papier aussah. Sofort am 4. Juni nahmen Baden und Württemberg, am 7. Juni Hessen Bismarcks Idee auf, Bayern verhandelte eine Weile über begünstigende Zugeständnisse; es erhielt wegen seiner Größe zwei Stimmen im Bundesrat mehr, als es im alten Bundestag gehabt hatte. Endlich wurden am 8. Juli die neuen Zollvereinsverträge

auf 8 Jahre geschlossen; natürlich war die Zustimmung der verschiedenen Volksvertretungen vorbehalten.

Damit war in praktischen Dingen die Brücke über den Main geschlagen. Für das Heerwesen waren durch jene Verträge vom August 1866 und die späteren Abmachungen die süddeutschen Staaten eng an Norddeutschland gebunden, jetzt war die Einigung auch in den materiellen Angelegenheiten herbeigeführt und ein Ausdruck der nationalen Einheit in dem Zollparlament gegeben. Dessen Kompetenz war gewiß eine sehr enge, aber das Zollparlament brauchte sich in der Praxis des Lebens nicht eng an die Grenze seiner Kompetenz zu halten, aus dem Zollparlament konnte und mußte später das Vollparlament hervorgehen. Bei den Verhandlungen im norddeutschen Reichstag erklärte Bismarck, der neue Verein werde auf jeden Fall auch ohne die etwa ablehnenden Staaten geschlossen werden, und zwar werde die wirtschaftliche mit der schon bestehenden Wehrgemeinschaft als untrennbar angesehen; mit 177 gegen 26 Stimmen trat der Reichstag dieser Auffassung bei.

Die neuen Vereinbarungen zwischen Nord und Süd wurden von den Kammern in Baden und Hessen ohne weiteres gern angenommen. In Württemberg lag die nationale, die junge „deutsche Partei" in hartem Ringkampfe mit den großdeutschen und demokratischen Stimmungen in der „Volkspartei". Die Regierung aber stand zwischen diesen Gegensätzen, an sich reichlich partikularistisch und durchaus nicht mit der deutschen Partei einverstanden, und doch genötigt für Annahme der Verträge, die sie geschlossen, zu arbeiten. Daher war zunächst Württembergs Haltung unsicher und schwankend.

Bayern erlebte ebenfalls einen heftigen Kampf der Parteien. Die ultramontanen und partikularistischen Strömungen verschmolzen miteinander, sie behaupteten sich im Landtag, wo sich deren Vertreter mit einer gewissen Selbstironie die Patriotenpartei nannten; und diese Partei hatte damals ihre ganz besondere Stütze in der ersten Kammer, dem Reichsrat. Hohenlohe stritt auch über die Herrschaft des Klerus in der Schule mit den Ultramontanen. Die zweite Kammer nahm den Zollvereinsvertrag an; aber der Ausschuß der ersten Kammer beantragte am 24. Oktober die Verwerfung; den schönen Glauben, daß Bayern in allen Zollfragen sein Veto werde behaupten können, was nicht einmal Preußen

zustand, zerstörte natürlich Bismarck gründlich. In Bayern erhob sich darauf eine große Agitation. Endlich nahm die erste Kammer den Vertrag an (31. Oktober 1867), mit 35 gegen 13 Stimmen; unter den dreizehn befanden sich drei königliche Prinzen. So wenig wie die bayrischen Aristokraten konnten die schwäbischen Demokraten ihren Widerstand durchsetzen; am 29. Oktober 1867 wurden in der Stuttgarter zweiten Kammer die Schutz- und Trutzbündnisse, am 31. die Zollvereinsverträge angenommen, am 1. November bestätigte das die Kammer der Standesherren. Soweit war schließlich die Angelegenheit geordnet. Beim Austausch der Ratifikationen des Zollvereinsvertrages in Berlin wurden die Bündnisverträge von 1866 noch einmal ausdrücklich bestätigt. Der Zollverein und die Heeresbündnisse waren zwei Klammern, die Süddeutschland und Norddeutschland fest zusammenhielten.

Bismarck hatte die Haltung Preußens in einem Rundschreiben an die eigenen Gesandten deutlich dargelegt (7. September), damals als Antwort auf die Kundgebungen, die sich an die Salzburger Zusammenkunft Napoleons mit Franz Josef im Jahre 1867 anschlossen: das deutsche Nationalgefühl ertrüge den Gedanken nicht, die Entwicklung seiner Angelegenheiten unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt zu sehen; über das Maß der Annäherung zwischen Nord und Süd hätte nur Süddeutschland das Recht zu entscheiden, der Norden sei zu jeder Art von Annäherung jederzeit bereit. Der norddeutsche Reichstag sprach seine begeisterte Zustimmung zu dem nationalen Programm des Kanzlers aus. Die Adresse des Reichstags wurde dem König Wilhelm durch den Präsidenten Simson auf der Burg Hohenzollern, wo der König weilte, überreicht. Die Reise des Königs durch Süddeutschland war von Jubel und Ovationen überall umbraust.

Aber die Wahlen zum Zollparlament fielen in Süddeutschland wenig national aus, der Abscheu vor der „Verpreußung“ wurde vielfach mit Erfolg angerufen. Am 27. April 1868 trat das Zollparlament zum erstenmal zusammen. Die Verhandlung selbst bewies eine versöhnende Kraft; die Süddeutschen, selbst die partikularistisch gesinnten „Patrioten“ aus Bayern, traten den Norddeutschen näher. Die Adresse, die der Abgeordnete Metz beantragte, forderte vollständige Einigung des Vaterlandes, sie

wurde jedoch mit 186 gegen 150 Stimmen abgelehnt; die Debatte aber war sehr günstig für die nationale Sache verlaufen, in ihr wurde auch von süddeutscher Seite das Nationalgefühl kräftig betont. Das sah jedermann, daß ein Ineinanderfließen der beiden Ströme, des Nordens und des Südens, nur eine Frage der Zeit war.

Der Handelsvertrag mit Österreich wurde genehmigt, der Petroleumzoll aber abgelehnt, eine Erhöhung des Tabakszolls wurde angenommen und in einer rein sachlichen Diskussion beschlossen. Auch die Frage der Kompetenzerweiterung des Zollparlamentes wurde mehrmals berührt. Als der württembergische Abgeordnete Probst vor diesem Bestreben warnte, weil irgendwo eine Lawine Deutschland bedrohe, die durch ein solches Vorgehen leicht ins Rollen kommen könnte, entgegnete ihm Bismarck, er sei allerdings auch gegen die Erweiterung der Kompetenz, solange Süddeutschland dieselbe nicht freiwillig wünsche; er gebe aber zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen nie ein Echo finde. Allseitiger stürmischer Beifall folgte diesen Worten. Der bayerische Abgeordnete Völck sprach in dieser Debatte das schöne Wort aus gegen die, welche noch immer mit Schneeballen würfen, der fortschreitende Frühling werde dafür sorgen, daß ihnen das Material dazu bald ausgehe: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland." Gewiß war es wahr, was Fürst Hohenlohe bei dem Abschiedsfest für die Mitglieder des Zollparlaments (23. Mai 1868) sagte: die Arbeit des deutschen Geistes habe das Band um die deutschen Stämme enger geschlungen; vorher hatte Bismarck den Süddeutschen die Versicherung mit auf den Weg gegeben: „Hier werden Sie Bruderherzen und Bruderhände finden für jegliche Lage des Lebens."

Die nächsten Sessionen des Zollparlaments 1869 und 1870 bewahrten einen rein geschäftlichen Charakter; technische Details wurden geprüft, es wurden weniger die großen politischen Prinzipien behandelt, wie bei dem ersten Zollparlament von 1868 geschehen war.

Wohl wurden manche Politiker ungeduldig; ungestüm kam man mehrmals zurück auf die Schicksalsfrage Süddeutschlands. Im November 1867 hatte ein erster Versuch Mathys für Badens Eintritt in den Norddeutschen Bund abgelehnt werden müssen; als Lasker zu sehr ungelegener Zeit den Antrag im Reichstag

wiederholte (Februar 1870), wies Bismarck ihn zurück: es sei nicht gut, das der nationalen Entwicklung in Süddeutschland günstigste Element auszuscheiden, „gewissermaßen den Milchtopf abzusahnen und das Übrige sauer werden zu lassen.“ Bismarck hielt Baden eben für besser wirksam unter den Süddeutschen für die nationale Sache, wenn es unter den Süddeutschen verbleibe, als wenn es allein in den Norddeutschen Bund eintrete; die Zeit für solche Veränderungen zu bestimmen, behielt Bismarck den Regierungen vor und warnte vor ungeduldigem Drängen, das seine nationale Politik nicht nur nicht fördere, sondern störe und behindere. Welche Entschlüsse und Maßnahmen die Aufnahme Badens in den Bund bei den Nachbarn Deutschlands damals voraussichtlich wachgerufen hätte, das durfte Bismarck nicht aussprechen, ja nicht einmal andeuten, denn ebenso wie Österreich lauerte Frankreich gespannt auf jede Blöße, die sich Bismarck in dieser Beziehung geben würde.

In Bayern und Württemberg stand die partikularistische Partei dem nationalen Gedanken noch immer allzu mächtig gegenüber, dort waren die Jahre 1868 bis 1870 durch das unruhige Ringen der nationalen Idee mit dem Partikularismus ausgefüllt. Wohl tauchte die Befürchtung auf, Süddeutschland würde im bevorstehenden Kampfe gegen Frankreich doch den Franzosen preisgegeben werden, da Preußen es nicht zu schützen imstande sein würde. Süddeutschland lag der französischen Invasion offen da, die aus Straßburg als der Ausfallspforte Frankreichs drohte. Militärische Broschüren nährten solche Gedanken, und die Erwiderungen von preußischer Seite wurden nicht geglaubt. Schwer behauptete sich damals das württembergische Ministerium gegen den Ansturm der demokratischen Volkspartei, und nicht minder war die Stellung Hohenlohes in München bedroht.

Die Landtagswahl in Bayern im Mai 1869 ergab Gleichheit der Stimmen für die entgegenstehenden Parteien; die Auflösung des Landtags wurde notwendig, da nicht einmal die Wahl des Präsidenten erfolgen konnte, weil keine Mehrheit vorhanden war. Die Neuwahlen im November 1869 schufen ein Übergewicht für die partikularistische Partei. Die Adresse beider Kammern an den König erging sich in sehr scharfen Ausdrücken gegen den Fürsten Hohenlohe; sechs Prinzen hatten im Reichsrat

für dieselbe gestimmt; der König nahm sie nicht an und bezeugte den Prinzen sein Mißfallen. Im März 1870 aber wich Hohenlohe vor seinen Gegnern, und Graf Bray-Steinburg trat an seine Stelle; das bedeutete ein weiteres bedenkliches Ebben des nationalen Gedankens. Nun begann die Kammer mit Abstrichen vom Heeresbudget schlimme Versuche zu Änderungen am Heerwesen; die bayrischen „Patrioten“ waren in der Mehrheit, und es drohte im Juli 1870 in München ein bedenklicher Konflikt betreffs der Militärfragen, ähnlich wie er 1861 in Preußen geherrscht hatte.

Gerade die Beobachtung solcher Vorgänge konnte wohl bei auswärtigen Politikern die Idee erregen, als ob im Falle der Gefahr Süddeutschland vom Norden sich wieder lossagen würde. Der Partikularismus schoß damals ins Kraut. Vielleicht, so rechneten Beust und Napoleon, würden bei einem kombinierten Angriff auf Preußen die Süddeutschen sich vom Norden wieder trennen: eine Befürchtung bei allen deutschgesinnten Politikern, eine Hoffnung bei den Gegnern Deutschlands; diese französischen Hoffnungen stiegen besonders, als sie ihre scheinbare Bestätigung durch die höchst bedenklichen Zusicherungen erhalten hatten, die in Darmstadt der Großherzog und vor allem sein Minister Dalwigk einem Abgesandten Napoleons geben zu können meinten. Aber die Einbildung trog. Mochte auch die süddeutsche Patriotenpartei an der „Verpreußung“ allerlei auszusetzen haben, mochte sie das preußische Luthertum hassen, so liebte sie doch keineswegs die Sache der Franzosen. Französische Sympathieen waren trotz des Widerstandes gegen den Anschluß an den Norden nicht vorhanden, höchstens nur ganz vereinzelt an wenigen Stellen. Die Mehrheit Süddeutschlands war dennoch deutsch und national, das sollte sich 1870 aufs Glänzendste enthüllen. Bismarck hatte dies auch in jenen Jahren richtig berechnet und herausgefühlt; richtiger, als die nationalen Heißsporne, sachlicher, als die Pessimisten oder diejenigen Politiker, welche zur Vergewaltigung der Süddeutschen drängten, unter ihnen der preußische Kronprinz. Im Jahre 1870 ist Süddeutschland völlig freiwillig auf die nationale Seite getreten, aus eigenstem Antrieb hat es seinen Anschluß an Preußen und den Nordbund gesucht und gefunden.

Was Preußen angeht, so wurde schon erzählt, daß die liberale Mittelpartei Ende 1866 der Politik Bismarcks sich an-

genähert und den nationalen Charakter wieder stärker in den Vordergrund gerückt hatte. Es waren die Männer, welche auf dem Vereinigten Landtag von 1847 die Führung gehabt, die der Erbkaiserpartei in Frankfurt 1848 angehört, die 1849 Gothaer geworden und in den Jahren 1850—1858 den Kampf gegen die Reaktion in Preußen gekämpft hatten, die alten Liberalen oder „Altliberalen“, welche von 1858—1861 in Preußen die Mehrheit gebildet hatten. Viele von ihnen waren Mitglieder des Nationalvereines gewesen, hier aber durch die extremeren Elemente verdrängt oder zurückgeschoben worden; auch wird man zugestehen müssen, daß die Leitung des Nationalvereins eine so ungeschickte und politisch so unsichere gewesen, daß unter seinen Anhängern schließlich die größte Verwirrung hereinbrach. Diese Männer hatten sich dann nach dem Kriege mit einem Teil der Fortschrittspartei, der sich von dieser lossagte, auf ein Programm vereinigt, wonach sie die deutsche Politik der Regierung unterstützen wollten bei Betonung der liberalen Forderungen im Innern. Zu diesen „Nationalliberalen“, die nun auch Fühlung mit Bismarck gewannen, gehörten Gneist, Sybel, Simson, von Unruh, Hammacher, Twesten, Forckenbeck, Lasker; aus den neuen Provinzen verstärkten die nationalliberale Partei Männer wie Bennigsen, Miquel und Braun. Die schärfer liberal auftretenden, wie Waldeck und Virchow, hatten damals weder im Landtag noch im norddeutschen Reichstag ihren früheren Einfluß behauptet, die liberale Mittelpartei gewann eine steigende Bedeutung für die Regierung und für die Gesetzgebung.

Bismarcks Verhältnis zu den konservativen oder gar reaktionären Parteibestrebungen war ihm 1862 durch die Absage der Liberalen aufgenötigt worden. Die Kampfesgemeinschaft mit den Konservativen hatte Früchte getragen, indem sich ein festeres Band um das Ministerium und die Konservativen geschlungen, und höchst ungern trennte sich der König von den Männern, welche treu das monarchische Prinzip verteidigt und zu ihm gestanden hatten. Nun aber entstand seit 1866 eine gewisse Fühlung zwischen Bismarck und den gemäßigt Liberalen, eine Annäherung oder ein teilweises Zusammengehen, ein Verhältnis, das sich in den Jahren von 1867—1870 allmählich verstärkte und auch in den ersten Jahren nach der Gründung des Deutschen Reiches noch fortdauerte.

Es hätte wohl eine noch engere und dauerndere Verbindung mit dieser Mittelpartei der gemäßigt liberalen und besonders national gesinnten Politiker nahe gelegen; weit nach vorn übergebeugt streckte Bismarck ihnen seine Hand entgegen, er war seit 1866 zu vollem Vergeben und Vergessen der Konfliktszeit bereit und im Interesse der Gesamtheit des Vaterlandes auch zur Anbequemung an die liberalen Prinzipien seinerseits geneigt, soweit dies mit dem Staatswohl verträglich wäre. Nicht bei Bismarck lag das Hindernis des Zusammenschlusses. Aber die liberalen Führer blieben sich auch nach 1866 ihrer geistigen Überlegenheit bewußt: sie hatten nicht um Indemnität für ihr früheres Verhalten nachsuchen müssen, es war vielmehr Bismarck, der es nötig gehabt, diese Bitte ihnen vorzutragen, die sie dem Nachsuchenden gerne gewährt hatten; aber ihr ganzes Verhalten war nach ihrer eigenen Ansicht immer ein völlig korrektes gewesen. Und hatte nicht eigentlich Bismarck auch nur ihr Programm ausgeführt? Sie also waren die eigentlichen Väter des neuen Deutschlands, nicht etwa der Staatsmann, der es geschaffen, denn die Idee war das geistige Eigentum der Liberalen: Bismarck hatte nur getan, was jene erdacht hatten; dies Verdienst erkannten sie ihm hochherzig und großmütig zu, nur wog nach ihrer Wertschätzung der handelnde Staatsmann viel geringer im Vergleich zu den geistigen Erzeugern der deutschen Einheitsidee! Großmütig verziehen sie ihm 1866, daß er in den letzten Jahren so viel weiser und klüger als sie gewesen war. Daß sie ihn damals in seinem Wesen nicht richtig erkannt hatten, war doch nach nationalliberaler Ansicht die Schuld Bismarcks, nicht ihre eigene. Bei aller Anerkennung, die sie Bismarck nachträglich spendeten, behielten sie sich vor, so oft es ihnen gut schien, ihre Unabhängigkeit und ihre geistige Überlegenheit dadurch zu beweisen, daß sie ihm praktisch Widerstand leisteten.

Diese Erfahrung machte Bismarck schon im konstituierenden Reichstag von 1867 mehrfach mit den Liberalen, welche ihn unterstützen zu wollen behaupteten; nichtsdestoweniger blieb er bemüht, unverdrossen sich um die Unterstützung gerade dieser Partei zu bemühen. Besonders anstößig waren damals den Liberalen die beiden Minister Graf zur Lippe und Herr von Mühler. Der Justizminister Graf Lippe, der der Vater mancher eigentümlichen Gesetzesauslegung gewesen, fiel im Dezember 1867

als das erste Opfer der neuen Zeit und übernahm dann sofort im Herrenhaus die Führung der Reaktionspartei gegen Bismarck; sein Nachfolger wurde der Hannoveraner Leonhardt, ein Mann der Mitte und ein durchaus erprobter Jurist. Der Kultusminister v. Mühler behauptete sich noch bis 1872.

Die Ausbildung der neuen Bundeseinrichtungen hatte ihren stetigen Fortgang. Die Kompetenz des Bundes wurde auf das Zivilrecht ausgedehnt, auf Antrag Sachsens wurde ein Oberhandelsgericht, und zwar in Leipzig eingesetzt, im Mai 1870 wurde das neue deutsche Strafgesetzbuch vollendet. Lange und heftig hatten die Parteien über die Frage der Todesstrafe gerungen, und nur mit großer Anstrengung setzte Bismarck ihre Beibehaltung durch. Im Strafgesetzbuch hatte der Liberalismus viele Erfolge davongetragen und manche Bestimmung eingegeben. Aber manchem liberalen Verlangen widerstand Bismarck auch jetzt noch. Trotz aller Anträge des norddeutschen Reichstages verweigerte er immer wieder die Diätenzahlung und widersprach nachdrücklich dem Antrage auf Einsetzung eines Bundesministeriums. Die preußischen Finanzen waren seit 1866 durch v. der Heydt geleitet, sie wurden 1870 an Camphausen übertragen, einen Altliberalen, dessen Freund und Gesinnungsgenosse Delbrück auch preußischer Minister geworden. Beide gaben die Vermittlung ab zwischen Bismarck und den nationalgesinnten gemäßigten Liberalen; Roon und Graf Eulenburg bildeten das unbedingte persönliche Gefolge Bismarcks.

Auf verschiedenen Gebieten des inneren Staatslebens wurde damals in Preußen eine maßvolle Reform angestrebt, allmählich wurde einzelnes umgeschaffen, um es mehr in Einklang mit den neuen politischen Prinzipien zu bringen, auf denen die preußische Verfassung von 1850 und die norddeutsche Bundesverfassung von 1867 beruhten.

In einem Gesamtüberblick der neueren Entwickelung wird man es als ein Glück preisen dürfen, daß in der Konfliktszeit die Auffassung nicht praktisch zum Siege gelangte, welche Preußen der allgemeinen liberalen Schablone anpassen und vor allem die Herrschaft des Parlaments zum maßgebenden Faktor hatte machen wollen. Die Monarchie behauptete in Preußen ihre eigene Bedeutung; die preußische Entwickelung beruhte auf dem Zusammenarbeiten von Königtum und Parlament, in der

Weise, daß jeder Teil seinen eigenen Willen geltend machen durfte.

Dem König Wilhelm war es beschieden, diese Frucht zu sichern, dieses mittlere, besonnene politische Wesen in den preußischen Staat einzupflanzen. Ihm, dem Greise, der im Geburtsjahr des Norddeutschen Bundes 1867 sein 70. Lebensjahr vollendet hatte, war es ferner noch beschieden, das angefangene und wohlbegründete Werk der deutschen Einheit weiter zu führen und zum Abschluß zu bringen.

Elftes Kapitel.

Der französische Krieg 1870/1871.

Nachdem durch den österreichischen und deutschen Krieg 1866 der Grund zum Werke der deutschen Einheit gelegt worden, brachte der französische Krieg die Vollendung und Krönung. Aber der Krieg von 1870 ist deshalb keineswegs von deutscher Seite veranlaßt. Die Franzosen vielmehr ergriffen die Initiative zum Angriff auf Deutschland, die Franzosen waren die europäischen Friedensstörer. Deutschland war in der Lage eines Mannes, der, ganz plötzlich von einem Straßenräuber überfallen, mit einigen wuchtigen Streichen den Straßenräuber in Grund und Boden niederschmettert. So war 1870 beim Ausbruch des Krieges das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Es ist nötig, daß man dies mit aller Schärfe ins Auge faßt und festhält.

Napoleons Haltung zu Deutschland war immer eine sehr eigentümliche gewesen. Unter der Voraussetzung von Landabtretungen in den Grenzprovinzen, welche Frankreich in seine natürliche Grenze einzubegreifen pflegte, war seit 1859 Napoleon bereit, freundlich sich zur Erstarkung der preußischen Macht innerhalb Deutschlands zu verhalten. Bismarck zog aus Napoleons Stimmung Vorteile, aber eine Abtretung von deutschen Landen kam ihm nicht in den Sinn.

Von vornherein war darin ein Unterschied zwischen Bismarck und seinem Geistesverwandten Cavour. Bismarck hatte mit einer unvergleichlichen Staatskunst in den Jahren 1862—66 Napoleon hingehalten, stets die französischen Forderungen abgewiesen, aber so, daß in jedem Falle Napoleon doch noch einige Hoffnung blieb und er es wagen konnte, immer wieder mit neuen Lockungen

an Preußen heranzutreten. Erst im August 1866 erfuhr er eine gründliche und deutliche Zurückweisung, indem Bismarck die französische eventuelle Drohung seinerseits mit einer deutschen Kriegsdrohung beantwortete.

Aus der Weigerung Bismarcks und seines Königs folgte nun für Napoleon eine sehr üble Situation gegenüber der Stimmung des französischen Volkes. Das französische Volk, und zwar unter Leitung seiner gebildetsten Geister, das seit zwei Jahrhunderten ein Anrecht auf die Ohnmacht und Spaltung Deutschlands zu haben sich einbildete, wollte die Erstarkung Deutschlands nur dann zugeben, wenn es durch Annexion deutscher Gebiete selbst entschädigt würde. Man zog aus der Bildung des Norddeutschen Bundes und der Vergrößerung Preußens 1866 den Schluß, daß auch Frankreich etwas erlangen müßte, um seine Kraft und Macht zu verstärken. Das alte lothringische Erbe, das germanisch-romanische Mischreich, welches als trennender Wall zwischen Deutschland und Frankreich gelegen, dessen Besitz seit dem 9. Jahrhundert schon von Frankreich erstrebt wurde, war auch in unseren Tagen noch das Ziel der französischen Wünsche. Mit diesem Streben verschmolz sich der Ärger und Neid über die großen Erfolge Preußens im Jahre 1866. Man fühlte in Frankreich das Heranwachsen der preußischen Staatskraft und da galt es der Welt zu zeigen, daß die französische Nation doch noch der deutschen überlegen, daß Frankreich doch noch stärker und leistungsfähiger wäre als Deutschland.

Für die französischen Gemüter stand seit 1866 die Notwendigkeit einer Abrechnung mit Deutschland fest. Die Abweisung seiner Kompensationsforderung im Jahre 1866 ertrug Napoleon nicht für immer, er sann auf den Augenblick der Rache. Der erste Schritt war, daß er im Frühjahr 1867 den Luxemburger Handel einfädelte, aber sehr geschickt wich Bismarck damals der Sache aus, indem er die europäische Intervention zuließ und auf die hergebrachte preußische Stellung zu Luxemburg verzichtete; Europa machte Luxemburg neutral und garantierte diese Neutralität.

Für einen neuen zweiten Versuch gegen Deutschland suchte seitdem Napoleon sich vorher Verbündete zu sichern. Seit 1863 war das Verhältnis zu Rußland ein getrübtes, die preußisch-

russischen Beziehungen verstimmten natürlich die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich. Zur großen Weltausstellung im Sommer 1867 erschien Kaiser Alexander II. in Paris; es war auch König Wilhelm dazu eingeladen. Alexander kam kurz vor Wilhelm nach Paris und reiste auch vorher wieder ab, aber die beiden waren eine Woche zusammen. Auf das Leben des russischen Kaisers verübte in Paris am 6. Juni ein junger Pole ein Attentat; es mißglückte, aber laut und deutlich hatten sich die Sympathieen der Franzosen mit dem Polen geäußert; Alexander ging aus Paris weg, viel franzosenfeindlicher gestimmt, als er hingekommen war.

Besser glückte Napoleon die Annäherung an Österreich; darin muß man das besondere persönliche Verdienst des Herrn von Beust anerkennen, und auch der österreichische Gesandte in Paris, Fürst Metternich, war dafür tätig. Ein Besuch des Kaisers von Österreich in Paris mußte allerdings auf die Kunde von der Erschießung seines Bruders, des Kaisers Maximilian von Mexiko, unterbleiben. Aber Napoleon machte im folgenden Jahr einen Beileidsbesuch in Österreich und beide Kaiser konferierten Mitte August 1867 in Salzburg miteinander. Eine Abmachung wurde hier nicht getroffen, aber man stellte doch die gemeinsame Auffassung in der orientalischen wie in der deutschen Frage fest: Rußland am Pruth, Preußen am Main Halt zu gebieten. Die persönlichen Beziehungen wurden noch weiter befestigt durch Franz Josefs Gegenbesuch in Paris im Oktober; für die Stunde der Gefahr sahen sie sich als Waffenbrüder an.

Gelegenheit zum Konflikt mit Preußen konnte stets gefunden werden in den Artikeln des Prager Friedens über die Mainlinie und über die nördlichen Bezirke von Schleswig, deren Bevölkerung über ihren Anschluß an Dänemark oder Preußen gefragt werden sollte. Dies Versprechen im Prager Frieden war aber nur an Österreich gegeben, kein anderer hatte das Recht auf die Erfüllung zu dringen außer Österreich. Bismarck hatte als Vorbedingung von Dänemark eine Garantie für die Erhaltung der deutschen Nationalität in den etwa abzutretenden Bezirken gefordert, die Dänen aber boten nur die bestehenden dänischen Gesetze an; dann war ferner noch die Ausdehnung der zu befragenden Bezirke streitig. Frankreich mischte sich als Fürsprecher der Dänen ein, aber so scharf wies Bismarck in diesem Fall die Einmischung

Frankreichs in die Dinge ab, bei denen es keinerlei Recht hineinzureden hatte, daß Kaiser Napoleon seinen Gesandten dementierte. Auch 1868 gelangten die Verhandlungen mit den Dänen zu keinem Ergebnis; es wurden aber für alle Eventualitäten eifrige Verhandlungen zwischen Kopenhagen und Paris geführt.

Von seinen Vergrößerungsplänen hatte Napoleon trotz aller erfahrenen Schlappen nicht abgelassen, jedoch hatte er einen Umweg eingeschlagen, der ihm die Macht über das kleine Belgien in die Hand spielen sollte. Die französische Ostbahngesellschaft hatte die Luxemburger Eisenbahnen angekauft, und plötzlich tauchte das Gerücht auf, daß dieselbe Gesellschaft zwei Eisenbahnlinien in Belgien erworben hätte, mit großen finanziellen Vorteilen für Belgien und großen Opfern für Frankreich. Das zeigte eben die politische Bedeutung der Sache; im Hintergrunde stand die Idee eines belgisch-französischen Zollvereins.

Der Vertrag wurde am 31. Januar 1869 perfekt. Aber das belgische Ministerium war wachsam; es setzte in aller Eile ein neues Gesetz durch (23. Februar), das alle Eisenbahnverkäufe von der Zustimmung des Staates abhängig machte. Frankreich verhandelte darüber mit Belgien, aber die belgische Regierung blieb fest und energisch. Auch England sprach sich laut für den Schutz der belgischen Neutralität aus, so daß sich Kaiser Napoleon schließlich auf die Einrichtung durchgehender Eisenbahnzüge zwischen Frankreich und Belgien zurückzog; er hatte wieder eine eklatante diplomatische Niederlage erlitten.

In seiner schwierigen und Deutschland gegenüber doch stets kriegdrohenden Lage war er darauf angewiesen, Bundesgenossen zu gewinnen. Dazu bot sich ihm in erster Linie Österreich. Er rechnete aber ebenso auf Italien, ja er meinte 1869 sogar einen gewissen Anhang in Süddeutschland erwarten zu können, da ja in Bayern und Württemberg gerade 1869 die partikularistische Strömung bedeutend angewachsen war. Am sichersten als Bundesgenosse war immer König Viktor Emanuel von Italien. Hätte Napoleon nicht die Rücksicht auf die französischen Klerikalen verboten, den Italienern freie Hand gegen Rom zu lassen, so hätte er Viktor Emanuel gegen jeden Feind haben können. Aber auch so bemühten sich beide um eine engere vertragsmäßige Verbindung, die jedoch wirklichen Wert für Napoleon nur dann haben konnte, wenn er auch Österreich an seiner Seite wußte.

Napoleons erste etwas gefährlich offensiven Allianzanträge (Juli 1868) hatte Beust ablehnen müssen. Ihm machten die einer solchen Politik durchaus abgeneigten Ungarn Schwierigkeiten, ähnlich wie die Stimmung im italienischen Volk, das weit mehr Preußen als Frankreich zuneigte, Viktor Emanuel im Wege stand. Um die beiden zögernden Regierungen voranzudrängen und ihnen für sein Verhalten größere Garantieen zu geben, war Napoleon bereit, nicht wie zuerst geplant jede der beiden Mächte, Österreich und Italien, in einem Sonderbündnis nur an Frankreich anzuschließen, sondern sie zusammen mit sich in einem großen Dreibund zu vereinigen. Seit Ende 1868 wurde an diesem Plane gearbeitet, aber da Napoleon in der römischen Frage die Wünsche der Italiener nicht erfüllen konnte, scheiterte alles am Widerspruch der italienischen Minister gegen diese bisher vom König allein und insgeheim geführte Bündnispolitik (Juni 1869).

Um aber dem in dem letzten Jahr gewonnenen Verhältnis der drei Mächte zueinander irgend einen Ausdruck zu geben, wechselten auf Napoleons Anregung die drei Monarchen Briefe miteinander (September 1869), die mehr eine Bekundung herzlichen Einvernehmens als eine bindende Abmachung waren. Gewiß enthielten sie die Gewährleistung für die allgemeine politische Richtung, welche die drei Herrscher einzuhalten strebten, gewiß konnten etwaige spätere Bündnisverhandlungen an sie angeknüpft werden, zunächst aber blieb mit ihnen der Allianzplan bis zum Kriegsausbruch 1870 beiseite gestellt.

Diese politische Lage wurde auch dadurch nicht verändert, daß für den möglichen Kriegsfall Erörterungen der militärischen Autoritäten über eine gemeinsame Kriegsführung stattfanden. Solche Verhandlungen hat Erzherzog Albrecht im Frühjahr 1870 in Paris geführt, er hat sogar einen Kriegsplan aufgestellt; dann wurden die Verhandlungen von dem französischen General Lebrun in Wien fortgesetzt. Aber selbst dieser militärische Eventualvertrag scheiterte, weil die Österreicher die Grundbedingung Napoleons nicht zugestehen konnten, daß bei einem Kriegsausbruch die Mobilmachungsordre von Frankreich, Österreich und Italien an demselben Tag erlassen werden sollte. Das herzliche Einvernehmen war erhalten, ein Bündnis aber um keinen Schritt näher gerückt. Da brach im Juli 1870 das lang erwartete Unwetter los. Den Anlaß gab der spanische Zwischenfall. —

Die Königin Isabella II. von Spanien, die Bundesgenossin Napoleons, war von ihren Spaniern im September 1868 weggejagt worden. Es hatte sich eine provisorische Regierung eingerichtet; lange hatten die Spanier über die Ordnung ihres Staatswesens geschwankt, hielten aber zuletzt doch an der Monarchie fest (Juni 1869), obgleich es eine große republikanische Partei unter ihnen gab. Als König war denkbar entweder der junge Sohn der Königin Isabella, Alfonso, oder der Herzog von Montpensier aus dem Hause Orleans, der in Spanien selbst über einen großen Anhang gebot, oder der Titularkönig Ferdinand von Portugal aus dem koburgischen Hause, oder der italienische Herzog von Aosta. Aber alle diese Kandidaten waren entweder aus inneren und äußeren politischen Gründen unmöglich, oder lehnten die angebotene Krone ab. Nun war außer ihnen in Spanien selbst auf den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern, den Bruder des Fürsten von Rumänien hingewiesen worden. Er war ein hochgebildeter, gut katholischer junger Herr, 34 Jahre alt; seine Frau war eine portugiesische Prinzessin; er war mit dem Hause Napoleons näher verwandt, als mit dem preußischen Königshaus, und die Beziehungen seiner Familie zu Napoleon waren stets freundschaftliche gewesen; war doch auch Napoleon für die Wahl seines Bruders Karl in Rumänien eingetreten.

Bei der ersten Anfrage im April 1869 zeigte der Prinz ebensowenig Neigung für den ganzen Plan wie sein Vater Fürst Karl Anton. König Wilhelm wollte gar nichts davon wissen und auch Bismarck schien damals die Angelegenheit nicht weiter ernst zu nehmen. Eine zweite im Auftrag des leitenden spanischen Ministers, des Marschalls Prim, bei den Hohenzollern geschehene Anfrage (September 1869) hatte wieder nur eine ausweichende Antwort erhalten. Nun aber gelang es Prim Bismarck für den Plan zu interessieren, und dieser drängte beim König wie beim Prinzen von Hohenzollern auf die Annahme des Anerbietens. Bei dem bestehenden Verhältnis zu Frankreich war es ihm von Nutzen, an dessen anderer Grenze ein Land zu wissen, auf dessen Sympathieen man rechnen konnte, wenn natürlich von aktiver Hilfe bei einem Krieg nie die Rede sein konnte und an sie nie gedacht worden ist; ferner fiel die Belebung der preußisch-spanischen Handelsbeziehungen ins Gewicht. Es war nicht leicht, die steigende Abneigung des Prinzen Leopold zu überwinden;

Bismarck fand jedoch Beistand, zuletzt sogar beim Kronprinzen, und am 14. Juni 1870 erklärte Prinz Leopold dem spanischen Abgesandten, daß er bereit sei die Krone anzunehmen. König Wilhelm erklärte sich mit dem Vorhaben einverstanden.

Bismarck hatte die offizielle preußische Politik ganz aus dem Spiel gelassen, die Verhandlungen waren nur geschehen zwischen der spanischen Regierung und den fürstlichen Hohenzollern. Es war eine Familiensache, bei der König Wilhelm nicht als König, sondern nur als Haupt des hohenzollernschen Gesamthauses mitwirkte. Er hatte sich möglichst zurückgehalten und die Sache ihren eigenen Weg gehen lassen, da sie ihm wenig sympathisch war.

Alles aber war gestellt auf die zuerst von Prim erhobene und dann von Bismarck aufgenommene Forderung strengster Geheimhaltung. Der Zustimmung der spanischen Cortes war man sicher, und nach der geschehenen Wahl hätte das verblüffte Frankreich, wenn es darin eine Beleidigung sehen wollte, sich nur an einen Beleidiger, an Spanien, halten können. Eine Verstimmung dieser beiden Mächte aber konnte Deutschland nur willkommen sein.

Da wurde der ganze Plan dadurch gekreuzt, daß zum Teil durch Zufälligkeiten das Geheimnis in Spanien offenbar wurde und am 3. Juli die Nachricht von der Kandidatur eines Hohenzollernprinzen für den spanischen Königsthron nach Paris kam. Ganz allgemein war dort die Erbitterung über Preußen; denn nur von ihm, nicht von Spanien fühlte man sich beleidigt, dies ließ man ganz aus dem Spiel; die stolzen Spanier aber steckten die schwere Beleidigung, daß Frankreich ihnen offen verbot sich einen König nach eigenem Gefallen zu wählen, ruhig ein. Während die französische Presse tobte, beantwortete der Herzog von Gramont, seit kurzem Minister des Auswärtigen, am 6. Juli eine Interpellation in der französischen Kammer in schroffster, kriegdrohender Weise. Er sprach von einer Verletzung von Frankreichs Interessen und Ehre durch die angekündigte Thronbesteigung: er hoffe, sie werde nicht stattfinden, sonst würde die Regierung stark durch die Unterstützung der Kammer und der Nation, ihre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen.

In Berlin hatte am 4. Juli auf eine französische Interpellation der Unterstaatssekretär von Thile, da Bismarck in Varzin weilte, erklärt, der preußischen Regierung sei die Sache

völlig fremd. Nun aber schickte Gramont jedem Gebrauch zuwider den Grafen Benedetti zu dem ohne Minister zur Kur in Ems weilenden König Wilhelm. Unmittelbar den Krieg wollte wohl auch Gramont nicht, er wollte nur das gehaßte Preußen demütigen, wählte aber dazu ein Verfahren, das den Ausbruch des Krieges unvermeidlich machte.

Trotz der noch ungesühnten Beleidigung, die Gramonts kriegdrohende Rede auf der Kammertribüne bedeutete, ließ König Wilhelm sich auf Verhandlungen mit Benedetti ein, den er am 9. Juli zuerst empfing; er blieb aber fest auf dem Standpunkt, den er in der ganzen Sache eingenommen hatte, wonach den fürstlichen Hohenzollern ganz die freie Entscheidung verblieb. Deshalb weigerte er sich fest, die Hauptforderung Gramonts zu erfüllen, womit dieser gerade Preußen demütigen wollte: daß er als König von Preußen auf den ergangenen französischen Befehl die Kandidatur rückgängig mache. Der König erreichte vielmehr, daß die Kandidatur genau auf demselben Weg beseitigt wurde, auf dem sie zustande gebracht war, indem Fürst Karl Anton von Hohenzollern am 12. Juli an Prim telegraphierte, er ziehe für seinen augenblicklich verreisten Sohn die Kandidatur zurück. Das Gleiche telegraphierte er dem spanischen Gesandten in Paris, durch den sofort Napoleon und seine Minister unterrichtet wurden.

Der König hatte die Verhandlungen in der Sache fest, in der Form freundlich und milde geführt. Aber noch war für Gramonts öffentliche Beleidigung keine Genugtuung gegeben, und dann erschien die Tatsache des sofortigen Verzichtes des Hohenzollern, gleichgültig ob er formell mit oder ohne Einwirkung des Königs geschehen, als ein deutscher Rückzug vor einer beleidigenden französischen Forderung. Jedenfalls hätte Gramont mit einigem Geschick diesen Vorteil glänzend ausnützen können.

Napoleon erblickte, wie alle Welt sonst, in diesem Verzicht die Erhaltung des Friedens und sprach sich in diesem Sinn am Nachmittag des 12. Juli dem italienischen Gesandten Nigra gegenüber mit Befriedigung aus. Dagegen sah Gramont nur, daß die Frage auf anderem Wege erledigt war, als er wollte, und forderte von dem deutschen Botschafter von Werther, daß König Wilhelm einen entschuldigenden Brief an Napoleon schreiben solle: er habe mit der Genehmigung der Kandidatur Frankreichs Würde nicht verletzen wollen und hoffe durch die Genehmigung der Entsagung

jedes Mißverständnis zu beseitigen. Werther übernahm wirklich den Auftrag, dies beleidigende Verlangen seinem König zu übermitteln.

Napoleon glaubte den Frieden gesichert; aber er war gealtert und krank, in seiner Lebenskraft gebrochen, seit lange nicht mehr so Herr über seine Umgebung und Politik, wie er es früher gewesen; und da gelang es Gramont den bis zur Willenlosigkeit schwachen Mann binnen wenigen Stunden völlig umzustimmen. Der Kaiser genehmigte die weitere, nun durch Benedetti zu vermittelnde Forderung: König Wilhelm solle erklären, daß er in aller Form der Entsagung des Prinzen Leopold beitrete und nie wieder eine solche Kandidatur gestatten werde.

Als Benedetti dies Verlangen am Morgen des 13. Juli auf offener Brunnenpromenade an den König stellte, wies ihn dieser in ernster Form zurück. Danach kam noch der Bericht Werthers, um das Maß voll zu machen: „hat man je eine solche Insolenz gesehen“ schrieb König Wilhelm seiner Gemahlin. Trotz seiner Entrüstung aber ließ er Benedetti die noch einlaufende offizielle Anzeige Karl Antons vom Verzicht durch seinen Flügeladjutanten mitteilen, mit der nochmaligen Betonung seines Einverständnisses. Eine weitere Audienzforderung wies er ab: es habe bei seinen letzten Erklärungen sein Bewenden. Er empfing den Botschafter nur noch zur formellen Verabschiedung am Bahnhof am 14. Juli, als er selbst nach Koblenz fuhr.

Für Bismarck, der am 12. in Berlin angekommen war, brachten die letzten Forderungen Gramonts die Erlösung. Er war über den bisherigen Verlauf aufs äußerste verstimmt. Sofort erhielt Werther einen Strafurlaub zudiktiert, und dem englischen Botschafter erklärte Bismarck, jetzt müsse Preußen von Frankreich Genugtuung und Garantieen für die Zukunft fordern. Am Abend des 13. kam ein telegraphischer Bericht an ihn über die Emser Vorgänge mit des Königs Anheimstellen, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung der Presse und den eigenen Gesandten bekannt zu geben. Zu diesem Zweck faßte Bismarck das vorliegende Telegramm durch einfache Kürzung zu der gedrungenen Form einer Kundgebung zusammen, die vor allem als völlig abschließend, als das letzte deutsche Wort in dem Handel erscheinen sollte. Die französische Beleidigung war damit in ruhigem Ton, aber fest zurückgewiesen worden und damit die

Angelegenheit für erledigt erklärt. Die Form der Datierung aus Ems blieb bestehen, und so wurde das Telegramm durch ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ der Welt verkündigt; woher es stammte, konnte Jeder ahnen.

Die Franzosen schäumten vor Wut: sie lärmten über eine Beleidigung ihres Gesandten und ihrer nationalen Ehre. Wie sollte aber die französische Regierung jene Emser Nachrichten Benedettis in Verbindung mit dem offiziösen preußischen Preßtelegramm auffassen? Benedetti selbst fühlte sich durch König Wilhelm und die ganzen Emser Vorgänge in keiner Weise verletzt. Man beriet voll Aufregung und Ungewißheit in Paris hin und her. Am 14. Juli wogen noch einmal die versöhnlichen Wünsche vor, da aber brachten Nachrichten und Erwägungen, in die uns noch kein genügender Einblick vergönnt ist, den letzten Anstoß: um Mitternacht wurde die Mobilmachung beschlossen. Den Kammern legte Ollivier am 15. eine Kreditforderung vor und teilte die Einberufung der Reserven mit. Die zu kaltblütiger Erwägung mahnenden Stimmen der Opposition wurden übertönt, der gesetzgebende Körper bewilligte am 15. Juli den Kredit mit allen gegen 10 Stimmen; der Senat schloß sich am 16. an. Die Kriegserklärung fand also fast allgemeine Zustimmung in beiden Vertretungskörpern der französischen Nation, und ebenso heischte die öffentliche Meinung stürmisch den Krieg; die Forderung der Rheingrenze war der allgemeine Ruf, „nach Berlin, nach Berlin“ hallte es durch die Straßen der Stadt.

In Deutschland erfaßte begeisterter Patriotismus mit Naturgewalt alle Deutschen, man fühlte sich wie von einem Alpdruck erlöst, man atmete erleichtert auf. Als am 14. Juli die Emser Vorgänge des 13. bekannt wurden, jene Zudringlichkeit des französischen Gesandten mit der schamlosen Zumutung an König Wilhelm, da gab es in Deutschland keinen Unterschied, keine Mainlinie mehr, da war die Erinnerung an 1866 ausgelöscht. Der Bayer wie der Preuße, der Konservative wie der Fortschrittsmann, sie alle standen auf, zur Verteidigung Deutschlands gegen den französischen Übermut entschlossen. Mit männlichem Ernste, ohne Überhebung war das gesamte Deutschland in den Krieg zu ziehen bereit. Ganz allgemein war das Gefühl der Entrüstung über die Franzosen, ihr durch Jahrhunderte groß gezogener Übermut rief in jedem deutschen Gemüt den Entschluß der Vergeltung und

Bestrafung hervor. Das freche Attentat des Erbfeindes schien von der göttlichen Vorsehung den Deutschen gesandt, damit sie endlich ihrer Kraft sich bewußt würden, damit sie endlich zur Vollendung ihrer Einheit sich erhöben.

Der König reiste am 15. Juli nach Berlin, Bismarck, Roon, der Kronprinz und Moltke fuhren ihm bis Brandenburg entgegen. In Berlin auf dem Bahnhof erhielt er die letzte Nachricht von den französischen Kammervorgängen: das war der Krieg! Sofort wurde die Mobilmachung des norddeutschen Bundesheeres verfügt und der Reichstag auf den 19. Juli einberufen.

Er wurde eröffnet mit den denkwürdigen Worten König Wilhelms: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war.“ Der oberste Feldherr versicherte seinem Volke, daß er ihm Treue um Treue entgegenbringe und unwandelbar halten würde: „die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, die einmütige Erhebung der deutschen Stämme und der deutschen Fürsten hat alle Unterschiede und Gegensätze in sich beschlossen und versöhnt.“ An demselben 19. Juli erfolgte die Kriegsansage der Franzosen. Im Reichstage war die Beratung kurz, am 20. wurde eine Adresse angenommen, welche dem König den Widerhall seiner herzlichen und offenen Worte darbot, alle nötigen Beschlüsse wurden bis zum Abend des 21. Juli fertig gestellt. Bismarck konnte dem Reichstage einen diplomatischen Notenwechsel nicht vorlegen, denn der ganze diplomatische Verkehr bestand nur in der französischen Kriegserklärung des 19. Juli ohne weitere Erläuterung.

In Bayern hatte König Ludwig ohne weiteres, schon in der Nacht zum 16. Juli die Mobilmachung angeordnet und kam am 17. von ungeheurem Jubel begrüßt nach München. Im bayerischen Landtag wollten die Patrioten von dem spanischen und dynastischen Streithandel Preußens nichts wissen und machten Miene Widerstand zu leisten. Der Ausschuß der Kammer reduzierte den beantragten Kredit von 27 auf 6 Millionen Gulden und zwar nur für bewaffnete Neutralität, aber die Kammer selbst ließ am 19. Juli ihren Ausschuß im Stich; ein Teil der Patrioten unter Sepp's Führung fiel von der Mehrheit ab. Der Reichsrat schloß sich der Bewilligung an. Bayern erkannte also den

casus foederis des Vertrages vom August 1866 als gegeben an und trat an der Seite der Norddeutschen in den nationalen Krieg.

Ähnlich verlief die Sache in Württemberg. Von Baden war es selbstverständlich; die Truppen Hessen-Darmstadts unterstanden ohnehin dem König von Preußen gleich denen der norddeutschen Bundesländer. Im Juli 1870 verwirklichte sich, was Bismarck im August 1866 Benedetti entgegengehalten: wenn Frankreich Preußen zum Kriege zwingen wolle, dann würde Preußen den furor teutonicus entfesseln, das deutsche Volk würde Frankreich zerschmettern und ihm seinen alten Raub, das deutsche Elsaß wieder abnehmen.

Die kurze Pause zwischen der Kriegserklärung und den militärischen Operationen, die Zeitspanne von etwa zwei Wochen, benutzte Bismarck noch zu einem diplomatischen Waffengange gegen die französische Regierung. Am 25. Juli erschien in der „Times“ ein Artikel, welcher der Welt die napoleonischen Landabtretungsforderungen und die Bedrohungen Luxemburgs und Belgiens erzählte. Darauf lies Bismarck durch den preußischen Staatsanzeiger auch den Wortlaut der Aktenstücke, die Noten von der Hand Benedettis abdrucken; es war eine gewaltige Enthüllung. Alle Ableugnungen und Ausreden Benedettis, Gramonts und Olliviers fanden nirgendwo Glauben: da Belgien durch Napoleon bedroht schien, schlug England am 30. Juli eine Neutralitätsgarantie für Belgien vor, d. h. beide kriegführende Mächte sollten sich verpflichten, etwaige Angriffe des Gegners auf Belgien in Gemeinschaft mit England abzuwehren; sofort nahm Bismarck den Vorschlag an und zwang auf diese Weise auch Napoleon zu einem ähnlichen Vertrag mit England (9. August).

Die öffentliche Meinung in England fühlte auf das deutlichste, daß Napoleon der Störer des Friedens war; aber diesem Gefühl gab die englische Sympathie für Frankreich keine praktische Folge. England hatte am 14. August einen höchst dürftigen, von beiden Parteien sofort abgelehnten Vermittlungsvorschlag gemacht, am 19. verkündete es die eigene Neutralität, die aber sehr zum Schaden der Deutschen gehandhabt wurde. Schon im Juli glaubte Deutschland sich über Waffen- und Munitionslieferungen der Engländer an die Franzosen beschweren zu müssen, und es erfolgte eine sehr scharfe diplomatische Auseinandersetzung zwischen

Deutschland und England. Erst am 21. November erging eine Proklamation der englischen Königin, welche die Waffenausfuhr aus England verbot und so die Neutralität Englands wirksam machte.

Mit Rußland zusammen wirkte dafür England zügelnd auf den von Frankreich genährten Angriffseifer der Dänen. Vor allem aber war die erklärte Neutralität Rußlands daran gebunden, daß Österreich still hielt. Aufs deutlichste hatte der Zar, besonders nach Frankreich hin wissen lassen, daß Österreichs Erhebung sofort Rußland zu den Waffen rufen und auch den Krieg im Osten entfesseln würde.

Die Gefahr schien nahe. Viktor Emanuel und besonders Beust hatten dem Wahnsinn der Gramontschen Kriegstreibereien zu steuern gesucht; Beust hatte bisher eine ausgesprochene Friedenspolitik verfolgt, weil Österreich für lange Zeit den Frieden absolut nötig hatte, und er auch nur allmählich die inneren Widerstände gegen seine Politik, zumal bei den Ungarn, zu überwinden hoffen konnte. Jetzt aber war alles von Grund aus umgewandelt durch die Tatsache des französischen Friedensbruches.

Gegen Beust setzte der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy im Wiener Kronrat am 18. Juli die unbedingte und amtlich zu verkündende Neutralität durch, zu deren Sicherung, zumal nach Osten, 20 Millionen Gulden gefordert wurden. Ganz im Gegensatz dazu ließ Beust (20. Juli) diese Neutralität nach Paris hin nur als Übergangsstadium zur Vollendung der österreichischen Rüstung erscheinen: sie würden die Sache Frankreichs wie die eigene betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken.

Fieberhaft waren die Verhandlungen in der zweiten Hälfte des Juli. In letzter Stunde wollte jetzt Napoleon den liegen gebliebenen Dreibundsplan zur Vollendung bringen, Beust aber einen österreichisch-italienischen Vertrag zur bewaffneten Vermittlung dem offensiven Dreibund vorhergehen lassen. Wohl erklärte Napoleon sich damit einverstanden (3. August), aber auch jetzt konnte er sich nicht zur bedingungslosen Preisgabe Roms an die Italiener entschließen; er war bereit die noch immer in Rom stehende französische Besatzung zurückzuziehen, aber nur unter den für Italien beschränkenden Bedingungen des Septembervertrages von 1864 (s. S. 147).

Damit scheiterte in der entscheidenden Stunde jede Aussicht auf ein Bündnis an der römischen Frage. Aber wäre auch das Zugeständnis von Napoleon gemacht worden, so blieb mehr als fraglich, ob Viktor Emanuel den Widerstand seiner Minister und seines Landes gegen die Bekämpfung des Bundesgenossen von 1866 hätte überwinden können, dem Italien Venetien verdankte. Und ebenso blieb mehr als fraglich, ob Beust der ungarischen Opposition Herr geworden wäre und die Deutsch-Österreicher in einem nationalen Krieg auf die Seite Frankreichs gebracht hätte. Hinter alledem stand obendrein die drohende Schilderhebung Rußlands. Selbst die letzten schwachen Hoffnungen aber, mit denen sich bei dieser Lage Napoleon und seine beiden Freunde überhaupt noch tragen konnten, zerflatterten vor den ersten deutschen Siegen.

Im August haben die Franzosen noch versucht Italien allein als Genossen zu gewinnen, und dies machte noch einen letzten vergeblichen Versuch (21. August), England zu einer Vermittlung zu bringen; ebenso vergeblich blieb Beusts Wunsch im September, die Neutralen in Bewegung zu setzen. Sonst blieben Österreich und Italien gleich den anderen in tatloser Neutralität. Mehr verlangte Deutschland nicht, seine eigene Kraft genügte, um die Franzosen zu bezwingen. —

Es liegt nicht in unserer Absicht, dem Gang des Kriegs ins einzelne zu folgen, hier ebensowenig wie es bei 1866 der Fall war. Einige allgemeine Umrisse und allgemeine Bemerkungen werden genügen.

Allgemein erwartete man im Juli 1870 einen Einbruch der Franzosen in Süddeutschland; er blieb zu aller Verwunderung aus. Das französische Heer war doch nicht so gerüstet, wie es ausgesehen, nicht so fertig, wie man geglaubt hatte. Der Kriegsminister Leboeuf hatte sich zwar gerühmt, die Franzosen wären „bereit, erzbereit (archiprêt), und wenn der Krieg ein Jahr dauerte, so brauchten sie nicht einen Gamaschenknopf zu kaufen“; in Wirklichkeit stellte sich dies ganz anders heraus.

Auf deutscher Seite war der Krieg gründlich im Frieden vorbereitet worden; umsichtig und vorsichtig, ohne jede Hast oder Überstürzung machte man sich schlagfertig. Drei Armeen wurden gebildet, sämtlich unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen. Die erste Armee, die kleinste, unter Steinmetz, bildete den rechten Flügel, die zweite Armee, die größte, unter Prinz Friedrich Karl, die Mitte und die dritte Armee, unter dem Kronprinzen von

Preußen, den linken Flügel. Die dritte Armee hatte vorzugsweise die Aufgabe, durch den Angriff auf die französischen Truppen im Elsaß unter Mac Mahon Süddeutschland zu decken; zu ihr gehörten die süddeutschen Streitkräfte. Während die einzelnen Armeen sich am Rhein versammelten, stand an der Grenze in Saarbrücken nur eine kleine Vorhut, ein Bataillon Infanterie und zwei Schwadronen Ulanen, zu denen dann eine geringe Verstärkung stieß. Am 2. August kam der König Wilhelm nach Mainz in Begleitung von Moltke, Roon und Bismarck: der Vormarsch begann ohne Zögern.

Napoleon kam Ende Juli nach Metz, während die Kaiserin als Regentin in Paris blieb. Die Verwirrung bei den Franzosen war groß; überall fehlte dies oder jenes; man hatte die Truppen, um wenigstens den Schein der Offensive zu wahren, in immobilem Zustande an die Grenze geschickt, so daß bei den durcheinander gehenden Nachschüben von Mannschaften und Material der größte Wirrwarr entstand. Man hatte keine Ahnung von Stellung und Zahl der gegenüberstehenden deutschen Streitkräfte; deshalb befahl Napoleon am 2. August eine gewaltsame Rekognoszierung mit drei Korps gegen Saarbrücken, an der auch der junge französische Prinz sich beteiligte; er feuerte die erste Mitrailleuse auf die Deutschen ab. Die kleine deutsche Schar zog sich fechtend zurück, die Franzosen aber stimmten ungeheuren Siegesjubel an.

Am 4. August begann der Vormarsch der dritten Armee über den Grenzfluß, die Lauter, in das Elsaß hinein, und an demselben Tage lieferte der Kronprinz den Franzosen bei Weißenburg ein blutiges aber siegreiches Treffen; am 6. August errang er bei Wörth einen glänzenden Sieg über Mac Mahon, der das Elsaß von den französischen Truppen säuberte und den Vormarsch über die Vogesen frei machte. An demselben Tage wurden durch Truppen der ersten und zweiten Armee die Höhen von Spichern bei Saarbrücken erstürmt und das ohne Unterstützung gebliebene Korps Frossards zurückgeworfen. Mit diesen ersten entscheidenden Schlägen war der Feldzug glänzend eröffnet. Besonders glücklich war es, daß die Süddeutschen wacker mit geschlagen hatten, daß bayerisches und württembergisches Blut mit preußischem sich gemischt hatte. Die strategische Überlegenheit der Deutschen lag klar zu Tage, aber auch taktisch hatte man Großes geleistet.

Nach dem 6. August war Mac Mahon auf dem Rückzug auf Chalons, um dort seine zerrütteten Korps zu sammeln und herzustellen, während die „Rheinarmee" unter Napoleon und Leboeuf auf Metz zurückwich. In Paris hatte man sich zuerst auf die falschen Siegesnachrichten dem Siegestaumel hingegeben, dann erwachte man mit Entsetzen und begann nun gegen Minister und Generäle zu wüten. Die sofort berufenen Kammern stürzten das Ministerium Ollivier-Gramont, worauf auch Leboeuf sein Kommando niederlegen mußte; Napoleon wurde gezwungen, den Oberbefehl an den Marschall Bazaine abzutreten. Das sah jedermann voraus, weitere Niederlagen bedeuteten den Sturz des Kaiserthrones. Aber schon in den ersten Tagen der Verwirrung wurde Napoleon als nicht mehr vorhanden angesehen; als er sich am 16. August von der Rheinarmee getrennt hatte und nach Paris zurückkehren wollte, gestattete man ihm dies nicht; er wurde gezwungen, nun bei dem Heere Mac Mahons als eine sehr nutzlose Zugabe zu bleiben.

Nachdem auf deutscher Seite die I. und die II. Armee in sich aufgeschlossen waren, begannen sie am 10. August den weiteren Vormarsch, während die III. Armee langsamer über die Vogesen vordrang, die kleinen Festungen nahm oder umging und am 15. August die Mosellinie erreichte. Die französische Rheinarmee setzte inzwischen ihren Rückzug über die Mosel hinaus fort, in der Absicht, zu gemeinsamem Widerstand Mac Mahon bei Chalons oder früher die Hand zu reichen. Am 14. August entschloß sich der Kommandeur der Vorhut der I. Armee, Generalmajor v. d. Goltz, die noch auf dem rechten Moselufer bei Metz befindlichen französischen Korps anzugreifen, um sie festzuhalten; es kam zur Schlacht von Colombey und Nouilly, in der sich die Franzosen im Zentrum behaupteten, auf den Flügeln aber zurückgeschlagen wurden. Der kommandierende General des dritten Armeekorps, Generalleutnant Konstantin von Alvensleben, beschleunigte nun aus eigenem Entschluß seinen Übergang über die Mosel und griff die nach Westen abrückenden Franzosen am 16. August mit verwegener Kühnheit an. In einer der bewundernswertesten Schlachten des ganzen Krieges glückte es bei Vionville und Mars-la-Tour nach blutigem Ringen den Franzosen die Straße zum Rückzug zu verlegen; Bazaine ließ sich wieder auf Metz zurückdrängen. Am 18. August wurde die große Entscheidungsschlacht von Gravelotte und St. Privat geschlagen,

und wenn es auch nicht gelang das französische Hauptheer zu vernichten, so war dies doch jetzt in Metz und dessen nächster Umgebung zusammengedrängt, von den Deutschen umschlossen und von der Verbindung mit Mac Mahon abgeschnitten.

Die I. und ein Teil der II. Armee blieben unter Friedrich Karl vor Metz vereinigt stehen; eine IV. Armee wurde unter Kronprinz Albert von Sachsen gebildet, die „Maasarmee", welche in einer Linie mit der III. Armee des preußischen Kronprinzen den Weitermarsch in der Richtung auf Paris gegen das Heer Mac Mahons fortsetzte.

Mac Mahon stand bei Chalons; seine Aufgabe war Bazaine Luft zu machen. Nach vielen Erwägungen beschloß er durch einen weit nach Norden ausholenden Marsch den rechten Flügel der Deutschen zu umgehen, um Bazaine die Hand zu reichen, der in freilich recht unsicheren Meldungen sein Durchbrechen in nordwestlicher Richtung von Metz auf Sedan in Aussicht gestellt hatte. Sofort nach dem Bekanntwerden der Marschrichtung Mac Mahons schwenkten die III. und die IV. Armee rechts ab (26. August), um Mac Mahon zu fassen. Als er nach Norden auszuweichen suchte, wurde bei Beaumont (30. August) ein französisches Korps überraschend angegriffen und völlig geschlagen, aber auch weitere Teile der Armee in die Erschütterung durch die Niederlage hereingezogen. Der bis nahe zur belgischen Grenze abgedrängte Mac Mahon stellte schließlich sein Heer rechts der Maas bei Sedan zur Verteidigungsschlacht eng versammelt auf. In meisterhafter Vollendung der ganzen strategischen Operation Moltkes seit dem 26. August gelang die Umfassung der Franzosen vollständig und in dem gewaltigen Ringen des 1. September wurden sie aus allen ihren Stellungen auf Sedan zurückgeworfen und mit eisernem Ring unentrinnbar umschlossen. Heer und Festung lagen am Abend des 1. September unter den Kanonen der Deutschen.

Weil Mac Mahon am Morgen verwundet worden war, hatte General Ducrot den Oberbefehl übernehmen wollen; da wies General Wimpffen eine Weisung des Ministers vor, der für einen solchen Fall ihm die oberste Leitung übertrug. Napoleon ließ ohne Berücksichtigung Wimpffens die weiße Fahne aufziehen; er verhandelte für seine Person mit dem Sieger, er wollte zwar sich selbst ausliefern, aber nicht das französische Heer; das Ende

war, daß er sich als Gefangener dem Könige von Preußen übergab. Nachdem die Führer beider Heere in der Nacht nach dem Schlachttag zuerst vergeblich verhandelt hatten, schloß am Vormittag des 2. September General Wimpffen die Kapitulation für Heer und Festung ab. Die Bedingungen lauteten dahin: das französische Heer sei kriegsgefangen, die Offiziere aber dürften gegen ihr Ehrenwort, nicht weiter gegen Deutschland zu kämpfen, frei ausgehen; jedoch zogen 3000 die Gefangenschaft vor. Sonst waren 83000 Mann kriegsgefangen, außer den 21000, welche sich während der Schlacht ergeben hatten; nur wenige waren über die belgische Grenze entkommen. Es war ein Erfolg, wie die Weltgeschichte seinesgleichen kaum aufweist. Napoleon hatte eine kurze Unterredung mit König Wilhelm und wurde dann nach Wilhelmshöhe bei Kassel geleitet.

In Paris war die Revolution unvermeidlich. Die französischen Demokraten machten sich die Siege der Deutschen zu nutze; die Minister waren ganz fassungslos. Favre beantragte am 4. September die Absetzung Napoleons, Thiers eine provisorische Regierung und Einberufung einer Nationalversammlung, die erst eine definitive Staatsordnung für Frankreich schaffen sollte. Über Napoleon schwieg Thiers. Die Kammerverhandlungen wurden durch die tumultuierende Menge unterbrochen, auf dem Stadthaus rief Gambetta die Republik aus, eine Regierung der „nationalen Verteidigung" trat zusammen unter dem Vorsitz des Generals Trochu, mit Gambetta für das Innere, Favre für das Auswärtige. Die Kaiserin floh nach England. Die neue französische Regierung redete darauf zu Europa durch ein phrasenreiches Rundschreiben von Jules Favre vom 6. September, worin Napoleon alle Schuld an dem Kriege mit Deutschland aufgebürdet und verkündigt wurde, daß das französische Heer in seinen Niederlagen größer dastehe, als im glänzendsten Siege; da der König von Preußen den Krieg nicht gegen Frankreich, sondern gegen die napoleonische Dynastie zu führen erklärt habe, so treffe ihn die Verantwortung für dessen Fortsetzung vor der Welt und der Geschichte. Frankreich würde keinen Zoll breit von seinem Boden, keinen Stein von seinen Festungen abtreten.

Favre und die französischen Republikaner meinten damals, „Republik" sei das Zauberwort, dessen Klang alles andere wieder gutmachen müsse. Die Republikaner in Amerika, Italien, der

Schweiz und Spanien spendeten natürlich der neuen französischen Republik reichlichen Beifall; besonders eindrucksvoll war der Entschluß Garibaldis, den Franzosen zu Hilfe zu eilen. Das Unternehmen Garibaldis war ein frecher Freibeuterzug; die Regierung Italiens wäre es ihrer eigenen Ehre schuldig gewesen, diesen Kriegszug eines ihrer Untertanen energisch zu verhindern.

Mittlerweile sah sich die provisorische Regierung Frankreichs nach Hilfe um und suchte Anlehnung und Schutz bei England, Österreich und Rußland. Lord Granville wurde zunächst um Englands Vermittlung bestürmt; Granville fragte darauf bei Bismarck an, ob er zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand bereit wäre. Bismarck antwortete in einem Rundschreiben vom 13. September; zum erstenmale sprach er offiziell den Satz aus, daß die Festungen Straßburg und Metz als Bollwerke deutscher Verteidigung von den Franzosen vorher abgetreten werden müßten, denn man müsse materielle Bürgschaften zur Sicherheit gegen künftige französische Angriffe haben.

Auf Favres Wunsch hatte der alte Thiers sich am 12. September auf eine Rundreise zu den neutralen Regierungen begeben. In England wurde ihm gegenüber angeregt, daß Favre sich selbst mit Bismarck in Beziehung setzen sollte. Favre kam darauf in das deutsche Hauptquartier, während der Vormarsch gegen Paris ununterbrochen fortgesetzt wurde. Noch war die neue Regierung im Lande nicht anerkannt, was erst durch die zu wählende Nationalversammlung geschehen konnte; Favre war bis dahin für Bismarck nur ein Privatmann. Daß die provisorische Regierung die Berufung einer konstituierenden Versammlung beabsichtige, versicherte Favre wiederholt, aber wie lange würde jene Regierung selbst Bestand haben? Bismarck wollte den Frieden nur mit dem französischen Volke schließen, er mußte also Herstellung einer zweifellos legitimierten Staatsgewalt in Frankreich verlangen.

An demselben 19. September, an dem die militärische Einschließung von Paris begann, besprachen sich Bismarck und Favre in Haute-Maison, am 20. September in Ferrieres. Sehr pathetisch trat Favre auf, sehr ironisch und kühl verhielt sich Bismarck. Favre drohte mit der Intervention Europas, das eine Vernichtung Frankreichs nicht dulden würde. Bismarck wollte über den eigentlichen Friedensschluß selbst zur Zeit noch nicht verhandeln, da Favre nicht ordnungsmäßig legitimiert wäre; er

wollte nur von einer Waffenruhe hören, welche die Möglichkeit gewährte, in Frankreich eine konstituierende Versammlung zu berufen, aber vor Eintritt in die Waffenruhe sollten die Franzosen Straßburg, Toul und Bitsch und den Mont Valérien bei Paris als Pfand an die Deutschen ausliefern. Favre lehnte die Preisgabe der Festungen ohne weiteres ab. Als Bismarck zuerst von Straßburg redete, sprang Favre in die Höhe und rief pathetisch aus: „Herr Graf, Sie vergessen, daß Sie zu einem Franzosen reden!" Als Bismarck andeutete, daß die jetzige Regierung jeden Tag vom Pariser Pöbel gestürzt werden könnte, unterbrach ihn Favre heftig mit den Worten: „Herr Graf, es gibt keinen Pöbel in Paris, in Paris gibt es nur eine einsichtige, opferwillige Bevölkerung." Diese diplomatischen Gespräche verliefen ergebnislos, da die Pariser Regierung die deutschen Bedingungen für einen Stillstand verwarf.

Auch Thiers' Rundreise bei den neutralen Höfen blieb ohne Erfolg. In Petersburg wurde er Ende September freundlich aufgenommen; es wurde ihm der Rat gegeben, sich an die Großmut König Wilhelms zu wenden. Am 3. Oktober kam er nach Wien. Dort war Beust durch die neuesten Ereignisse sehr kleinlaut geworden, er hielt Österreich für nicht geeignet auf Preußen einzuwirken, und empfahl lieber die Vermittlung von England und Rußland anzurufen. So viel Kriegslust Beust zuerst gehabt haben mochte, im Oktober 1870 wäre es für Österreich Wahnsinn gewesen, in den Krieg eingreifen zu wollen.

In Wien trafen sich damals die beiden für ihr Jahrhundert typischen Vertreter der historischen Wissenschaft der beiden kämpfenden Nationen, Thiers und Leopold von Ranke. Als Thiers die Frage stellte, gegen wen die Deutschen nach Napoleons Sturz den Krieg weiterführen wollten, da antwortete Ranke mit schlagender Kürze: „Gegen König Ludwig XIV!" In der Tat, nicht gegen Napoleon, wie die Franzosen vorzugeben liebten, sondern gegen den historisch erwachsenen Übermut der Franzosen war der Krieg von 1870 gerichtet.

Thiers ging von Wien nach Florenz. Auch dort fand er keine bessere Aussicht; die Italiener zogen es vor, während des deutsch-französischen Kampfes sich in den Besitz von Rom zu setzen, sich ausschließlich an die ihnen dort zufallende Ernte zu halten. Garibaldis Zug war eben ein freiwilliges Abenteuer.

Auch die Einreden von Amerika halfen nichts: Frankreich blieb ohne Helfer in seiner Not.

Die provisorische Regierung der nationalen Verteidigung hatte den größten Erfolg in der Organisation der Streitkräfte für die Fortsetzung des Krieges, besonders Gambetta und Freycinet arbeiteten mit höchstem Eifer und wirksamem Erfolge. Als die deutschen Truppen Paris bedrohten, nahmen drei Mitglieder der Regierung zur Leitung der Provinzen ihren Sitz in Tours. Jedoch zeigte sich diese „Delegation von Tours" schwächer, als für Frankreich gut war. Da eilte Gambetta am 8. Oktober nach Tours; er verließ Paris mit dem Luftballon; in Tours angekommen (9. Oktober) leistete er in der Tat Großes, wobei Freycinet sein Gehilfe war. Ein Dekret der Regierung hatte die Volkswahlen schon für Mitte Oktober anberaumt, Gambetta aber setzte wiederholt einen Aufschub durch. Er hatte die Leitung Frankreichs wie ein Diktator in die Hand genommen und war die Seele der Nationalverteidigung. Er setzte Generäle ein und setzte sie ab, wenn sie ihm nicht mehr geeignet erschienen, er ordnete eine allgemeine Volksbewaffnung an: für die lange Ausdauer der Franzosen in der Fortsetzung des Krieges trägt Gambetta in erster Linie das Verdienst und die Verantwortung. Aber alle Anstrengungen und Opfer änderten nichts mehr an dem Schicksal, das die französische Nation sich selbst bereitet hatte. Wie im August und September die kaiserlichen Heere erlegen waren, so sank in den nächsten Monaten auch die Kriegsmacht der neu aufgelebten französischen Republik vor der Waffengewalt Deutschlands in den Staub.

Die Geschicke des Krieges erfüllten sich weiter. Metz und Paris waren von den deutschen Heeren eingeschlossen. Bazaine machte nur matte Versuche durchzubrechen; er hoffte durch Verhandlungen zum Ziel zu kommen: er und sein Heer sollten neutral bleiben; es lag der Gedanke mit dabei zu Grunde, zur Rückführung des Kaisers zu dienen. Zweimal sind solche Verhandlungen geführt und die Unterhändler zwischen ihm und Bismarck auch zur Kaiserin Eugenie nach Chislehurst gesandt worden, aber die Kaiserin wies die Bedingungen zurück.

Am 25. Oktober wurden Verhandlungen über die Kapitulation von Metz eröffnet, Festung und Heer am 29. Oktober dem deutschen Sieger übergeben. Inzwischen war auch Straßburg

am 28. September gefallen, nachdem es im Anfang ohne den gewünschten Erfolg bombardiert worden war. Im Oktober und November folgte noch eine Anzahl kleinerer Festungen.

Das allgemeine Interesse konzentrierte sich auf die Belagerung von Paris. Die französische Hauptstadt war durch eine Reihe von Forts seit 1840 gut befestigt. Auch waren in Paris große Massen von Material und Proviant angesammelt, die Franzosen zu seiner Verteidigung bis aufs äußerste entschlossen. Das deutsche Hauptquartier hatte seinen Sitz seit dem 5. Oktober in Versailles aufgeschlagen, die deutschen Scharen umschlossen Paris mit eisernem Gürtel, festen Willens es um jeden Preis zu bezwingen. Im Hauptquartier herrschte ein starker Gegensatz darüber, ob Paris nur durch Aushungern oder durch regelrechte Belagerung und Beschießung bekämpft werden sollte. Durch diese Auseinandersetzungen wurde zum guten Teil der Beginn der Beschießung lange hinausgezögert, so daß es schließlich im wesentlichen der Hunger war, der Paris bezwungen hat; über die Dauer seiner Widerstandsfähigkeit hatte man sich im deutschen Hauptquartier ebenso verrechnet, wie über das Maß kriegerischer Leistungen, dessen Frankreich nach der Beseitigung der kaiserlichen Heere noch fähig war. Die lange Dauer des Widerstandes von Paris gab die Frist zu immer neuen Rüstungen im übrigen Frankreich, dieser Widerstand belebte den kriegerischen Geist der Nation.

Es kostete noch schwere Arbeit, um das französische Volk und Land zu besiegen; es galt überall solche Schläge zu führen, daß den Franzosen die Lust zum Kriege verging, überall die Last und Bürde des Krieges fühlbar zu machen. Von allen Seiten erschienen wie aus der Erde gestampft die Heere der Republik, um Paris Entsatz zu schaffen. Die deutschen Belagerer waren geradezu in die Verteidigung gedrängt und mußten in einer Reihe mühevoller und verlustreicher, aber schließlich immer siegreicher Stöße die Angreifer zurückwerfen. In der Zeit der Vorbereitung der Einschließung von Paris drang von der Tann mit seinem bayerischen Korps und der 22. Division auf Orleans, Werder nach der Einnahme Straßburgs im Südosten auf Dijon vor.

Dann aber kam im November eine schwere Krisis: von der Tann mußte vor den überlegenen Streitkräften, die Gambetta

gegen ihn aufstellte, aus Orleans zurückweichen, bei Coulmiers erlitt er eine Niederlage (9. November). Nun rückten Prinz Friedrich Karl von Metz her, der Großherzog von Mecklenburg von Norden gegen die Loire vor, und nach den Kämpfen bei Beaune-la-Rolande (28. November) gegen den rechten, bei Loigny-Poupry (2. Dezember) gegen den linken Flügel der Loire-Armee, und zuletzt vor Orleans selbst (3. und 4. Dezember) wurde die Stadt wieder genommen und dauernd besetzt. Bei der Verfolgung begegneten die Deutschen neuem unerwartetem Widerstand seitens des tapferen, nur langsam nach Westen weichenden Generals Chanzy, der erst nach den erschöpfenden Kämpfen bei Beaugency (7.—10. Dezember) auf Le Mans zurückging.

Die republikanischen Armeebildungen im Norden von Paris hatte General Manteuffel von Metz anrückend bei Amiens (27. November) geschlagen und zurückgeworfen; gegen den erneuten Vorstoß unter dem tüchtigen Faidherbe behauptete er seine Stellung durch die Schlacht an der Hallue (23. und 24. Dezember). Die größten Gefahren waren damit im Dezember im Norden wie an der Loire beseitigt, aber das Nachspiel blieb noch lang und schwer: Chanzy wurde erst endgültig bei Le Mans (10.—12. Januar 1871) besiegt, Faidherbe bei Bapaume (3. Januar) und bei einem letzten östlich umfassenden Vorstoß auf Paris durch Goeben bei St. Quentin (19. Januar).

Außerordentlich schwierig waren die Kämpfe, in denen General Werder sich im Südosten behauptete und die Belagerung von Belfort deckte. Die übermächtig ihm gegenübertretenden Massen unter Bourbaki, der vom Süden aus auf die rückwärtigen Verbindungen der Deutschen vorstoßen sollte, wußte er durch den Angriff bei Villersexel (9. Januar) zu fesseln, so daß es gelang, den Franzosen zur Deckung der bedrohten Umschließung Belforts zuvorzukommen. Werder verteidigte sie in der dreitägigen Schlacht an der Lisaine (15.—17. Januar), worauf Bourbaki, zugleich durch den vom Norden in Eilmärschen herannahenden Manteuffel bedroht, zurückging.

Es waren die Tage, in denen sich das Geschick der Hauptstadt und damit des ganzen Feldzuges entschied. Während gegen die Entsatzheere in den Provinzen gefochten werden mußte, versuchte die Pariser Besatzung wiederholt den Ring der Belagerer zu durchbrechen. Die ersten kleineren Ausfälle mißglückten oder

hatten (Le Bourget, 30. Oktober) nur geringen vorübergehenden Erfolg; schwerere Kämpfe brachten die Schlachttage von Villiers und Champigny (30. November und 2. Dezember), die Ehrentage der Württemberger und Sachsen. Erst am 27. Dezember begann die Beschießung der Pariser Forts. In der Stadt gab es während der Belagerung Aufstände und Unruhen. Immer gelang es der französischen Regierung sich zu behaupten, wenn auch stetig die Aussicht eines Durchbruches durch den Wall der Deutschen geringer wurde. Die Kriegführung war übrigens während des Winters auch hart und schwer für die deutschen Sieger: auf beiden Seiten wurde das Verlangen laut nach einem Ende des Krieges.

Am 19. Januar 1871 erfolgte der letzte große Ausfall, der zur Schlacht am Mont Valérien führte, aber wie alle früheren scheiterte. Die Schwierigkeiten der Lage in Paris wuchsen zusehends. Am 21. versuchten die Radikalen nochmals eine Erhebung, die am 22. niedergeworfen wurde. Das war der Beginn des Endes; es war offenbar, daß die letzten Lebensmittel in der ersten Februarwoche zu Ende gehen würden; man mußte die Tatsache jetzt eingestehen, und so wurde Favre am 23. Januar nach Versailles entsendet, um die Verhandlungen über die Kapitulation aufs neue zu eröffnen. Es handelte sich um zweierlei: um den Abschluß eines Waffenstillstandes und um die Einberufung einer Nationalversammlung zum Zwecke des Friedensschlusses selbst. Am 26. Januar war man in allen wesentlichen Punkten einig, am 28. konnte die Kapitulation ratifiziert werden. Der Waffenstillstand sollte bis zum 19. Februar dauern; zwischen den beiden Heeren wurde eine Grenze gezogen, die Forts von Paris wurden an die Deutschen abgetreten. Aber das deutsche Heer sollte nur zum Teil in Paris einziehen.

Von der Abmachung waren die östlichen Departements ausgeschlossen. Dort vollzog sich noch die letzte Katastrophe Bourbakis, dessen Heer, von Werder verfolgt, von Manteuffel in Front und Flanke gefaßt nach dem Jura abgedrängt wurde und sich schließlich nur in voller Auflösung und bejammernswertem Zustand auf Schweizer Gebiet retten konnte. Nun mußte sich auch endlich Belfort nach tapferer, denkwürdiger Verteidigung unter Oberst Denfert ergeben (16. Februar). Den in Versailles getroffenen Vereinbarungen fügte sich Gambetta nicht, er verkündigte

vielmehr die Fortsetzung des Krieges; als er aber die überwältigende Macht der Umstände erkannte, trat er (6. Februar) völlig vom politischen Schauplatze zurück. Die Pariser Regierung hatte inzwischen die Wahlen ausgeschrieben. Am 12. Februar versammelte sich die Nationalversammlung in Bordeaux; die Mehrheit war überwiegend friedlich gesinnt. In der Verfassungsfrage war man wohl geteilter Meinung, die Orleans hatten die größte Partei, aber man verständigte sich dahin, daß die Verfassungsfrage einstweilen ruhen sollte. Thiers war die Seele der Versammlung, er wurde das Haupt einer republikanischen Regierung, welche einstweilen in Erwartung der Entscheidung über die definitive Regierung Frankreichs die Geschäfte führen sollte.

Für die Friedensverhandlungen wurde ein Ausschuß gewählt. Der elsässische Deputierte Keller hatte die Abtretung des Elsaß von vornherein für unmöglich zu erklären verlangt, aber diese Erklärung war an Thiers' Protest gescheitert. Die Verhandlungen mit Bismarck über den Frieden begannen in Versailles am 21. Februar; sie verliefen teilweise noch in sehr lebhafter Tonart. Wenn Thiers z. B. über die beabsichtigte Beraubung der Franzosen durch die Deutschen sprach, so fing Bismarck an deutsch zu sprechen, weil er das Französische, das zu ihm gesagt wurde, nicht mehr verstehen könne. Er setzte den Erwerb von Elsaß und Lothringen durch, verzichtete aber zuletzt auf die Festung Belfort. Frankreich versprach zum Ersatz der Kriegskosten fünf Milliarden Francs zu zahlen; bis sie abgezahlt, sollten deutsche Truppen in Frankreich bleiben. Am 26. wurden die Präliminarien unterzeichnet und am 28. Februar der Nationalversammlung in Bordeaux vorgelegt. Am 1. März nahm diese die Friedensbedingungen an. Paris wurde an demselben Tage teilweise von den deutschen Truppen besetzt, das deutsche Hauptquartier verließ bald nachher Versailles.

In Paris fand noch ein Nachspiel statt, eine Erhebung der Radikalen, die schon längst angezettelt war, jetzt zum Ausbruch drängte und eine rote Republik internationalen Gepräges anstrebte. Aber mit rücksichtsloser Härte gelang es schließlich den Aufstand in einem Blutbad zu ersticken. Diesem Kampfe der Franzosen unter sich sahen die deutschen Heere in voller Neutralität zu.

Die Verhandlungen über den definitiven Friedensakt wurden

im April in Brüssel geführt, und als sie sich zu verschleppen schienen, wirkte ein drohendes Wort Bismarcks; man verlegte den Friedenskongreß am 6. Mai nach Frankfurt, wo am 10. Mai der Friede unterzeichnet wurde. Die Ratifikationen gelangten am 20. Mai zur Auswechselung.

Ungeahnte, großartige Erfolge hatte das vereinigte Deutschland in dem halbjährigen Kampfe davongetragen; es verdankte seine Erfolge der Anspannung seiner eigenen Kräfte, dem edeln Wetteifer der deutschen Stämme, der nach endlosem Hader erzielten Einigkeit des nationalen Wollens und Handelns. Ebenbürtig waren die Staatskunst und die Waffenführung Deutschlands aufgetreten. Jetzt galt es das, was Deutschland im Kriege errungen, für alle Zeiten sicher zu stellen und noch fester zusammenzufügen.

Zwölftes Kapitel.

Kaiser und Reich.

Das deutsche Volk, so friedliebenden Charakters es war, hatte den Krieg gegen Frankreich nach jener unsagbar beleidigenden Herausforderung durch Napoleon und seine Franzosen mit opfermütiger Hingebung geführt. Man war sofort entschlossen den Krieg mit solcher Entschiedenheit und so lange fortzusetzen, bis wirklich eine gründliche Niederlage Frankreich beigebracht und bis ernstlich den Franzosen das Gelüste zur Wiederholung des Krieges ausgetrieben sein würde. In dieser Entschlossenheit waren alle Teile und Stämme, alle Stände und Klassen Deutschlands einig.

Es gab nur wenige abweichende Stimmen. Unter ihnen erregte allerdings innerhalb und außerhalb Deutschlands peinliches Aufsehen das Verhalten jenes Dr. Johann Jacoby in Königsberg, der einst zu den führenden Geistern des deutschen Liberalismus gehört hatte; er und wenige Gesinnungsgenossen ließen sich von der französischen Vorspiegelung betören, daß Napoleon den Krieg gewollt, nicht aber das französische Volk, daß also mit dem Sturz Napoleons aller Grund zur Fortsetzung des Krieges entschwunden sei; diese sinnlose Unterscheidung, mit der 1815 die Kreuzritter der Legitimität operiert, wurde 1870 von einigen wenigen deutschen Republikanern und von den außerdeutschen Feinden Deutschlands wieder vorgebracht. Der französische und kosmopolitische Radikalismus feierte in Jacoby den „Weltweisen, den erhabenen Denker von Königsberg“. Solche Erscheinungen blieben 1870 vereinzelt; der Ehrenschild des deutschen Volkes wurde durch derartige ganz vereinzelte Flecken nicht weiter beschmutzt.

Die ersten Siege des August erfüllten alle deutschen Herzen

mit freudigem Stolze; nach dem Triumphe von Sedan steigerte sich dies Gefühl zu lautestem Jubel. Der Wille des deutschen Volkes heischte schon im August mit aller Entschiedenheit einen doppelten Gewinn des Sieges: einmal verlangte man Elsaß und Lothringen, den alten Raub der Franzosen, für Deutschland zurück, sodann aber hatte jedermann das Gefühl, daß die Zeit gekommen, die Einheit Deutschlands zu vollenden; man verlangte den Norddeutschen Bund durch den Zutritt der Süddeutschen zum deutschen Reiche zu erweitern. In Berlin wurde am 30. August eine Adresse an den König Wilhelm angeregt, in der Männer aus allen Parteien den König ihres Patriotismus versicherten und treu auszuharren gelobten, bis die Einheit der gesamten deutschen Nation begründet und gegen jede Anfechtung sicher gestellt sei. Der deutsche Süden war von jugendlicher Begeisterung erfaßt, auch hier forderte man die Vollendung der deutschen Einheit. Und in durchaus praktischer Weise machten sich diese nationalen Forderungen geltend. Nicht indem man neue Anfänge in parlamentarischen Diskussionen erst anzubahnen suchte, sondern auf Grund der schon erprobten Einrichtungen wollte man den Eintritt der vier süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund herbeiführen und zur Krönung dieses Bundes den deutschen Kaiser und das deutsche Reich aufs neue ins Leben rufen.

Sehr günstig war die Stimmung in Baden, Darmstadt und auch in Württemberg; hier wurde endlich, Ende August, Varnbüler beseitigt; an die Spitze trat Minister Mittnacht, ein gut deutscher Mann. Auch die späteren Neuwahlen im Dezember ergaben für den Landtag eine nationalgesinnte Mehrheit. Viel schwieriger standen die Sachen in Bayern: den König Ludwig II. beherrschte trotz des Aufschwungs beim Ausbruch des Krieges durchaus sein bayrisches und dynastisches Selbstgefühl. Man schuldet dem König bleibenden Dank, weil er im Juli ohne Zögern zum Anschluß an Preußen bereit war, weil er das Kriegsbündnis entgegen dem Wunsche der sogenannten patriotischen Mehrheit in der bayrischen Kammer hielt. Den Eintritt aber in einen Bund mit einer Verfassung, wie die des Norddeutschen Bundes war, wies er weit von sich, und auch seine Minister dachten höchstens an den Abschluß eines ziemlich lockeren weiteren deutschen Bundes mit dem engeren Nordbund, wobei Bayern seine volle eigene Bewegungs-

freiheit behalten würde, womöglich sogar mit einer führenden Stellung im deutschen Süden; dies letztere war Grund genug, um die andern süddeutschen Staaten vor solchen Plänen zurückschrecken zu lassen. Bismarck war von vorneherein bereit, auf den König von Bayern alle erdenkliche Rücksicht zu nehmen, denn er hatte sich die staatsmännische Aufgabe gestellt, auch die süddeutschen Regierungen zum Eintritt in die Bundesgemeinschaft zu bewegen, ohne sie zu zwingen, ohne sie zu vergewaltigen. Nach Bismarcks Gedanken sollte das Deutsche Reich auf dem freiwilligen Anschluß der deutschen Fürsten beruhen; sie sollten sich dem König von Preußen als deutschem Kaiser gern unterordnen. Er wollte die vorhandenen und berechtigten, in dem Stammescharakter und der staatlichen Entwicklung der Deutschen begründeten Eigentümlichkeiten schonen und das Deutsche Reich nicht auf einer erzwungenen Unterwerfung aufbauen. Der preußische Kronprinz dagegen dachte unitarischer, etwa im Sinne seiner liberalen Freunde, und war dabei keineswegs abgeneigt die Widerstrebenden oder Zaudernden zu zwingen.

Anfang September 1870 besuchten die Führer der norddeutschen Nationalliberalen, Lasker, Bennigsen und Forckenbeck ihre süddeutschen Gesinnungsgenossen in Bayern, Württemberg und Baden, um ein gemeinsames einheitliches Vorgehen zu besprechen und die Stimmung im Süden zu erkunden. Sie arbeiteten damit unabhängig von Bismarck im Sinne seiner Bestrebungen; er ließ nun selbst Ende September durch Delbrück in München verhandeln, wo auch Mittnacht aus Stuttgart erschien. Bayern stellte viele Bedingungen, im ganzen verlangte es achtzig einzelne Veränderungen an der norddeutschen Bundesverfassung. Sein Heerwesen sollte ein bayrisches bleiben, die deutsche Flotte ohne Bayern geschaffen werden, Bayern eine selbständige auswärtige Politik zu führen berechtigt sein, ihm bei allen Änderungen der Verfassung ein Veto zustehen; es sollte volle Autonomie im Justizwesen, in den Verkehrseinrichtungen und in der Bierbesteuerung behalten. Delbrück hatte von alledem nichts zugesagt, alles einzelne nur seinem Könige vorzutragen übernommen. Am 8. Oktober gelangte er mit den bayrischen Forderungen ins Hauptquartier nach Versailles.

Baden bat Anfang Oktober um ganz bedingungslose Aufnahme in den Nordbund, die Bismarck jetzt gerne gewährte, um

einen Druck auf das zögernde Bayern zu üben; von Hessen-Darmstadt, das dem Bunde zur Hälfte schon angehörte, war der volle Anschluß trotz Dalwigks bösem Willen eigentlich nur eine Formsache. Bismarck lud die vier süddeutschen Staaten ein, bevollmächtigte Minister nach Versailles zu schicken. Aus Baden kamen Jolly und Freydorf, aus Württemberg Mittnacht und Suckow, aus Bayern Bray, Lutz und Pranckh, aus Darmstadt Dalwigk und Hofmann. Von dem Norddeutschen Bunde wurden Delbrück und Roon, dieser für den militärischen Teil der Verhandlungen, bevollmächtigt. Bismarck hatte außerdem Vertreter der ihm nahestehenden parlamentarischen Parteien nach Versailles gerufen, Bennigsen von den Nationalliberalen, Blanckenburg von den Konservativen, Friedenthal von den Freikonservativen. Für die übrigen norddeutschen Staaten trat der Sachse von Friesen in die Verhandlungen ein.

Am 26. Oktober wurden in Versailles, der alten französischen Königsstadt, die Beratungen der deutschen Minister über die zukünftige Gesamtverfassung für Deutschland eröffnet. Bayern sah sich bald isoliert, zumal es als einziger aller deutschen Staaten eine eigene territoriale Vergrößerung, und zwar durch die badische Pfalz forderte, wofür Baden seine Entschädigung im Elsaß suchen sollte; der Großherzog aber wies jeden Gedanken, in solcher Weise den nationalen Krieg partikularistisch auszunutzen, mit scharfem Wort zurück. Die Württemberger hatten wohl besondere Wünsche, waren aber bevollmächtigt und bereit, auch ohne Bayern mit Baden zusammen die im Norddeutschen Bunde gegebene Verfassungsgrundlage anzunehmen. Am 12. November sollte der Abschluß in Versailles geschehen; da aber hatte Bayern Einfluß auf den Stuttgarter Hof gewonnen, und am 11. lief von dort der Befehl an die württembergischen Bevollmächtigten in Versailles ein, vor einem Abschluß ohne Bayern besonderen Bericht zu erstatten. Der damit drohenden Gefahr zu begegnen, eilten Mittnacht und Suckow sofort selbst nach Stuttgart und brachten einen Umschwung der Dinge zustande, wodurch auch Bayern zum Nachgeben genötigt wurde.

Zuerst wurden die Verträge mit Baden und Hessen am 15., dann mit Bayern am 23. und mit Württemberg am 25. November geschlossen; diese einzelnen Verträge wurden am 8. Dezember gegenseitig anerkannt, natürlich unter dem Vorbehalt der Zu-

stimmung der Volksvertretungen. Der Bundesrat wurde auf 58 Stimmen erweitert; 85 süddeutsche Volksvertreter sollten in den Reichstag eintreten. Einige Reservatrechte wurden für Bayern und Württemberg geschaffen, so die eigene Besteuerung von Bier und Branntwein, die eigene Post und Telegraphie; die Eisenbahnen sollten von Bundeswegen nur beaufsichtigt werden. Bayern behielt für die Friedenszeit seine volle Militärhoheit. Wie im Norddeutschen Bunde schon für Sachsen bewilligt war, so wurde jetzt auch Württemberg ein besonderes Bundesarmeekorps zugestanden; Baden hingegen schloß sich wie schon früher Hessen einfach dem preußischen Heerwesen an. Ein Veto bei Verfassungsänderungen empfing nicht der König von Bayern, wie er es gewünscht hatte, sondern es wurde das Recht der Einsprache an 14 Stimmen des Bundesrates geknüpft: Bayern, Württemberg und Sachsen verfügten zusammen über 14 Stimmen; die Aufhebung eines Sonderrechts wurde an die Zustimmung des betreffenden Staates selbst gebunden.

Schwierig aber blieb noch die Krönung des errichteten Baues durch die Namen von Kaiser und Reich, da hier auch König Wilhelm selbst heftig widerstrebte, dem es unendlich schwer wurde, seinen stolzen preußischen Königstitel hinter irgend einen andern zurücktreten zu lassen, und wenn es der des Kaisers war. Bismarck wirkte mit dem größten Geschick an den beiden entscheidenden Stellen, und brachte König Ludwig dazu dem Preußenkönig die Kaiserkrone anzubieten. Mit einem sehr glücklich auf Ludwig berechneten Schreiben Bismarcks verließ der bayrische Oberstallmeister Graf Holnstein am 27. November Versailles, und ihm wurde das Konzept des vom König zu schreibenden Briefes vorsorglicherweise gleich mitgegeben. Holnstein vollführte seinen Auftrag so schnell, daß Prinz Luitpold schon am 3. Dezember das königliche Schreiben mit der Forderung des Reichs und der Kaiserwürde König Wilhelm überreichen konnte. Der zugleich an die übrigen Fürsten gerichteten bayrischen Aufforderung stimmten alle bei.

Scheinbar war die Erneuerung des Kaisertitels nur etwas äußerliches, nur eine Zierde; aber für die Empfindung der Menschen hatte die Titelfrage doch ein großes Gewicht. In Erinnerung an das mittelalterliche römisch-deutsche Kaisertum und an das Kaiserreich der Bonapartes haben im Jahre 1870 viele Menschen Bedenken gegen den Kaisertitel gehegt, die nicht

so leicht wogen; aber alle Bedenken und Zweifel beseitigte doch schließlich die Erwägung, daß man neben und über den Königen von Bayern, Württemberg und Sachsen dem höherstehenden Führer des gesamten Deutschlands auch einen höheren Titel geben müsse. Der Titel „Präsident des Deutschen Bundes" wäre doch eine eigentümliche Bezeichnung für das Oberhaupt des Bundesstaates gewesen, im Ernst war es kaum möglich daran festzuhalten. Günstig wirkte auch die populäre Vorstellung vom Kaisertum auf die Entschließungen der deutschen Politiker ein: die deutsche Volksphantasie legte sofort dem Kaiser höhere Befugnisse bei, als der Buchstabe der Verfassung enthielt.

Die Behauptung ist nicht als begründet anzusehen, daß erst der preußische Kronprinz gegenüber Bismarck und dem König auf dem Kaisertitel bestanden und seine Annahme herbeigeführt hätte; Bismarck konnte damals den Kronprinzen nicht ganz in seine politischen Pläne und Gedanken einweihen, aber für den Gedanken des Kaisertums konnte er auf die Unterstützung des ganz dafür eingenommenen Thronfolgers bei dem zaudernden König rechnen. Am 24. November trat der norddeutsche Reichstag in Berlin zusammen zur Beratung der Versailler Bundesverträge mit den süddeutschen Staaten. Die Fortschrittspartei machte noch in letzter Stunde den Versuch, die Berufung eines allgemeinen deutschen Parlamentes zur Begründung und Aufrichtung einer neuen Verfassung für Deutschland anzuregen; sie widerstrebte dem praktischen Wege, den die deutschen Regierungen eingeschlagen hatten, aber ihr Versuch blieb vergeblich. Wohl empfanden damals manche nationalgesinnten Männer schwere Bedenken wegen der Konzessionen, die man dem Partikularismus gemacht, insbesondere wegen jener Zugeständnisse an Bayern, zuletzt aber fügte sich der norddeutsche Reichstag in die gegebene Lage, an der kaum noch viel zu ändern war.

Am 5. Dezember teilte Delbrück den bayrischen Antrag auf Annahme des Kaisertitels mit. Durch einen besonderen Gesetzentwurf wurde dem Bundeshaupt der Titel „Deutscher Kaiser" beigelegt, nicht etwa „Kaiser von Deutschland", und für den neugebildeten deutschen Bundesstaat wurde „Deutsches Reich" als Bezeichnung gewählt. Am 10. Dezember beschloß der Reichstag eine Deputation an den König nach Versailles zu entsenden, durch welche er „vereint mit den Fürsten Deutschlands" den

König von Preußen bat, den Kaisertitel anzunehmen. An der Spitze der Deputation stand der Präsident Simson, derselbe Mann, der einst im April 1849 dem König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angeboten und mit schmerzlichem Gefühle die Ablehnung entgegengenommen hatte. König Wilhelm empfing diese Deputation am 18. Dezember in Versailles und erklärte sich zur Annahme der Kaiserkrone bereit: nur in der einmütigen Stimme der Fürsten und freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der Nation und ihrer Vertreter werde er den Ruf der Vorsehung erblicken, dem er folgen dürfe. Umgeben war der König bei dieser Audienz von seinen Generalen; die französischen Kanonen des Mont Valérien donnerten in die Szene hinunter. Der deutsche Historiker erinnert sich an dieser Stelle, daß einst im 10. Jahrhundert die deutschen Streiter den König Otto, den Sieger über die Ungarn, auf dem Schlachtfelde mit dem Namen des Kaisers begrüßt haben sollen.

Nun hatte man noch die Zustimmung der Süddeutschen zu erwarten. Der badische Landtag nahm ohne weiteres an, ebenso auch Hessen-Darmstadt und Württemberg; in Bayern dagegen schwankte in allerletzter Stunde noch einmal die Entscheidung. Die zweite Kammer setzte einen Ausschuß ein, in welchem zwölf Stimmen für die Ablehnung und nur drei für die Annahme waren; der bayrische Reichsrat nahm sofort an. König Ludwig suchte persönlich auf die Abstimmung der zweiten Kammer zu wirken, soweit es möglich war; man entfachte im Lande einen Adressensturm auf die Abgeordneten. Die Debatten dauerten noch 10 Tage, vom 11. bis 21. Januar. Es wiederholte sich schließlich das Schauspiel vom Juli 1870, einzelne fielen von der Patriotenpartei ab und zuletzt wurde der Vertrag mit 102 gegen 48 Stimmen gutgeheißen; so knapp, mit nur zwei Stimmen über die zu Verfassungsänderungen nötige Zweidrittel-Mehrheit, entrann man dem Scheitern.

Der Zusammenschluß des Deutschen Reiches hatte sich allerdings ohne Zustimmung und Zutritt Bayerns nicht vollziehen können; aber man hatte in Versailles doch nicht geglaubt, auf Bayern warten zu sollen. Die Kaiser-Proklamation war zuerst für den Neujahrstag beabsichtigt; dann war sie mit Rücksicht auf Bayern vertagt worden, endlich aber wurde es doch zu lang. Bis in die Feier der Proklamation hinein dauerten dabei die

inneren Kämpfe in Versailles, denn hatte König Wilhelm zuerst der Kaiserwürde überhaupt widerstrebt, so nun bis zuletzt dem ihm zu inhaltslosen Titel eines Deutschen Kaisers statt eines Kaisers von Deutschland; die meisten deutschen Fürsten waren obendrein mit dem letzteren Titel einverstanden. Außer den eigenen staatsrechtlichen Bedenken gegen eine Bezeichnung, die eine bei dem Kaiser nun einmal nicht vorhandene Territorialhoheit in Anspruch nahm, bestimmte Bismarck hauptsächlich wieder die Rücksicht auf das noch immer unsichere Bayern, an der anderen, auch vom König Ludwig und danach vom norddeutschen Reichstag gewählten Form festzuhalten. Aber es war schwer, den zürnenden König zu dieser neuen Nachgiebigkeit zu bewegen, zumal ihn die in Versailles anwesenden Fürsten in seinem Widerstreben bestärkten.

Am 18. Januar 1871 erfolgte die öffentliche Verkündigung des deutschen Kaisertums im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, genau 170 Jahre, nachdem der erste preußische König zu Königsberg gekrönt worden war. Die einzelnen Regimenter waren durch Deputationen vertreten; die deutschen Fürsten und Prinzen scharten sich um den deutschen Kaiser, der nach dem Gottesdienst vortrat und durch Bismarck die Kaiserproklamation verlesen ließ. Er erklärte darin die ihm angebotene Kaiserwürde anzunehmen „in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.“ Wie das Programm seiner Zukunft klang die Versicherung: „Uns und unseren Nachkommen an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, alle Zeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“ Der Großherzog von Baden brachte das erste Hoch auf Kaiser Wilhelm aus.

Die Wahlen zum ersten Reichstag waren am 23. Januar angeordnet, sie erfolgten am 3. März 1871; an dem Tage vor seinem Geburtstag, an dem er sein 74. Lebensjahr vollendete, eröffnete der Kaiser diesen ersten allgemeinen deutschen Reichstag mit einer herrlichen Thronrede. An demselben 21. März 1871 erhob er seinen Kanzler zum Fürsten Bismarck.

Was Kaiser Wilhelm schon am 18. Januar in Versailles verkündet, wiederholte er jetzt am 21. März in Berlin. Er be=

grüßte sein Volk mit der Verkündigung: „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde"; „das Bewußtsein seiner Einheit war in dem deutschen Volke, wenn auch verhüllt, doch stets lebendig; es hat seine Hülle gesprengt in der Begeisterung, mit welcher die gesamte Nation sich zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes erhoben". „Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren." Der Kaiser wünschte, daß dem Reichskriege ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen möge, und daß die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein möge, „sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen". Die Adresse des Reichstages in Beantwortung der kaiserlichen Thronrede enthielt den begeisterten Widerhall der deutschen Volksvertreter zu den Wünschen des Kaisers.

In der Adreßdebatte war ein Zwischenfall vorgekommen, der dazu diente, die Gesinnung der Regierung und des Parlamentes noch heller zu beleuchten. Die kaiserliche Thronrede hatte mit feierlichem Nachdruck die Politik der Nichtintervention verkündigt: die Achtung, welche Deutschland für die eigene Selbständigkeit in Anspruch nehme, zolle es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker. Damit war die an die kaiserliche Regierung herangetretene Zumutung abgewiesen, daß Deutschland zur Herstellung der weltlichen Macht des Papstes seine Hände rühren und Italien zwingen sollte, auf den Besitz Roms wieder zu verzichten. Wenn die neugebildete spezifisch katholische Partei im Reichstage solche Wünsche der päpstlichen Politik zu erfüllen bereit war, so lehnte die überwiegende Mehrheit des deutschen Reichstages derartige Schritte ab und stimmte der neutralen Zurückhaltung des Kaisers zu. Es war das Vorspiel zu der langen Reihe innerer Kämpfe geliefert, welche den Frieden im Reiche durch Anmeldung katholischer und ultramontaner Tendenzen Jahre hindurch stören sollten.

Die Aufgabe des Reichstages war vornehmlich die neue Gestaltung der Reichsverfassung. Es bestand als deutsche Verfassung damals die norddeutsche Bundesverfassung von 1867, aber

durch die Verträge mit den süddeutschen Staaten vom Herbste 1870 waren doch manche Einzelheiten abgeändert und umgestaltet; es handelte sich im wesentlichen nur um eine neue Redaktion der Verfassung von 1867 zur Aufnahme der 1870 beliebten Abänderungen.

Die Grundzüge, welche Bismarck 1867 gegeben, blieben aufrecht. Mit hoher staatsmännischer Weisheit, mit sorgsam abwägender Gerechtigkeit waren die Befugnisse des Reiches gegenüber den Rechten der Einzelstaaten abgegrenzt; die Verteilung staatlicher Rechte und Pflichten zwischen dem Reich und seinen Gliedern war in einer Weise erfolgt, in der man das Ergebnis der deutschen Geschichtsentwicklung abgeklärt vor sich sehen durfte. Was man 1867 geschaffen und 1871 beibehalten, hat sich im großen und ganzen bewährt.

Allerdings behielt die Reichsverfassung von 1871 auch diejenigen Bestimmungen von 1867 bei, die Anstoß zu erregen geeignet gewesen: das demokratische Wahlrecht, das auf die Frankfurter Paulskirche von 1848 und 1849 zurückging, und die halben und zweideutigen Bestimmungen über das Heerwesen. Die neue katholische Partei versuchte Zusätze in die Verfassung einzuschieben; sie wünschte die Aufnahme der das Verhältnis zwischen Staat und Kirche betreffenden Sätze aus der preußischen Verfassung von 1850, um auf diese Weise der katholischen Kirche die größere Bewegungsfreiheit, die sie in Preußen genoß, für ganz Deutschland zu verschaffen, um die Schranken staatlicher Beaufsichtigung, der sie in den meisten Einzelländern unterworfen war, niederbrechen zu können. Nach einer viertägigen Debatte wurde sowohl seitens der Regierung als seitens der sehr überwiegenden Mehrheit des Reichstages der katholische Antrag abgewiesen.

Die Beratung der neuen Verfassungsredaktion erstreckte sich über mehrere Wochen; am 16. April 1871 war die Sache vollendet, und die neue Verfassung konnte endgültig veröffentlicht werden. Dem Werke der deutschen Einigung war der Schlußstein eingefügt.

Man muß es als den größten Segen für Deutschland preisen, daß es den beiden deutschen Helden, dem Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck, vergönnt war, eine lange Reihe von Jahren hindurch dem Ausbau und der Einrichtung des von

ihnen auferbauten Deutschen Reiches zu leben. Bismarck betrachtete es vornehmlich als seinen nächsten Beruf, das Deutsche Reich, das er geschaffen, jetzt zu befestigen und zu organisieren.

Unsere Darstellung hat wiederholt darauf hingewiesen, wie verhaßt Bismarck in den Jahren 1862—1866 war, welche Schwierigkeiten ihm die öffentliche Meinung des Volkes damals bereitete. Erst der Feldzug 1866 hatte einen Umschwung der Stimmung zu seinen Gunsten hervorgebracht; der Krieg von 1870 hatte dann das Verhältnis des Kanzlers zu der Masse des Volkes recht gründlich verändert. Seit 1871 war er sehr populär, seit 1871 wurden Bismarck und sein Werk gleichsam von der öffentlichen Begeisterung weiter Kreise getragen. Großes traute man ihm zu, er schien das für andere Menschen unmögliche möglich machen zu können. Und wenn auch in den Volksvertretungen der Widerstand gegen die Regierungspolitik keineswegs verschwand, so war doch bei den Massen des Volkes Bismarck sehr bald wie mit mythischem Zauber umgeben.

Die organisatorische Arbeit, welche in den ersten Jahren nach der Gründung des Reiches erfolgte, mußte aus der öffentlichen Volksstimmung manchen Vorteil ziehen. Das neue Deutsche Reich war anfangs mit einer sehr geringen Zahl von Behörden und Organen ausgestattet, aber allmählich traten Reichsämter und Reichsbehörden zahlreicher ins Leben; nicht nach einer von vornherein fertigen Schablone wurde die Verwaltung des Reiches geordnet, sondern Bismarck folgte den wachsenden und wechselnden Bedürfnissen des praktischen Lebens, indem er den neu sich bietenden Aufgaben des Reiches neue Werkzeuge und Mittel schuf.

Schon dem ersten Reichstage des neuen Deutschen Reiches war eine wichtige Frage zur Erledigung überwiesen. Man hatte den Franzosen Elsaß und Lothringen abgenommen; diese Provinzen waren gemeinsam von allen Deutschen erworben und bildeten ein Eigentum der deutschen Gesamtheit. Für ihre Zukunft boten sich damals verschiedene Möglichkeiten: man konnte vielleicht einen selbständigen Staat aus ihnen bilden, eine neue fürstliche Dynastie dort begründen, etwa als Sekundogenitur für eines der größeren fürstlichen Geschlechter; oder man konnte zwischen den deutschen Nachbarn das neu erworbene Gebiet aufteilen; dabei wären eventuell Baden, Bayern und Preußen zu berücksichtigen gewesen, die dann vielleicht durch Austausch von

Gebieten untereinander ihre Staatsgrenzen abrunden und ausgleichen konnten, wie es sich Bayern bei seinen eigenen territorialen Vergrößerungsgelüsten dachte. Oder man konnte das ganze Gebiet von Elsaß und Lothringen einem deutschen Staate zuweisen; dafür würde doch nur Preußen in Frage gekommen sein, wie Baden selbstlos mit Abweisung jedes eigenen Vorteils vorschlug, Bismarck aber zurückwies. Die Angelegenheit wurde vielfach publizistisch besprochen und erörtert, und auch in diplomatische Behandlung genommen. Überall tauchten Schwierigkeiten gegen jede vorgeschlagene Lösung auf. Vielleicht darf man heute die Meinung derjenigen wiederholen, die damals die Annexion an Preußen als den einzig vernünftigen Ausweg ansahen; vielleicht darf man heute noch urteilen, daß für die preußische Annexion die besten Gründe 1870 und 1871 angeführt wurden, gegen welche die lautgewordenen Gegengründe nicht besonders schwer wogen. Ja die Erfahrung der letzten Jahrzehnte dürfte vielleicht gezeigt haben, daß der Kompromiß, zu dem man sich 1871 entschlossen, das vollständige Verwachsen der neuen Gebiete mit dem alten Vaterlande erheblich erschwert hat.

Der deutsche Kaiser und die deutschen Fürsten schlugen 1871 vor, daß das von allen Deutschen für alle Deutsche gewonnene Elsaß-Lothringen „deutsches Reichsland“ werden und dem deutschen Kaiser als dem Vertreter der deutschen Gesamtheit unterstehen sollte. Für die erste Zeit des Überganges war natürlich eine Diktatur des Kaisers das allein brauchbare; später wurde in verschiedenen Stufen und Absätzen dem Reichslande der Eintritt in das politische Leben von Deutschland gewährt. Die Behandlung der neuen Deutschen wechselte übrigens im Laufe der Jahre mehrmals System und Methode, und man kann nicht sagen, daß dieser häufige Wechsel dem Reichslande zum Vorteile gereichte. Jedenfalls geschah das Einleben der Elsässer und Lothringer in die neuen Verhältnisse nicht so rasch, wie die deutsche Begeisterung es anfangs sich vorgestellt hatte.

Frankreich hatte nach dem Frankfurter Frieden an Deutschland fünf Milliarden Francs Kriegskosten zu zahlen. Die Zahlung wickelte sich mit einer von niemandem vorausgesehenen Schnelligkeit ab; bis zum September 1873 hatten die Franzosen schon alles abgetragen. Ein großer Teil des Geldes wurde für gemeinsame Zwecke verwendet, der Rest unter die Einzelstaaten

aufgeteilt. Manche Entschädigungen für Kriegsleistungen und Kriegsschäden wurden gezahlt, den um den Krieg besonders verdienten Heerführern Dotationen gegeben, ein Reichskriegsschatz beiseite gelegt, der Invalidenfonds geschaffen und sonst für manche gemeinsamen deutschen Zwecke Geldmittel zur Verfügung gehalten. Der Zufluß französischen Geldes nach Deutschland erleichterte, ja ermöglichte erst die Einführung der Münzeinheit in Deutschland.

Auf dem Gebiet der materiellen Interessen wurde sehr bald einer der größten Fortschritte getan. Die Einheit von Maß, Münze und Gewicht war eine der Früchte, welche das deutsche Volk dem Kriege von 1870 und dem neuen Reiche verdankte. Mit großer Umsicht, mit schonender Rücksicht auf alte Einrichtungen und Gewohnheiten wurde diese Veränderung im Laufe weniger Jahre durchgeführt und vollendet.

Und wenn in der Ausgestaltung des Reichsfinanzwesens Bismarck auch seine letzten Gedanken und Ziele noch nicht zu erreichen imstande war, so war der Grundsatz, den er aufstellte, doch sicher der allein richtige für Deutschland, daß nämlich das Reich von den Geldopfern der einzelnen Teile unabhängig gemacht und auf eigene feste Einnahmen angewiesen werden müsse; allerdings hat die volle Durchführung in seinem Sinne nie glücken wollen.

Eine bedenkliche Klippe bildete, wie soeben bemerkt, auch im neuen Reiche die Verfassungsbestimmung über das Heerwesen. Wie schwierig war es einst gewesen, das preußische Heer in die preußische Verfassung von 1850 einzufügen. Die Weiterentwicklung des Heeres hatte 1861 zu jenem bösen Konflikte hingeführt, dessen gefährliche Folgen für Preußen noch in aller Erinnerung waren. Auch bei der Errichtung des Norddeutschen Bundes 1867, als man die preußischen Heeresordnungen auf die anderen deutschen Länder übertrug, hatte die gesetzliche Regelung große Schwierigkeiten bereitet, die selbst ein Krieg, wie der von 1870, nicht aus der Welt hatte schaffen können. Bismarck hatte, um nicht das unfertige Reich der Feuerprobe eines Militärkonfliktes aussetzen zu müssen, sich 1867 und 1871 mit einem Kompromisse begnügt.

Im Deutschen Reiche galten für das Heerwesen die Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung von 1867. Es

schien dringend, sobald die provisorische Ordnung abgelaufen sein würde, zu einer festen und klaren gesetzlichen Regelung zu kommen; von 1872 bis 1874 wurde darüber beraten und verhandelt. Alle Bemühungen Bismarcks, von den maßgebenden liberalen Parteiführern eine dauernde Ordnung zu erzielen, blieben vergeblich; wohl bewilligten sie das für die Zwecke des Heeres notwendigste, aber immer nur auf kurze Frist. Mochten Roon und seine Gehilfen ihre ganze Erfahrung aufbieten, mochte der allgemein bewunderte Feldherr der Epoche, Graf Moltke, sein ganzes Ansehen einsetzen — man verehrte ihn, man bejubelte seine Reden, aber die Abstimmung gab ihm Unrecht. Das höchste war, daß die Bewilligungen für einen Zeitraum von sieben Jahren festgelegt wurden; daraufhin kam in dem Militärgesetz vom April 1874 ein Vergleich zustande. Die Einrichtungen des Heerwesens, wie sie nach preußischem Muster jetzt sich durch ganz Deutschland verbreiteten, trugen wesentliches dazu bei, die einigenden Bande um die deutsche Nation zu kräftigen und zu vermehren; das deutsche Heer erwies sich im neuen Reiche als die beste Schule und wirksamste Stütze des Einheitsgedankens.

Die Tendenz der Einheit errang in den ersten Jahren eine Reihe glänzender Siege auf dem Gebiete des Rechtslebens. Vorbehaltlos darf man hier die Mitarbeit und die Leistungen der Liberalen, in erster Linie der Nationalliberalen anerkennen und rühmen. Die deutsche Reichsverfassung hatte dem Reich nur einzelne Stücke und Ausschnitte des Rechtslebens zugewiesen. Die Bestrebungen nach Kompetenzerweiterung, die schon im Norddeutschen Bunde 1869 sich geltend gemacht, wurden sofort 1871 wieder aufgenommen und schrittweise der Erledigung entgegengeführt. Energisch, oft sogar stürmisch, drängten die Liberalen; vorsichtig zügelte der Reichskanzler ihren lobenswerten nationalen Eifer, im Grunde hoch erfreut über die ihm hierbei geleistete Mitarbeiterschaft. Auf dem Gebiete des deutschen Rechtes wurde im Laufe des ersten Jahrzehntes der Einheitsgedanke seiner Ausgestaltung entgegen geführt, deren Vollendung am Ende des dritten Jahrzehntes kommen sollte.

Im Verlauf des ersten Jahrzehntes schon haben die Zustände des Deutschen Reiches sich auf den Grundlagen, wie sie 1871 gelegt worden, mehr und mehr befestigt. Das Reich hat in seiner Verfassung und in seinen Einrichtungen sicher noch

manche Lücken und noch manche Unvollkommenheiten aufzuweisen — nichts menschliches ist vollkommen; ja es wäre vielleicht ein Unglück zu nennen, wenn die Vollkommenheit der Einrichtungen das Streben nach Verbesserung und Weiterarbeit verhinderte. Aber das Deutsche Reich, wie es 1862 bis 1871 durch Bismarck geschaffen worden ist und sich seitdem allmählich weiter entwickelt hat, ist im ganzen angesehen eine naturwüchsige und gesunde Schöpfung.

Die deutsche Verfassung unserer Gegenwart ist besser als irgend eine Verfassung, die Deutschland in früheren Zeiten gehabt; die Einheit der Nation nicht nur auf dem Gebiete des geistigen, sondern auch auf dem des staatlichen Lebens ist in unseren Tagen größer und fester, als sie jemals früher gewesen. Unserer Nachkommen Aufgabe bleibt es, das was Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck in jenen großen neun Jahren begründet haben, in Zukunft zu erhalten und auszubauen, zu schützen und zu vollenden.



Druck von A. Rietz & Sohn in Naumburg a/S.



